

(UN)VERSÖHNT?

(UN)VERSÖHNT?

**Gedanken über die deutsch-polnischen
Beziehungen nach 1945**

Herausgegeben von
Tomasz Skonieczny

Wrocław 2019

Die vorliegende Publikation ist im Rahmen des Projekts „Das Erbe deutsch-polnischer Versöhnung – Grundstein europäischer Werte“ entstanden, das von der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung, der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen sowie vom Zentrum „Erinnerung und Zukunft“ (Ośrodek „Pamięć i Przyszłość“) realisiert wurde.



© by Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung, 2019

Herausgeber
Tomasz Skonieczny

Übersetzung
Piotr Nowak, Zuzanna Kornet

Sprachliche Redaktion
Thomas Behrens

Grafik und Satz
Adam Kolenda

Auf der Titelseite
Ein Bild aus der Dauerausstellung „Mut und Versöhnung“ in Kreisau/Krzyżowa

ISBN 978-83-949751-4-2

Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung
Krzyżowa 7, 58-112 Grodziszczce
www.krzyzowa.org.pl/de

Druck
I-BIS Wrocław
i-bis@i-bis.com.pl
tel. +71/342 25 17, 602 65 14 13

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	7
KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ	
Die deutsch-polnische Versöhnung: eine Bilanz nach 30 Jahren	15
URSZULA PEKALA	
Die Dynamik von Versöhnung. Deutsch-polnische Annäherung nach dem Zweiten Weltkrieg	29
ŁUKASZ KAMIŃSKI	
Das Erbe der deutsch-polnischen Aussöhnung. Schlussfolgerungen für das heutige Europa	49
LECH M. NIJAKOWSKI	
Die deutsch-polnische Aussöhnung. Religion und weiße Flecken	59
AGNIESZKA ŁADA	
Polen und Deutsche – das gegenseitige Bild und die Beurteilung des jeweiligen Nachbarlandes	75
PIERRE-FRÉDÉRIC WEBER	
Der Hase und die Schildkröte? Der deutsch-polnische Annäherungsprozess nach 1945 vor dem Hintergrund des deutsch-französischen Pendants..	99
ONDREJ MATEJKA	
Deutsch-polnische Versöhnung aus tschechischer Sicht	113

OLGA BARBASIEWICZ	
Die deutsch-polnische Annäherung als Vorbild für die japanisch-koreanischen Beziehungen	123
GREGOR FEINDT	
Symbolische Versöhnung und ihre Erinnerung: Die Messe in Kreisau als Ergebnis und Impuls deutsch-polnischer Versöhnung	141
ANNEMARIE FRANKE	
Europa denken und deutsch-polnisch handeln – die Vorgeschichte der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung.	155
WALDEMAR CZACHUR	
Kreisau als Ort des deutsch-polnischen Dialogs	167
DOROTA GIERSZEWSKI, ALEKSANDRA MATYKIEWICZ-WŁODARSKA	
Die Tätigkeit binationaler Vereine im Rahmen der deutsch-polnischen Aussöhnung	183
EWA FIUK	
Zaungäste – polnische und deutsche Kinematographie nach 1989 im gegenseitigen Kontext und Dialog	205
ROBERT ŻUREK	
„Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“. Die Rolle der katholischen und evangelischen Kirche im Prozess der deutsch-polnischen Aussöhnung	229
Die Autoren.	247

VORWORT

„Die Stiftung »Kreisau« wurde im Rahmen des deutsch-polnischen Versöhnungsprozesses gegründet, um die europäische Verständigung zu fördern. Während des Zweiten Weltkrieges versammelte sich auf dem niederschlesischen Gut der Familie von Moltke eine Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus, die später „Kreisauer Kreis“ genannt wurde. Unter Einsatz ihres Lebens entwickelten diese Frauen und Männer Pläne für eine demokratische, auf christlich-moralischen Werten aufbauende Erneuerung Deutschlands und Europas. An diese Erfahrung knüpfte ein Teil der Oppositionellen in Polen und in der DDR an, deren Widerstand gegen die kommunistische Diktatur auch in einem unabhängigen deutsch-polnischen Dialog seinen Ausdruck fand. Die Vordenker der Stiftung – einige Menschen aus Polen, der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, aus Amerika und den Niederlanden – wollten dieses geistige Erbe aufgreifen und in Kreisau einen Ort der Begegnung schaffen. Auch deswegen konnte hier am 12. November 1989 die deutsch-polnische Versöhnungsmesse unter Beteiligung der Regierungschefs Tadeusz Mazowiecki und Helmut Kohl fast zeitgleich mit dem Fall

der Berliner Mauer stattfinden. Durch das Erbe der Versöhnung und des Widerstandes wird Kreisau in doppelter Hinsicht zum Symbol der europäischen Verständigung.“

Der vorstehende Passus bildet die Präambel des Leitbildes, eines Dokuments, das erstellt wurde, um Werte festzuhalten, die der Tätigkeit der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung zugrunde liegen. Es verweist deutlich auf zwei Elemente, denen für das Wirken der Organisation eine Schlüsselbedeutung zukommt: das Pflichtgefühl des Hüters des geistigen Erbes des Kreisauer Kreises, das einen wichtigen Impuls dazu bildet, die zivilgesellschaftliche Verantwortung, die Haltung gegenüber dem Bösen und die Zusammenarbeit über alle Grenzen hinweg¹ zu reflektieren, sowie das nicht hoch genug einzuschätzende Erbe der deutsch-polnischen Aussöhnung, zu deren symbolischem Meilenstein die am 12. November 1989 in Kreisau veranstaltete Versöhnungsmesse geworden ist.

Der in diesem Jahr bevorstehende 30. Jahrestag der Versöhnungsmesse, bei der es sich um ein beispielloses Ereignis in den deutsch-polnischen Nachkriegsbeziehungen handelt, bietet einen wichtigen Anlass, Überlegungen darüber anzustellen, welche Schlussfolgerungen sich aus diesem (im doppelten Sinne dieses Wortes) historischen Ereignis ziehen lassen. Blickt man in die Geschichte zurück – und zwar nicht nur in die europäische –, so fällt es schwer, eine vergleichbare Entwicklung aufzuzeigen, die es erlaubte, eine so fundamentale und zugleich stets aktuelle Frage wie die folgende zu beantworten: Wie war es nur möglich, dass zwei – von ihrer tragischen Geschichte so hart gebeutelte – Völker dazu fähig waren, miteinander einen Dialog aufzunehmen, und dazu noch einen, der nicht auf Regierungsebene initiiert, sondern von unten in Gang gesetzt und durch die Aktivitäten der Bürger selbst inspiriert wurde. Dieser Dialog, der ohne Unterstützung und vielfach entgegen der Position der Regierung geführt wurde, verwandelte sich in ein Netzwerk starker und komplexer gegenseitiger Verflechtungen, deren Ursprünge mitnichten ausschließlich in der geografischen Nachbarschaft zu sehen sind.

¹ Siehe *(Nie)obecne dziedzictwo. Rozważania o Kręgu z Krzyżowej*, red. T. Skonieczny, Wrocław 2017.

Immer wieder auf die Fragen nach dem Erbe der deutsch-polnischen Aussöhnung zurückzukommen, ist daher heute umso wichtiger, da inzwischen auch Stimmen laut werden, die das Werk der Annäherung infrage stellen. Dies gilt insbesondere, weil die Generation der Zeitzeugen allmählich von uns geht, die einen ganz eigenen Bezug zur tragischen Geschichte des 20. Jahrhunderts hat. Und einen wesentlichen Grund, der vielen Akteuren der vergangenen Jahrzehnte als Hauptinspiration dazu diente, sich an diesem Prozess der Aussöhnung zu beteiligen, nämlich das Gefühl der Schuld und die Übernahme von Verantwortung für geschehenes Unrecht, gilt es heute neuerlich zu hinterfragen.

Die Publikation, die Sie nun in Ihren Händen halten, stellt in diesem Kontext den Versuch dar, die historische Erfahrung der deutsch-polnischen Annäherung und die daraus für uns, die heutige Generation, zu ziehenden Lehren zu reflektieren. Entstanden ist sie im Rahmen des Projektes „Das Erbe der deutsch-polnischen Aussöhnung und der Aufbau eines wertebasierten Europas“, das von der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung in Zusammenarbeit und mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen sowie des Zentrums „Erinnerung und Zukunft“ („Pamięć i Przyszłość“) durchgeführt wurde. Daran teilgenommen haben zahlreiche Experten aus Polen, Deutschland, Tschechien und Frankreich; allesamt Vertreter verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen, geprägt durch unterschiedlichste Erfahrungen und weltanschauliche Positionen, die sich seit vielen Jahren nicht nur beruflich mit der schwierigen Thematik der Aussöhnung in den internationalen Beziehungen befassen, sondern sich auch intensiv im Rahmen des deutsch-polnischen Dialogs engagieren.

Eröffnet wird der vorliegende Band mit einem geschichtswissenschaftlichen Essay von Krzysztof Ruchniewicz, der sich – ausgehend von den Stimmen heutiger Kritiker der deutsch-polnischen Annäherung – der Aufgabe annimmt, nicht nur die Konzeption der Aussöhnung als eines Prozesses in den internationalen Beziehungen eingehend zu erläutern, sondern darüber hinaus vor allem die Schlüsseletappen dieser Entwicklung vorzustellen. Dabei weist er

darauf hin, dass deren weiterer Verlauf offen bleibt. Der Beitrag stellt zugleich eine Einführung in die im Weiteren zu erörternde Sachproblematik dar, indem bereits Schlüsselthemen benannt und aufgezeigt werden, auf die andere Autoren danach näher eingehen.

Ausführliche Betrachtungen der Gründe, warum der aus der Theologie stammende Begriff „Aussöhnung“ in die Sphäre der Politik Eingang gefunden hat, werden in der Folge von Urszula Pękala angestellt. Vor dem Hintergrund der Thematik des vorliegenden Bandes ist dies ein grundlegender Text für das Verständnis der Sichtweise, nach der die „Aussöhnung“ mit ihrer eigenen Dynamik – nachgezeichnet am Beispiel der deutsch-polnischen Beziehungen – eine bei der Reflexion über politische Konflikte anwendbare Kategorie darstellt.

Diese Thematik wird von Łukasz Kamiński fortgeführt. Ausgehend von einer kurzen Reflexion über die Bestandteile, die man als Schlüsselemente im Prozess der Ausformung des Erbes der deutsch-polnischen Aussöhnung ansehen kann, weist er aber darauf hin, dass Geschichte sowohl Inspiration sein kann als auch Gegenstand von Manipulation.

Das Problem der Aussöhnung, insbesondere des Stellenwertes, den die in Polen lebende deutsche Minderheit in diesem Prozess einnehmen sollte, wird anschließend von Lech M. Nijakowski aufgegriffen. Mit Blick darauf rückt der Autor Schlesien in den Fokus seiner Betrachtungen. Dabei weist er auf die spezifischen soziokulturellen Rahmenbedingungen dieser Region hin, deren Unverständnis dazu führte, dass die Hauptakteure der deutsch-polnischen Annäherung in unzureichendem Maße den Stellenwert und die Belange von Gruppen berücksichtigten, die sich nicht in die Hauptschemata nationaler Identifikation einfügen ließen.

Agnieszka Łada führt demgegenüber in ihrem Text Reflexionen über die Effekte der deutsch-polnischen Annäherung auf den Boden konkreter, handfester soziologischer Daten zurück. Sie stellt die Ergebnisse von Meinungsumfragen aus den vergangenen drei Jahrzehnten vor und zeigt dabei greifbare Veränderungen und Tendenzen in der gegenseitigen Wahrnehmung von Vertretern beider Völker

auf. Die präsentierten Angaben verdeutlichen dabei vielfach besser als politische Erklärungen, welche tatsächlichen Früchte der Prozess der deutsch-polnischen Annäherung trägt.

Die drei folgenden Texte thematisieren das Problem der Wahrnehmung der deutsch-polnischen Beziehungen aus internationaler Perspektive. So weist Pierre-Frédéric Weber in seinem Essay darauf hin, dass es unbegründet ist, die sich zwischen Polen und Deutschen vollziehenden Entwicklungen mit der deutsch-französischen Annäherung zu vergleichen. Letztere sei zwar nahezu gleichzeitig erfolgt, weise aber einen gänzlich anderen Kontext und eine ebensolche Besonderheit auf. Aufmerksam macht der Autor in diesem Kontext auf fragwürdige logische Denkklyschees, in deren Rahmen man die in Ostmitteleuropa verlaufenden Entwicklungen als gegenüber Westeuropa verspätet darzustellen versuche.

Ondrej Matejka blickt auf den Prozess der deutsch-polnischen Annäherung aus einer nicht alltäglichen Perspektive – der des südlichen Nachbarn beider Länder. Ausgangspunkt seiner Reflexion ist die Geschichte der nachkriegszeitlichen deutsch-tschechischen Beziehungen. Dabei verweist er deutlich auf die unterschiedlichen historischen Erfahrungen, insbesondere auf die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Tschechien und Polen. Diese führten dazu, dass die beiden Prozesse sich erheblich voneinander unterschieden – und sich nur in geringem Maße gegenseitig inspirierten.

Fernen – koreanisch-japanischen – Nachklängen der deutsch-polnischen Aussöhnung widmet sich Olga Barbasiewicz. Die Autorin untersucht, wie sich die Republik Korea des Motivs des Kniefalls von Willy Brandt vor dem Warschauer Ghetto-Ehrenmal in ihren Beziehungen zu Japan bedient. Und sie weist darauf hin, dass der Prozess der deutsch-polnischen Annäherung (unabhängig der unterschiedlichen Rahmenbedingungen und der falschen Deutung bestimmter Gesten) in Asien als eine lebendige Inspiration für miteinander verfeindete internationale Gemeinschaften betrachtet wird.

Die Autoren der nachfolgenden Texte schlagen vor, den Schwerpunkt von der Ebene der internationalen Beziehungen zu verlagern auf Reflexionen über die historische Bedeutung des kleinen Dorfes bei Świdnica/

Schweidnitz, als das Kreisau häufig bezeichnet wird. So übernimmt Gregor Feindt in seinem Essay die Aufgabe, nicht nur die Vorgeschichte und den Verlauf der Versöhnungsmesse vom 12. November 1989 zu schildern, sondern weist vor allem darauf hin, dass diese seitens der damaligen Teilnehmer und Kommentatoren nicht eindeutig und in gleicher Weise wahrgenommen wurde. Ferner hebt der Autor deutlich einen besonderen Aspekt hervor, der für das Verständnis des Phänomens dieses Ereignisses überaus wichtig ist: Die Versöhnungsmesse stellte zwar einen historischen Durchbruch dar, die symbolische Bedeutung wurde ihr aber erst infolge späterer Deutungen zugeschrieben.

Die beiden anschließenden Texte von Annemarie Franke und Waldemar Czachur wiederum korrespondieren eng miteinander. Beide Autoren rücken Kreisau in den Mittelpunkt ihres Interesses. Franke beschreibt, wie die im deutschen Milieu präsente Erinnerung an diesen Ort, der als ein Ort der gegen Hitler gerichteten Gruppe des Kreisauer Kreises betrachtet wird, zu ersten Versuchen beigetragen hat, auf diesem Gelände eine internationale Begegnungsstätte zu gründen. Czachur seinerseits ergänzt diese Ausführungen. Er zeigt auf, wie die Tatsache, dass die Versöhnungsmesse eben in Kreisau abgehalten wurde, dessen Wahrnehmung als Ort einer symbolischen deutsch-polnischen Annäherung und anschließend die Entwicklung der wenig später gegründeten Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung beeinflusst hat.

Die Problematik der praktischen, zivilgesellschaftlichen Dimension der deutsch-polnischen Annäherung wird im Anschluss daran von Dorota Gierszewski und Aleksandra Matykiewicz thematisiert. Die beiden Autorinnen stellen dabei die Geschichte der Tätigkeit binationaler Vereine vor, die sich für eine Verständigung zwischen Polen und Deutschen einsetzen, und sie diskutieren die Ergebnisse von Untersuchungen zu den Beweggründen der Mitglieder dieser Vereine. Eingebettet werden die vorstehend genannten Themen unterdessen in den breiten Hintergrund der deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg, was die Zusammenhänge und Umstände, unter denen die präsentierten Organisationen zu funktionieren hatten bzw. haben, besser verstehen und nachvollziehen lässt.

Den Abschluss des vorliegenden Bandes schließlich bildet ein Essay von Ewa Fiuk, in dem die Autorin sich einer Thematik widmet, die vielfach – und zu Unrecht – im Zuge historisch-politischer Betrachtungen marginalisiert wird: Kontakte polnischer und deutscher Filmemacher und ihre Zusammenarbeit. Wie die Autorin nachweist, erlauben es die Werke der zehnten Muse oftmals nicht nur, den Zustand der politischen Beziehungen nachzuempfinden. Nein, es kommt hinzu, dass sie eine vorzügliche Quelle bieten, wenn es darum geht, Forschungen zur Mentalität und zur gegenseitigen Wahrnehmung zu betreiben.

Wir hoffen – nicht nur im eigenen Namen, sondern auch im Namen der gesamten Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung und der Partner bei dieser Publikation: der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen und dem Zentrum „Erinnerung und Zukunft“ (Ośrodek „Pamięć i Przyszłość“) – dass die in diesem Band vorgestellten Überlegungen Anlass dazu geben werden, weitere Schritte zur Aussöhnung zu unternehmen. Und zugleich möchten wir Sie alle recht herzlich nach Kreisau einladen – an einen Ort, an dem Geschichte geschrieben wird.

Tomasz Skonieczny
Robert Żurek

KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ

DIE DEUTSCH-POLNISCHE VERSÖHNUNG: EINE BILANZ NACH 30 JAHREN

Vorbemerkungen

Das Problem der Versöhnung in den internationalen Beziehungen ist nach wie vor eines der Schlüsselthemen und bleibt aktuell. Sie ist eine Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben zwischen vor kurzem noch gegnerischen und konfliktreichen Parteien. Dies ist kein neues Problem, obwohl es in den letzten Jahren in Europa an Schärfe und Bedeutung verloren zu haben schien. Dafür kann es mehrere Gründe geben. Der Krieg und seine Auswirkungen werden von vielen Europäern heute als vage Erinnerung, als Thema von Geschichtsbüchern und nicht als gemeinsame Lebenserfahrung wahrgenommen, deren Erinnerung ständig gepflegt werden sollte. Sicherlich ist in einer solchen Wahrnehmung von Kriegsangelegenheiten das Ausscheiden der daran beteiligten Generationen oder ihrer unmittelbaren Nachkommen nicht ohne Einfluss. Darüber hinaus lassen die Zusammenarbeit und die engen Kontakte zwischen den europäischen Nationen einen Kriegszustand zwischen ihnen nicht mehr zu. In einer solchen Situation werden moralische Fragen

wie Versöhnung weniger Gewicht und Interesse erhalten. Macht es heute noch Sinn, über Versöhnung zu sprechen? Ja, das macht es. Wir können dies besser sehen, wenn wir von der allgemeinen Ebene zu den bilateralen Beziehungen übergehen.

In den deutsch-polnischen Beziehungen hat das Problem der Versöhnung seine Relevanz nicht verloren. Die Erinnerung an den langen Prozess, der in den 1960er Jahren begann, sollte dazu dienen, das Bewusstsein dafür zu schärfen, was erreicht wurde und was noch zu tun ist.

Diese Auffassung von Versöhnung wird nicht nur durch die Erfahrungen von Polen und Deutschen unterstützt, sondern auch durch den derzeit schlechten Zustand der Beziehungen zwischen beiden Ländern. Die letzte Umfrage zu den deutsch-polnischen Beziehungen durch das Meinungsforschungsinstitut CBOS im November 2017 ergab, dass die Polen mit großer Sensibilität auf den Wandel im politischen Kontext und die antideutsche Rhetorik ihrer Regierung reagieren.¹ Sie sind der Meinung, dass sich die deutsch-polnischen Beziehungen deutlich verschlechtert haben. Hierfür geben sie jedoch der polnischen Seite die Schuld, was eine Art *Novum* darstellt. Gleichzeitig stellen sie fest, dass die polnischen und die deutschen Interessen in Europa unterschiedlich sind.

Diese Umfragen sind nur eine Bestätigung für die Situation, in der sich Polen und Deutschland wiederfanden, nachdem die rechtspopulistische Partei Recht und Gerechtigkeit im Jahr 2015 in Polen erneut an die Macht gekommen war. Bereits zum damaligen Zeitpunkt ließen die Äußerungen bedeutender Politiker dieser Partei (und tun es immer noch) eine negative Einstellung gegenüber Deutschland erkennen sowie sehr kritische Einschätzungen zum Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen. Die Kritik der Partei Recht und Gerechtigkeit trifft nicht nur Deutsche, sondern auch Polen, nämlich bestimmte Kreise, konkrete Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die seit Jahren am deutsch-polnischen Dialog beteiligt sind und die nach 1990 einen wichtigen Beitrag zur guten Nachbarschaft geleistet haben. Beziehungen zu Deutschland – sagte in einem Interview der Vorsitzende der

¹ Vgl. Beata Roguska, *Postrzeganie relacji polsko-niemieckich*, in: „CBOS”, Nr. 156/2017, doi: (letzter Zugriff: 12.03.2019).

Regierungspartei PiS, Jarosław Kaczyński, für „Salon24“ am 16. März 2017 –, müssten sich an der deutschen Politik Polen gegenüber orientieren. Diese Politik, von der Geschichts- bis zur Energiepolitik, sei gegen polnische Interessen gerichtet. Daraus müssten Lehren gezogen werden.² Die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Fall des Kommunismus waren seiner Meinung nach von erzwungener Zusammenarbeit geprägt.

Erinnern wir uns daran, womit uns Deutschland in der Sphäre der Freiheit nach 1989 empfangen hat? Mit der Nichtanerkennung der Grenzen. Es war der feindlichste Akt gegen Polen, den man sich vorstellen kann. (...) Ohne den sehr brutalen Druck der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs und den weniger brutalen Druck Frankreichs wären unsere Grenzen nicht anerkannt worden. Den Deutschen wurde gesagt: Wenn Ihr Euch vereinigen wollt, müsst Ihr die Grenzen Polens anerkennen. Deutschland wollte dies nicht akzeptieren, wurde aber dazu gezwungen.³

Nach Meinung von Jarosław Kaczyński verhielt sich die polnische Elite zu freundlich gegenüber Deutschland; sie habe nicht die notwendige Härte gezeigt:

Nach 1989 begannen sie sich zu bedanken, zu entschuldigen, eine Symmetrie zwischen den Gräueltaten der deutschen Verbrechen gegen Polen und den Vorfällen, die Polen gegen Deutsche zugeschrieben wurden, aufzubauen. Solche sind geschehen, aber das waren Einzelfälle und nicht die Politik des Staates. Das war ein Himalaya (Höhepunkt) der politischen Dummheit. Anstatt, wie mir der österreichische Außenminister 1991 einmal geraten hatte, ein „schlechtes Gewissen“ aufzubauen („Sie haben ein schlechtes Gewissen und nutzen das aus“), haben wir ein polnisches „schlechtes Gewissen“ aufgebaut. Natürlich waren die Auswirkungen davon fatal. (...)⁴

² Vgl. Jarosław Kaczyński o relacjach z Niemcami: „Nie możemy dalej się na to nabierać“, in: „www.salon24.pl“, 16.03.2017; doi: <https://www.salon24.pl/newsroom/764206,jaroslaw-kaczynski-o-relacjach-z-niemcami-nie-mozemy-dalej-sie-na-to-nabierac> (letzter Zugriff 12.03.2019).

³ Ibidem.

⁴ Ibidem.

Am Ende des Interviews schloss der polnische Politiker eine Einigung nicht aus; doch er beendete seine Ausführungen mit den Worten:

*Damit dies möglich ist, müssen wir einen harten Standpunkt einnehmen.*⁵

Eine solch negative und einseitige Wahrnehmung der deutsch-polnischen Beziehungen kann nur scheinbar überraschen. Es zeigt, dass ein Teil der politischen Szene die Beziehungen zum westlichen Nachbarn immer noch durch das Prisma historischer Fehler betrachtet, als ob der Prozess der Versöhnung und der Überwindung der Last der Geschichte nie begonnen hätte. Es stellt sich jedoch die Frage, ob ein solches Verhalten eine reale Bewertung historischer und politischer Positionen in den deutsch-polnischen Beziehungen erfordert, oder vielmehr die kurzfristige Einschätzung eines Politikers darstellt, der um Wählerstimmen kämpft, auch um den Preis des Erwachens nationaler Empfindungen.

Im nächsten Teil meiner Ausführungen möchte ich die Definition von Versöhnung und ihre Phasen erläutern. Abschließend möchte ich über die Zukunft des Versöhnungsprozesses nachdenken.

Definition

Das Konzept der „Versöhnung“ ist polysemisch.⁶ Es besteht kein Konsens darüber, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit sie bestehen kann. Zum einen ist Bedingung für „Versöhnung“, eine Ordnung zu schaffen, die auf der Aushandlung eines Abkommens oder eines Waffenstillstands basiert. Versöhnung besteht in diesem Fall darin, eine Einigung zwischen zwei Gegnern zu finden. Ande-

⁵ Ibidem.

⁶ Die nachstehenden Ausführungen basieren auf: Valérie Rosoux, Reconciliation as a Peace-Building Process: Scope and Limits, in: Jacob Bercovitch (Hrsg.), *The SAGE Handbook of Conflict Resolution*, Los Angeles, CA u.a. 2009, S. 543–563. Siehe ferner: Urszula Pękala, Deutsch-polnische Versöhnung an der Schnittstelle von Religion und Politik, in: *Ringens um Versöhnung, Religion und Politik im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen 1945–2010*, hrsg. von Urszula Pękala und Irene Dingel, Göttingen 2018, S. 12–19.

re Autoren weisen auf den „transzendenten“ Charakter von „Versöhnung“ hin. Ihre Bedingungen sind Wahrheit, Barmherzigkeit, Gerechtigkeit und Frieden. Dies sind zwei gegensätzliche Bereiche, zwischen denen manchmal konkurrierende Lösungen gefunden werden können. Für die einen ist Vertrauen die Schlüsselbedingung für Versöhnung, für die anderen ist es Wahrheit. Wieder andere glauben, dass die Essenz der Versöhnung der psychologische Prozess der Transformation ist, der zu einem Identitätswechsel führt.

Versöhnung (nach Valerie Rosoux)

„STRUKTURELLE“ ANSÄTZE	„SOZIAL-PSYCHOLOGISCHE“ ANSÄTZE	„SPIRITUELLE“ ANSÄTZE
Umgang mit den Themen und Interessen, um die es geht	Umgang mit den Beziehungen zwischen den Beteiligten (ehemalige Kriegsparteien oder Opfer-Täter)	
Politische, wirtschaftliche und kulturelle Mechanismen zur Förderung von die Möglichkeit der Zusammenarbeit	Erstellen neuer Beziehungen zwischen Seiten: Veränderung von Überzeugungen, Einstellungen, Motivationen und Emotionen	Wiederherstellung einer gestörten harmonischen Beziehung zwischen den Parteien: Gelenkheilung und Vergebung

Quelle: Valérie Rosoux, Reconciliation as a Peace-Building Process: Scope and Limits, in: Jacob Bercovitch (ed.), The SAGE Handbook of Conflict Resolution, Los Angeles, CA u.a. 2009, S. 545.

Valerie Rosoux, Autorin eines enzyklopädischen Artikels über „Versöhnung“, schlägt drei Möglichkeiten vor, das Thema im Kontext der Versöhnung zu sehen: 1. strukturell, 2. sozialpsychologisch, und 3. spirituell.⁷ Der erste Ansatz betrifft die sicherheitspolitische, wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen den Konfliktparteien

⁷ Vgl. V. Rosoux, op.cit., S. 545.

der letzten Zeit. Der zweite Ansatz betont die kognitiven und emotionalen Aspekte des Annäherungsprozesses ehemaliger Gegner. Der Dritte akzeptiert einen Prozess der kollektiven „Genesung“, der auf der Rehabilitation von Opfern und Tätern basiert. Der strukturelle Ansatz befasst sich mit den Interessen und Problemen des Staates im Allgemeinen, während sich die anderen auf die Beziehungen zwischen den betroffenen Nationen und Einzelpersonen konzentrieren.

Nach der Beendigung eines Konflikts können beide Seiten akzeptable strukturelle und institutionelle Mechanismen schaffen, um zukünftige Bedrohungen und Streitigkeiten zu vermeiden. Um diese Mechanismen aufzubauen, werden der Austausch von Vertretern aus verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen genutzt; formelle und regelmäßige Kommunikations- und Konsultationskanäle zwischen Beamten; gemeinsame Institutionen und Organisationen; Abbau von Spannungen durch Abrüstung, Demobilisierung der Streitkräfte, Demilitarisierung von Gebieten.

Strukturen und Institutionen können nach einem Konflikt schnell aufgebaut werden. Sie reichen jedoch nicht aus, um langwierige Konflikte zu lösen. Es ist notwendig, das Verhältnis zwischen den Konfliktparteien zu ändern, die sich bis vor kurzem in einem Konflikt befanden. Dieser Prozess ist sehr langwierig und kompliziert. Er verläuft nicht linear, denn während des Prozesses entstehen meist neue Konfliktsituationen, die eine erneute Anstrengung erfordern. Dazu gehört auch, über den engen Kreis der Führungseliten hinauszugehen. Versöhnung muss eine soziale Aktivität sein, die auf der Grundlage moralischen Engagements auch eine Art „Freiwilligkeit“ miteinbezieht.

Etappen des deutsch-polnischen Versöhnungsprozesses

Die Tatsache, dass Polen vor 30 Jahren seine Unabhängigkeit wiedererlangt hat, gibt genügend Zeit, um den Prozess der Versöhnung mit seinem westlichen Nachbarn kritisch zu hinterfragen. Unterscheidet er sich von anderen Versöhnungsprozessen – etwa dem deutsch-französischen? In beiden Fällen lassen sich Ähnlichkeiten und Unterschiede ausmachen.

Zu den Gemeinsamkeiten gehört sicherlich die Dauer des Konflikts, der jeweils zwischen Deutschland und den beiden Ländern oder Nationen bestand. Die Ursprünge dieses Konflikts reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück. Die Feindseligkeit zwischen Deutschland und Frankreich sowie Deutschland und Polen hat die großen Konflikte in Europa nicht beendet. Polen und Frankreich hatten nach dem Ersten Weltkrieg schlechte Beziehungen zu Deutschland, der Zweite Weltkrieg erwies sich als eine echte Katastrophe, vor allem in den deutsch-polnischen Beziehungen. Von Deutschland besetzt, verlor Polen fast sechs Millionen Einwohner, darunter drei Millionen Juden; mehrere Millionen Menschen waren zur Zwangsarbeit gezwungen. Das Land wurde zerstört und ausgeplündert. Die Hauptstadt Polens, Warschau, wurde 1944 nach einem gescheiterten antideutschen Aufstand vollständig zerstört.

Erst Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich die Situation. Die Geschwindigkeit dieser Veränderung war jedoch abhängig von äußeren Bedingungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Deutschland geteilt und entwickelte sich mehrere Jahrzehnte lang parallel in zwei Staaten. Die Bundesrepublik Deutschland verband sich mit den westeuropäischen Ländern, während die DDR Teil des Ostblocks wurde. Antikommunismus und Zusammenarbeit mit den USA waren in Westdeutschland und Frankreich gang und gäbe. Politiker wie der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Präsident Charles de Gaulle spielten eine wichtige Rolle im Prozess der (west-)deutsch-französischen Versöhnung. Sie legten die Grundlagen für gutnachbarschaftliche Beziehungen und schufen Institutionen, die die Aktivitäten beider Gesellschaften unterstützen sollten. Dabei spielte der deutsch-französische Jugendaustausch eine wichtige Rolle.

Bis 1989 gehörte Polen zum Ostblock, der der UdSSR unterstellt war. Die Beziehungen zum anderen deutschen Staat, der DDR, waren offiziell freundschaftlicher Natur, aber von Misstrauen geprägt. Neben der ungünstigen äußeren Situation verzögerten auch andere Umstände den Beginn des Versöhnungsprozesses erheblich. Nach dem Zweiten Weltkrieg verlor Polen die Hälfte seines Vorkriegsgebietes an die UdSSR, während es durch die Beschlüsse der Anti-Hitler-Koalition östlich der Oder und der Lausitzer Neiße deutsches Gebiet erhielt. Mit der Ver-

schiebung Polens von Ost nach West wurde die deutsche Bevölkerung vertrieben. Dieser Zustand wurde von der Bundesrepublik Deutschland erst 1970 akzeptiert. Die Frage der Errichtung der deutsch-polnischen Grenze an Oder und Neiße sowie die Vertreibung der Bevölkerung warf auch später noch einen großen Schatten auf die gegenseitigen Beziehungen. Sie wurden auch durch die Erinnerung an die deutschen Gräueltaten während des Krieges und das Fehlen einer angemessenen Entschädigung für die Opfer belastet. Erst nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 wurde dieses Problem endgültig gelöst.

Die Feindseligkeit Deutschlands gegenüber Polen, die Angst der Polen vor Deutschland, die enormen Verluste Polens durch den Zweiten Weltkrieg, all dies machte ein Übereinkommen zwischen Polen und Deutschland für Jahrzehnte unmöglich. Diese negative Haltung gegenüber Deutschland und den Deutschen wurde von den kommunistischen Machthabern in Polen geschickt genutzt, die in ihrer antideutschen Propaganda zusätzlich von den 1000 Jahren des Ringens zwischen den beiden Nachbarn sprachen. Sie versicherten den Polen, dass nur Moskau sie verteidigen und die Erhaltung der neuen Nord- und Westgebiete garantieren würde.

Der Durchbruch gelang in den 1960er Jahren. Die Veränderungen wurden vor allem von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Römisch-Katholischen Kirche in Polen initiiert. Die Einleitung der Annäherung war daher nicht das Werk der nachfolgenden Generationen, sondern von Menschen, für die der Krieg eine lebendige biografische Erfahrung, oftmals sogar ein Trauma war. 1965 veröffentlichte die Evangelische Kirche in Deutschland eine Denkschrift, die die Anerkennung des Grenzverlaufs und die Aufnahme des Dialogs mit den Menschen in Polen forderte. Die katholische Kirche in Polen ging noch einen Schritt weiter. Am Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils richteten polnische Bischöfe einen Brief an ihre deutschen Amtskollegen, in dem die berühmten Worte „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ ausgesprochen wurden. Der Akt der Vergebung sollte Teil der Vorbereitung auf das Millennium der Taufe Polens sein, das 1966 stattfand. Wie man schnell sehen konnte, wurden polnische Bischöfe zum Angriffsziel der polnischen

kommunistischen Behörden. Zunächst erhielten die Kommunisten Unterstützung seitens eines Großteils der polnischen Gesellschaft, die die Position der Kirchenoberen als Gleichsetzung deutscher Verbrechen mit bestimmten polnischen Verbrechen ansahen. Es stellte sich heraus, dass die Annahme des Angebots der Vergebung noch langjährige Arbeit erfordern sollte.

Der Prozess der Versöhnung unter den Bedingungen des kommunistischen Staates wurde von der Kirche eingeleitet, ihr schlossen sich in den folgenden Jahren aber auch katholische Laien an. Diese stellten das einzige Milieu in Polen, das unabhängig von den Kommunisten agierte. Die Antwort der deutschen katholischen Bischöfe wurde zwar als unzureichend angesehen. Sie mobilisierte jedoch die deutschen Laien zum Handeln. Die Entscheidung, sich für den Versöhnungsprozess mit Polen zu entscheiden, war keine einfache. Aber sie hatte zur Folge, dass damals in Westdeutschland eine Welle von Diskussionen und die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit der Nation und des Staates aufgenommen wurden.

Der kritische und zugleich aufrichtige Umgang mit der Frage nach der eigenen Schuld und Verantwortung, schrieb Jörg Lüer, Vizepräsident des Vorstands des Maximilian-Kolbe-Werkes, war unter diesen Umständen eine notwendige Voraussetzung, um überhaupt eine Grundlage für Treffen und Diskussionen zu schaffen. Es dauerte viele Jahre, bis diese Grundwahrheit aus Sicht der Deutschen eine breite Akzeptanz in der Gesellschaft vor Ort fand.⁸

Eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Versöhnung war der Besuch des deutschen Bundeskanzlers Willy Brandt in Polen im Dezember 1970 und sein Kniefall in Warschau vor dem Denkmal für die Ghetto-Helden. Die Gestalt des knienden Brandt, während des Krieges ein Emigrant und Gegner des NS-Regimes, wurde zum Symbol der Schuld- und Bußbereitschaft der Deutschen (obgleich das Foto des knienden deutschen Kanzlers durch die kommunistischen Behörden bald verboten wurde und erst nach 1989 wieder gedruckt werden durfte).

⁸ Jörg Lüer, *Uczyć się od Polaków i Niemców?* In: „Więź”, 2013, nr 3, doi: <http://wiesz.com.pl/2017/09/14/uczyc-sie-od-polakow-i-niemcow/> (letzter Zugriff: 12.03.2019).

Als Ergebnis von Brandts Besuch in Warschau wurde ein Normalisierungsabkommen unterzeichnet, das zwei Jahre später zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Warschau führte. Es entstanden schnell Institutionen, die dem deutsch-polnischen Dialog dienen sollten. Den Kontakten zwischen den Gesellschaften wurde große Aufmerksamkeit geschenkt. Es wurde eine deutsch-polnische Schulbuchkommission gegründet, deren Aufgabe es war, die Geschichts- und Geografiebücher beider Länder auf Fehler und Fehldarstellungen hin zu analysieren. Die ersten Städtepartnerschaften wurden geschlossen. Der wissenschaftliche Austausch wurde intensiviert. Ein wichtiges Ereignis war die Schaffung eines Beratungsforums zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Wie man sieht, lag die Last für den Ausbau des Dialogs zwischen den beiden Nationen bei Polen und dem westlichen Teil Deutschlands. Der ostdeutsche kommunistische Staat beobachtete dies unwillig, ebenso wie alle Anzeichen eines polnischen Widerstands gegen den Kommunismus.

Die Wahl eines Polen zum Papst im Jahr 1978 – mit Unterstützung des deutschen Episkopats – geriet an dieser Stelle zu einer Art Beweis für den Abbau nationaler Spaltungen und zu einer Bestätigung der intensiven Zusammenarbeit und des Dialogs. Die Einführung des Kriegsrechts durch das kommunistische Regime am 13. Dezember 1981, das die antikommunistische Bewegung „Solidarität“ zerstören sollte, verursachte eine große Welle an spontaner Hilfe seitens der westdeutschen Gesellschaft (auch die Bürger der DDR schlossen sich der Hilfe an). Zu erwähnen gilt es aber, dass diese Hilfe oft durch Schuldgefühle und die Notwendigkeit von Wiedergutmachung motiviert war.

Erst als Polen 1989 seine Unabhängigkeit wiedererlangte und Deutschland ein Jahr später wiedervereinigt wurde, wurden die Voraussetzungen für eine Partnerschaft und die Beschleunigung des deutsch-polnischen Aussöhnungsprozesses geschaffen. Beide Länder, verschiedene Institutionen und Gesellschaften waren in diesem Bereich sehr aktiv. Auf verschiedenen Ebenen gab es viele Menschen, die die Annäherung von Polen und Deutschen nicht nur als Voraussetzung für die Wiederherstellung ihrer Beziehungen, sondern auch für den Frieden in Europa betrachteten.

Der Beginn dieses Dialogs allerdings war nicht einfach. In der Praxis musste er neu geschaffen werden. Während des Treffens von Tadeusz Mazowiecki, des ersten nichtkommunistischen polnischen Ministerpräsidenten nach 1945, mit Bundeskanzler Helmut Kohl am 9. November 1989 in Warschau sagte der polnische Politiker:

Ein dauerhaftes Verständnis und eine dauerhafte Versöhnung zwischen unseren Nationen erfordert einen gegenseitigen und ständig erneuerten Willen zur Versöhnung, zur Verankerung in einer ausreichend breiten sozialen Basis, der durch die Stimme der öffentlichen Meinung bestätigt werden muss.⁹

Ebenfalls wurde das Problem der Versöhnung und des Erinnerns vom polnischen Außenminister Krzysztof Skubiszewski während seiner Rede im Sejm am 26. April 1990 angesprochen. Er betonte, dass die deutsch-polnische Versöhnung für Europa wichtig sei und vor allem eine moralische Dimension habe:

Schwere Verbrechen und das Leiden der Kriegszeit gehören der Vergangenheit an, vor allem aus der Sicht der neuen, jungen Generationen. Diese Schande muss als eine große Warnung in Erinnerung gerufen werden, nicht als Quelle von Abneigung, Vorurteilen oder gar Hass.¹⁰

Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg konnten Polen und Deutsche zu partnerschaftlichen Bedingungen diskutieren. Die äußeren Umstände waren sehr günstig. Deutschland unterstützte das polnische Bestreben, der NATO und den Europäischen Gemeinschaften beizutreten. Die Zusammenarbeit wurde auf verschiedenen Ebenen etabliert. So kann man sagen, dass die erste der Ebenen, die strukturelle, erfolgreich imple-

⁹ Vgl. Toast premiera PRL Tadeusza Mazowieckiego wygłoszony w urzędzie rady ministrów, Warszawa, 9.11.1989, in: Na drodze do współpracy i przyjaźni. Warszawa-Bonn 1945-1995. Wybór dokumentów i materiałów, oprac. Mieczysław Tomala, Warszawa 1996, S. 161.

¹⁰ Vgl. Expose ministra spraw zagranicznych Krzysztofa Skubiszewskiego w Sejmie 26 kwietnia 1990 r., in: Stosunki międzynarodowe, doi: <http://stosunki-miedzynarodowe.pl/teksty-zrodlowe/przemowienia/1133-expose-ministra-spraw-zagranicznych-krzysztofa-skubiszewskiego-w-sejmie-26-kwietnia-1990-r?start=1> (letzter Zugriff: 12.03.2019).

mentiert wurde. Es wurde ein Austausch von Vertretern verschiedener politischer, wirtschaftlicher und kultureller Bereiche organisiert, formelle und regelmäßige Kommunikations- und Konsultationskanäle zwischen Beamten geschaffen und gemeinsame Institutionen und Organisationen eingerichtet. Auch die zweite Ebene, die sozialpsychologische, begann sich schnell zu verändern. Die Öffnung der Grenzen zwischen Polen und Deutschland ermöglichte den direkten Kontakt und Austausch. Historiker aus beiden Ländern begannen einen langfristigen Dialog über geschichtliche Themen. Im Laufe der Zeit stellten sich aufgrund der Kontakte zwischen den Gesellschaften erste positive Resultate ein. Und dies spiegelten ebenso die Ergebnisse der öffentlichen Meinungsumfragen wider.

Doch im Laufe der zweiten Hälfte der 1990er Jahre tauchten erste Anzeichen von Missverständnissen auf, die zu einem Wiederaufbrechen von Konflikten führten. Die Geschichte stand einer Versöhnung erneut im Weg, insbesondere die Erwartung, dass ein Teil der ehemaligen deutschen Vertriebenen als Opfer des Zweiten Weltkriegs anerkannt werden solle. Darüber hinaus folgten auch materielle Forderungen. Und während sich die erste und zweite Ebene ohne größere Hindernisse entwickelt hatten, fand die dritte Ebene der oben genannten „kollektiven Heilung“ nicht statt – und es ist schwer zu prognostizieren, ob sie stattfinden wird.

Für die widersprüchlichen historischen Erinnerungen von Polen und Deutschen kann eine besondere Art der in Südafrika angewandten Geschichtspolitik, nämlich die restaurative Justiz, zu einem Bezugspunkt werden, schrieb Anna Wolff-Powęska, Politikwissenschaftlerin und Historikerin der deutsch-polnischen Beziehungen. Bei dieser Einigung mit der Geschichte geht es nicht um Rache, sondern um Heilung. Der Täter wird als ein Subjekt mit Verantwortungsbewusstsein und Scham behandelt, das der Gemeinschaft wiedergegeben werden muss. In dieser alten afrikanischen Tradition wird angenommen, dass der Mensch die Menschlichkeit nur durch einen anderen Menschen wiedererlangen kann.¹¹

¹¹ Anna Wolff-Powęska, O aktualność dialogu i pojednania w stosunkach polsko-niemieckich, in: Pojednanie i polityka. Polsko-niemieckie inicjatywy pojednania w latach sześćdziesiątych XX wieku a polityka odprężenia, pod red. Friedhelma Bolla, Wiesława J. Wysockiego i Klausa Ziemera, Warszawa 2010, S. 365.

Herausforderungen für die Zukunft

Der Prozess der deutsch-polnischen Versöhnung ist seit mehreren Jahren ins Stocken geraten. Zumindest auf polnischer Seite wird dieser in den Beziehungen zu seinem westlichen Nachbarn nicht als eine der Prioritäten behandelt. Es ist heute schwer zu sagen, welche Folgen dies für die Zukunft haben kann. Unabhängig davon ist die Behauptung, dass Polen und Deutschland Vorbilder im Kontext der Überwindung der negativen Vergangenheit sind, teilweise richtig. Es wurde viel erreicht. Am Prozess der Versöhnung waren, und das sei betont, zunächst nur sehr wenige Menschen beteiligt. Erst im Laufe der Zeit schlossen sich ihnen andere Menschen an. Erst nach 1989 wurde die Versöhnung zur Aufgabe des Staates, der die notwendigen Strukturen schuf. Es scheint, dass der Abschluss des Versöhnungsprozesses wieder einmal bei den Bürgern liegt. Die Geschichte sollte jedoch kein Bezugspunkt sein; es wurde bereits viel getan, und weitere Maßnahmen, wie beispielsweise ein gemeinsames deutsch-polnisches Geschichtsschulbuch, stehen kurz vor ihrer Vollendung. Darüber hinaus hat inzwischen ein Generationenwechsel stattgefunden, und es ist notwendig, neue Ziele für die deutsch-polnische Versöhnung zu formulieren und nicht nur historische Kontexte zu identifizieren. Zitieren möchte ich daher in diesem Sinne noch einmal Anna Wolff-Powęska mit den folgenden Worten:

Dies sollte jedoch kein Kampf um die Geschichte sein, sondern geduldiges gegenseitiges Lernen, das die Wahrheit näherbringt, auch auf die Interpretation des Partners hört und das Gedächtnis des Guten gegenüber dem Gedächtnis des Bösen pflegt.¹²

¹² A. Wolff-Powęska, op. cit., S. 367.

URSZULA PEKALA

DIE DYNAMIK VON VERSÖHNUNG. DEUTSCH-POLNISCHE ANNÄHERUNG NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Am 17. Juni 1991 unterzeichneten Bundeskanzler Helmut Kohl und der polnische Ministerpräsident Jan Krzysztof Bielecki den „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“¹. Die beiden Vertragsparteien äußerten darin ihre Überzeugung „von der Notwendigkeit, die Trennung Europas endgültig zu überwinden und eine gerechte und dauerhafte europäische Friedensordnung zu schaffen“². Des Weiteren verpflichteten sie sich, „den Wunsch ihrer beiden Völker nach dauerhafter Verständigung und Versöhnung in die Tat umzusetzen“³. Das Wort „Versöhnung“ wurde in diesem Vertrag insgesamt sieben Mal verwendet

¹ Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991, in: Auswärtiges Amt, online abrufbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/277518/57028cb46790cc18f7062c7b68c526df/dtpolnachbarschaftsvertrag-data.pdf> (letzter Zugriff: 08.09.2018).

² Ebd., Präambel.

³ Ebd., Art. 1.

und zwar in Bezug auf die Kooperationen in so unterschiedlichen Bereichen wie Wirtschaft, kultureller Austausch oder Förderung zwischenmenschlicher Kontakte von Deutschen und Polen. Diese Kooperationen erschienen somit in einem Vertrag als einer Form der Festigung eines auf Versöhnung basierenden deutsch-polnischen Verhältnisses.

Wie ist es jedoch dazu gekommen, dass der eher theologische Assoziationen weckende Begriff „Versöhnung“ Eingang in einen politischen Vertrag gefunden hat? Eine Erklärung hierfür liefert die Geschichte der deutsch-polnischen Annäherung nach dem Zweiten Weltkrieg, in der sich viele Christinnen und Christen engagierten und diesen Prozess ausdrücklich im Zeichen der im christlichen Glauben begründeten Versöhnung mitgestalteten. Sie waren aus ihrer religiösen Motivation heraus in Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft – also nicht nur im innerkirchlichen oder interkonfessionellen Rahmen – aktiv; man darf allerdings nicht vergessen, dass die deutsch-polnische Annäherung auch eine Frucht solcher Bemühungen in den genannten Bereichen ist, die keinen Bezug nahmen auf die theologische Versöhnungsidee. Die Geschichte der jahrzehntelangen Annäherungsinitiativen unterschiedlicher Gruppen fand nun ihren Höhepunkt in dem zitierten Vertrag (was allerdings nicht mit dem Abschluss des Versöhnungsprozesses gleichzusetzen ist).

Vor diesem Hintergrund stellen sich nun zwei Fragen: Was bedeutet „Versöhnung“ in Bezug auf die Aufarbeitung politischer Konflikte? Und was macht die Dynamik des deutsch-polnischen Versöhnungsprozesses aus, so dass die Versöhnungsidee im deutsch-polnischen Kontext über Jahrzehnte hinweg virulent blieb? Diesen Fragen werde ich mich in mehreren Schritten annähern – zunächst auf einer allgemeineren Ebene, dann konkret bezogen auf das deutsch-polnische Verhältnis. Das Augenmerk wird dabei auf christlichen Versöhnungsinitiativen liegen.

1. VERSÖHNUNG IM KONTEXT DER AUFARBEITUNG POLITISCHER KONFLIKTE

Ein Prozess an der Schnittstelle von Religion und Politik

Die deutsch-polnische Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg schreibt sich in ein breites Spektrum diverser Initiativen ein, die Christinnen und Christen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in mehreren Ländern Europas unternahmen, um ihre Völker zur Versöhnung zu bewegen. Sie wandten einen theologisch begründeten Begriff von „Versöhnung“ auf den politischen Sachverhalt bewaffneter Konflikte in unterschiedlichen Kontexten – zwischenstaatlich (wie die deutsch-französische oder eben die deutsch-polnische Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg) oder ethnisch-religiös (wie im ehemaligen Jugoslawien) – an und überschritten somit die Domäne der Religion und der Theologie. Versöhnung muss folglich als ein Prozess im Überschneidungsbereich von religiöser und politischer Sphäre gesehen werden. In diesem Prozess beeinflussen sich Religion und Politik gegenseitig. Religion beeinflusst Politik, indem der von christlichen Akteuren aus ihrem Glauben heraus initiierte Versöhnungsprozess auf der politischen Ebene tatsächlich eingeleitet wird oder zumindest dann, wenn sich die Bedeutung eines solchen Prozesses auch anderen Teilen der Gesellschaft außerhalb der Kirchen als plausibel erschließt. Politik wiederum beeinflusst Religion im Zusammenhang mit Versöhnung, indem sie der Kirche Handlungsräume in Öffentlichkeit und Gesellschaft eröffnet bzw. sie eingrenzt.⁴

Aus diesen Gründen lässt sich im Falle der deutsch-polnischen Versöhnung schwer eine scharfe Trennlinie zwischen Religion und Politik ziehen. Diese Unschärfe resultiert daraus, dass das Verhältnis beider Sphären kontextabhängig jeweils neu ausgehandelt wird. Versöhnung wird somit zum einen zum Aushandlungsfeld von Politikern, zivilge-

⁴ Vgl. Urszula Pękala, *Deutsch-polnische Versöhnung an der Schnittstelle von Religion und Politik*, in: Urszula Pękala / Irene Dingel (Hg.), *Ringens um Versöhnung. Religion und Politik im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen seit 1945*, Göttingen 2018, S. 9-48, hier S. 44f.

sellschaftlichen Organisationen, Vertretern der christlichen Kirchen und anderer Religionsgemeinschaften, die jeweils eigene Akzentuierungen in das Verständnis von Versöhnung einbringen. Zum anderen stellen die an der Schnittstelle von Religion und Politik verlaufenden Versöhnungsprozesse einen interessanten Forschungsgegenstand für unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen dar (u. a. Theologie, Politik-, Geschichts- und Literaturwissenschaft, Soziologie sowie Psychologie), die versuchen, das Wesen und die Bedingungen von Versöhnung auszumachen.

Versuch einer Definition

Wie definiert man Versöhnung?⁵ Beteiligte des deutsch-polnischen Versöhnungsprozesses unternehmen selten den Versuch einer Definition. Sie gehen von einem als allgemein bekannt vorausgesetzten Verständnis von Versöhnung aus. Ihre Reflexion widmet sich vielmehr der Frage, was man konkret tun kann und soll, um Versöhnung zu erreichen. Die Frage nach einer Definition ist jedoch zentral, wenn eine nachhaltige Versöhnung einst verfeindeter Parteien angestrebt wird. Dabei kann die wissenschaftliche Forschung einen Beitrag zur praktischen Versöhnungsarbeit leisten – einerseits liefert sie nämlich einen unterstützenden normativ-theoretischen Rahmen zur Erfassung der Ziele und Prioritäten von Versöhnungsarbeit; andererseits trägt die Versöhnungsforschung mit ihrer zeitlich und räumlich umfassenden vergleichenden Perspektive zum besseren Verständnis von Herausforderungen und Schwierigkeiten in Versöhnungsprozessen bei, was bei der Herausarbeitung der im jeweiligen Kontext angemessenen Handlungsmethoden nützlich sein kann. Daher werde ich mich nun den Definitionsversuchen von Versöhnung in der Perspektive der Theologie und der Politikwissenschaft widmen – zweier Disziplinen, die Versöhnung als einen Prozess an der Schnittstelle von religiöser und politischer Sphäre mit besonderem Interesse beobachten.

Unter dem Stichwort „Versöhnung“ lässt sich für die Politikwissenschaft und die Theologie eine gemeinsame Kernidee ausmachen:

⁵ Vgl. Pełkala, *Deutsch-polnische Versöhnung an der Schnittstelle von Religion und Politik*, S. 12-19.

Es handelt sich um die Überwindung einer konfliktbelasteten Vergangenheit, damit eine gemeinsame Zukunft einst verfeindeter Parteien möglich wird. Diese allgemeine Kernidee entfalten die beiden Disziplinen auf jeweils eigene Art und Weise; über einen gemeinsamen Versöhnungsbegriff verfügen sie nicht.

Für die Theologie gehört Versöhnung zu den zentralen Begriffen und zugleich zu den immer aktuellen Themen der Seelsorge.⁶ Nach theologischem Verständnis umfasst Versöhnung folgende Elemente: Aufdeckung der Wahrheit über das Geschehene, Reue und Schuldbekennnis, Vergebungsbereitschaft und Vergebung, Sühne und Wiedergutmachung, und schließlich – als das ideale Ziel – die Wiederherstellung einer durch das geschehene Unrecht zerbrochenen Gemeinschaft. Zum Kern des theologischen Versöhnungsverständnisses gehört die Überzeugung, dass sich Versöhnung stets in zwei aufeinander bezogenen Dimensionen vollzieht: einer vertikalen zwischen Gott und Mensch und einer horizontalen zwischen Mensch und Mensch. Mit der vertikalen Dimension wird Gott die zentrale Rolle bei der Versöhnung zugeschrieben, als demjenigen, der als erster die Initiative zur Versöhnung mit den Menschen ergreift. Die horizontale Dimension der Versöhnung ist theologisch im neutestamentlichen Gebot der Feindesliebe (vgl. Lk 6, 27-36; Mt 5, 43-48) und dem Aufruf zum Verzicht auf Vergeltung (Mt 5, 38-40) begründet.

Anders als die Theologie verfügt die Politikwissenschaft über keinen eigenen Versöhnungsbegriff. Innerhalb der Politikwissenschaft lassen sich zwei Tendenzen in der Herangehensweise an Versöhnung beobachten. Die eine könnte man als empirisch bezeichnen. Hier wird betont, dass „Versöhnung“ kein genuin politikwissenschaftlicher Begriff ist. Denn zu den konstitutiven Elementen politischer Prozesse zählen das Machtspiel, die Rivalität, die Durchsetzung eigener Interessen (auch auf

⁶ Weiterführende Erkenntnisse zu diesem Thema finden sich u.a. in: Bernhard Knorn, *Versöhnung und Kirche. Theologische Ansätze zur Realisierung des Friedens mit Gott in der Welt*, Münster 2016; Christian Wollmann, *Versöhnung in Freiheit und Ordnung. Reflexionen zu einem sozialetischen Handlungsfeld aus protestantischer Perspektive*, Frankfurt am Main 2007.

Kosten des Anderen)⁷, welche mit Versöhnung schwer vereinbar sind – setzt Versöhnung doch einen Verzicht auf Machtansprüche, Dominanz und Konkurrenz voraus. Außerdem erscheint auf dem Gebiet der Politikwissenschaft der durch die Theologie herausgearbeitete Versöhnungsbegriff schon allein wegen seines Gottesbezugs nicht anwendbar. Trotz der Schwierigkeiten mit dem Begriff ist die empirisch arbeitende Politikwissenschaft an Versöhnung als einer Strategie zur dauerhaften Überwindung von Konflikten interessiert; sie fragt nach Umständen und Bedingungen, Legitimierung und Verbindlichkeit, Nachhaltigkeit und Institutionalisierung von Versöhnung sowie nach der dauerhaften Veränderung politischer Kultur.

Die andere Tendenz innerhalb der Politikwissenschaft könnte als normativ bezeichnet werden. Hier ist man durchaus an der Formulierung eines politischen Versöhnungskonzepts interessiert.⁸ Innerhalb dieser Tendenz unterscheidet Valérie Rosoux zwischen drei politikwissenschaftlichen Zugängen zur Versöhnung: einem strukturellen (Fragen der internationalen politischen Kooperation), einem sozio-psychologischen (kognitive und emotionale Aspekte der Annäherung zwischen einstigen Gegnern) und einem spirituellen (Wege zur Aufarbeitung der Vergangenheit und zur Wiedergutmachung im Verhältnis zwischen Opfern und Tätern).⁹

Beide Zugänge werden in der Politikwissenschaft manchmal miteinander verflochten, wenn von empirischen Fallbeispielen auf

⁷ Robert A. Dahl / Bruce Stinebrickner, *Modern Political Analysis*, Upper Saddle River, NJ 2003, S. 34–53.

⁸ Vgl. bspw. L. Philip Barnes, *Talking Politics, Talking Forgiveness*, in: *Scottish Journal of Theology* 1 (2011), S. 64–79; Sándor Fazakas, *Versöhnung als Modell der historischen Aufarbeitung*, in: *theologie.geschichte* 7 (2012), online abrufbar unter: <http://universaar.uni-saarland.de/journals/index.php/tg/article/view/477/516> (letzter Zugriff: 08.09.2018); Piotr Mazurkiewicz, *Przebaczenie i pojednanie*, in: *Chrześcijaństwo – Świat – Polityka. Zeszyty Społecznej Myśli Kościoła* 1 (2006), 1, S. 7–32; Daniel Philpott, *Beyond Politics as Usual. Is Reconciliation Compatible with Liberalism?*, in: ders. (Hg.), *The Politics of Past Evil. Religion, Reconciliation and the Dilemmas of Transitional Justice*, Notre Dame, Ind. 2006, S. 11–44; Judith Renner, *Versöhnung als leerer Signifikant im Kontext politischer Transitionen: Eine diskurstheoretische Konzeptualisierung*, in: Stefan Engert u. a. (Hg.), *Transitional Justice 2.0*, Berlin 2011, S. 245–270; Andrew Schaap, *Political Reconciliation*, London, New York 2005.

⁹ Valérie Rosoux, *Reconciliation as a Peace-Building Process: Scope and Limits*, in: Jacob Bercovitch (Hg.), *The SAGE Handbook of Conflict Resolution*, Los Angeles u. a. 2009, S. 543–563, hier S. 544.

übergreifende normative Auffassungen der politischen Versöhnung gefolgert wird. So verfährt beispielsweise Lily Gardner Feldman. Auf der Grundlage ihrer Analyse der „deutschen Versöhnungspolitik“ nach dem Zweiten Weltkrieg (u. a. in Bezug auf Polen) schlägt sie ein politikwissenschaftliches Idealmodell von Versöhnung vor, zu dem sie vier Elemente zählt: Auseinandersetzung mit der Vergangenheit; politische Führungsschichten, die die Versöhnungsbemühungen mittragen; Institutionen auf der Ebene der Regierungen und der Zivilgesellschaft, die die Annäherung nachhaltig unterstützen; den internationalen Kontext, der durch entsprechende Rahmenbedingungen einen Versöhnungsprozess fördern kann.¹⁰

Herausforderungen bei der Umsetzung der christlichen Versöhnungsidee im politischen Bereich

Die hier angesprochenen Unterschiede im Versöhnungsverständnis von Theologie und Politikwissenschaft spiegeln die tatsächlichen Herausforderungen wider, mit denen die Akteure der deutsch-polnischen Versöhnung sowie auch aller anderen christlich motivierten Versöhnungsinitiativen zu ringen haben. Die Akteure sehen sich nämlich oftmals mit Spannungen zwischen einer theologisch-normativ gefassten Versöhnungsidee und deren praktischer Umsetzung unter konkreten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen konfrontiert.

Ein theologisches Verständnis von Versöhnung hat ein Geschehen zwischen Gott und Mensch sowie zwischen Individuen im Blick. Im Rahmen der deutsch-polnischen Versöhnung erfolgt dessen Aus-

¹⁰ Lily Gardner Feldman, *Germany's Foreign Policy of Reconciliation. From Enmity to Amity*, Lanham 2012, bes. S. 12–17. Darüber hinaus bietet der umfangreiche Sammelband, herausgegeben von Corine Defrance und Ulrich Pfeil, eine gewisse Systematisierung der Versöhnungsinitiativen aus dem Bereich der deutsch-polnischen Beziehungen sowie aus anderen Kontexten (z. B. deutsch-französisch, deutsch-tschechisch, deutsch-niederländisch, ehemaliges Jugoslawien) in der Perspektive der daran beteiligten Akteure, deren Handlungsformen sowie der Symbolträchtigkeit von Versöhnungsgesten. Corine Defrance / Ulrich Pfeil (Hg.), *Verständigung und Versöhnung nach dem »Zivilisationsbruch«? Deutschland in Europa nach 1945*, Bruxelles u.a. 2016.

weitung auf ganze Gesellschaften¹¹ und gerade diese Tatsache stellt die Versöhnungsbemühungen vor einige Herausforderungen. Erstens erhalten Versöhnungsinitiativen in ihrer kollektiven Dimension einen zweifachen Bezugsrahmen. Einerseits funktionieren sie als Initiativen, die an die jeweils andere Konfliktpartei gerichtet sind; andererseits müssen sie überzeugend der eigenen Gruppe vermittelt werden, damit sie eine nachhaltige Annäherung der bislang verfeindeten Parteien bewirken können.

Zweitens erweitert sich mit der kollektiven Ausweitung von Versöhnung ihr Fokus weit über das direkte Opfer-Täter-Verhältnis hinaus. Im deutsch-polnischen Kontext engagierten sich in Versöhnungsinitiativen von Anfang an in der Regel diejenigen, die keine persönliche Schuld an den zu sühnenden Verbrechen trugen. Welche Begründung kann hinter einer solchen Haltung stehen, wo Schuld doch nicht übertragbar ist? Eine Antwort darauf liefert Karl Kardinal Lehmann in seinem Wort als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs:

Es leben heute nicht mehr viele, die sich unmittelbar fragen müssen, ob sie in diesem Krieg Verbrechen Vorschub geleistet haben oder selbst Verbrecher geworden sind. Die nachfolgenden Generationen sind nicht in dieser Weise verantwortlich für das, was damals geschah. Aber damit allein ist die Frage der Schuld und ihrer Ursachen nicht erledigt. Alle sind nämlich vom gemeinsamen Erbe der Folgen betroffen und müssen diese schwere Last in Solidarität mittragen.¹²

Die hier angesprochene Betroffenheit „vom gemeinsamen Erbe der Folgen“ kann sich in unterschiedlicher Form auf weite Personenkreise

¹¹ Vgl. bspw. Heinz-Gerhard Justenhoven, Individuelle und kollektive Versöhnung: Ein Beitrag zur Unterscheidung scheinbar gleicher Vorgänge, in: Die Neue Ordnung 62 (2008), 2, S. 84–93; Michael Beintker, Remembering Guilt as a Social Project: Some Reflections on the Challenge of Working Through the Past, in: Studies in Christian Ethics 24 (2011), 2, S. 210–231.

¹² Karl Lehmann, Wort zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges am 1. September (1939–1989), in: ders., Erinnerung – Umkehr – Versöhnung (Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz 15, 28. März 1990), Bonn 1990, S. 7–9, hier S. 7.

se erstrecken: auf diejenigen, die den Krieg selbst erlebt haben; auf alle, die der Gesellschaft angehören, auf der ein erlittenes oder den Anderen angetanes Unrecht lastet; schließlich auf die nachfolgenden Generationen, selbst wenn sie weder den Krieg selbst erlebt haben noch Zeitzeugen direkt begegnet sind.

Drittens wirft die kollektive Ausweitung von Versöhnung die Frage nach den Subjekten von Versöhnung und nach deren Mandat, Versöhnungsgesten zu vollziehen, auf. Denn Versöhnung zwischen Kollektiven kann nicht ohne eine Repräsentation auskommen. Diese ist unterschiedlich legitimiert: mittels eines kirchlichen Amtes (Kirchenvorsteher als Repräsentanten der Gläubigen), mittels demokratischer Wahl (Staatsoberhäupter als Repräsentanten der politischen bzw. nationalen Gemeinschaft), mittels eines inneren moralischen Imperativs, sich als Bürger/-in oder Christ/-in den Belastungen der Vergangenheit zunächst individuell zu stellen und ferner mittels eines Bestrebens, weitere Teile der Gesellschaft zu bewegen. Die Rolle von „Repräsentanten“ im Versöhnungsprozess ist nicht zu unterschätzen. Durch symbolische Handlungen, Memoranda, Erklärungen, Predigten, Publizistik, persönliche Begegnungen schaffen sie einen Raum, in dem sich der Einzelne wiederfinden und daraus Inspiration für die eigene Haltung schöpfen kann. Zudem identifizieren „Repräsentanten“ Probleme und schlagen konkrete Lösungen vor, so dass der Einzelne über sein Nachdenken und idealerweise über konkrete Entscheidungen in den Versöhnungsprozess miteinbezogen wird. All das sind unterschiedliche Mittel, die dem Einzelnen einen Anteil am Versöhnungshandeln geben und ihn somit zum Subjekt von Versöhnung machen – vorausgesetzt einer persönlichen Entscheidung, sich an der Versöhnung beteiligen zu wollen.

2. WIE EREIGNET SICH VERSÖHNUNG? – ERFahrungen AUS DEM DEUTSCH-POLNISCHEN KONTEXT

Die Auseinandersetzung mit Herausforderungen, vor die sich die Beteiligten der religiös motivierten Initiativen zur deutsch-pol-

nischen Versöhnung im gesellschaftlichen und politischen Kontext gestellt sahen, führte nach und nach zur Entdeckung unterschiedlicher Dimensionen von Versöhnung und zur Entwicklung angemessener Handlungsformen. Den Beteiligten standen jedoch keine fertigen Lösungen zur Verfügung. Sie mussten die innere Dynamik von Versöhnung erst in einem *learning by doing*-Prozess langsam entdecken bzw. diese erst selbst erschaffen. Auf der Grundlage ihrer Erfahrungen kann man rückblickend aus der Perspektive der über sieben Jahrzehnte, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs vergangen sind, diese Dynamik im groben Umriss erfassen. Dies soll in den nachstehenden neun Thesen versucht werden.

1. Versöhnung zwischen einst verfeindeten Völkern ist immer ein **langer und mühsamer Prozess, der keineswegs geradlinig verläuft** – Hindernisse und Rückschläge gehören ebenso dazu wie Fortschritte in der gegenseitigen Annäherung. So entfaltete sich auch die deutsch-polnische Versöhnung: über Jahrzehnte hinweg; getragen von vielen Menschen guten Willens aus den Bereichen Kirche, Zivilgesellschaft, Politik. Als dieser Prozess in den späten 1950er und 1960er Jahren langsam einsetzte, geschah dies gegen die kommunistische Propaganda in der DDR und der Volksrepublik Polen, gegen revisionistische Tendenzen in Westdeutschland (insbesondere bezüglich der Oder-Neiße-Grenze), gegen das anhaltende Misstrauen oder sogar den Hass.

2. Für eine nachhaltige Versöhnung reichen selten spontane Aktionen aus. Versöhnung erfordert von den Beteiligten vielmehr **eine systematische Reflexion ihrer eigenen Handlungsgrundlage im kirchlichen und gesellschaftlichen Kontext**. An den Initiativen zur deutsch-polnischen Versöhnung waren viele Intellektuelle und Publizisten beteiligt, die über Ursachen des deutsch-polnischen Konflikts, mögliche Formen eines friedlichen Verhältnisses zwischen den beiden Völkern sowie konkrete Handlungsformen in der Politik und in der Öffentlichkeit nachdachten und diese in Büchern, journalis-

tischen Texten oder Memoranda verbreiteten.¹³ Auf der deutschen Seite waren sie vornehmlich mit der *Aktion Sühnezeichen* (sowohl in der DDR als auch in der BRD), dem *Bensberger Kreis* und der *Pax-Christi-Bewegung* verbunden; in Polen gehörten viele von ihnen zum Breslauer und Warschauer *Klub der Katholischen Intellektuellen*, zu den Milieus um die Warschauer Monatszeitschrift „*Więź*“ (=Bindung) sowie um die Krakauer Zeitschriften „*Znak*“ (=Zeichen) und „*Tygodnik Powszechny*“ (=Allgemeine Wochenzeitung).

3. Neben der Reflexion über die jeweils aktuelle Situation setzt Versöhnung auch fundiertes **Wissen über die leidvolle Vergangenheit und über den Anderen** voraus. Denn damit Versöhnung zum dauerhaften Wiederaufbau einer zerbrochenen Gemeinschaft führt, müssen die Beteiligten zunächst den Mut aufbringen, die Wahrheit über das geschehene Unrecht offenzulegen, und bereit sein, die Erfahrungen und Erinnerungen der jeweils anderen Seite kennenzulernen und zu respektieren. Darum verbanden sich die Versöhnungsinitiativen im deutsch-polnischen Kontext auch mit konkreter Bildungsarbeit. Ein Beispiel hierfür stellen die in Magdeburg verfassten „Polen-Handreichungen“ dar. Sie wurden durch Günter Särchen von den 1960er bis in die 1980er Jahre mit Unterstützung u. a. von Theo Mechtenberg, der die Handreichungen mit wichtigen publizistischen Texten aus Polen versorgte, erstellt. Särchen organisierte auch sog. Polenseminare, aus denen später die bis heute existierende *Anna-Morawska-Gesellschaft* entstanden ist, die mit ihrem Namen

¹³ Vgl. bspw.: Bensberger Kreis (Hg.), Ein Memorandum deutscher Katholiken zu den polnisch-deutschen Fragen, Mainz 1968; Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denkschrift, hg. v. der Kirchenkanzlei der EKD, Hannover 1965; Bolesław Kominek, Propozycje dialogu z Niemcami, in: Szkice do portretu, Kardynał Bolesław Kominek, red. Jan Krucina, Wrocław 2005, S. 245–259; O wolność, sprawiedliwość i pokój w Europie. Oświadczenie katolików polskich i niemieckich w pięćdziesiątą rocznicę wybuchu II wojny światowej, in: *Więź* 32.9 (1989), S. 17–21; Tadeusz Mazowiecki, Polska–Niemcy i memorandum Bensberger Kreis, in: *Więź* 5 (1968), S. 3–23; Anna Morawska, Chrześcijanin w Trzeciej Rzeszy, Kraków 1970 (deutsche Ausgabe: Anna Morawska, Dietrich Bonhoeffer. Ein Christ im Dritten Reich, übers. und hg. v. Winfried Lipscher, mit einem Vorwort von Tadeusz Mazowiecki, Münster 2011); Günter Särchen, Problemy sąsiedztwa, in: *Znak* 21 (1969), S. 1168–1178.

an eine wichtige Mitstreiterin der deutsch-polnischen Versöhnung aus Krakau erinnert. Mechtenberg wiederum bereitete regelmäßige deutschsprachige Bulletins zu den sog. „Auschwitz-Seminaren“ von *Pax Christi* aus der Bundesrepublik und der polnischen *Znak-Gruppe* vor. Heute leisten beispielsweise das *Deutsche Polen-Institut* in Darmstadt, die *Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit*, die *Stiftung Polnisch-Deutsche Aussöhnung* oder das *Deutsch-Polnische Jugendwerk* wichtige Arbeit im Bereich des gegenseitigen Kennenlernens.

Trotz dieser zur Verfügung stehenden Möglichkeiten scheint allerdings die inzwischen günstige kommunikative Situation der direkten Nachbarschaft, der offenen Grenzen und der freien Medien von Deutschen und Polen wenig genutzt zu werden. Vor diesem Hintergrund riefen die deutschen und polnischen Bischöfe in einer gemeinsamen Erklärung zum 70. Jahrestag des Kriegsausbruchs die beiden Völker auf zur „Redlichkeit in der Auseinandersetzung mit den Schrecken der Vergangenheit“ und zum „Verzicht auf Stereotype, die wirkliches Verstehen behindern und das mühsam gewachsene Vertrauen zwischen Polen und Deutschen untergraben können“¹⁴.

4. Das Wissen über das Geschehene und das gegenseitige Kennenlernen sind jedoch erst Eingangsvoraussetzungen für Versöhnung, denn **Versöhnung ereignet sich vor allem in der Begegnung**. Die Begegnungen vollziehen sich bis heute meistens auf der Ebene individueller Kontakte zwischen Deutschen und Polen, die sich schwer in Statistiken erfassen oder im archivalischen Quellenmaterial wiederfinden lassen. Nur selten kann man konkrete Namen von Einzelpersonen ausmachen, wie beispielsweise des Berliner Pfarrers Kurt Reuter, der aus eigenem Antrieb in den 1960er Jahren von der DDR aus polnische Priesterseminare mit theologischen Büchern versorgte.¹⁵ Oft erhielten aber die Begegnung

¹⁴ Erklärung aus Anlass des 70. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 (25.08.2009), in: Biuro Prasowe Episkopatu Polski (Hg.), Akta Konferencji Episkopatu Polski, Nr 16/2009. Warszawa 2009, S. 16-19, hier S. 17.

¹⁵ Robert Żurek, Kurt Reuter. Ein vergessener Vorreiter der deutsch-polnischen Versöhnung, in: Wichmann-Jahrbuch des Diözesangeschichtsvereins Berlin (2010/2011), S. 132–143.

nungen auch einen breiter organisierten Rahmen. Eine besonders schwierige Aufgabe im Bereich der Begegnung haben sich die *Aktion Sühnezeichen* (seit den 1960er Jahren) sowie das *Zentrum für Dialog und Gebet* in Oświęcim (seit 1992) gestellt, nämlich sich mit der Erfahrung der nazi-deutschen Konzentrationslager und der Shoah – nicht selten im direkten Kontakt mit den Überlebenden – auseinanderzusetzen.

5. Nun aber kann man fragen, was sich eigentlich in den Begegnungen ereignen muss, damit sie zu Versöhnung führen. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Sprachen, Erfahrungen, Mentalitäten zwischen Deutschen und Polen wird eines deutlich: **Versöhnung braucht Übersetzung**, damit sich die beteiligten Parteien gegenseitig verstehen, verständigen und – im Idealfall – in die Lage des Anderen hineinversetzen können. Auf diesem Gebiet ist beispielsweise seit Jahrzehnten Theo Mechtenberg tätig. Er ist Übersetzer im engeren Sinne der Textübersetzung; zu seinen Übersetzungen aus dem Polnischen ins Deutsche gehören Publizistik, Fachbücher aus den Bereichen Geschichte, Philosophie und religiöse Literatur. Theo Mechtenberg verweist aber auch auf Übersetzungen im übertragenen Sinne, nämlich als Vermittlung zwischen Mentalitäten, Deutungen, Kontexten. In einem seiner Bücher schreibt er von der Notwendigkeit einer „interkulturellen Empathie“ im deutsch-polnischen Kontext, die folgende Komponenten umfasst: Vorurteile ausschließen, sich in die Mentalität des Nachbarn einfühlen, seine Andersartigkeit und mögliche Fremdheit erfassen und verständlich der jeweils anderen Seite vermitteln.¹⁶ Wie nötig diese „interkulturelle Empathie“ im Kontext der deutsch-polnischen Versöhnung ist, zeigen auf beiden Seiten der Grenze ab und zu aufkommende Verstimmungen auf unterschiedlichen Ebenen – in der Politik, in der Gesellschaft, in den Medien – die aus mangelnder Sensibilität, Unwissen, verkürzten Geschichtsdarstellungen, Stereotypen oder tagespolitischen Interessen resultieren.

¹⁶ Theo Mechtenberg, Einleitung, in: ders., *Interkulturelle Empathie. Beiträge zur deutsch-polnischen Verständigung*, Frankfurt 2014, S. 7-9, hier S. 8.

6. Dieses Sich-Hineinversetzen in die Lage der anderen Seite, das Erkennen dortiger Empfindlichkeiten und Bedürfnisse, führt zu **konkreten Versöhnungshandlungen**. Im deutsch-polnischen Kontext kann man zwischen drei hauptsächlichen Arten solcher Handlungen unterscheiden. Erstens sind es Gesten, die die Versöhnungsbereitschaft bekunden, wie der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe von 1965; hierzu gehören auch öffentliche Gesten von symbolischer Aussagekraft, wie der Kniefall von Willy Brandt vor dem Denkmal des Ghetto-Aufstands in Warschau 1970 oder der Friedensgruß von Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki während der Messe in Kreisau 1989.

Zweitens gehören hierzu Handlungen zur Wiedergutmachung geschehenen Unrechts. Wiedergutmachung soll hier jedoch nicht als Wiederherstellung eines *status quo ante* verstanden werden, denn die Folgen eines geschehenen Unrechts können in materieller Hinsicht nur selten und in moralischer Hinsicht eigentlich nie rückgängig gemacht werden. Durch die Wiedergutmachung zeigen jedoch die Schuldigen (oder diejenigen, die stellvertretend ihre Schuld auf sich nehmen), dass sie nun ehrlich bemüht sind, das zerbrochene Verhältnis zu ihren Mitmenschen wiederaufzubauen. Im deutsch-polnischen Kontext wären hier als Beispiele zwei Formen von Handlungen zu nennen – zum einen die Pilgerfahrten der *Aktion Sühnezeichen*, die mit Arbeitseinsätzen zur Erhaltung der ehemaligen Konzentrationslager als Gedenkorte verbunden waren; zum anderen die Entschädigungszahlungen und die praktische Hilfe für ehemalige Zwangsarbeiter durch die *Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘* und für die Überlebenden von Konzentrationslagern und Ghettos durch das *Maximilian-Kolbe-Werk*.

Drittens wird der sich bereits seit Jahrzehnten vollziehende Versöhnungsprozess zwischen Deutschland und Polen von den betreffenden Parteien selbst historisiert durch das Begehen der Jahrestage von Ereignissen, die als Meilensteine der Versöhnung gelten (wie beispielsweise im Jahr 2015 die Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Briefwechsels der katholischen Bischöfe aus dem Jahr 1965, die an mehreren Orten in Deutschland und Polen stattfanden) und

durch die Ehrung von Personen, die den Versöhnungsprozess maßgeblich mitgestaltet haben (sei es mit Friedenspreisen¹⁷ und staatlichen Orden¹⁸, sei es – mit Blick auf die bereits Verstorbenen – in unterschiedlichen Formen des Gedenkens¹⁹). Damit wird das bislang auf dem Weg der Versöhnung Erreichte symbolisch besiegelt und zugleich als Verpflichtung für die Zukunft bestätigt.

7. Das Engagement für die deutsch-polnische Versöhnung musste sich von Anfang an **mit den politischen Umständen auseinandersetzen**. Die Politik kann durch christlich motivierte Versöhnungsinitiativen positiv beeinflusst werden – so war es auch im Fall der deutsch-polnischen Annäherung. Es ist nicht auszuschließen, dass es die christlichen Versöhnungsinitiativen der 1960er Jahre waren, die den Anstoß zu einer neuen westdeutschen Ostpolitik, für die symbolisch der Kniefall von Willy Brandt in Warschau 1970 steht, gegeben haben. Was im deutsch-polnischen Verhältnis in den vergangenen Jahrzehnten erreicht wurde – die endgültige Absicherung der Oder-Neiße-Grenze durch internationale Verträge, die gemeinsame Mitgliedschaft Deutschlands und Polens in NATO und EU, der kulturelle, wirtschaftliche und wissenschaftliche Austausch – darf heute als Frucht der Versöhnung gelten.

¹⁷ So wird beispielsweise seit 1999 der *Lothar-Kreyssig-Friedenspreis* an Personen, Gruppen oder Organisationen verliehen, die sich um Friedens- und Versöhnungsarbeit verdient gemacht haben. Mit dem Preis, der an das Wirken eines der wichtigsten Akteure der deutsch-polnischen Versöhnung erinnert, wurden bislang u. a. Tadeusz Mazowiecki, Theo Mechtenberg und Günter Särchen ausgezeichnet. Vgl. hierzu: Lothar-Kreyssig-Friedenspreis, online unter: <https://www.ek-md.de/arbeitsbereiche/arbeitsbereiche-friedenspreis.html> (letzter Zugriff: 08.09.2018).

¹⁸ Wie beispielsweise Manfred Deselaers vom *Zentrum für Dialog und Gebet* in Oświęcim, der 2005 mit dem Kavalierskreuz der des Verdienstordens der Republik Polen und drei Jahre später mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet wurde.

¹⁹ Auf diese Weise hat man den Breslauer Erzbischof Boleslaw Kominek – Hauptautor der Versöhnungsbotschaft der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe von 1965 – mit einem Denkmal in Breslau geehrt. Das Denkmal wurde mit dem Schlüsselsatz aus dem besagten Brief „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ in deutscher und polnischer Sprache versehen. An den 2004 verstorbenen Günter Särchen erinnert eine nach ihm benannte Straße im Zentrum Magdeburgs in der Nähe seines ehemaligen Arbeitsortes.

Die Politik kann aber auch gegen solche Initiativen vorgehen. In der DDR und in der Volksrepublik Polen haben die kommunistischen Machthaber die christlich motivierten deutsch-polnischen Versöhnungsinitiativen als eine Infragestellung der künstlich konstruierten „Freundschaft“ zwischen der DDR und Polen zum einen, und des propagandistisch sehr nützlichen negativen Bildes der Bundesrepublik zum anderen gedeutet und diese deswegen oft behindert. Diese Initiativen standen – wie auch viele andere Aktivitäten der Kirchen – unter der Beobachtung des Sicherheitsapparats und wurden somit für die Beteiligten und ihre Familien zu einer durchaus riskanten Aktivität.

Aber auch in der demokratischen Bundesrepublik, wo die Handlungsräume für die Kirchen viel größer waren, gab es Einschränkungen der kirchlichen Versöhnungsbemühungen durch politische Umstände. Ein Beleg hierfür ist das Bensberger Memorandum von 1968, dessen Unterzeichner unter anderem die Wiedergutmachung an den polnischen Opfern des NS-Terrors als notwendige Bedingung zur Versöhnung zwischen Deutschland und Polen forderten.²⁰ Denn sie betrachteten es als großes Unrecht, dass die ehemaligen KZ-Häftlinge in den osteuropäischen Ländern – im Gegensatz zu den Opfern im Westen – von den Entschädigungszahlungen seitens der Bundesregierung bislang ausgenommen waren.²¹ Erst die neue Ostpolitik ermöglichte staatliche Zahlungen an die Opfer sowie die Tatsache, dass eine katholische Organisation zur Unterstützung der polnischen ehemaligen KZ-Häftlinge unter dem Namen Maximilian-Kolbe-Werk entstehen konnte.²²

²⁰ Bensberger Kreis, Ein Memorandum deutscher Katholiken, S. 22–23.

²¹ Der Unterschied in der Behandlung der Opfer des Nationalsozialismus zwischen Ost- und Westeuropa gründete in der von 1955 bis 1969 geltenden sog. Hallstein-Doktrin. Dieses Prinzip der westdeutschen Außenpolitik besagte, dass die BRD keine diplomatischen Beziehungen zu Staaten unterhalten sollte, die ihrerseits diplomatische Beziehungen zur DDR unterhielten. Die Vorenthaltung der Entschädigungen an die Ostblockstaaten war eine der Konsequenzen der Hallstein-Doktrin und betraf auch Polen als Verbündeten der DDR im Rahmen des Ostblocks.

²² Vgl. dazu Arkadiusz Stempin, Das Maximilian-Kolbe-Werk. Wegbereiter der deutsch-polnischen Aussöhnung 1960-1989, Paderborn 2006, S. 26–31, 151–171.

8. Auch wenn die Wende von 1989 ein günstigeres Klima für die deutsch-polnische Versöhnung geschaffen hat, steht Versöhnung bis heute vor weiteren Herausforderungen. Eine davon besteht darin, **die Aktualität und Relevanz von Versöhnung den Generationen ohne eigene Erfahrung des Zweiten Weltkriegs zu vermitteln**. Die Bezeichnung „Versöhnung“ wird dabei sowohl für das Ergebnis als auch für den Weg dorthin verwendet. Versöhnung ist demnach kein Zustand, der ein für alle Mal erreicht werden kann, sondern sie muss immer wieder neu unternommen werden – über Generationen hinweg. Dies ist insbesondere in den letzten Jahren deutlich geworden, in denen sich das deutsch-polnische Verhältnis auf der politischen Ebene wieder angespannter präsentiert. Die 2017 seitens der polnischen Regierungspartei PiS (poln.: *Prawo i Sprawiedliwość*, dt.: Recht und Gerechtigkeit) an Deutschland gerichteten Forderungen nach Kriegsreparationen erregten auf beiden Seiten der Grenze Besorgnis über die Nachhaltigkeit der Versöhnungsbemühungen im deutsch-polnischen Verhältnis. In diesem Kontext veröffentlichten polnische Bischöfe, die der Kontaktgruppe zwischen dem deutschen und dem polnischen Episkopat angehören, im September 2017 eine Erklärung, in der zu lesen ist:

Versöhnung ist ein Wort, das seit über einem Vierteljahrhundert die deutsch-polnischen Beziehungen definiert. (...) Wir sind uns jedoch bewusst, dass das Erreichte durch unüberlegte Entscheidungen und selbst zu voreilig ausgesprochene Worte leicht wieder zunichtegemacht werden kann. (...) Das Kapital der Versöhnung und Verbindung muss geschützt, gestärkt und vermehrt werden – zum Wohle unserer Heimatländer, die eine Mission zu erfüllen haben: Zeugnis der Versöhnung gegenüber all den Unversöhnten in Europa und der Welt abzugeben.²³

Die Deutsche Bischofskonferenz reagierte auf diese Erklärung drei Wochen später wie folgt:

²³ Appell der polnischen Bischöfe der Gruppe für Kontakte mit der Deutschen Bischofskonferenz, 8. September 2017, in: Deutsche Bischofskonferenz, online abrufbar unter: https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2017/2017-146a-Appell-der-polnischen-Bischoefe.pdf (letzter Zugriff: 08.09.2018).

Die deutschen Bischöfe sind dankbar für dieses klare Wort der polnischen Mitbrüder. Gerade in der momentanen Situation, in der auch in Deutschland nationalistisches und antieuropäisches Gedankengut verstärkten Zuspruch findet, bekennt sich die Deutsche Bischofskonferenz einmal mehr mit großer Entschiedenheit zum Versöhnungswerk zwischen Polen und Deutschen und zur Einigung der europäischen Völker. (...) Die Kirche in Polen und Deutschland hat in den zurückliegenden Jahrzehnten wichtige Impulse für die Aussöhnung der Staaten und der Gesellschaften geleistet. Diesem Erbe fühlen wir uns auch heute verpflichtet.²⁴

Somit machten die Bischöfe die Versöhnung in ihrer generationenübergreifenden Dimension zu einer immerwährenden Aufgabe und Verantwortung für die Zukunft.

9. Die zitierten Worte der Bischöfe weisen allerdings auf einen weiteren wichtigen Aspekt der deutsch-polnischen Versöhnung hin: Sie besitzt eine **allgemeineuropäische Relevanz** über den bilateralen Kontext der deutsch-polnischen Beziehungen hinaus. Ein bilateraler Versöhnungsprozess ist nämlich nie nur auf das Verhältnis der involvierten Parteien beschränkt, sondern immer in einen breiteren Kontext eingebettet. Im Fall der deutsch-polnischen Versöhnung stellt Europa diesen Kontext dar und zwar in dreifacher Hinsicht: Erstens bedingt die politische Situation in Europa bis heute das deutsch-polnische Verhältnis; zweitens stellt Europa als eine Gemeinschaft mit gemeinsamen Werten und gemeinsamer Kultur einen wichtigen Bezugsrahmen für Deutsche und Polen dar; drittens ist Europa eine gemeinsam durch Deutsche und Polen zu gestaltende Wirklichkeit. Schon lange vor 1989 wurde die von vielen christlichen Akteuren ersehnte Einigung des europäischen Kontinents als eine nachhaltige Lösung der

²⁴ Pressebericht von Reinhard Kardinal Marx, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, 28. September 2017, in: Deutsche Bischofskonferenz, online abrufbar unter: <https://www.dbk.de/nc/presse/aktuelles/meldung/erzbischof-schick-wuerdigt-erklaerung-polnischer-bischoefe/detail/> (letzter Zugriff: 08.09.2018).

deutsch-polnischen Spannungen angesehen; zugleich betrachtete man aber auch eine religiös motivierte deutsch-polnische Versöhnung als eine Voraussetzung für das Gelingen der europäischen Integration.²⁵ Und schließlich darf nicht vergessen werden, dass zwei Weltkriege als zunächst lokale Konflikte begannen. Daher dient jede Handlung, die lokale Konflikte verhindert oder aufarbeitet, auch dem restlichen Europa. Aus dieser Haltung heraus arbeiten solche Organisationen wie die *Maximilian-Kolbe-Stiftung*, die *Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung* oder das *Zentrum für Dialog und Gebet* in Oświęcim und bringen die in der deutsch-polnischen Versöhnung wurzelnden Erfahrungen in andere internationale Kontexte ein.

Schlussbetrachtung

Die Erfahrungen der deutsch-polnischen Versöhnung zeigen, dass Versöhnung auf dem Engagement vieler Akteure aus Kirche, Politik, Gesellschaft fußt und von diversen Faktoren abhängt. Es kommt dabei sowohl auf den Versöhnungswillen der Akteure selbst als auch auf ihr Geschick an, Politiker und breitere Teile der Gesellschaft für ihre Sache zu gewinnen. Schließlich muss die Versöhnungsidee eine praktische Anwendung finden auf konkrete Sachverhalte, die als Belastung des bilateralen Verhältnisses identifiziert werden. Dies lässt Versöhnung als einen in vielerlei Hinsicht stets kontextgebun-

²⁵ Vgl. Robert Żurek, Versöhnung und Integration. Die europäische Dimension der deutsch-polnischen Verständigung in der Auffassung deutscher und polnischer Christen, in: Pékala / Dingel (Hg.), Ringen um Versöhnung, S. 153-172. Zum Thema der europäischen Dimension der deutsch-polnischen Versöhnung vgl. auch: Urszula Pékala, Katholische Bischöfe Deutschlands und Polens über deutsch-polnische Versöhnung im europäischen Kontext, in: Aleksandra Chylewska-Tölle / Alexander Tölle (Hg.), Religion im transnationalen Raum. Transnationalität im religiösen Raum. Raumbezogene, literarische und theologische Grenzerfahrungen aus deutscher und polnischer Perspektive, Berlin 2014, S. 55-69; dies., Versöhnung für Europa. Souveränitätsansprüche des katholischen Episkopats Polens im deutsch-polnischen Versöhnungsprozess nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Gregor Feindt u. a. (Hg.), Kulturelle Souveränität – Politische Deutungs- und Handlungsmacht jenseits des Staates im 20. Jahrhundert, Göttingen 2016, S. 195-221.

denen Aushandlungsprozess²⁶ erscheinen und konstituiert zugleich ihre besondere Dynamik. Es ist diese Dynamik, die in längerer Zeitperspektive einen Erfolg von Versöhnung verspricht. Denn so wird dieser Prozess multilateral getragen – Hindernisse resultieren dadurch langfristig nicht in seinem Abbruch, sondern eher im Überdenken und in einer besseren Anpassung der Handlungsoptionen an den jeweiligen Kontext. Daher scheint die deutsch-polnische Versöhnung gerade deswegen beständig zu sein, weil sie dynamisch ist.

²⁶ Pekala, Deutsch-polnische Versöhnung an der Schnittstelle von Religion und Politik, S. 42.

ŁUKASZ KAMIŃSKI

DAS ERBE DER DEUTSCH-POLNISCHEN AUSSÖHNUNG. SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DAS HEUTIGE EUROPA

Das Wörterbuch der polnischen Sprache des Polnischen Wissenschaftsverlages (PWN) definiert Erbe als „das als Nachlass übernommene Vermögen“, „Kultur-, Wissenschafts- und Kunstgüter, die von vorherigen Generationen hinterlassen wurden“ oder „das Erben bzw. das Recht, etwas zu erben“.¹ Beließe man es bei dieser Definition, würde der vorliegende Text ungemein kurz ausfallen. Es würde ausreichen, sich darin auf die dauerhaften Initiativen zu beschränken, bei denen es sich um das Vermächtnis des Prozesses der deutsch-polnischen Aussöhnung handelt – mit der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung an der Spitze. Zu deren Tätigkeit und Bedeutung gibt es inzwischen eine umfangreiche Literatur.² Den Ausgangspunkt der vorliegenden Betrachtung

¹ <https://sjp.pwn.pl/slowniki/dziedzictwo.html> (letzter Zugriff: 20.03.2019).

² Im Falle Kreisaus sind es u. a.: *Krzyżowa jako miejsce dialogu polsko-niemieckiego. Szanse na europejską narrację*, red. W. Czachur, A. Franke, Krzyżowa 2013; A. Franke, *„Wspólna droga, wspólny duch“*. Fundacja „Krzyżowa“ dla Porozumienia Europejskiego 1989-1998, Poznań 2017; K. Ruchniewicz, *Krzyżowa ponownie odczytana*, Wrocław 2017.

soll stattdessen eine andere – in der polnischsprachigen Ausgabe von Wikipedia zu findende – Begriffsbestimmung bilden: „Erbe – Gesamtheit von Werten, je nach Kontext: immateriellen oder auch materiellen, die von Vorfahren oder vorherigen Generationen geerbt wurden“³. Der vorliegende Beitrag widmet sich den Werten, die das Erbe des Prozesses der deutsch-polnischen Aussöhnung ausmachen, sowie deren Bedeutung für das heutige Europa. Die Betrachtung erhebt dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit und stellt vielmehr die Sicht des Autors auf das zu besprechende Problem dar.

Was mich als Autor dazu inspiriert hat, Elemente des Erbes zu definieren, sind die Hauptbestandteile des Versöhnungsprozesses: der Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder, der Besuch Willy Brandts und seine Geste vor dem Warschauer Ghetto-Ehrenmal, die Aktion Sühnezeichen, der Dialog in den christlichen Milieus, die Versöhnungsmesse. Zu all diesen Ereignissen und Phänomenen existiert mittlerweile eine reichhaltige Literatur, die an dieser Stelle nicht zusammengefasst werden muss.⁴

Dialog

Das erste und sicherlich das offenkundigste Element des Erbes des Aussöhnungsprozesses ist der Dialog. Dies ist geradezu „handgreiflich“ präsent – im Namen des Deutsch-Polnischen Magazins oder der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim. Zweifellos machte der Dialog das Wesen des Aussöhnungsprozesses aus. Doch dabei handelt es sich nicht nur um einen technischen Aspekt dieses Prozesses, sondern um einen Wert an sich.

³ <https://pl.wikipedia.org/wiki/Dziedzictwo> (letzter Zugriff: 08.12.2018).

⁴ Siehe z. B. *Pojednanie i polityka. Polsko-niemieckie inicjatywy pojednania w latach sześćdziesiątych XX wieku a polityka odprężenia*, red. F. Boll, W.J. Wysocki, K. Ziemer, Warszawa 2010; B. Kerski, T. Kycia, R. Żurek, „Przebaczamy i prosimy o przebaczenie”. *Orędzie biskupów polskich i odpowiedź niemieckiego episkopatu z 1965 roku. Geneza, kontekst, spuścizna*, Olsztyn 2006; P. Madajczyk, *Na drodze do pojednania: wokół orędzia biskupów polskich do biskupów niemieckich z 1965 roku*, Warszawa 1994.

Auf den ersten Blick lässt sich feststellen, dass es uns heute an Dialog nicht mangelt. Jeden Tag finden in Europa hunderte Veranstaltungen unterschiedlicher Art statt zu verschiedensten Fragestellungen und Themen. Aber haben wir es diesbezüglich in Wahrheit nicht mit einer Art Gesprächsinflation zu tun und einem Defizit mit Blick auf die Fähigkeit zum Dialog? Der Versuch, sich dem Begriff Dialog anzunähern, kann sicherlich dabei helfen, diese Frage zu beantworten. Dialog ist mehr als Gespräch. Dialog stellte eine Herausforderung dar.

Das erste Element (und zugleich die erste Voraussetzung) des Dialogs besteht – wie es Józef Tischner bezeichnete – darin, „aus dem Versteck herauszukommen“⁵, den sicheren Zufluchtsort zu verlassen, um sich an den Ort der Begegnung mit dem Anderen zu begeben. Mehr noch, vor der Begegnung gilt es zweitens anzuerkennen, dass der „Andere“ nicht gänzlich erkannt ist, dass ich nicht alles über ihn weiß; denn die Position, bei der eigenen Vorstellung zu verbleiben, wird einen Dialog unmöglich machen. Das dritte Element stellt eine noch größere Herausforderung dar: Dialog ist dann erst sinnvoll, wenn wir davon ausgehen, dass der Andere in gewisser Weise Recht haben kann, dass er eine Wahrheit erkennen kann, die ich selbst nicht sehe. Und die vierte Frage schließlich lautet: Stimmen wir darin überein, dass ein Dialog bei allen Teilnehmern – auch bei mir selbst – letztlich einen Sinneswandel bewirken kann (vielleicht sogar bewirken sollte?).

Dialog ist insoweit schwierig, als wir uns ihm ungeschützt und ungesichert ausliefern und dabei verletzlich sind. Somit ist Dialog das Gegenteil von politischem Kampf oder ideologischem Konflikt. Bedeutet dies aber, dass er nur eine Utopie ist? Vielleicht ist Dialog nur eine geschickte Manipulation, mit der Stärkere ihre Ziele erreichen? Nein. Zweifellos birgt es ein Risiko, einen Dialog aufzunehmen. Doch die Methode des Dialogs bringt auch in höherem Maße als andere Herangehensweisen die Chance mit sich, Krisensituationen zu lösen.

⁵ Siehe J. Tischner, *Etyka Solidarności oraz Homo Sovieticus*, Kraków 2005.

Mut

Es bedurfte großen Mutes, jede der vorstehend genannten Maßnahmen zugunsten der Aussöhnung zu ergreifen. Dieser Mut bestand in erster Linie darin, sich der vorherrschenden Meinung bzw. dem dominierenden Bild der je anderen Seite entgegenzustemmen. Zugrunde lag diesem Mut die Erkenntnis des Guten, das es durch – Mut erfordernde – Maßnahmen zu erreichen bzw. zu gewinnen galt. Dieser Gedanke erstreckt sich auch auf die sonstigen Aspekte der vorliegenden Betrachtung. So bedurfte es des Mutes, einerseits einen Dialog zu führen, andererseits aber zugleich auch, verantwortungsbewusst zu handeln, sich christlich zu engagieren und Aussöhnung zu stiften.

Heutzutage ist es noch schwieriger, einen solchen Mut an den Tag zu legen. Entscheidungen werden in zunehmendem Maße abhängig gemacht von der genauen Analyse potentieller Gewinne und Verluste; häufig sogar in Anlehnung an professionelle Instrumente. So lässt sich in der Welt der Politik inzwischen im Hinblick auf Entscheidungsprozesse geradezu eine Art der Abhängigkeit von unablässig durchgeführten Umfrageergebnissen beobachten. Und immer seltener begegnet man Menschen, die bereit sind, im Namen eines möglichen (nicht nur eines sicheren!) Wohls wichtige Maßnahmen zu ergreifen bzw. Entscheidungen zu treffen und dabei z. B. das Risiko einer Niederlage bei kommenden Wahlen einzugehen. Doch an dieser Stelle lohnt es sich, den Appell von Johannes Paul II. auch auf diese Wirklichkeit zu beziehen: „Fürchtet Euch nicht“.

Verantwortung

Wir leben in Zeiten einer sich vertiefenden Spezialisierung im Kontext immer enger verstandener Disziplinen. Dies ist zweifelsohne eine Folge des rasanten Fortschritts und der voranschreitenden Komplexität verschiedener Bereiche unseres Alltags. Dieser Befund gilt aber nicht nur für verschiedene Professionen – von der Informatik bis

hin zur Medizin –, sondern auch für den öffentlichen Bereich, dessen Gestaltung überwiegend in den Händen von Berufspolitikern liegt.

Eine der aus dieser Situation erwachsenden Konsequenzen besteht darin, dass es leichter geworden ist, vor größerer Verantwortung zu fliehen. Dieses Phänomen, das viele Bereiche der heutigen Wirklichkeit betrifft, lässt sich exemplarisch veranschaulichen anhand der voranschreitenden Spezialisierung im Fachbereich Medizin, die evident das Ergebnis eines immer schnelleren Wissenszuwachses ist: In den Vereinigten Staaten unterschied man 1960 gerade einmal 18 medizinische Fachgebiete; bis ins Jahr 2011 ist deren Anzahl auf 158 angewachsen. Dieses Phänomen hat vielerlei Konsequenzen zur Folge, darunter auch negative, unter denen die „Fragmentierung“ der Patientenversorgung besonders hervorzuheben ist. Danach fehlt es inzwischen im Hinblick auf den Kranken an einer ganzheitlichen Herangehensweise und die Übernahme der Verantwortung für die Gesamtbehandlung wird gemieden (jeder Spezialist ist in diesem Sinne nur noch für „seinen Teil des Problems“ verantwortlich).⁶ Und geradezu leicht macht es eine solche Fokussierung auf das je eigene, häufig eng gefasste Fachgebiet, die Verantwortung für andere Teilbereiche einfach abzustreifen.

Phänomene dieser Art führen im öffentlichen Leben dazu, dass heutzutage auch Politiker schlichtweg als eine weitere Kategorie von „Fachleuten“ behandelt werden, die von Berufs wegen für das Gemeinwohl zuständig sind. Und da es derartige „Profis“ gibt, fühlen sich die Bürger im Umkehrschluss von der Verantwortung und der Notwendigkeit befreit, sich selbst zu engagieren – abgesehen natürlich vom Wahlakt (der eben als die Wahl des besten Spezialisten bzw. einer Gruppe von ihnen betrachtet wird, die nötig ist, damit eine Dienstleistung, die darin besteht, den Staat oder einen Teil davon zu verwalten, bestmöglich erbracht werden kann). Dies ist, wie

⁶ Vgl. A.S. Detsky, S.R. Gauthier, V.R. Fuchs, *Specialization in Medicine. How Much Is Appropriate?*, in: „Journal of the American Medical Association“ 2012, Nr. 307, S. 463-464; Reprint in: *New Papers on Health*, hrsg. v. V.R. Fuchs, Stanford 2013, S. 23-24, Publikation online abrufbar unter: http://siepr.stanford.edu/sites/default/files/publications/SIEPR2013HealthCareDoc_Lo_Res_0.pdf#page=31 (letzter Zugriff: 20.03.2019).

es scheint, eine der Hauptursachen, warum die Tugend (oder – nach Ansicht derjenigen, die nach dieser Devise handeln – die Grundlage) des Bürgerengagements schwindet.⁷

Doch diese Betrachtungen führen noch zu einer allgemeineren Schlussfolgerung. Denn es stellt sich die Frage, ob aus einem der Grundprinzipien der katholischen Soziallehre (das auch in vielen anderen ethischen Systemen enthalten ist), wonach Freiheit stets verknüpft ist mit einer daraus erwachsenden Verantwortung, sich nicht auch ein anderes ergibt. Wenn sich aus der Freiheit eine Pflicht zur Verantwortung ergibt, bedeutet dann nicht die Flucht vor letzterer zugleich auch die Aufgabe der Freiheit bzw. ein Sich-Einverstandenen-Erklären mit der Einschränkung dieser Freiheit?

Christliches Engagement

Untersucht man die Initiativen, die den Prozess der deutsch-polnischen Aussöhnung bis 1989 (und in vielen Fällen auch später noch) ausmachten, kommt man nicht umhin, zu erkennen, dass sie in ihrer entschiedenen Mehrheit von Christen – sowohl des kirchlichen Bereichs wie des bürgerlichen Milieus – angestoßen und umgesetzt wurden. Zudem handelte es sich um Menschen, die die Ansicht vertraten, der bekundete Glaube ziehe die Notwendigkeit nach sich, sich in die weltlichen Dinge einzumischen, sich am öffentlichen Leben aktiv zu beteiligen – und dies selbst unter den ungünstigen Bedingungen des kommunistischen Systems.

Heute ist eine derartige Haltung immer seltener anzutreffen, insbesondere unter den Laien. Es herrscht – nicht ohne Grund – die Überzeugung vor, die Politik sei ein „kontaminierter“ Bereich, in dem es nicht möglich ist, sich aktiv einzubringen und zugleich die aus dem Evangelium sich ergebenden Anforderungen zu erfüllen. Diese Überzeugung führt dazu, dass viele Menschen nicht einmal daran denken, einen öffentlichen Dienst zu übernehmen, weil sie

⁷ Vgl. T. Homa, *Obywatelskość. Wybrane europejskie ujęcia filozoficzne i kulturowe*, Kraków 2013.

ihren Überzeugungen treu bleiben möchten. Andererseits dient dieses Argument von der „bösen“ Natur der Politik zugleich wiederum dazu, das Verhalten derjenigen Menschen zu erklären und zu kritisieren, die in ihrer öffentlichen Tätigkeit Moralnormen verletzen. So wird immer wieder behauptet, die einzige Methode, politische Ziele zu erreichen, sei gewissermaßen mit der Notwendigkeit verbunden, sich der Lüge, der Manipulation, des Betrugs, der Korruption u. Ä. zu bedienen.

Was Moral anbelangt, so verfügt Politik an dieser Stelle über keine „automatischen“ Mechanismen. Sie geht auch mit Versuchungen einher; doch ähnlich sieht es auch in anderen Bereichen des Lebens aus. Die Politik ist wie die Menschen, die sie machen. Das öffentliche Leben stellt keinen Lebensbereich dar, der von der Einwirkung des Evangeliums ausgeschlossen ist. Ganz im Gegenteil – das persönliche Engagement kann eine Antwort sein auf den aus dem Evangelium entspringenden Aufruf zum Dienst und zugleich auch eine Chance dazu bieten, Zeugnis abzulegen.

Aussöhnung

Das wertvollste Element des Erbes des Aussöhnungsprozesses ist die Aussöhnung selbst – als Wert an sich. Das Beispiel Polens und Deutschlands beweist, dass eine solche Aussöhnung in jedem Fall möglich ist, hat sie doch zwischen den Polen und den Deutschen trotz der Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges stattgefunden.⁸

An dieses Beispiel zu erinnern ist in der heutigen Welt, in der die Vergangenheit eine immer größere Rolle spielt, von besonderer Not-

⁸ Damit soll nicht bestritten werden, dass es sich bei Aussöhnung um einen Prozess handelt, der dauert, unablässige Anstrengung und Engagement erfordert und der schließlich auch Phasen des Rückschrittes durchlaufen kann. Unabhängig von der aktuellen Lage bleibt die Überwindung der historischen Spaltung und der Feindschaft zwischen Polen und Deutschen eine außerordentliche Leistung. Am Rande sei darauf hingewiesen, dass heute das Beispiel der deutsch-polnischen Aussöhnung als Vorbild nicht nur im europäischen Kontext (z. B. für die Balkanländer), sondern auch im asiatischen (insbesondere im Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen Japan und China sowie Südkorea) als Vorbild angesehen wird.

wendigkeit. Was die Gründe hierfür anbelangt, so lässt sich auf die „fließende“ Natur der Gegenwart verweisen. In einer sich stets verändernden Wirklichkeit wächst das Bedürfnis, die eigene Identität konkret verorten zu können; eine Identität, die in der Vergangenheit verankert ist, die (zumindest dem Anschein nach) beständig und unveränderlich ist. Ein weiterer Aspekt besteht in dem gegenwärtig weit verbreiteten, ja vorherrschenden Erinnerungsmodell, wonach „alle Opfer sein wollen“; manchmal ist gar von einem eigentümlichen „Opferwettbewerb“⁹ die Rede. Gleichzeitig lässt sich die These aufstellen, dass wir in Zeiten einer „Erinnerungsdiktatur“ leben, in der kein Element der Vergangenheit dauerhaft vergessen ist und jederzeit aufgegriffen werden kann respektive sich aufs Neue aufrufen lässt. Zurückzuführen ist dies vor allem auf inzwischen zur Verfügung stehende Mittel zur dauerhaften Aufzeichnung von Erinnerungen (darunter auch von Leid) sowie auf die Leichtigkeit, mit der diese – z. B. unter Verwendung sozialer Medien – verbreitet werden können. Und das gilt übrigens nicht nur für Erinnerungen – in der heutigen Welt lässt sich fast jedes beliebige Fragment der Geschichte „wiederherstellen“, verbreiten und mit einer neuen Bedeutung versehen.

Erinnerungskonflikte, die mit einer nicht aufgearbeiteten Vergangenheit in Zusammenhang stehen, können zugleich in reale Konflikte mit weitreichenden Folgen ausarten. Als Beispiel dafür können etwa die Vorfälle in Tallinn (im April 2007) betrachtet werden, als ein seit Jahren schwelender Erinnerungskonflikt zwischen Esten und Russen (um das Verhältnis zur sowjetischen Vergangenheit) explosionsartig ausbrach, als das Denkmal eines „Bronzesoldaten“ aus dem Stadtzentrum entfernt werden sollte. In der Folge kam es zu Ausschreitungen, bei denen hunderte von Menschen verletzt wurden (eine Person starb sogar), und Russland verübte im Zuge der Vergeltung einen Cyberangriff gegen Estland, eine Aktion, die erstmalig in

⁹ Siehe die in „Więź“ (Nr. 2-3, 2010, S. 5-50) veröffentlichte Sammlung von Texten sowie die Analyse von Radosław Zenderowski (*Wyścig wiktymistyczny w Europie Środkowo-Wschodniej. O wyższości Holocaustu nad Golden Age, „Studia Bobolanum“*, 2009, Nr. 3, S. 65-92).

diesem Ausmaß durchgeführt wurde und gegen die Infrastruktur des Nachbarstaates gerichtet war. Nutzen lässt sich die Vergangenheit im Konfliktfall aber auch vor einem anderen Hintergrund, wie z. B. anlässlich der griechischen Schuldenkrise vor ein paar Jahren sichtbar wurde. Dort wurden Emotionen durch Verweise auf die nicht abgeschlossene Geschichte der deutschen Besetzung während des Zweiten Weltkrieges angeheizt.

Diese und andere Gefahren, die sich aus der Möglichkeit ergeben, sich der Konflikte der Vergangenheit zu bedienen bzw. diese zu missbrauchen, sollten uns dazu veranlassen, stärkere Anstrengungen im Zeichen der Aussöhnung zu unternehmen. Aussöhnung ist der beste Weg, der eine wirkliche Heilung von Wunden und die Überwindung langwieriger Folgen einer schwierigen Vergangenheit bewirkt. Zwei andere, theoretisch denkbare Strategien hingegen lassen sich aus den vorstehend beschriebenen Gründen nicht mehr verfolgen: Zum einen wird in der heutigen Welt niemand mehr darauf zählen können, dass die Bedeutung vergangener Ereignisse verwischt wird (der Spruch „Die Zeit heilt alle Wunden“ hat in diesem Kontext seine Gültigkeit verloren). Und zum anderen wird es auch nicht mehr länger möglich sein, darauf zu setzen, dass etwas schlicht dem Vergessen anheimfällt.

Die zunehmende Bedeutung von Vergangenheit entgeht dabei zumeist der Aufmerksamkeit der Politiker, sofern sie nicht an deren Instrumentalisierung interessiert sind. Die Geschichte und die Erinnerung an sie werden zum wichtigsten „ausgeblendeten Faktor“ werden, der die heutige Wirklichkeit prägt.¹⁰ Als Beispiel lassen sich diesbezüglich die vom Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) finanzierten Arbeiten zur Schaffung eines Global Conflict Risk Index (GCRI) anführen. Dieses analytische Instrument soll die Außenpolitik der EU unterstützen und dabei helfen, Spannungen zu antizipieren, die in einen offenen Konflikt münden könnten. Der dies betreffende Index, dem ein besonderer Algorithmus zugrundeliegt, besteht aus zwanzig – mit Wirtschaft, Politik, Sicherheit, sozialen Problemen,

¹⁰ Vgl. Z. Wang, *Memory Politics, Identity and Conflict. Historical Memory as Variable*, Cham 2018, S. 1-3.

Umwelt und geografischen Faktoren in Zusammenhang stehenden – Variablen; Erinnerungskonflikte kommen dabei nicht vor.¹¹

Wir bedienen uns der Geschichte zu unterschiedlichen Zwecken. Sie kann dazu dienen, die heutige Zeit besser zu verstehen, oder „Lehrmeisterin des Lebens“ sein, obwohl Ciceros *Maxime* heute vor allem in Gestalt der hegelschen Travestie – „die Geschichte lehrt, dass die Menschheit aus ihr nichts gelernt hat“ – verbreitet ist. Die Vergangenheit kann eine Mahnung sein, was mit Blick auf das tragische Erbe der totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts besonders relevant ist.

Eine weitere Funktion aber hängt mit der Inspiration zusammen, die wir aus der Geschichte schöpfen können. So kann sie uns zum Handeln anregen sowie auf die Bedeutung einzelner Werte und auf nachahmenswerte Haltungen aufmerksam machen. Eine derartige Herangehensweise wird heute häufig als Anachronismus betrachtet, der nicht in die postmoderne Wirklichkeit passt. Und dennoch ist in dieser Sphäre gleichwohl die besondere Bedeutung des Erbes der deutsch-polnischen Aussöhnung zu erblicken. Dabei geht es nicht darum, die Vergangenheit blindlings zu kopieren, sondern darum, aus ihr eine kreative Inspiration zu ziehen, die heutige Welt zu verändern. Niemand hat uns doch von der Verantwortung dafür freigestellt.

¹¹ Gemessen wird hier nur der Zeitablauf seit dem letzten ernsthaften gewaltsamen Konflikt. Siehe <http://conflictrisk.jrc.ec.europa.eu/> (letzter Zugriff: 20.03.2019).

LECH M. NIJAKOWSKI

DIE DEUTSCH-POLNISCHE AUSSÖHNUNG. RELIGION UND WEISSE FLECKEN

Die Jahre der Teilungszeit und der begrenzten Souveränität der Volksrepublik Polen führten dazu, dass sich der Katholizismus in Polen stark verwurzelte und politisierte. Obgleich sich zahlreiche Ausnahmen finden lassen, bildeten die Einrichtungen der katholischen Kirche eine Stütze für oppositionelle Unabhängigkeitsaktivitäten. Die Kosten dafür bestanden in einer Verflachung der Religiosität und in einem Ritualismus. Die christliche Symbolik wurde zugleich zu einem allgemein verständlichen Code, der dazu benutzt wurde, Menschen zu sehr unterschiedlichen – guten und schlechten – Zwecken zu mobilisieren. So nimmt es nicht wunder, dass die deutsch-polnische Aussöhnung in einen christlichen symbolischen Rahmen eingefügt wurde und Politiker sich gerne religiöser Rituale bedienten.

Dies war bereits im Zuge der durch den Hirtenbrief der polnischen Bischöfe an die deutschen Amtsbrüder von 1965 in Gang gesetzten Diskussion zu beobachten. Darin fanden sich die eindrucksvollen Worte: „In diesem allerchristlichsten und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um

Vergebung.“ 1970 fiel Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Denkmal für die Helden des Warschauer Ghettos auf die Knie. 1989 wurde die Versöhnungsmesse in Kreisau gefeiert, bei der Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki und Bundeskanzler Helmut Kohl einander ein Zeichen des Friedens gaben.

Zu diesem Thema ist bereits viel geschrieben worden. Ergänzend dazu möchte ich deshalb in diesem Essay etwas näher die deutsch-polnische Aussöhnung und die Bedeutung der religiösen Symbolik in ihrer regionalen Dimension betrachten. Kreisau ist zu einem internationalen Erinnerungsort geworden, der Ort aber liegt in Schlesien, einer Region, in der sich unter dem Einfluss der Veränderungen eine Bewegung der deutschen Minderheit herausbildete und in der zweisprachige Messen Gegenstand politischer Auseinandersetzungen wurden. Eingehen werde ich daher nicht nur auf Themen, die regelmäßig im Rahmen des öffentlichen Diskurses aufgegriffen werden, sondern auch auf solche, die oftmals verschwiegen werden und nicht immer leicht zu erkennen sind. Insbesondere die Erinnerung an die jüdischen Einwohner Schlesiens kann als ein weißer Fleck im deutsch-polnischen Dialog betrachtet werden.

Das schlesische Labor

Obwohl Schlesien viele Ähnlichkeiten mit anderen Grenzregionen aufweist, insbesondere wenn Deutsche in einem lokalen ethnischen Konflikt eine Rolle spielten (z. B. im Elsass¹ oder in Schleswig-Holstein²), so handelt es sich bei der Region im südlichen Polen dennoch um einen besonderen Fall. Dieser Ort kann geradezu als ein soziologisches Labor ansehen werden, in dem sich viele gesellschaftliche Schlüsselentwicklungen gegenseitig verstärkten.

¹ J.-M. Mayeur, *A Frontier Memory. Alsace*, in: P. Nora (Hg.), *Rethinking France. Les Lieux de Mémoire*, Vol. II, *Space*, übers. v. D.P. Jordan, The University of Chicago Press, Chicago, London 2006, S. 409-442.

² W. Lesiuk, *Duńsko-niemieckie doświadczenia w rozwiązywaniu problemów etniczno-narodowościowych na pograniczu z perspektywy polskiej*, Instytut Śląski w Opolu, Opole 1994.

In Schlesien konnten viele Bürger des Dritten Reiches der Aussiedelung entgehen. Sie mussten dabei einen Verifizierungsprozess durchlaufen, der darin bestand, dass sie zu Polen erklärt wurden. Nach mehreren Ausreisewellen und Familienzusammenführungen blieben schließlich offiziell gesehen nur wenige Deutsche in Polen. Dieses Bild wurde im Übrigen in vielen wissenschaftlichen Arbeiten vermittelt. Umso größer war später die Überraschung, als Ende der 1980er Jahre immer mehr Schlesier dazu übergingen, sich zur deutschen Nationalität zu bekennen und in Kreisen der deutschen Minderheit aktiv zu werden. Dies löste zahlreiche politische Konflikte aus, die an vielen Fronten ausgetragen wurden. Beispielhaft erwähnt seien an dieser Stelle etwa die Auseinandersetzungen rund um die restaurierten Denkmäler zum Gedenken an die im Ersten Weltkrieg gefallenen Soldaten, die um Inschriften für gefallene Wehrmachtssoldaten ergänzt wurden.³

Diese Streitigkeiten verdeutlichten, wie schwierig es für Polen war, den Diskurs über den uralten polnischen Charakter der Wiedererwonnenen Gebiete zu überwinden.⁴ Symbolische Initiativen der Minderheit wurden nicht nur als eine Bedrohung für den Staat wahrgenommen (in Form kurioser Thesen über das Streben Schlesiens nach einer Loslösung von Polen), sondern auch mit Blick auf den polnischen Charakter der schlesischen Kulturlandschaft, waren es doch Kämpfe um „symbolische Domänen“, in die – nicht nur in unserem Teil der Welt – die jeweilige Mehrheit und die nationalen Minderheiten hineingezogen werden. Denn das symbolische Herrschen über ein Territorium verschafft Zugang zu verschiedenen Kapitalquellen, die regionale Akteure in die Lage versetzen, ihre beabsichtigten Ziele – nicht nur politische – zu erreichen.⁵

Auf der Landkarte Schlesiens nimmt der Sankt Annaberg einen besonderen Platz ein. Seit langem ist er ein besonderer Erinnerungs-

³ Vgl. L.M. Nijakowski, J. Szteliga, *Informator o spornych pomnikach niemieckich na Śląsku Opolskim*, Stowarzyszenie „Dla Przyszłości”, Opole-Warszawa 2005.

⁴ Vgl. P. Przybyła, *Narracje (i) infrastruktury. „Mit Ziem Odzyskanych” w pamięci politycznej wczesnej Polski Ludowej (na przykładzie Góry św. Anny i Ślęzy)*, Wydawnictwo Nauka i Innowacje, Poznań 2016.

⁵ L.M. Nijakowski, *Domeny symboliczne. Konflikty narodowe i etniczne w wymiarze symbolicznym*, Wydawnictwo Naukowe Scholar, Warszawa 2006.

ort, um den symbolische Kämpfe nicht nur unter Vertretern der Elite ausgetragen werden. Während des III. Schlesischen Aufstandes kam es hier zu einer erbittert geführten Schlacht. Nach der Übernahme der Macht durch die Nationalsozialisten machte man sich daran, den Berg in ein Zentrum der NS-Kultur mit stark ausgeprägten neuheidnischen Zügen umzugestalten. Es war eine Zeit, in der der moderne Nationalismus, der auf eine durchdachte Sozialtechnik zurückgriff, in das deutsche Schlesien Einzug hielt.⁶ So wurde auf dem Berg ein Denkmal zum Gedenken an den Ruhm der deutschen Waffen sowie ein Amphitheater für zigtausende Zuschauer gebaut. Am 22. Mai 1938 wurde das Denkmal feierlich enthüllt. 1939 erging ein Verbot, dort Predigten in polnischer Sprache zu halten. 1940 wurden die Franziskaner aus dem Kloster hinausgeworfen und 1941 vom Berggelände verdrängt (übrigens zum dritten Mal in der Geschichte; zum ersten Mal geschah dies im Jahr 1811, abermals dann im Jahr 1875). Auf dem Berg gab es ein Zentrum betreffend das polnische Leben im Oppelner Land (seit dem Jahr 1936) – das „Polnische Haus“ („Dom Polski“), genannt „Pod Chełmskim Wierchem“. 1936 fand hier der Kongress der Polen aus dem Oppelner Schlesien statt. Und in dem während der Vorkriegszeit erschienenen Nachschlagewerk *„Leksykon Polactwa w Niemczech“* heißt es dazu unter dem Stichwort „Góra św. Anny“: „Pilgerstätte des polnischen Volkes Schlesiens. In der Zeit der Aufstände heldenhafte Kämpfe um den Sankt Annaberg. Massengrab derer, die ihr Leben für ihr Schlesien gegeben haben.“⁷ Mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verschwand dies jedoch alles. Stattdessen gab es ab 1942 dort ein Arbeitslager, dessen Häftlinge (Juden, Polen, sowjetische Kriegsgefangene) u. a. beim Bau einer Autobahn eingesetzt wurden.⁸

Nach dem Krieg wurde der Sankt Annaberg zu einem Symbol der Schlesischen Aufstände und des polnischen Charakters der Wieder-

⁶ Vgl. F. Heiss, *Das Schlesienbuch*, Volk und Reich Verlag, Berlin 1938, S. 299-328.

⁷ *Leksykon Polactwa w Niemczech*, wydanie fototypiczne, Państwowe Wydawnictwo Naukowe, Opole 1973, S. 248.

⁸ A. Gruzlewska, *Annaberg. Obóz pracy na Górze Świętej Anny*, Muzeum Śląska Opolskiego, Opole 2017.

gewonnenen Gebiete stilisiert. Das deutsche Denkmal wurde abgerissen. Innerhalb von zehn Jahren wurde das von Xawery Dunikowski entworfene Denkmal der Aufständischen Tat („Pomnik Czynu Powstańczego“) errichtet. Enthüllt wurde es im Juni 1955. Die Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Befreiung Schlesiens auf dem Sankt Annaberg stellten eine Rückkehr zu den aufständischen Traditionen in der offiziellen Erinnerungspolitik nach der Stalinzeit dar. Zudem wurde auf dem Berg ein Museum der Aufständischen Tat gegründet. Und über Jahrzehnte hinweg fanden vor Ort regelmäßig patriotische Kundgebungen statt.

Die Erinnerung an die Schlesischen Aufstände wurde Teil einer mit dem Mythos der Wiedergewonnenen Gebiete im Zusammenhang stehenden Erinnerungsindustrie. Nach der Stalinzeit, in der jegliche „nationalistischen Abweichungen“ bekämpft wurden (so wurde z. B. der 30. Jahrestag des Ausbruchs des III. Schlesischen Aufstandes nicht feierlich begangen), stand die Erinnerung an die Aufstände allmählich im Zeichen einer immer größeren Institutionalisierung. So gab es beim Hauptvorstand des Verbandes der Kämpfer um Freiheit und Demokratie (ZBoWiD) eine Landeskommission der Veteranen der Schlesischen Aufstände, und aktiv war auch der Verband der Veteranen der Schlesischen Aufstände (ZWPŚ) (umbenannt in den Verband Schlesischer Aufständischer, ZPŚ).

Am 21. Juni 1983 besuchte den Berg Papst Johannes Paul II. Er feierte dabei eine Marienvesper und begegnete den Franziskanern in der Basilika. In seiner Homilie sprach er unter anderem über das piastische Erbe und die schlesischen Aufständischen. An dieser Stelle seien die entsprechenden Auszüge seiner Predigt zitiert: „Dieser Weg der Gegenwart – wie aussagekräftig und ergreifend er doch ist – verlangt gleichwohl unbedingt nach Ergänzung. Es gilt, sich auf den Anfang jener sechshundert Jahre zurückzubedenken, die uns im vergangenen – und im laufenden Jahr – rund um Jasna Góra zusammenkommen [ließen und nach wie vor zusammenkommen] lassen. Und dieser Anfang findet sich eben hier – in Schlesien, im piastischen Schlesien. (...) Ehrfürchtig gedenken wir auf dem Sankt Annaberg auch derer, die auf dieser Erde nicht gezögert haben, zu richtiger Zeit

das Opfer des Lebens auf dem Kampffeld darzubringen, was von dem hier befindlichen Denkmal der Schlesischen Aufständischen bezeugt wird. Der Sankt Annaberg erinnert sich auch an sie.“⁹ Unter deutschen Schlesiern löste dies Kontroversen aus. Herbert Hupka, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, warf dem Papst geradezu vor, nicht der historischen Wahrheit zu entsprechen.¹⁰

Mit dem Aufkommen der Bewegung der deutschen Minderheit gegen Ende der 1980er Jahre wurde die polnische Symbolik des Berges zunehmend infrage gestellt, was einen emotionsgeladenen deutsch-polnischen Streit auslöste. Konflikte rund um den Sankt Annaberg konzentrierten sich dabei auf vier Streitpunkte: das Denkmal der Aufständischen Tat von Xawery Dunikowski, das Museum der Aufständischen Tat (Filiale des Museums des Oppelner Schlesiens in Oppeln), die Schlacht auf dem Sankt Annaberg während des III. Schlesischen Aufstandes (sprich auf die Beurteilung der Schlesischen Aufstände insgesamt); und einen wichtigen Aspekt des Streites rund um den Berg bildete auch die Erlaubnis, Messen in deutscher Sprache abzuhalten. Regelmäßige Gottesdienste finden seit dem 4. Juni 1989 statt.¹¹ Dieser Punkt stieß auf Empörung bei polnischen Aktivistinnen, was nur z. T. dadurch abgeschwächt wurde, dass er von dem von beiden Seiten geschätzten Bischof Alfons Nossol (dem jetzigen Erzbischof, „einem gebürtigen Sohn“ dieser Erde, wie ihn Johannes Paul II. damals nannte) initiiert war.¹²

Interessanterweise spielte der im kollektiven Bewusstsein verklärte religiöse Gegensatz zwischen den (als Protestanten wahrgenommenen) Deutschen und den (sich als Katholiken definierenden) Polen, der in der Geschichte auf verschiedene Art und Weise ausge-

⁹ *Predigt bei der Marienesper (Sankt Annaberg)*, online abrufbar unter: <https://ekai.pl/dokumenty/homilia-w-czasie-nieszporow-maryjnych-gora-swietej-anny> (letzter Zugriff: 16.11.2018).

¹⁰ P. Wróblewski, *Mobilizacja i konflikt etniczny. Miejsca święte mniejszości narodowych w Polsce*, Wydawnictwo Naukowe Semper, Warszawa 2007, S. 108.

¹¹ P. Górecki, *Wpływ Kościoła katolickiego na dzieje i rozwój Śląska. Przyczynek do dyskusji nad rolą chrześcijaństwa w historii Śląska*, „Roczniki Historii Kościoła” 2013, tom 5(60), S. 113.

¹² Vgl. K. Zyzik, K. Ogiolda (red.), *Arcybiskup Nossol. Radość jednania*, Wydawnictwo i Drukarnia Świętego Krzyża, Opole 2012, S. 22-23.

nutzt wurde, zu dieser Zeit keine bedeutende Rolle mehr. Die schlesischen Deutschen waren katholisch, so dass sie in Polen in dieser Hinsicht nicht als Fremde angesehen waren. Die wenigen Protestanten in Polen gehörten nach 1989 nicht zu den Akteuren eines nennenswerten politischen bzw. symbolischen Streites. Sie waren und sind gleichsam dazu verurteilt, in Vergessenheit zu geraten, wovon die Feierlichkeiten zum 500. Jahrestag der Reformation in Polen zeugen können.

Der Sankt Annaberg wurde folglich als ein wichtiger Erinnerungsort Gegenstand eines Konflikts, in dem man sich religiöser Symbolik intensiv bediente. Versöhnungsgesten, einschließlich der Messe, wurden als weitere Akte einer symbolischen Vereinnahmung des Raumes verstanden. So ist es nicht verwunderlich, dass manche zu dem Schluss kamen, dies sei kein guter Ort für eine offizielle Feier der internationalen deutsch-polnischen Aussöhnung, obwohl sich Helmut Kohl ursprünglich dafür aussprach, die Versöhnungsmesse auf dem Sankt Annaberg stattfinden zu lassen. Dieser Vorschlag war ihm von Bischof Alfons Nossol unterbreitet worden.¹³ Doch dann sollte Kreisau die Diskussion in eine neue Richtung lenken und ein neues Kapitel im bilateralen Dialog aufschlagen. Provisorisch gelang dies hauptsächlich in der internationalen Dimension.¹⁴ Die deutsch-polnischen Symbolkriege in der Region aber dauerten an; auf deren Überwindung sollte man noch warten müssen, wobei der Generationswechsel bei diesem Prozess eine Schlüsselrolle spielte.

Interessanterweise kamen nach Kreisau mehrere tausend schlesische Deutsche, die den deutschen Kanzler treffen wollten. Bernard Gaida, der heutige Vorsitzende des Verbandes Deutscher Sozial-Kultureller Gesellschaften (ZNSSK) in Polen, erinnert sich daran, dass dies keine einfache Entscheidung war. So fürchtete er sich vor Zwischenfällen und Anfeindungen gegen die ihr Deutschtum manifes-

¹³ K. Ruchniewicz, *Krzyżowa ponownie (od)czytana*, Oficyna Wydawnicza ATUT, Wrocław 2017, S. 135.

¹⁴ Vgl. L. Gardner Feldman, *The Principle and Practice of ‚Reconciliation‘ in German Foreign Policy: Relations with France, Israel, Poland and the Czech Republic*, „International Affairs (Royal Institute of International Affairs 1944-)“ 1999, Vol. 75, No. 2. S. 333-356.

tierenden Pilger. „Wir fuhren mit Angst hin, voller Befürchtungen. Wir kehrten im Begeisterungstaumel zurück“, bemerkte er. Zugleich jedoch betonte er, die Versöhnungsmesse habe nicht alle seine Erwartungen erfüllt: „Ich aber verspürte einen Mangel an Versöhnung, denn da, auf dem Platz, waren wir – Schlesier –, die ihr Deutschtum bekundeten, allein. In der mehrere tausend Menschen zählenden Menge gab es auf polnischer Seite außer der Regierungsdelegation, die Ministerpräsident Mazowiecki begleitete, nur ein Dutzend junge Leute mit einer polnischen Fahne, (...). Angesichts der ein paar tausend Menschen, die dort gekommen waren, war das aber [nur] eine Handvoll [Leute]. Es gab kaum einen, dem wir ein Zeichen des Friedens geben konnten. Wir gaben es wieder untereinander. Und nicht den Polen, weil sie nicht da waren.“¹⁵ Und obwohl es sich dabei um einen subjektiven Bericht eines Pilgers handelt, so zeigt er doch, dass die Versöhnungsmesse nicht eindeutig beurteilt wurde.

Weißer Flecken

Jede Nation ist eine imaginierte Gemeinschaft (wie es Benedict Anderson bezeichnete), die einer steten Reproduktion im öffentlichen Diskurs bedarf. Damit Völker eine soziologische Tatsache darstellen können, müssen die Menschen daran glauben, dass sie Teil einer objektiv und seit langem bestehenden Gemeinschaft sind. Damit verbunden ist der Mythos der Nation als einer Ahnen- und Blutsgemeinschaft, den man nicht auf das Prinzip des Erwerbs der Staatsbürgerschaft (*ius sanguinis*) reduzieren kann. Eine Nation wird auf vielerlei Weise imaginiert, die „Morphologie“ des nationalen Diskurses unterscheidet sich häufig, jedes Mal wird sie aber in einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort aufgrund der

¹⁵ Zit. nach: A.M. Pędziwol, *Rocznica mszy w Krzyżowej. Czy będzie dorocznym Dniem Pojednania?*

„Deutsche Welle“, 12.11.2018, online abrufbar unter: <https://www.dw.com/pl/rocznica-mszy-w-krzyzowej-czy-bedzie-dorocznym-dniem-pojednania/a-46261580> (letzter Zugriff: 16.11.2018).

Erwartungen und Vorstellungen der Zeitgenossen konstruiert. Die Vergangenheit stellt dabei eine plastische Masse dar, die in Übereinstimmung mit den aktuellen Erwartungen geformt wird, um das Bedürfnis nach Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft von hohem moralischen Wert, auf die man stolz sein kann, zu stillen. Reicht das Wissen über die Vergangenheit nicht aus, so kann man immer noch „erfundene Traditionen“ nutzen, wie es Eric Hobsbawm und Terence Ranger bezeichneten.

Da diejenigen Schlesier, die sich als deutsch identifizierten, jahrzehntelang von der Hauptströmung des deutschen nationalen Diskurses abgeschnitten waren, mussten sie ihr Deutschtum unter Nutzung der ihnen zur Verfügung stehenden symbolischen Ressourcen konstruieren. Zum Teil handelte es sich hierbei um Vorstellungen, die die ältesten Mitglieder der Gemeinschaft, die noch in dem deutschen Staat gelebt hatten, bewahrt hatten. Diese Vergangenheit wurde dabei verklärt, sie wurde zu einer regionalen retrospektiven Utopie, die die lokalen Diskurse einrahmte. Dies war im Übrigen nicht nur eine Strategie einer Minderheit, sondern auch der künstlerischen Eliten (ein gutes Beispiel hierfür ist das Buch von Henryk Waniek: „*Finis Silesiae*“¹⁶).

Die Deutschen betrachteten sich von Anfang an als Opfer des kommunistischen Systems und der Nachkriegsverbrechen. Insofern ähnelte ihre Wahrnehmung der Vergangenheit der der anderen Schlesier, die – angesichts der staatlichen Zensur – die Erinnerung an die Leiden innerhalb ihren Familien und in den lokalen Gemeinschaften der „Landsleute“ („*swojacy*“) weitergaben. Heute spricht man von der „oberschlesischen Tragödie“ („*tragedia górnośląska*“). Die Erinnerung daran eint Schlesier mit unterschiedlicher nationaler Identifikation. Eine Folge davon war auch das fehlende Gespür dafür, dass die Deutschen in Polen sich in die Sühnearbeit für den Völkermord an den Juden einbringen müssten. Weder sie noch ihre Vorfahren seien, wie sie immer wieder betonten, Beamte der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie gewesen. Jeder nationale Diskurs erzwingt gleichwohl den

¹⁶ H. Waniek, *Finis Silesiae*, Wydawnictwo Dolnośląskie, Wrocław 2003.

Gebrauch eines – aus ethischer Sicht mangelhaften – Narratives von der Kollektivschuld und vom Kollektivverdienst. Da sich Schlesier der deutschen nationalen Gemeinschaft zuordneten, wurden sie gleichzeitig von dem Diskurs über die deutsche Schuld erfasst. Dieser Aspekt wurde im öffentlichen Diskurs nicht aufgearbeitet, übrigens nicht nur in Oberschlesien.

Jüdische Diasporagruppen in Schlesien verschwanden in erheblichem Maße aus dem Bewusstsein der Zeitgenossen. Dabei darf man selbstverständlich nicht vergessen, dass sich die jüdischen Gemeinschaften in den ehemaligen Teilungsmächten wesentlich voneinander unterschieden. Die Mehrheit der Juden im Deutschen Kaiserreich und – später – in der Weimarer Republik war den Assimilierungsprozessen wohlgesinnt, und dies ungeachtet der in der Zwischenkriegszeit andauernden „jüdischen Renaissance“.¹⁷ Oberschlesien war hingegen insofern ein besonderer Ort, als dort – als einem Abstimmungsgebiet – die Genfer Konvention vom 15. Mai 1922 (geschlossen für 15 Jahre) galt, die den Bewohnern u. a. Bürgerrechte garantierte, wovon auch die Juden (als religiöse Minderheit) profitierten. Nach deren Erlöschen 1937 bekamen sie die ganze Brutalität der nationalsozialistischen „Rassen“gesetze zu spüren.

In Oberschlesien finden sich viele „Nichterinnerungsorte“. In der Nähe der aus der wirklichen Welt (mit Ausnahme des Turmes), aber nicht aus dem kollektiven Gedächtnis getilgten Piasten-Burg in Oppeln stand eine Synagoge. Der Grundstein für diesen Bau wurde im April 1895 gelegt. Der Bau wurde im Juni 1897 fertiggestellt. Die Synagoge beherbergte einen Gebetsraum für 600 Personen, einen kleinen Gebetsraum, Räumlichkeiten des Vorstandes der jüdischen Gemeinde sowie ein Archiv und eine Bibliothek.¹⁸ Auf Archivaufnahmen erhebt sie sich stolz über der Umgebung. Die Oppelner Diaspora war in hohem Maße assimiliert; 1933 lebten in Oppeln 525 Juden

¹⁷ K. Steffen, *Żydzi. Obrazy zbiorowości wyobrażonej*, in: R. Traba, H. H. Hahn (red.), współpraca: M. Górny, K. Kończal, *Polsko-niemieckie miejsca pamięci*, t. 1, *Wspólne / Oddzielne*, Wydawnictwo Naukowe Scholar, Warszawa 2015, S. 687.

¹⁸ M. Borkowski, *Żydzi – zapomniana mniejszość*, in: D. Simonides (red.), *Śląsk Opolski. Dziedzictwo i współczesność*, Oficyna Piastowska, Opole 2005, S. 64.

(1,2% der gesamten Einwohnerschaft). Während des Ersten Weltkrieges fielen achtzehn Oppelner Juden an der Front – zu ihren Ehren wurde in der Synagoge eine Gedenktafel angebracht. In der Reichspogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 zerrten Mitglieder von NS-Schlägertrupps den Rabbiner aus seiner Wohnung heraus und zwangen ihn – unter Beschimpfungen und Gewaltanwendung – dazu, die Synagoge in Brand zu setzen. Ein Schwarz-Weiß-Foto, auf dem der nächtliche Brand zu sehen ist, erinnert an eine Filmaufnahme aus Spielfilmen des deutschen Expressionismus. Das ausgebrannte Gebäude wurde bis April 1939 abgerissen. Heute ist davon nur ein kleines Haus übriggeblieben, in dem einst der Hausmeister wohnte.¹⁹ Viele Oppelner und Touristen wissen nicht, dass sie beim Laufen über den breiten Bürgersteig einen besonderen „Nichterinnerungsort“ betreten. Zumal die Tafel zum Gedenken an die Synagoge nicht übermäßig exponiert ist.

Entgegen der retrospektiven Utopie waren die polnisch-jüdischen und die deutsch-jüdischen Beziehungen weit von einem Ideal entfernt. Antijüdische Vorurteile warfen einen Schatten auch auf die schlesische Gemeinschaft – und dies beiderseits der Grenze. In Oppeln stießen die gegen die Juden gerichteten Schikanen und Maßnahmen 1934 nicht auf Proteste seitens katholischer und evangelischer Geistlicher.²⁰ Selbst der seliggesprochene Priester Emil Szramek schrieb in seinem bahnbrechenden Werk „*Śląsk jako problem socjologiczny*“ Folgendes: „Dass viele Christen und Christinnen sich in kritischen Augenblicken einer Krankheit einem Judenarzt anvertrauen und solch eine große Zahl von Rechtsanwälten ohne christliches Gewissen sich auch mit Streitfällen von Christen befasst, lässt traurige Reflexionen hinsichtlich des christlichen Antlitzes Schlesiens, insbesondere des Teschener Schlesiens, aufkommen. (...) Sogleich werden die Kämpfe um den *Numerus Clausus* an Universitäten verständlich und überhaupt die im Grunde gesunden Reflexe der Gesellschaft gegen die unverhältnismäßige Verjudung des Gesund-

¹⁹ M. Borkowski, *Gmina żydowska w Opolu w latach 1812-1944. Dzieje i ludzie*, rozprawa doktorska, maszynopis, Opole 2007, S. 126-128.

²⁰ Ebd., S. 120.

heitswesens, der Anwaltschaft, der Literatur, der Publizistik und des Journalismus in einem Land, das sich des Beinamens Bollwerk des Christentums rühmt.“²¹ Die gegenseitige Abneigung resultierte teilweise aus einem Antijudaismus, teilweise aus der Abneigung der Bauern gegen die die Städte bewohnenden Fremden, zum Teil aus dem Klassenkonflikt. Die brutale Ausgrenzung jüdischer Mitbewohner aus der regionalen Gemeinschaft bedarf aber einer Aufarbeitung und des Gedenkens. In dieser Hinsicht ist, wie ich glaube, zu wenig getan worden.

In zahlreichen Zeugnissen zum Zweiten Weltkrieg ist von Schlesiern in deutschen Uniformen die Rede, die sich durch ihre Polnischkenntnisse auszeichneten. Sie erwiesen sich entweder als „gute Deutsche“, indem sie Überlebenden halfen, oder ganz im Gegenteil, indem sie bei der Verfolgung von Polen und beim Aufspüren von Juden eifrig mithalfen. Das Motiv der „Polen in der Wehrmacht“ fand nach 1989 bereits vielfach Eingang in den öffentlichen Diskurs. Es erlebte die Phase einer starken Politisierung (insbesondere während des Präsidentschaftswahlkampfes 2005, als Donald Tusk „beschuldigt“ wurde, sein Großvater, Józef, habe in der deutschen Armee gedient) und trat in eine Phase der Stabilisierung ein, als immer mehr Menschen – ohne sich dessen zu genieren und im Bewusstsein der komplexen Situation in den dem Dritte Reich einverleibten Gebieten – vom Dienst ihrer Vorfahren in deutschen Militärformationen berichteten. In diesem Diskurs finden sich aber ausgesprochen wenige Narrative, die schlesische Deutsche, Polen und Juden verbinden würden.

Juden kamen in regionalen Erzählungen, auch im neo-nationaldemokratischen („neoendecki“) Rahmen, vor, wenn sie als judeo-kommunistische Verbrecher, die Schlesier verfolgten, dargestellt wurden. Ein Modellbeispiel diesbezüglich sind die zahlreichen Narrative über Salomon Morel (1919-2007), den Kommandanten des Lagers „Zgoda“ in Świątobłowice. Im Jahr 1990 nahm die Kattowitzer Niederlassung der Hauptkommission zur Erforschung von Verbrechen gegen das

²¹ E. Szramek, Śląsk jako problem socjologiczny, reprint odbitki artykułu z „Roczników Towarzystwa Przyjaciół Nauk na Śląsku“ 1934, t. IV, Koło Związku Górnośląskiego w Opolu, Opole bdw., S. 37.

Polnische Volk (GKBZPNP) Nachforschungen zum Lager auf. 1991 wurde Morel vernommen und 1992 leitete dann die Kommission offizielle Ermittlungen ein. Morel reiste anschließend nach Israel aus. 1996 wurden ihm die Vorwürfe eröffnet, darunter auch, das Verbrechen des Völkermordes begangen zu haben. Im Jahr 2005 lehnte Israel jedoch die Auslieferung von Morel an die polnischen Behörden ab. Bis heute wird auf den Fall von Salomon Morel in Diskussionen über die Straflosigkeit von „judeo-kommunistischen Verbrechern“ verwiesen und dieser in Erinnerung gerufen. Morel selbst erlebte es auch noch, im Film „Zgoda“ von 2017 (Regie: Maciej Sobieszczkański) filmisch dargestellt zu werden.

Die polnisch-jüdische Debatte ist inzwischen nach weiteren – für die polnische Öffentlichkeit – schmerzhaften Wendungen, viel fortgeschrittener und konzentriert sich auf andere Erinnerungsorte (mit Jedwabne und Kielce an der Spitze). Michael C. Steinlauf bezeichnete die weiteren Phasen als verwundete Erinnerung (1944-1948), unterdrückte Erinnerung (1948-1968), verbannte Erinnerung (1968-1970), rekonstruierte Erinnerung (1970-1989) und wiedererlangte Erinnerung (1989-1995).²² In der polnisch-jüdischen Debatte lässt sich bis heute zweifellos eine „messianistische Konkurrenz“ und eine „Leidensrivalität“²³ beobachten. Die Erinnerung an die Juden durchlief in Schlesien keine massenhafte Rekonstruktion; sie ist Gegenstand des Interesses eines Kreises von Fachleuten und gemeinnützig Tätigen. Sie wurde aber bisher nicht einbezogen in die Hauptströmung der Diskussion über die Vergangenheit der Region und politische Sühnerituale.

Paul Ricoeur stellte zu Recht fest: „Heute sieht man, wie Mitglieder nahezu jeder Gemeinschaft auf besorgniserregend leichte Art und Weise unausgesprochene Vereinbarungen darüber treffen, woran sie sich nicht erinnern wollen. Und das bedeutet, dass aus den schändlichsten Erfahrungen möglicherweise keine Lehre für die Zukunft zu ziehen wäre. (...) Jeder politische Verbrecher teilt die Verantwor-

²² M. C. Steinlauf, *Pamięć nieprzyswojona. Polska pamięć Zagłady*, przeł. A. Tomaszewska, Wydawnictwo Cyklady, Warszawa 2001.

²³ Ebd., S. 22, 74.

tung nicht nur mit anderen Tätern, sondern auch mit denjenigen, die zugeschaut haben – wohlwollend, ängstlich oder gleichgültig –, und diese Verantwortung lässt sich kaum definitiv aufteilen.“²⁴ Es ist nicht meine Absicht, die schlesischen Deutschen anzuklagen, gegen Juden gerichtete Verbrechen zu verheimlichen oder verschiedene Initiativen, die darauf abzielen, jüdischer Bewohner Schlesiens zu gedenken, gering zu schätzen. Betrachtet man aber den Diskurs über Schlesien und die deutsch-polnischen Beziehungen ganzheitlich, so lässt sich nicht übersehen, dass die deutsche Minderheit sich nicht in die Debatte über die Diskriminierung und Exterminierung der Juden eingebracht hat, obwohl diese Bürger der regionalen schlesischen Gemeinschaft waren.

Das Erbe von Kreisau

Aussöhnung ist ein Prozess, dessen Ende schwer zu bestimmen ist. Soll er ernst genommen werden, bedarf er auch harter Arbeit. Es ist notwendig, die Vergangenheit richtig zu erkennen (dabei ist die Geschichte nie schwarz-weiß, sie setzt sich nicht aus Schicksalen unbefleckter Helden und dämonischer Verbrecher zusammen), die Vielzahl von Arten daran beteiligter Akteure wahrzunehmen, den Versuch zu unternehmen, die Schäden wiedergutzumachen (in dem Umfang, in dem dies möglich ist), die Schuld eindeutig auf sich zu nehmen, sowie zu vermeiden, Überlebende und Nachfahren der Opfer zu Vergebung zu zwingen. In ihrer Maximalversion ist Aussöhnung nicht möglich, finden sich doch immer Menschen, die die Schuld nicht auf sich nehmen oder den Tätern nicht vergeben wollen. Es finden sich immer Kategorien von Opfern, die nicht in hinreichendem Maße beschrieben, als Subjekte ernst genommen und gewürdigt wurden.

Womit wir in dieser unvollkommenen Welt zu tun haben, sind politische Sühnerituale, die sich der kollektiven Schuld und des kol-

²⁴ *Większość była gapiami*. Rozmowa z Paulem Ricoeurem, in: J. Żakowski, *Rewanż pamięci*, Wydawnictwo Sic!, Warszawa, S. 47, 51.

lektiven Unrechts bedienen. Wenn sich Repräsentanten von Staaten für Verbrechen entschuldigen, so glauben sie doch nicht, dass jeder ihrer Bürger ein Schuft war und dass nächste Generationen auf magische Weise die Schuld erben. Dies soll allen erlauben, weiter zu leben, ohne die Dramen immer wieder aufs Neue in Erinnerung zu rufen und ohne daran zu erinnern, dass wir auf Friedhöfen voller unschuldiger Opfer leben. Schuld zu erkennen und sie auch anzuerkennen ist eine politische Geste, die nicht selten materielle und symbolische Reparationen nach sich zieht.

Der Zweite Weltkrieg stellt bis heute einen Schlüsselrahmen dar für das polnische kollektive Gedächtnis. Im Jahr 2009 stellten 72 Prozent der vom Meinungsforschungsinstitut CBOS Befragten fest, der Zweite Weltkrieg sei für sie „nach wie vor ein lebendiger Teil der Geschichte Polens, an den es stets zu erinnern gilt.“²⁵ Die deutsch-polnische Aussöhnung bedurfte somit – trotz der Jahrzehnte, die seit dem Krieg mit seinen Hekatomben von Toten vergangen sind – aufsehenerregender Gesten. Die Messe in Kreisau war ein allgemein verständliches Ritual, und durch die Wahl des Ortes wurde dieses nicht in aktuelle Auseinandersetzungen – u. a. um die auf dem Sankt Annaberg abgehaltenen zweisprachigen Messen – verwickelt. Die Messe erfüllte ihre Aufgabe als Symbol für einen Neuanfang. Nicht von ungefähr wurde sie von sehr konkreten politischen Vereinbarungen begleitet, die den Herausforderungen der neuen Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges gerecht werden sollten.

Man darf sich freilich nicht von solchen symbolischen Gesten verführen lassen. Sie haben ihre Bedeutung zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort, sie beeinflussen die Politik und die Menschen im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext. Worte und Symbole haben eine greifbare politische Bedeutung. Sie lösen aber nicht alle Probleme, und ihre Bedeutung ändert sich unter neuen Umständen. Und was noch wichtiger ist, derartige Gesten können die Arbeit

²⁵ *Siebzig Jahre nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges*. Ein Bericht zur Erhebung „Aktuelle Probleme und Ereignisse“, durchgeführt in der Zeit vom 06. bis 12.08.2009 mit einer repräsentativen Stichprobe erwachsener Einwohner Polens (N=1040), bearbeitet von: Michał Strzeszewski.

an der Basis – wissenschaftliche Studien, Bildung, die Anhörung von Zeugen, die Auseinandersetzung mit weiteren tabuisierten Themen – nicht ersetzen.

Aussöhnung zwischen zwei Völkern bedeutet auch, andere Kategorien von Opfern und Tätern aus dem Diskursfeld zu verdrängen. Das Bild und die Symbolik der Aussöhnung dürfen ja zum jeweiligen Zeitpunkt nicht verkompliziert werden – dadurch, dass man die Komplexität faktischer kollektiver Handlungen aufzeigt. Eine Geste der Versöhnung bietet nicht nur die Chance für eine weitere Diskussion, mehr noch sollte sie eine solche geradezu erzwingen. Erinnerung ist nämlich, wie Michael Rothberg²⁶ betont, ein Mehrwegphänomen, demnach sollte auch die Aussöhnung ein solches sein.

Der bevorstehende 30. Jahrestag der Versöhnungsmesse in Kreisau wird eine Zeit sein, in der man zu Recht dieses wichtigen Ereignisses gedenken wird. Er muss aber auch eine Zeit der kritischen Auseinandersetzung sein. Wie symbolische Konflikte in Oberschlesien nach der Kreisauer Messe gezeigt haben, muss ein gelungenes Versöhnungsritual Spannungen zwischen miteinander konkurrierenden Erinnerungsgemeinschaften nicht unterbinden. Kreisau ist zu einem wichtigen Erinnerungsort geworden. Es hat aber kein universelles Modell für die deutsch-polnische Aussöhnung geschaffen.

²⁶ M. Rothberg, *Pamięć wielokierunkowa. Pamiętanie Zagłady w epoce dekolonizacji*, przeł. K. Bojarska, Wydawnictwo Instytutu Badań Literackich PAN, Warszawa 2015, S. 15.

AGNIESZKA ŁADA

POLEN UND DEUTSCHE – DAS GEGENSEITIGE BILD UND DIE BEURTEILUNG DES JEWEILIGEN NACHBARLANDES

Als die Polen und die Deutschen mit dem Aufbau „neuer“ gegenseitiger Beziehungen begannen, herrschten zwischen ihnen Misstrauen und Abneigung. Im Jahr 1990 gaben 69 Prozent der Polen an, sich von den Deutschen persönlich bedroht zu fühlen, und für 78 Prozent der Befragten stimmte der folgende Spruch: „Jak świat światem, nie będzie Niemiec Polakowi bratem“ (Solange sich die Erde dreht, werden aus Deutschen und Polen keine Brüder werden). Doch schon im Jahr 1991, d. h. bereits nach der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages über die Anerkennung der gegenseitigen Grenze, sank der zuletzt genannte Wert deutlich – auf 59 Prozent. Zugleich waren 63 Prozent der Befragten damals der Meinung, eine Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen sei möglich.¹ Von den befragten Deutschen wurde diese Ansicht zum selben Zeitpunkt zu drei Vierteln (77%)² Und in

¹ Meinungsforschungsinstitut CBOS, Die öffentliche Meinung über Deutschland und die Deutschen sowie die deutsch-polnischen Beziehungen, CBOS, BS 77/25/91, Warschau, Februar 1991.

² Erhebung im Auftrag der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“, durchgeführt von EMNID, in: Der Spiegel 36/1991.

den darauffolgenden Jahren wurden zahlreiche Projekte durchgeführt, die darauf abzielten, sich besser kennenzulernen und das Vertrauen der Polen gegenüber den Deutschen wiederherzustellen, was zu einer wirklichen Aussöhnung beitragen sollte. Dass sich diese Aussöhnung in den kommenden Jahren tatsächlich allmählich vollzog, belegen diverse Zahlen. Hierzu gehören u. a. das Sympathieniveau sowohl gegenüber Deutschland und den Deutschen in Polen als auch gegenüber Polen und den Polen in Deutschland, die gegenseitige Akzeptanz für unterschiedliche gesellschaftliche Rollen, die Beurteilung der gegenseitigen Beziehungen und schließlich Einschätzungen der Polen mit Blick auf eine potentielle Bedrohung durch die Deutschen. Heute lässt sich sagen, dass sich die Ansichten in diesen Bereichen während der vergangenen Jahrzehnte allmählich geändert haben.

Einstellung der Polen zu den Deutschen und der Deutschen zu den Polen

Bezüglich der Entwicklung guter Beziehungen zweier Völker auf verschiedenen Ebenen, insbesondere zwischen Nachbarvölkern, kommt der Einstellung zu den Repräsentanten des jeweils anderen Landes eine Schlüsselbedeutung zu. Sowohl die gegenüber dem anderen Volk empfundene Sympathie bzw. Abneigung als auch die Akzeptanz bzw. Abneigung, wenn es darum geht, in Beziehung zu treten mit Vertretern des anderen Landes, haben Einfluss darauf, wie intensiv die Beziehungen sind, ob gemeinsame Initiativen ergriffen werden oder – umgekehrt – eine Vertiefung der Zusammenarbeit behindert oder abgelehnt wird. Das Maß an empfundener Sympathie und Akzeptanz für Vertreter des anderen Landes in unterschiedlichen gesellschaftlichen Rollen sowie diesbezügliche Veränderungen im Laufe der Zeit sind somit ein guter Indikator für den Stand der gegenseitigen Beziehungen – nicht nur auf gesellschaftlicher, sondern mittelbar auch auf politischer oder wirtschaftlicher Ebene.

Gegenseitige Sympathie

Im Jahr 2018 empfand mehr als die Hälfte (56%) der befragten Polen Sympathie gegenüber den Deutschen. Und der Anteil dieser positiven Bekundungen hat über die Jahre betrachtet langsam aber stetig zugenommen – im Jahr 2000 lag er bei bis zu 41 Prozent. Parallel dazu ist allmählich die Abneigung der Polen gegenüber den Deutschen gesunken. Gegenüber 2000 sank diese um mehr als die Hälfte (von 26% auf 11%). Auch vor dem Hintergrund des gemessenen Wertes von 2013 (16%) hat der Anteil an negativen Ansichten deutlich abgenommen.

Die Sympathie der Polen gegenüber den Deutschen wurde im Jahr 2018 gerade einmal von halb so vielen Deutschen (29%) erwidert. In ihren Einschätzungen der Polen zeigten sich die Deutschen derweil recht konstant – Veränderungen gegenüber dem Wert von 2000 lagen im statistischen Fehlerbereich.³

Das Maß an deutscher Abneigung gegenüber den Polen hat sich ebenfalls nicht verändert, wenn man Angaben aus dem Jahr 2000 (24%) mit denen von 2018 (23%) vergleicht, obgleich dies besser die Verwerfungen in den gegenseitigen Beziehungen widerzuspiegeln scheint. Die Abneigung der Deutschen gegenüber den Polen hat sich deutlich in den Jahren 2005/2006 erhöht und dann erneut im Jahr 2016, d. h. nach dem Regierungswechsel in Polen im Jahr 2015. Ein erneuter Rückgang des Anteils an Abneigung gegenüber den Polen im Jahr 2018 mag möglicherweise darauf hindeuten, inwiefern die Deutschen zwischen der polnischen Politik, die sie immer kritischer sehen, und der polnischen Gesellschaft unterscheiden. Meinungsäußerungen erweisen sich auch deutlich davon beeinflusst, ob der jeweils befragte Deutsche bereits einmal in Polen war. Von den Deutschen, die regelmäßig nach Polen fahren, bekunden 70 Prozent Sympathie für die Polen; unter den Deutschen, die Polen lediglich einmal besucht haben, sind es hingegen 42

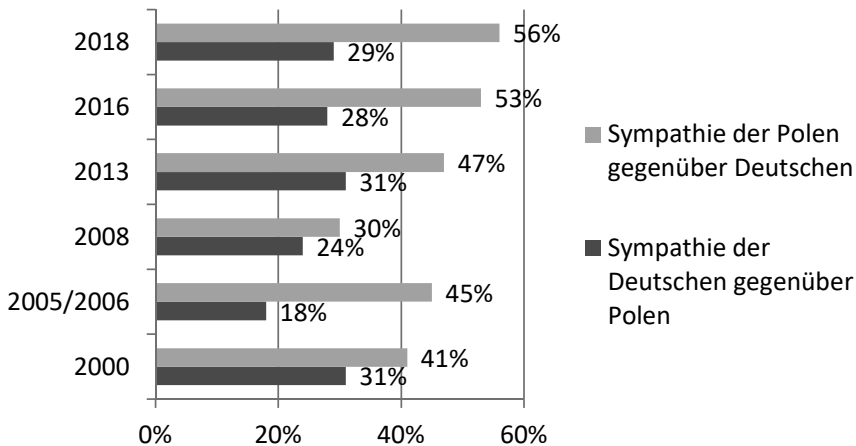
³ Die nicht ganz vergleichbaren Ergebnisse der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ von 1991 (auf einer Skala von 1 bis 11, wobei die 1 für eine sehr große Sympathie stand und die 11 Abneigung bedeutete), zeigen, dass damals 22 Prozent der befragten Deutschen Sympathie gegenüber den Polen empfanden (Antworten 1-5), während 39 Prozent Abneigung verspürten (Antworten 7-11). Ein Teil der Befragten gab damals allerdings überhaupt keine Antwort auf die Frage.

Prozent. Zugleich spricht gerade einmal jede fünfte Person (20%), die noch nie in Polen war, von Sympathie für die Polen.

Ebenso spielt der Faktor „Aufenthalt im Nachbarland“ eine Rolle dabei, was die Polen von den Deutschen halten. Von den polnischen Bürgern, die mindestens einmal in Deutschland waren, bekunden 68 Prozent Sympathie für die Deutschen. In den Reihen derer, die noch nie in Deutschland waren, liegt dieser Anteil dagegen bei 51 Prozent.

Zugleich ist in Deutschland der prozentuale Anteil derjenigen Befragten, die eine ambivalente Antwort geben, besonders hoch – von knapp der Hälfte (47%) werden Werte angegeben, die in der Mitte der Skala liegen. Auf Seiten der Polen gilt dies wiederum für jeden dritten Befragten (34%).

Diagramm: Wie stehen Sie zu den Polen/Deutschen? Antworten, die Sympathie bedeuten.



Die Befragten gaben einen Wert an auf einer Skala von 1 bis 5, wobei 1 gleichbedeutend war mit der Aussage „Ich verspüre Sympathie“ und 5 mit der Aussage „Ich verspüre Abneigung“. Die Skalenangaben 1 und 2 sind im Diagramm zusammengefasst.

Quelle:

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Körber-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung;

2013 und 2016: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Bertelsmann Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung;

2000-2008: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Konrad-Adenauer-Stiftung.

Gegenseitige Akzeptanz

Erhebungen zur sozialen Distanz dienen dazu, festzustellen, ob und inwieweit Menschen – auf unterschiedlichen Ebenen – bereit sind, soziale Kontakte zu anderen gesellschaftlichen Gruppen (darunter ethnischen) zu unterhalten. Analysen stützen sich im Rahmen dessen auf Fragen nach der Akzeptanz von Vertretern des jeweils anderen Landes in unterschiedlichen gesellschaftlichen Rollen – von einer neutralen Haltung bis hin zu persönlicher Akzeptanz.⁴

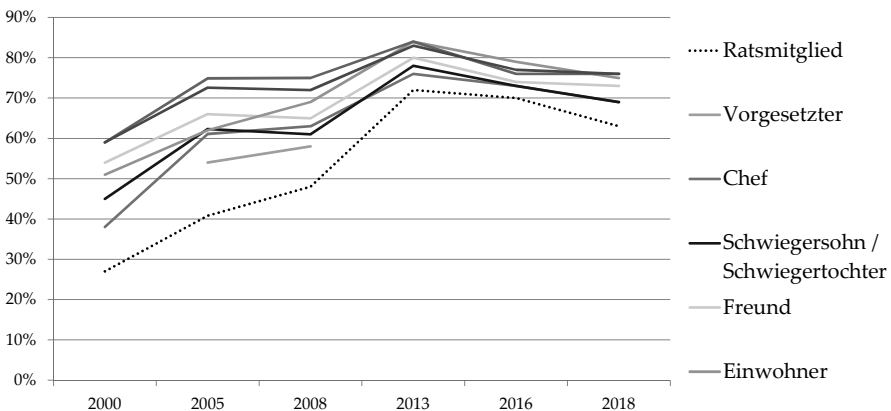
Die Akzeptanz der Polen für die Deutschen ist über Jahre hinweg – seit mit den Erhebungen des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (ISP) im Jahr 2000 begonnen wurde – gestiegen. Dabei fällt in manchen Fällen dieser Anstieg mehr als doppelt so hoch aus, dies gilt z. B. für die Akzeptanz eines Deutschen in der Rolle eines Gemeinde- bzw. Städterates (von 27% im Jahr 2000 auf 63% im Jahr 2018). Die polnische Akzeptanz für die Deutschen erreichte ihre höchsten Werte 2013, als sich die gegenseitigen Beziehungen sehr gut gestalteten und die Partnerschaft sowie der Wille zur Zusammenarbeit sowohl politisch und wirtschaftlich wie auch in den Beziehungen zwischen den Bevölkerungen betont wurden, was sich wiederum auch auf die Einstellung der polnischen Bevölkerung zu den Deutschen auswirkte. Nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) in Polen 2015 verschlechterte sich die Stimmung in den gegenseitigen Beziehungen, und in den öffentlichen Medien begann man das Öfteren, Deutschland und die Deutschen in einem negativen Licht darzustellen. Die Ergebnisse der Erhebungen zeigen, dass dadurch auch die Art und Weise, wie die deutsche Bevölkerung von den

⁴ Im Rahmen verschiedener Erhebungen dieser Art, die u. a. am Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP) durchgeführt werden, lässt sich Folgendes beobachten: Ausländer in neutralen Rollen (z. B. dauerhaft in dem jeweiligen Land Ansässiger, Nachbar oder Arbeitskollege) erfreuen sich meist einer größeren Akzeptanz als Ausländer in Rollen, die mit einer größeren Abhängigkeit (Chef einer Firma, in der man arbeitet, direkter Vorgesetzter, Gemeinde- bzw. Städterat) oder mit engeren persönlichen Beziehungen (Familienmitglied, das in der Erhebungen als Schwiegersohn bzw. Schwiegertochter erfasst ist) einhergehen.

Polen wahrgenommen wird, beeinflusst ist. Ferner lagen im Jahr 2018 die Veränderungen gegenüber 2013 bei rund neun Prozentpunkten. Dabei fielen die Veränderungen zwischen 2016 und 2018 deutlich geringer aus als die Veränderungen zwischen 2013 und 2016. Dies zeigt zum einen faktisch, dass sich die Verschlechterung gleich nach dem Regierungswechsel einstellte. Und zugleich wird anhand dessen generell deutlich, dass sich wohl ein erheblicher Anteil der Bevölkerung von antideutscher Rhetorik nicht beeinflussen lässt und sich vielmehr auf persönliche Erfahrungen mit Deutschen sowie auf früher gebildete Meinungen stützt.

Nimmt man die Akzeptanz in verschiedenen gesellschaftlichen Rollen in den Blick, so haben die Polen traditionell am seltensten etwas gegen einen Deutschen als Nachbarn oder Arbeitskollegen. Ob der jeweilige Befragte nach 1990 in Deutschland war, hat diesbezüglich im Übrigen keinen Einfluss. Sehr wohl aber kommt dem Vorhandensein eines Gefühls von Sympathie für die Deutschen eine

Diagramm: Würden Sie einen Deutschen in den unten genannten Rollen akzeptieren? Positive Antworten der Polen.



Quelle:

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Körber-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung;

2013 und 2016: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Bertelsmann Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung;

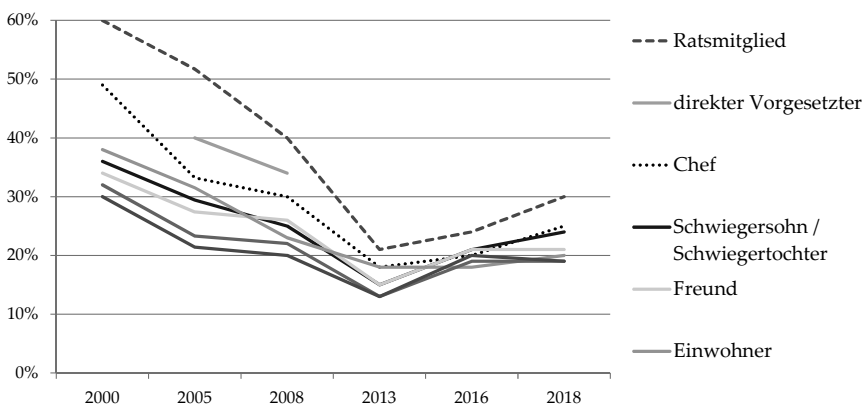
2000-2008: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Konrad-Adenauer-Stiftung.

entscheidende Bedeutung zu: Von den Befragten, die Sympathie für die Deutschen empfinden, akzeptieren 56 Prozent diese in allen Rollen – gegenüber 30 Prozent der Befragten, die Abneigung gegenüber den Deutschen verspüren.

Der Prozentsatz an Polen, die den Deutschen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Rollen abgeneigt sind, schwankt in Abhängigkeit von der jeweiligen Rolle zwischen 19 Prozent (Arbeitskollege, Nachbar) und 30 Prozent (Gemeinde- bzw. Städterat). Gegen die Deutschen in allen gesellschaftlichen Rollen eingestellt sind 12 Prozent der befragten Polen. Fügt man zu diesen Berechnungen den Anteil derjenigen hinzu, die keine Antwort darauf geben, so erhöht sich dieser Wert auf 16 Prozent. Der Kreis von Personen aber, die diese Frage unbeantwortet lassen, ist zahlenmäßig relativ klein – dieser macht lediglich bis zu 7 Prozent der Befragten aus.

Die Akzeptanz der Deutschen für die Polen in Bezug auf neutrale Rollen wie Nachbar oder Einwohner war über Jahre hinweg etwas

Diagramm: Würden Sie einen Deutschen in den unten genannten Rollen akzeptieren? Negative Antworten der Polen.



Quelle:

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Körber-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung;

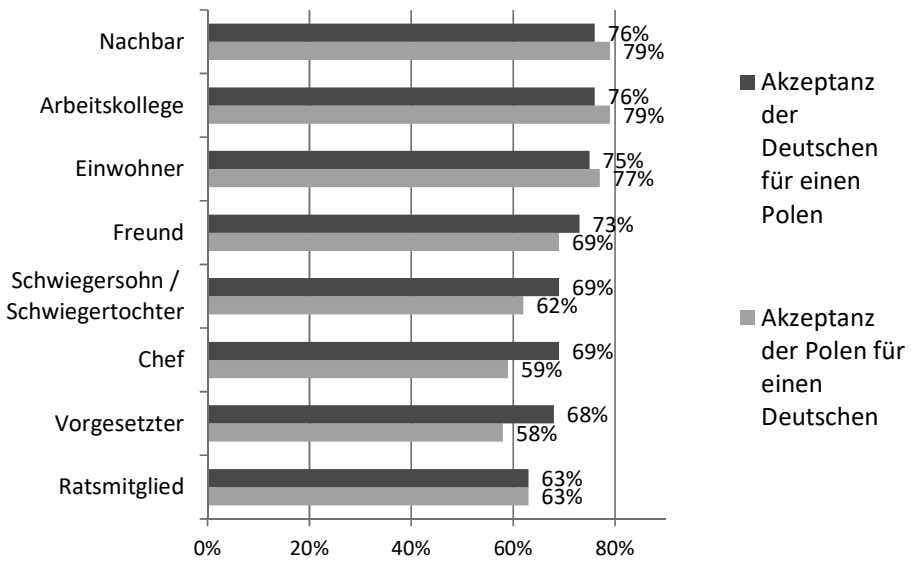
2013 und 2016: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Bertelsmann Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung;

2000-2008: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Konrad-Adenauer-Stiftung.

höher als umgekehrt die der Polen für die Deutschen. Niedriger hingegen fielen die Zahlen aus mit Blick auf die Akzeptanz in der Rolle eines Chefs, Gemeinde- bzw. Städterats, Freundes oder Familienmitgliedes. Dies ist auf deutsche Erfahrungen zurückzuführen, wonach das Miteinander mit quasi nebenan lebenden Ausländern – in der Nachbarschaft oder als Mitarbeiter – einen festen Bestandteil der Wirklichkeit bildet. Denn sich auf engere Beziehungen einzulassen, auch solche, die eine gewisse Art von Unterordnung voraussetzen, bedarf schon einer bestimmten Nähe und eines größeren Vertrauens. Insoweit ist zurzeit die Distanz der Deutschen gegenüber den Polen in diesen Rollen größer, und die Unterschiede in den Umfragen zwischen Polen und Deutschen, wenn es darum geht, Vertreter der jeweils anderen Bevölkerung zu akzeptieren, betragen bis zu zehn Prozentpunkte. Interessanterweise ist aber die Akzeptanz des jeweils anderen in der Rolle eines Gemeinde- bzw. Städterates identisch, obwohl im Jahr 2000 der Unterschied diesbezüglich genau doppelt so groß war (54% auf deutscher und 27% auf polnischer Seite). Dabei fußt die derart abgeneigte Einstellung der Polen sicherlich auf negativen historischen Erfahrungen, weil die administrative Macht ehemals von deutschen Besatzern auf polnischem Gebiet ausgeübt wurde. Gerade die Überwindung solcher Ängste zeigt heute, wie viel sich inzwischen in der Einstellung der Polen zu den Deutschen geändert hat. Und nicht zuletzt gilt es an dieser Stelle zu konstatieren, dass es sich hierbei um größere Veränderungen handelt als umgekehrt – seitens der Deutschen in Richtung der Polen.

Hinsichtlich der Akzeptanz der Deutschen für die Polen kommt generell der ehemaligen Teilung in Ost- und Westdeutschland keine große Bedeutung mehr zu. Nur im Falle eines Schwiegersohnes bzw. einer Schwiegertochter sowie bei Vorgesetzten sind die Ostdeutschen positiver gegenüber den Polen eingestellt (beim Schwiegersohn/bei der Schwiegertochter betragen die unterschiedlichen Werte 72% gegenüber 59%, beim direkten Vorgesetzten 66% zu 56%).

Diagramm: Würden Sie einen Deutschen/einen Polen in den unten genannten Rollen akzeptieren?



Quelle:

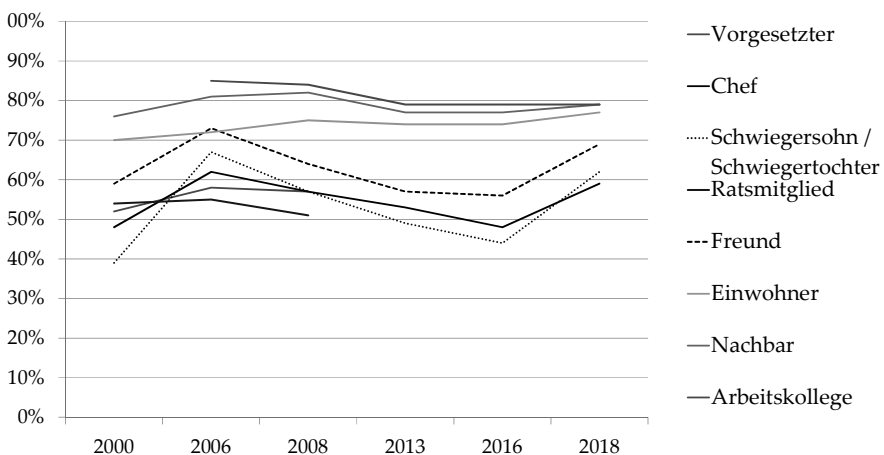
2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Körber-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Veränderungen hinsichtlich des Ausmaßes der Distanz der Deutschen zu den Polen in den letzten fünf Jahren (seit 2013) hängen von der jeweiligen gesellschaftlichen Rolle ab. Bezüglich neutraler Rollen – Arbeitskollege, Nachbar, Einwohner – sind keine wesentlichen Veränderungen festzustellen; das Akzeptanzniveau diesbezüglich war in dieser Zeit allerdings durchgängig recht hoch, d. h. es lag bei 74 Prozent oder höher. Schwankungen sind nicht festzustellen in Bezug auf Rollen, die mit Abhängigkeitsverhältnissen verbunden sind oder persönliche Beziehungen darstellen. So bekunden zurzeit mehr Deutsche Akzeptanz für einen polnischen Freund, einen polnischen Gemeinde- bzw. Städterat, einen polnischen Firmenchef oder ein polnisches Familienmitglied. Und der Anstieg geht einher mit einem Rückgang des Anteils an Befragten, die etwas gegen Polen in diesen Rollen haben (die Gruppe von Unentschlossenen weist hier zahlenmäßig kaum Veränderungen auf).

Insgesamt gesehen werden die Polen derzeit in allen gesellschaftlichen Rollen von 40 Prozent der Deutschen akzeptiert. Zugleich besteht eine Korrelation zwischen der Sympathie gegenüber den Polen (unter allen Befragten bei 29%) und der Akzeptanz für sie in verschiedenen Rollen: Von den Befragten, die Sympathie gegenüber den Polen zum Ausdruck bringen, akzeptieren 61 Prozent sie in allen gesellschaftlichen Rollen.

Der Kenntnis von Polen als Land kommt dabei eine Schlüsselbedeutung zu für die Einstellung der Deutschen gegenüber den Polen. Deutsche, die mehrmals in Polen waren oder Polen regelmäßig besuchen, haben häufiger nichts einzuwenden gegen einen polnischen Chef in der Firma, in der sie arbeiten (67% bzw. 78%, gegenüber 57% der Deutschen, die noch nie in Polen waren). Sie haben gleichfalls auch häufiger nichts einzuwenden gegen einen polnischen Freund (79% bzw. 75%, gegenüber 66%), ein polnisches Familienmitglied

Diagramm: Würden Sie einen Polen in den unten genannten Rollen akzeptieren? Positive Antworten der Deutschen.



Quelle:

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Körber-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung;

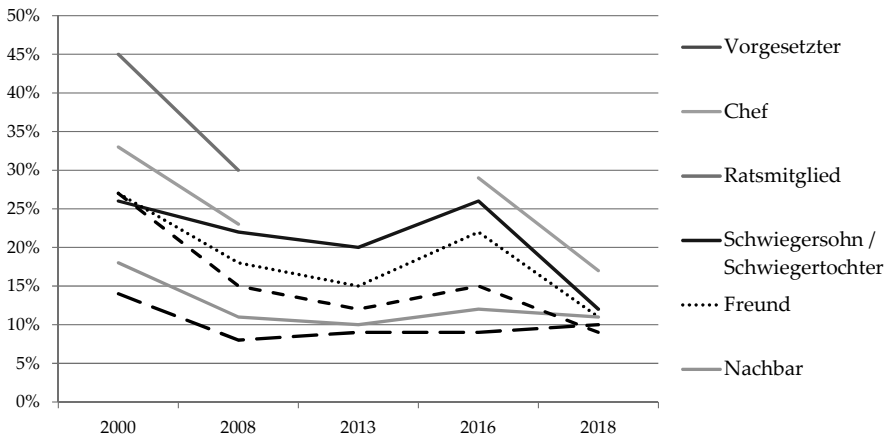
2013 und 2016: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Bertelsmann Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung;

2000-2008: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Konrad-Adenauer-Stiftung.

(74% bzw. 81%, gegenüber 57%) oder einen direkten polnischen Vorgesetzten (65% bzw. 76%, gegenüber 55%).

Relativ hoch ist der Anteil derjenigen deutschen Befragten, die Fragen nach der Akzeptanz der Polen in verschiedenen Rollen unbeantwortet lassen. Dieser schwankt zwischen 11 Prozent bezüglich der Rolle als „Arbeitskollege“ und „Nachbar“ und 26 Prozent bezüglich der Rolle als „Schwiegersohn“/„Schwiegertochter“. Im Jahr 2016 waren die Ergebnisse diesbezüglich ähnlich. Bereits damals ließ sich vermuten, dass ein Teil dieser unentschlossenen Befragten diese Fragen aufgrund der politischen Korrektheit nicht beantwortete, um keine Abneigung gegenüber der polnischen Bevölkerung bekunden zu müssen. Deziidiert abgeneigt stehen derweil insgesamt drei Prozent der befragten Deutschen den Polen in allen gesellschaftlichen Rollen gegenüber. Fügt man allerdings diesen Ergebnissen noch den Anteil derjenigen hinzu, die keine Antwort auf die Frage geben, so erhöht sich der Wert auf 12 Prozent. Darüber hinaus geben diejenigen, die

Diagramm: Würden Sie einen Polen in den unten genannten Rollen akzeptieren? Negative Antworten der Deutschen.



Quelle:

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Körber-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung;

2013 und 2016: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Bertelsmann Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung;

2000-2008: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Konrad-Adenauer-Stiftung.

noch nie in Polen waren, relativ betrachtet am häufigsten an, dass sie diesbezüglich keine Meinung haben. Sofern es um die Einstellung gegenüber einem polnischen Einwohner geht, beläuft sich die Zahl dieser Befragten auf 16 Prozent, zur Frage nach einem polnischen Freund auf 22 Prozent, nach einem polnischen Schwiegersohn bzw. einer polnischen Schwiegertochter auf 31 Prozent, zu einem polnischen Gemeinde- bzw. Städterat auf 25 Prozent und zu einem direkten polnischen Vorgesetzten auf 25 Prozent.

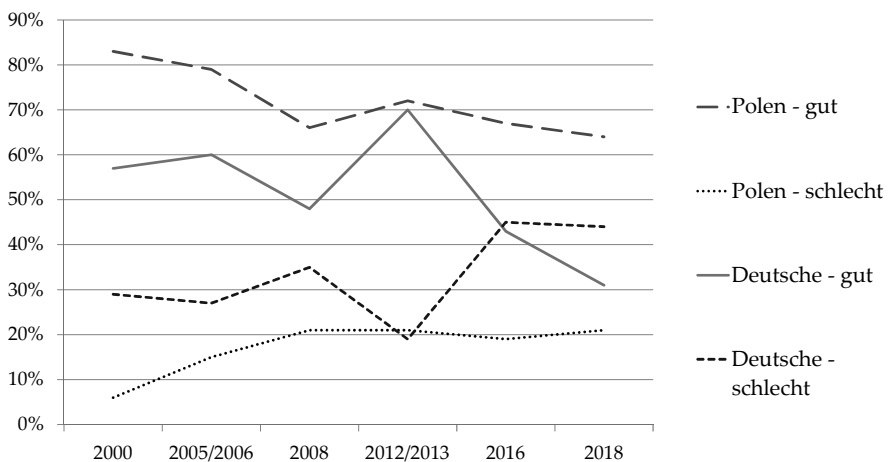
Einschätzung zu den deutsch-polnischen Beziehungen

Dreißig Jahre nach der Wende 1989/90 präsentieren sich die deutsch-polnischen Beziehungen sehr vielfältig. Sie umfassen nicht nur politische Kontakte auf höchster Ebene, sondern auch wirtschaftliche Beziehungen, Städtepartnerschaften, NGO-Projekte, Jugendaustausche u. v. m. In Deutschland ist die Einschätzung zu den Beziehungen zum östlichen Nachbar beeinflusst von aktuellen historischen Debatten und politischen Ereignissen jenseits der Oder. In Polen richtet sich das Augenmerk – abgesehen von der aktuellen Intensivierung der historischen Debatte, vor allem über den Zweiten Weltkrieg – insbesondere darauf, welche Haltung Deutschland in verschiedenen – aus polnischer Sicht wichtigen – Bereichen der Europapolitik einnimmt.

Die Meinungen der Polen und der Deutschen hinsichtlich des Standes der deutsch-polnischen Beziehungen weichen stark voneinander ab. Für „sehr gut“ oder „gut“ halten die Beziehungen nur 31 Prozent der befragten Deutschen. In Polen wird eine solche Bewertung dagegen von doppelt so vielen Befragten geteilt (64%). Gegenüber den Jahren 2012 und 2013, als dieser Anteil zum ersten Mal eine ähnliche Größenordnung beiderseits der Oder – damals 70 Prozent – erreichte, ist der Anteil positiver Einschätzungen unter den polnischen Befragten somit lediglich unerheblich gesunken; in Deutschland hingegen ist die Anzahl positiver Antworten inzwischen um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Im selben Zeitraum ist in Deutschland die

Zahl derjenigen gestiegen, die diese Frage nicht beantworten können oder wollen – und dabei handelt es sich bereits um ein Viertel aller befragten Deutschen (25%). Die deutsche Reaktion auf politische Ereignisse in Polen sowie in den deutsch-polnischen Beziehungen als solche, in denen auf politischer Ebene Kälte herrscht und die Zusammenarbeit seit der Regierungsübernahme durch die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) eine entschieden geringere Intensität aufweist, ist somit deutlich erkennbar. Die Deutschen beurteilen insoweit die Beziehungen zu ihrem Nachbarn durch das Prisma der Politik, weil sie eben darüber am häufigsten in den Medien lesen und hören können. Sonstige Faktoren aus der Sphäre gegenseitiger Beziehungen (wirtschaftliche, gesellschaftliche, kulturelle oder zwischenmenschliche), die sich nach wie vor relativ gut entwickeln, werden hingegen auf polnischer Seite in höherem Maße berücksichtigt. So fallen die polnischen Ansichten wesentlich positiver aus. Der sehr hohe Anteil der Deutschen, die diese Frage unbeantwortet lassen, zeugt zugleich

Diagramm: Wie gestalten sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen?



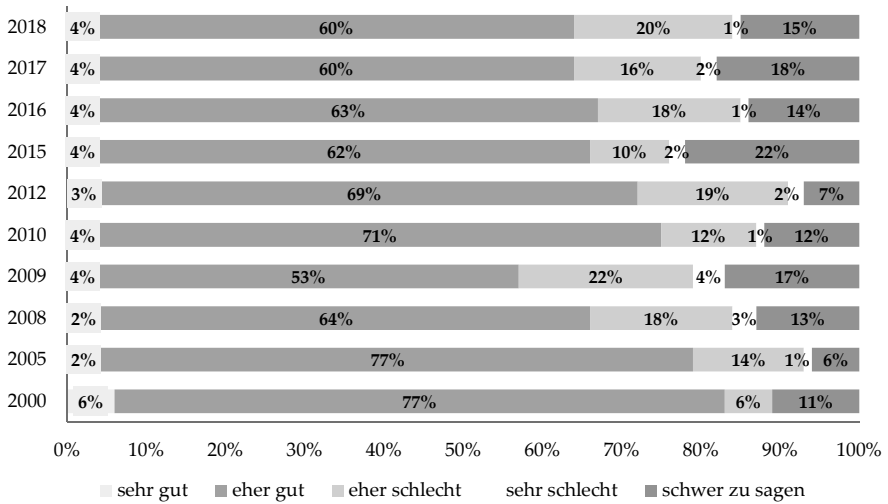
Quelle:

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Körber-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung;

2013 und 2016: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Bertelsmann Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung;

2000-2008: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Konrad-Adenauer-Stiftung.

Diagramm: Wie gestalten sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen?
Antworten der Polen.



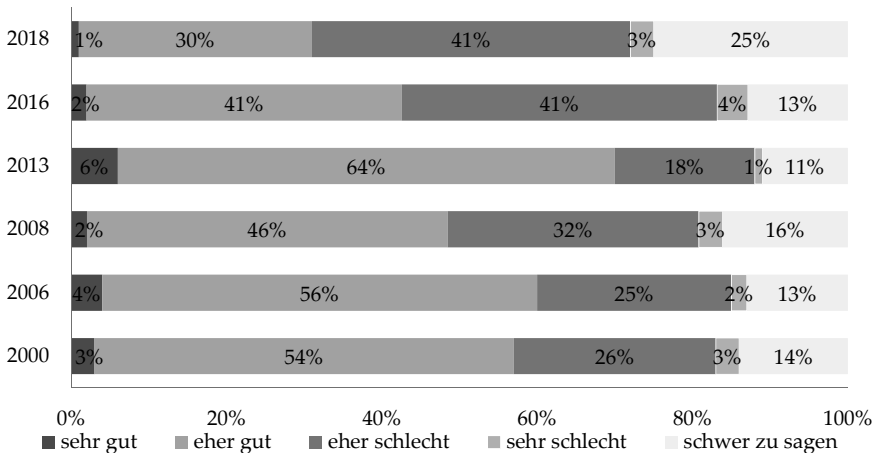
Quelle:

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Körper-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung;

2016: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Bertelsmann Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung;

2000-2012, 2015 und 2017: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Konrad-Adenauer-Stiftung.

Diagramm: Wie gestalten sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen. Antworten der Deutschen.



Quelle:

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Körper-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung;

2016: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Bertelsmann Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung;

2000-2008: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Konrad-Adenauer-Stiftung.

von einer Unsicherheit, wie die gegenseitigen Beziehungen zu beurteilen sind. Ausgeschlossen werden kann aber in diesem Fall, dass Meinungslosigkeit von politischer Korrektheit motiviert ist. Denn die Frage nach der Einschätzung der Beziehungen gehört nicht zu den sensitiven Fragen – wie etwa die Frage nach der gemeinsamen Geschichte oder dem Verhältnis zu den Polen als Nation.

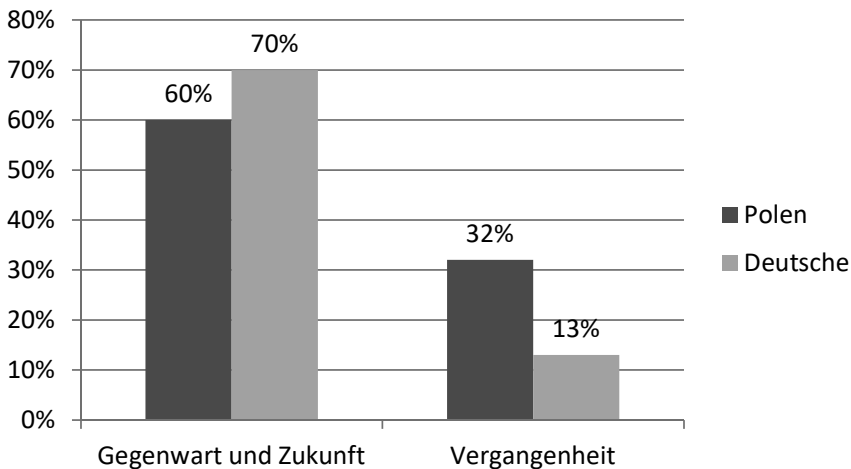
Zukunft wichtiger als Vergangenheit

Die Einschätzung der gegenseitigen Beziehungen sowie die Einstellung zur Bevölkerung des Nachbarn ist auf beiden Seiten beeinflusst von der schwierigen gemeinsamen Vergangenheit. Zu Beginn der Transformationsveränderungen herrschte in beiden Ländern die Überzeugung vor, die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges würden das Verhältnis der Polen zu den Deutschen stark belasten. In einer Umfrage im Auftrag der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ von 1991 hielten 20 Prozent der befragten Polen diese Belastung für „sehr stark“, 42 Prozent für „stark“ und 32 Prozent für „gering“. Lediglich 6 Prozent der Befragten gaben an, eine solche Belastung bestehe nicht mehr. Interessanterweise standen damals Deutsche aus dem Westen den Anschauungen der Polen näher: 14 Prozent von ihnen erklärten, die Belastung sei „sehr stark“, 43 Prozent bezeichneten sie als „stark“ und 36 Prozent hielten sie für „schwach“. Unter den Ostdeutschen sahen die entsprechenden Anteile hingegen wie folgt aus: 11%, 37% und 47%.

Auf Aussöhnung abzielende Maßnahmen, die beiderseits der Grenze unternommen wurden, sollten in den darauffolgenden Jahren Wirkung zeigen. Zwar belastet die Geschichte nach wie vor die deutsch-polnischen Beziehungen, was deutlich daran zu erkennen ist, dass seitens der befragten Polen jede vierte Assoziation etwas mit der Besatzungszeit und dem Krieg zu tun hat. Derzeit aber gilt es sich sowohl nach Meinung der Deutschen (70%) als auch der Polen (60%) in den deutsch-polnischen Beziehungen – mehrere Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkrieges und über zehn Jahre nach dem Beitritt Polens zur Euro-

päischen Union – stärker noch als auf die Vergangenheit nun auf Fragen der Gegenwart und der Zukunft (z. B. solche nach der Perspektive der europäischen Integration) zu konzentrieren. Und doch glaubt jeder dritte befragte Pole und jeder achte befragte Deutsche, dass historische Fragen immer noch das Hauptproblem in den deutsch-polnischen Beziehungen bleiben und dass es ohne deren Lösung nicht möglich sein wird, über Gegenwart und Zukunft zu sprechen. Zugleich ist leicht zu erkennen, dass die gegenwärtigen Diskussionen in Polen und die geschichtsorientierte Politik der polnischen Regierung Einfluss darauf haben, wie diese Frage von den Polen wahrgenommen wird. Im Jahr 2011 waren drei Viertel der befragten Polen (73%) davon überzeugt, dass man sich auf die Gegenwart und die Zukunft konzentrieren müsse; ein Fünftel (20%) war anderer Meinung. Und obwohl der Anteil der Polen, die sich selbst noch an den Zweiten Weltkrieg erinnern können, von Jahr zu Jahr kleiner wird, gibt es immer mehr Menschen, die davon überzeugt sind, die Diskussion über die Vergangenheit sei eine Schlüsselfrage in den Beziehungen zwischen Polen und Deutschland.

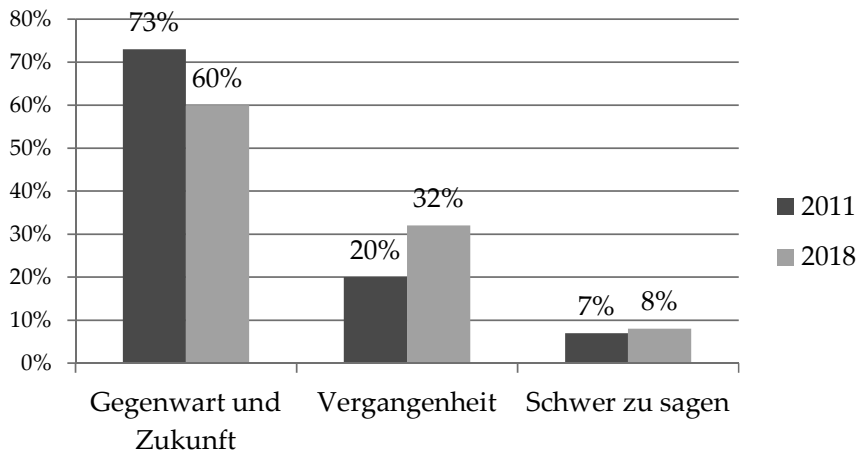
Diagramm: Sollte man sich in den Beziehungen zu Deutschland mehr auf die Fragen der Gegenwart und der Zukunft oder auf die der Vergangenheit konzentrieren?



Quelle:

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Körber-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Diagramm: Sollte man sich in den Beziehungen zu Deutschland mehr auf die Fragen der Gegenwart und der Zukunft oder auf die der Vergangenheit konzentrieren? Antworten der Polen.



Quelle:

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Körber-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung;

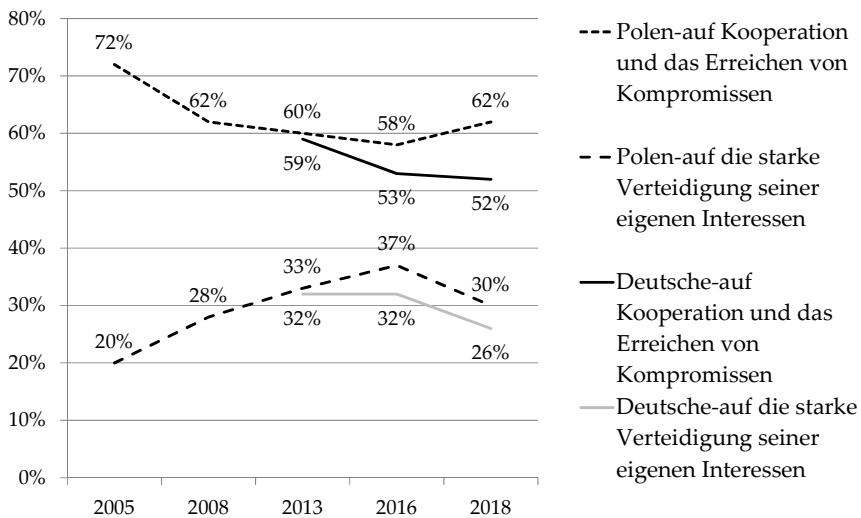
2011: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Konrad-Adenauer-Stiftung.

Zusammenarbeit statt Konfrontation

Trotz unterschiedlicher Einschätzungen zu den gegenseitigen Beziehungen sprechen sich die meisten Befragten in beiden Ländern dafür aus, dass sich die Regierung in den Beziehungen zum jeweiligen Nachbarstaat mehr auf eine Zusammenarbeit einstellen sollte statt auf die beharrliche Verteidigung der eigenen Interessen. Die Polen sind davon in Bezug auf Deutschland sogar überzeugter als es umgekehrt die Deutschen gegenüber den Polen sind (62% gegenüber 52%). Und sie haben diesbezüglich auch eine klarere Meinung, während jeder fünfte deutsche Befragte sich in diesem Punkt derzeit der Antwort enthält, was wieder einmal verdeutlicht, welch große Schwierigkeiten es offenkundig bereitet, die Beziehungen zu Polen in einem breit verstandenen Kontext zu beurteilen. Die Gruppe der Befragten, die für eine Zusammenarbeit plädieren, zeigt sich aber derweil auf deutscher Seite in den letzten zwei Jahren stabil.

In Polen zeigt sich die Zustimmung für eine Zusammenarbeit mit Deutschland seit zehn Jahren auf ähnlichem Niveau. Nach einem Rückgang im Jahr 2016 hat sich das Niveau während der letzten zwei Jahre erneut etwas erhöht. Dies belegt, wie wichtig den meisten Polen eine konstruktive Einstellung zu ihrem Nachbarland ist.

Diagramm: Worauf sollte Polen in seinen Beziehungen zu Deutschland bzw. Deutschland in seinen Beziehungen zu Polen in erster Linie ausgerichtet sein?



Quelle:

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Körber-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung;

2013 und 2016: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Bertelsmann Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung;

2005 und 2008: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Konrad-Adenauer-Stiftung.

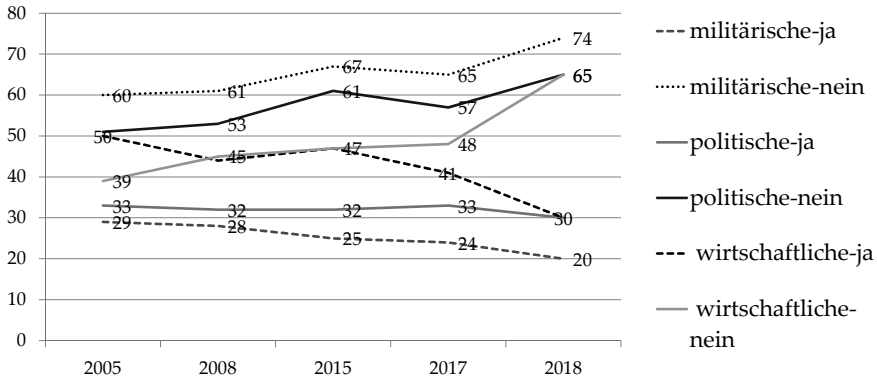
Nachlassendes Bedrohungsgefühl auf Seiten der Polen

Wie eingangs erwähnt, wurde Deutschland in Polen traditionell als Bedrohung wahrgenommen. Dies lag natürlich insbesondere an den Erfahrungen im Kontext des Zweiten Weltkrieges. Und auch in

den Zeiten des Kommunismus wurde das Feindbild Deutschland im Wege der Propaganda von den damaligen Machthabern weiterhin hochgehalten. Nach dem Jahr 1989 dann unternahmten die Nachbarn beidseits der Oder viel, um gegenseitiges Vertrauen wiederherzustellen. Und insbesondere die Beitritte Polens zur NATO im Jahr 1999 und zur Europäischen Union im Jahr 2004 schufen schließlich dauerhafte Grundlagen für die polnische Sicherheit. Die Folgen sind inzwischen sichtbar. Der Anteil der Polen, die sich vor Deutschland fürchten, geht langsam aber stetig zurück. Heute wird die These von einer potentiellen militärischen Bedrohung durch Deutschland von drei Vierteln der polnischen Befragten (74%) zurückgewiesen; die von einer politischen oder wirtschaftlichen Bedrohung immerhin von zwei Dritteln (je 65%). Jeder fünfte befragte Pole allerdings ist weiterhin der Meinung, Deutschland – ein Bündnispartner im Kreise der NATO und in der EU – könne für Polen eine potentielle militärische Bedrohung darstellen.

Besonders deutlich auszumachen sind heute Veränderungen in Bezug auf eine potentielle wirtschaftliche Bedrohung. Deutschland ist für Polen der wichtigste Wirtschaftspartner und liegt an der Spitze der Länder, in die Polen seine Waren exportiert. Die deutsch-polnischen Handelsumsätze belaufen sich bereits das zweite Jahr in Folge auf mehr als 100 Milliarden Euro. Die Zahl deutscher Investitionen ist darüber hinaus von allen ausländischen Investitionen in Polen die höchste. Und die Vorteile eines solchen Netzwerkes sowie die damit verbundenen positiven Folgen für den polnischen Markt und die polnischen Arbeitnehmer sind offensichtlich. Jahrelang wurden aber auch Stimmen laut, die besagten, die Abhängigkeit von der deutschen Wirtschaft sei allzu groß und deutschen sowie – insgesamt – ausländische Investoren würden ohnehin nur günstige Voraussetzungen in Polen ausnutzen. So waren die Polen in ihren Einschätzungen, ob Deutschland eine wirtschaftliche Bedrohung für ihr Land darstelle, lange Zeit geteilter Meinung. Die neuesten Daten aber deuten darauf hin, dass das Nachbarland in diesem Zusammenhang von den meisten Befragten nicht mehr als eine Bedrohung gesehen wird.

Diagramm: Kann Deutschland eine Bedrohung für Polen darstellen? Antworten der Polen.



Quelle:

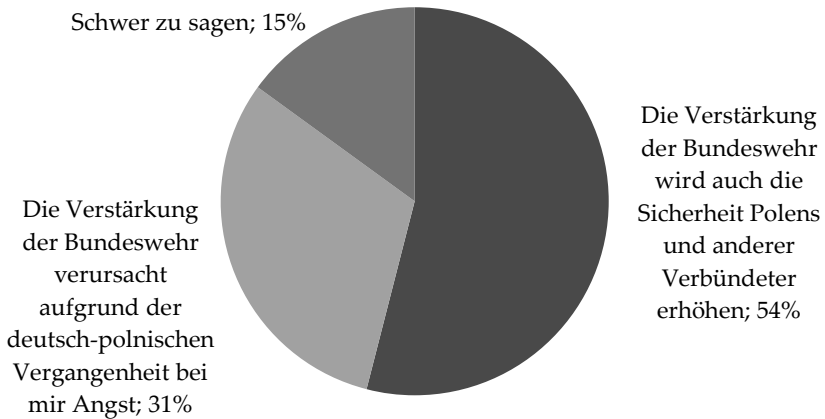
2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Körber-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung;

2005-2017: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Polen haben nicht nur keine Angst mehr vor Deutschland, sondern sie sehen vielmehr im militärisch leistungsfähigen Nachbarn gar ihre eigene Sicherheit. Dies liegt einerseits an dem inzwischen aufgebauten Vertrauen, andererseits an der gemeinsamen deutschen und polnischen Präsenz innerhalb der NATO. Als NATO-Partner stärken beide Länder gegenseitig ihre Sicherheit und stehen gemeinsam vor Herausforderungen – auch militärischer Art. Sie sind somit auch auf die Leistungsfähigkeit des Militärs des jeweils anderen Landes angewiesen. Allgemein bemängelt wird indes in diesem Zusammenhang der Zustand der deutschen Armee. Und die Kritik daran ist in Polen mittlerweile gut bekannt.

Ein wesentliches Thema im Rahmen dieser Debatte bilden die Verteidigungsausgaben. Deutschland hat sich im Jahr 2015, wie auch andere Bündnispartner im Kreise der NATO, dazu verpflichtet, seinen Verteidigungsetat schrittweise auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im Jahre 2022 anzuheben. Derzeit aufgewendet werden für das Militär in Deutschland rund 1,3 Prozent des BIP. Die Meinungen darüber, ob und inwieweit diese Aufwendungen zu erhöhen sind, gehen aber in Experten- und Politikerkreisen – darunter auch innerhalb der

Diagramm: Wird eine Stärkung der Bundeswehr die Sicherheit Polens erhöhen?



Quelle:

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Körber-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

deutschen Regierungskoalition – auseinander. Eines der Argumente, die dabei vorgebracht werden, lautet: ein Anstieg der Militärausgaben würde unter den Nachbarn Deutschlands Ängste auslösen; demnach könnte ein erhöhter Verteidigungsetat negative Assoziationen wecken in Bezug auf die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Die Polen, die historisch die Leittragenden der deutschen Aggression waren, teilen diese Argumentation allerdings ausdrücklich nicht. Die Mehrheit der polnischen Befragten (54%) ist der Ansicht, eine Stärkung der Bundeswehr würde die Sicherheit Polens und anderer Bündnispartner erhöhen. Damit verbundene Befürchtungen – aufgrund der deutsch-polnischen Vergangenheit – teilt weniger als ein Drittel der Befragten (31%).

Zusammenfassung

Die vergangenen drei Jahrzehnte, in denen sowohl eine gemeinsame Zusammenarbeit als auch nachbarschaftliche Beziehungen zwischen der Republik Polen und dem wiedervereinten Deutschland

aufgebaut wurden, haben Polen und Deutschen einander nähergebracht. Dies hat den Anstieg beiderseitigen Vertrauens bewirkt und zu gegenseitigen Sympathien geführt, insbesondere auf polnischer Seite. Das Volk der Opfer fürchtet sich nicht mehr vor dem einstigen Aggressor – das Bedrohungsgefühl in verschiedenen Bereichen hat systematisch nachgelassen. Im Gegenteil, die Polen sind inzwischen der Auffassung, eine Stärkung der Bundeswehr könne zu größerer polnischer Sicherheit beitragen. Dies ist ein konkreter Beleg für die Art und Weise von Veränderungen, die in den Beziehungen zwischen den Polen und den Deutschen eingetreten sind. Zugleich ist ein ebensolcher Wandel im Falle kleiner werdender sozialer Distanzen zu erkennen. So haben die Polen – ein Volk, das sich in seiner Geschichte immer wieder deutschen Befehlen unterordnen musste – zurzeit in überwiegender Mehrheit nichts dagegen, einen Deutschen als direkten Vorgesetzten oder als Stadtrat, eine Person, die über die Zukunft ihrer Stadt mitentscheidet, anzuerkennen. Und auch die Sympathien gegenüber den Deutschen wachsen – langsam, aber stetig.

Bei allen abgefragten Themen aber lässt sich zugleich jeweils eine Gruppe polnischer Befragter ausmachen, die sich entscheidet für Antworten, die von einer Abneigung gegenüber den Deutschen zeugen. Analysen diesbezüglich zeigen, dass die Zahl derjenigen, die aus allen Antworten (oder in der entschiedenen Mehrheit) eine negative Variante wählen, schwankt und sich im Anteil auf bis zu 20 Prozent aller Befragten beläuft. Dies ist eine besorgniserregende Größe, wenn uns daran gelegen ist, dass sich die Beziehungen auch zukünftig stetig verbessern und sich Polen und Deutschen weiter näherkommen. Zugleich aber ist dieser Anteil soziologisch betrachtet auch nicht sonderlich hoch.

Auf deutscher Seite zeigen die Ergebnisse keine solch diametralen Veränderungen, weil hier der „Ausgangspunkt“ ein anderer ist – die Deutschen hatten kein Volk der Täter zu beurteilen. Im Falle der sozialen Distanz sind Fragen des Miteinanders und der Zusammenarbeit mit Vertretern eines anderen Volkes für die Deutschen – eine Gesellschaft mit hohem Migrantenanteil – wesentlich selbstverständlicher als es dies für Angehörige der homogen verfassten polnischen Gesellschaft ist. Zugleich ist Deutschland als Land – politisch wie

wirtschaftlich – ein stärkerer Partner, was auf natürliche Weise ein größeres Interesse auf der anderen Seite weckt. So wird in polnischen öffentlichen Debatten immer wieder auf die Lage in Deutschland Bezug genommen, Nachrichten über Ereignisse jenseits der Oder sind allgegenwärtig. Und hinzu kommen tausende Menschen polnischer Herkunft, die in Deutschland leben und dank derer viele Polen sich ihr eigenes Bild von Deutschland und den Deutschen machen.

Umgekehrt vollzieht sich diese Dynamik nicht in einem vergleichbar breiten Maße. Für Deutschland sind auch andere (politische und wirtschaftliche) Partner interessant. Der Deutsche erfährt durchschnittlich daher doch seltener etwas über Polen; und wenn Medien berichten, dann geschieht dies meistens eher dann, wenn in Polen etwas Negatives passiert.

Das Polenbild in Deutschland ist folglich unvollständig, was deutlich am Anteil der Befragten zu sehen ist, die auf die vorstehend beschriebenen, aber auch auf andere Fragen, eine Antwort zu geben sich nicht im Stande sehen. Zugleich aber ist dabei auch eine deutliche Korrelation zu erkennen: Personen, die bereits einmal in Polen waren, haben zugleich auch häufiger eine positive Meinung vom Nachbarland, seinen Menschen und seiner Politik.

Aus den vorstehenden Beobachtungen geht somit klar hervor, was mit Blick auf ein gegenseitiges Verständnis sowie beim Aufbau von Vertrauen und Aufgeschlossenheit gegenüber einer Zusammenarbeit hilft. Es sind dies der Zugang zu fundierten Informationen und die Möglichkeit des persönlichen Kontakts. Einander auf unterschiedlichen Ebenen kennenzulernen, ist nicht nur die Aufgabe höchster Behördenträger. Es ist dies auch die Aufgabe verschiedenster Akteure und Privatmenschen, die verstehen, dass einem friedlichen Miteinander und einer gemeinsamen Zukunftsgestaltung eine Schlüsselbedeutung zukommt. Die Europäische Union, eine Gemeinschaft, die so viele Rahmen und Möglichkeiten für Begegnung und Zusammenarbeit schafft, bildet in diesem Zusammenhang den natürlichen Kontext der deutsch-polnischen Annäherung.

PIERRE-FRÉDÉRIC WEBER

**DER HASE UND DIE SCHILDKRÖTE?
DER DEUTSCH-POLNISCHE
ANNÄHERUNGSPROZESS NACH 1945
VOR DEM HINTERGRUND DES DEUTSCH-
FRANZÖSISCHEN PENDANTS**

Zeit und Rhythmen – La Fontaine zum Einstieg

Vor dreieinhalb Jahrhunderten, im Jahr 1668, veröffentlichte der französische Dichter Jean de La Fontaine den ersten Band seiner berühmten, größtenteils von Äsop inspirierten Tierfabeln, in dem sich unter anderem auch die Geschichte vom Hasen und der Schildkröte findet (VI, 10). Was darin mit einem geradezu unglaublichen Wettrennen zwischen diesen beiden Tieren beginnt, führt über Umwege schließlich zum unerwarteten Sieg der langsamen, doch stetig voranschreitenden Schildkröte. Der Hase hingegen schlägt zwar anfangs schnell los, doch bald lässt er sich vor lauter Übermut und Zuversicht mehrfach ablenken und aufhalten, so dass er letztlich ganz und gar die Wette vergisst – und verliert. Der Sinn dieser Fabel wird gleichsam im ersten Satz mit der hier nachstehend zitierten Moral angekündigt und auf den Punkt gebracht:

*Es nützt uns nicht der schnellste Lauf,
Bricht man zur rechten Zeit nicht auf.¹*

Natürlich geht es im folgenden Beitrag – über die allgemeine Metapher hinaus – nicht darum, zwei der wichtigsten bilateralen Annäherungsprozesse im Europa der Nachkriegszeit, den zwischen Deutschland und Frankreich einerseits, und den zwischen Deutschland und Polen andererseits, anhand einer solch dichterischen Allegorie miteinander zu vergleichen. Der Rückgriff auf letztere dient hier nicht dem Versuch einer Reduktion der Komplexität zwischenstaatlicher und zwischengesellschaftlicher Kontakte. La Fontaines Fabel bringt uns jedoch auf spielerische Weise das schwierige Verhältnis zwischen Zeit und Rhythmen näher, das gerade in Phasen der Normalisierung internationaler Beziehungen und der Versöhnung zwischen einst feindselig sich gegenüberstehenden Völkern von großer Bedeutung ist. Besonders weist der Wettlauf zwischen Hase und Schildkröte darauf hin, als wie wichtig sich die Antwort auf die Frage nach der „rechten Zeit“, dem passenden Zeitpunkt – und um abermals auf die altgriechische Inspiration zurückzugreifen: dem *Kairos*² – erweist.

Als Einstieg in diese Problematik dienen sollen zunächst ein paar grundlegende Überlegungen zum Vergleich zwischen dem deutsch-polnischen und dem deutsch-französischen Prozess. Diese wiederum werden anschließend dazu führen, den Vergleich selbst nicht so sehr als Methode, denn als potenziell normatives Narrativ zu hinterfragen und auf seine historiografische Relevanz zu prüfen. Als Teil der europäischen Erzählung zur Versöhnung, so die These, trägt das in der vergleichenden Perspektive unterschwellig vorhandene – an sich nicht unbedingt ahistorische, doch mitunter überbetonte – Nachholmotiv kollateral dazu bei, auch aufgrund der zeitlichen Versetzung der beiden zu betrachtenden Prozesse den Eigenwert des deutsch-polnischen Kapitels zu verwischen bzw. zu mindern. Um dieser besonderen Qualität allerdings gerecht zu

¹ Jean de La Fontaine, *Fabeln*, ins Deutsche übers. v. Th. Etzel, Berlin 1923, S. 111-113, S. 111. Im frz. Original: „Rien ne sert de courir, il faut partir à point.“

² Vgl. Hans Lamer, „Kairos“, in: *Paulys Realencyclopädie der classischen Altertumswissenschaft*. Bd X, 2, Stuttgart 1919, S. 1508-1521.

werden, bedarf es einer ausgewogenen, d. h. nicht westlich zentrierten Darstellung sowohl der Verflechtungen zwischen beiden bilateralen Prozessen als auch ihrer jeweiligen Zeitlichkeit und Rhythmen.

Zwei Prozesse im Vergleich

Um es von Anfang an zumindest klarzustellen: Der deutsch-polnische Annäherungsprozess steht mit dem deutsch-französischen sehr wohl in Zusammenhang; beide weisen gewisse Berührungspunkte auf, die an dieser Stelle zunächst in Erinnerung gerufen werden sollen.³ Zunächst – und das ist bestimmt der maßgebende Aspekt – ging es im einen wie auch im anderen Fall darum, die bilateralen Beziehungen zum deutschen Nachbarn zu bereinigen und zu verbessern. Sowohl in der Langzeit- als auch in der Kurzzeitperspektive zeichneten sich die beiden bilateralen Verhältnisse trotz der Unterschiede aus durch wiederholte Konflikte, die ihre bis dato stärkste Eskalation in Form des Zweiten Weltkriegs erlebten. Dabei reichten natürlich die polnische Erfahrungen mit deutschen Bestrebungen nach Expansion und der Annektierung von Nachbarregionen weiter zurück: An den drei sukzessiven Teilungen, in deren Folge Polen mit Ende des 18. Jahrhunderts als Staat bis ins Jahr 1918 von der Landkarte Europas verschwand, nahmen neben Russland die beiden damals führenden Mächte des deutschsprachigen Raums teil – Preußen und Österreich. Doch das geteilte Gefühl einer Dauerbedrohung aus der Mitte des europäischen Kontinents heraus, das sowohl Frankreich als auch Polen erfüllte, gehörte generell zu den Rahmenbedingungen, unter denen zwischenstaatliche Beziehungen westlich wie östlich der deutschen Grenzen Gestalt annahmen. Und folgerichtig bildete die Minderung des deutschen Risikos bzw. der damit verbundenen Angst vor Deutschland für Frankreich wie für Polen im Umgang mit dem Nachbarn während der Nachkriegszeit das Hauptanliegen – auch wenn in

³ Vgl. Pierre-Frédéric Weber, „Deutsch-französische ‚Versöhnung‘ vs. deutsch-polnische ‚Normalisierung‘. Vergleichbarkeit der Grenzen / Grenzen der Vergleichbarkeit“, in: Katarzyna Jedyńakiewicz-Mróz (Hg.), *Trudne sąsiedztwo. Z dziejów relacji polsko-niemieckich w XX i początkach XXI wieku*, Wrocław 2011, S. 43-62.

Polen dieser Angst sicher noch eine zusätzliche Bedeutung zukam, durch welche sich die offiziellen polnischen Kontakte zu

(West-)Deutschland wesentlich von den französischen unterschieden (doch dieser Aspekt wird später noch aufgegriffen werden).

Auch ein Rückblick auf die Konfliktthemen selbst zeigt, dass zwischen den beiden Konfliktgemeinschaften – der deutsch-französischen und der deutsch-polnischen – durchaus Ähnlichkeiten bestanden. Sowohl mit seinen östlichen als auch mit seinen westlichen Nachbarn befand Deutschland sich seit Ende des 19. Jahrhunderts bzw. seit dem Ende des Ersten Weltkriegs aufgrund gegenseitiger Gebietsansprüche in einem angespannten Verhältnis. Als Beispiele sind diesbezüglich das Elsass und (Ober-)Schlesien zu nennen – Gegenden, die beide als historische Zwischenräume und Grenzregionen im Zeitalter der Nationalismen jeweils zu Zankäpfeln wurden. Das Maß an gegenseitigen Verlustängsten und Ressentiments, ja die Perzeption einer unlösbaren Erbfeindschaft waren im deutsch-polnischen wie im deutsch-französischen Fall gleichfalls präsent. Zwar findet die von dem Soziologen Thomas Scheff dargestellte – reichlich von Angst erfüllte – Zorn- und Schamspirale⁴ zwischen Deutschen und Franzosen der Jahre 1870 bis 1945 im deutsch-polnischen Verhältnis keine Eins-zu-eins-Entsprechung, denn in Deutschland bestand Frankreich gegenüber mitunter ein kultureller Minderwertigkeitskomplex, während viele Deutsche mit Blick auf die polnische bzw. slawische Kultur die eigene als überlegen betrachteten. Immerhin aber lassen sich auch in den deutsch-polnischen Beziehungen spätestens seit Beginn des 20. Jahrhunderts und mehr noch seit dem Ersten Weltkrieg (z. B. in Schlesien) ähnlich toxische Verflechtungen nachweisen.

Nichtsdestoweniger sollte an dieser Stelle auf wesentliche Unterschiede hingewiesen werden, aufgrund derer die beiden zu analysierenden Prozesse nach dem Zweiten Weltkrieg trotz aller Ähnlichkeiten sich in unterschiedlicher Weise fortsetzten. Selbst wenn Frankreich zwischen 1940 und 1944/1945 sehr wohl erniedrigende Besatzererfahrungen machte, waren die Polen diesbezüglich zwischen 1939 und 1945 viel härter und schmerzhafter betroffen als die Franzosen, die – selbst

⁴ Siehe Thomas J. Scheff, *Bloody Revenge. Emotions, Nationalism, and War*, Lincoln Neb., 2000.

mitnichten als „Untermenschen“ eingestuft – keiner derartigen Unterwerfungs- bzw. Vernichtungspolitik ausgesetzt waren. Ferner erwies sich später, ab 1946/1947 die Teilung Europas in zwei geopolitische Lager als ausschlaggebend. Der Kalte Krieg spielte für die Ausformulierung der Deutschlandpolitik der jeweiligen Staaten und insbesondere ihrer Beziehungen zu den beiden 1949 entstandenen deutschen Staaten (Bundesrepublik und DDR) eine entscheidende Rolle. Diesbezüglich handelten Frankreich und Polen jeweils unter ganz anderen Rahmenbedingungen: Während Frankreich trotz starker Linksparteien (u. a. der französischen Kommunistischen Partei) und einer später – unter General Charles de Gaulle – eigenständigen Außenpolitik ein Mitglied des westlichen Lagers war, gehörte Polen zum sowjetischen Einflussbereich und realisierte auf internationaler Ebene aufgrund des kommunistischen Regimes die Ziele der Blockpolitik. Dabei wurden auch polnische nationale Interessen in Bezug auf Deutschland für Parteizwecke instrumentalisiert: So beanspruchte die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP, respektive PZPR) die Rolle des Verteidigers von Polens westlicher Nachkriegsgrenze an Oder und Neiße und schürte Angst vor Deutschland und dem „deutschen Revanchismus und Revisionismus“⁵ als gesellschaftlich integrierendes Mittel zum Erhalt der eigenen Machtposition. Eine solche innen- und blockpolitisch motivierte außen- und deutschlandpolitische Strategie lag Frankreichs Verhältnis zu Westdeutschland nicht zugrunde. Die Bundesrepublik wurde stattdessen vielmehr aus geopolitischen Gründen bald zum wichtigen Gesprächspartner, was eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen geradezu unabdingbar machte.

Auch in Hinblick auf Konfliktthemen stößt man bald auf die Grenzen einer strikt komparatistischen Gegenüberstellung beider Prozesse. Um es plastisch und etwas knapp auszudrücken: Oder und Neiße waren nicht ganz wie der Rhein, und mit den „Wiedergewonnenen Gebieten“ hatte es eine andere Bewandnis als mit dem Elsass. Selbst für die unmittelbare Nachkriegszeit lassen sich wesentliche Unterschiede erkennen, in deren Reihe die Vertreibungsproblematik zwi-

⁵ Siehe Marcin Zaremba, *Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymizacja władzy komunistycznej w Polsce*, Warszawa 2005, S. 304 f.

schen Polen und Deutschland – im deutsch-französischen Fall nicht präsent – eine markante Rolle spielte. Eine schwer zu überspringende methodologische Hürde bildete außerdem die Asymmetrie der beiden bilateralen Verhältnisse, sowohl in der *longue durée* als auch spezifisch nach 1945. Diese war nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern rührte ebenfalls her von der ideologischen Teilung Europas durch den Eisernen Vorhang, die nicht zuletzt für die Grenzen und deren Passierbarkeit von konkreter Bedeutung war. Die deutsche Zweistaatlichkeit führte des Weiteren besonders im deutsch-polnischen Fall zu einem komplexen Dreiecksverhältnis (Bundesrepublik-DDR-Polen)⁶, das in den deutsch-französischen Beziehungen einen weit geringeren Platz einnahm.

Schließlich sei ferner hingewiesen auf einen etwas paradoxen Sachverhalt: Aufgrund der negativen politischen Grundfaktoren für eine deutsch-polnische Annäherung waren mehr als zwei Jahrzehnte lang die Versuche einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen Polen und Westdeutschland vorwiegend auf gesellschaftliche bzw. nicht institutionelle Initiativen angewiesen („bottom up“); das offizielle, zwischenstaatliche Moment stellte sich erst später ein – zunächst mit der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags im Dezember 1970. In Frankreich hingegen waren zwar auch schon während der ersten Jahre der Nachkriegszeit zivilgesellschaftliche Schritte unternommen worden, doch der politische Wille zur Annäherung in Paris und Bonn war viel früher vorhanden als im deutsch-polnischen Fall, so dass die politische Ebene auch zum eigentlichen Schrittmacher für spätere Kontakte zwischen beiden Ländern wurde („top down“).

Nachholnarrativ: Der Vergleich als Interpretationsnorm

Kaum hinterfragt wird in der Geschichtsschreibung zum Thema der zumeist als „deutsch-französische Versöhnung“ und „deutsch-polni-

⁶ Siehe Krzysztof Ruchniewicz, *Warszawa – Berlin – Bonn. Stosunki polityczne 1949-1958*, Wrocław 2003; Pierre-Frédéric Weber, *Le triangle RFA-RDA-Pologne (1961-1975). Guerre froide et normalisation des rapports germano-polonais*, Paris, 2007.

sche Normalisierung“ (später – bezeichnenderweise – auch „Versöhnung“) etikettierten Prozesse der Vergleich selbst – als Gegenstand einer Analyse, aber auch als deren Kategorie. Im Bemühen, die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen seit 1945 zu kontextualisieren, mithin insbesondere europäisch einzuordnen, widerspiegeln sich verschiedene, weitgehend uneingestandene und wohl umso wirkungsvollere Postulate je nachdem, wann und aus welcher Perspektive das besagte zwischenstaatliche Verhältnis betrachtet wird. Dabei ist zunächst bemerkenswert, dass die Kategorisierung der vergangenen Gegenwart (also des Erlebten) meistens reibungs- und kommentarlos in die jeweils gegenwärtige Vergangenheit (das Erzählte bzw. die Erzählung) übergeht. So haben sich die beiden Termini – „Versöhnung“ und „Normalisierung“ – sozusagen verselbständigt und dehistorisiert, indem der Sachverhalt einer bestimmten Periode (sprich der 1960er Jahre) pars pro toto als Label für den gesamten jeweiligen Prozess verwendet wird. Auf diese Art haben viele Experten (Historiker, Politikwissenschaftler, u. a. m.), darunter – mea culpa – vielleicht bisweilen auch der Autor des vorliegenden Essays selbst, die Sichtweise der damaligen (staatlichen) Akteure fixiert, so dass diese nunmehr pauschalisierenden Bezeichnungen Alternativen, aber auch Gegendiskurse, Spannungen, manchmal zögernde Haltungen ausblenden bzw. nicht ausreichend beleuchten. Der Schritt, den Charles de Gaulle und Konrad Adenauer im Juli 1962 mit der so genannten Versöhnungsmesse in Reims unternahmen, war sowohl in der französischen als auch in der westdeutschen Gesellschaft (noch) alles andere als offensichtlich, und der Ausspruch von de Gaulle gegenüber Erzbischof Marty – „Ich bin hier, um mit dem Bundeskanzler die deutsch-französische Versöhnung zu besiegeln“ – besaß zwar eine performative, jedoch keine magische Kraft.⁷ Andererseits schloss die offizielle Linie der Volksrepublik Polen, man solle mit der Bundesrepublik zu einem nüchternen normal(isiert)en Verhältnis kommen, tiefere

⁷ Vgl. Pierre-Frédéric Weber, „Zur gefühlspolitischen (In-)Effizienz des deutsch-landfeindlichen Diskurses in Wiederannäherungsprozessen. Deutsch-französische ‚réconciliation‘ und deutsch-polnische ‚normalizacja / pojednanie‘ im Vergleich, in: Waldemar Czachur, Heinz-Helmut Lüger (Hgg.), *Kollektives Gedächtnis und europäische Nachbarschaftsbilder. Beiträge aus kulturlinguistischer Perspektive*, Landau 2018, S. 63-82.

Versöhnungsbestrebungen gesellschaftlicher – u. a. kirchlicher – Akteure nicht aus; ebenso wenig begann die deutsch-polnische Versöhnung erst im Herbst 1989 in Kreisau/Krzyżowa: Die dortige Versöhnungsmesse war ein herausragender Meilenstein, doch nicht deren Grundstein.

So lässt sich in der Tat der Eindruck gewinnen, dass die Gegenüberstellung beider Annäherungsprozesse, gerade aufgrund der im deutsch-polnischen Fall später eintretenden symbolischen Versöhnungsgesten auf offizieller zwischenstaatlicher Ebene, mit dem übergeordneten europäischen Nachholnarrativ in enger Wahlverwandtschaft steht. Gemeint ist hier der Erzählstrang, der bereits unmittelbar 1989 und in den darauf folgenden Jahren entstand und sich schnell durchsetzte, wonach die Länder und Gesellschaften, die seit der Nachkriegszeit östlich des Eisernen Vorhangs hatten „bleiben“ müssen (das statische Moment ist hier alles andere als belanglos), nach dem großen demokratischen Umbruch von 1989 und dem Kollaps des Staatssozialismus den Weg „zurück“ nach Europa gefunden hätten. Die Betonung von Ost- und Mitteleuropas Anschlusskapazität bzw. -willen fand damals auf beiden Seiten der ehemaligen Blockgrenze Zustimmung – etwa bei Györgi Konrád ebenso wie bei Jürgen Habermas. Letzterer schuf auch den diesbezüglich sehr bezeichnenden Begriff der „nachholenden Revolution“⁸. Was hier vor allem für wirtschaftliche Prozesse (Marktwirtschaft) stimmen mochte, wurde oft auf alle anderen Bereiche des Politischen übertragen bzw. es wurde kaum versucht, zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Prozessen zu differenzieren, die die besagten Länder tatsächlich durchmachten und letztlich – in Hinblick auf deren Zwischenergebnisse und insbesondere angesichts langsamerer Veränderungsrythmen auf der Mentalitätsebene – doch nicht en bloc und restlos als Verwestlichung betrachtet werden können. Dieses westlich determinierte, strukturierende Nachholnarrativ, so stark dessen Potenzial beim Einordnen der Ereignislawine von 1989-1991 auf den ersten Blick auch sein mochte, trug dazu bei, die Komplexität – vor allem die Vielschichtigkeit der Rhythmen – zu übersehen

⁸ Siehe Jürgen Habermas, *Die nachholende Revolution*, Frankfurt am Main 1990.

und dem von Westeuropa nach 1945 eingeschlagenen Weg über die von ihm historisch gesehen tatsächlich ausgeübte Anziehungskraft hinaus eine Notwendigkeit zu verleihen, die eher in die Kategorie der rückwärtigen Sinnkonstruktionen passt.

In Bezug auf den Vergleich zwischen dem deutsch-polnischen und dem deutsch-französischen (Wieder-)Annäherungsprozess lässt sich diese Tendenz ebenfalls nachweisen. Die Versöhnungsmesse in Kreisau etwa mag demnach als verspätetes bzw. nachholendes Äquivalent der Versöhnungsmesse in Reims wirken – eine Perzeption, der mitunter auch Akteure und Zeitzeugen haben unterliegen können. Dass der deutsch-französische Prozess seitens der Akteure als Schrittmacher betrachtet wurde, zeigen auch eine Reihe von praktischen Vorschlägen, die zwischen Frankreich und der Bundesrepublik als Erfolgsrezepte angesehen und deshalb auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen übertragen wurden, z. B. die Schaffung bilateraler Jugendwerke (deren positive Wirkung hier allerdings nicht bestritten werden soll!). Mit anderen Worten entstand auf diese Weise im Laufe der 1990er Jahre eine normative Versöhnungschronologie mit durchaus teleologischen Zügen; diese konnte bislang zwar durchaus befriedigende Ergebnisse vorweisen, mag aber ungewollt auch negative Nebenerscheinungen im deutsch-polnischen Verhältnis gefördert haben, wie in der Folge gezeigt werden soll.

Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen

Richtet man die Aufmerksamkeit erst einmal auf diese unterschwellige, kaum verbalisierte und noch weniger reflektierte temporale Dimension bzw. Struktur der verflochtenen Erzählung zu den beiden Annäherungsprozessen, so lässt sich sehr bald feststellen, dass der so genannte westliche Blick auf die deutsch-polnische Versöhnung einiges gemeinsam hat mit dem „ethnografischen Diskurs“, der erstmals Anfang der 1980er Jahre konsequent von dem niederländischen Anthropologen Johannes Fabian dekonstruiert wurde. Grundsätzlich ging es jenem Autor in seiner Kritik darum, dass die

moderne Anthropologie in ihrer Beschreibung nichtwestlicher Zivilisationen einen Diskurs aufbaut, der dem Anderen den Anspruch auf Gleichzeitigkeit abspricht und der kulturellen sowie meist geografischen Entfernung auch noch eine zeitliche Distanz hinzufügt. Dadurch wird der Andere durchaus kolonialistisch als „noch nicht“ so weit entwickelt dargestellt, was darauf hinausläuft, dass von ihm erwartet wird, er werde sich nach dem westlichen Modell richten und ihn später (d. h. mit Verspätung) realisieren.

Eine solche Mischung aus „Verweigerung der Gleichzeitigkeit“ (*denial of coevalness*)⁹ und „rückwirkender Heilsgeschichte“ (*history of retroactive salvation*)¹⁰ lässt sich – nahezu postkolonial – auch in der Gegenüberstellung des deutsch-französischen und deutsch-polnischen Annäherungsprozesses beobachten, sei es in der Praxis bei den jeweiligen Akteuren (aufgrund ihrer Herangehensweise, der Definition ihrer Politik u. dergl.) oder auf der Metaebene der Analyse bei Experten (Journalisten, Historikern, Politikwissenschaftlern u. a.). Westeuropäische Prozesse werden in ihrem Ausgangspunkt sowie in ihrer Entwicklung de facto als Drehscheiben der Geschichte behandelt, an die sich der osteuropäische „Andere“ zu halten habe. Indem es an einem entsprechenden Sinn für die systemische Gleichzeitigkeit von ihrem jeweiligen Inhalt, Rhythmus und Verlauf nach ungleichzeitigen Prozessen mangelt¹¹, werden dem östlichen Prozess sozusagen historische Pflichten ahistorisch auferlegt, die er zu erfüllen hätte, um Anschlussfähigkeit zu beweisen und Anschluss gewährt zu bekommen. Damit wird die exklusive Definitionsmacht der westeuropäischen Versöhnungspolitik zwar nicht unbedingt ausdrücklich beansprucht, doch – und das macht sie umso alternativloser – meistens schlicht vorweggenommen.

Eine solche Sicht ist allerdings weder dem deutsch-polnischen noch dem deutsch-französischen Verhältnis zuträglich. Indem durch das

⁹ Johannes Fabian, *Time and the Other. How Anthropology makes its Object*, New York 2002 (1983), S. 32.

¹⁰ *Ibid.*, S. 16 f.

¹¹ Vgl. Reinhart Koselleck, *Zeitschichten. Studien zur Historik*. Mit einem Beitrag von Hans-Georg Gadamer, Frankfurt am Main 2003, S. 175.

Narrativ suggeriert wird, dass gleichsam die Erfahrungen des einen Nachbarn die Erwartungen des anderen bestimmen, folglich mit anderen Worten die Errungenschaften der deutsch-französischen Versöhnung das Ziel der deutsch-polnischen Bemühungen ist bzw. sein sollte, besteht das Risiko, dass man die Spezifitäten der jeweiligen bilateralen Prozesse verkennt. Während die langjährige Arbeit der Deutschen und der Polen an der Bewältigung und Überwindung der historischen Last in den gegenseitigen Beziehungen aufgrund des Nachahmungsmotivs gewissermaßen auf eine zweitrangige Position gerät, genießen die von den Deutschen und ihren französischen Nachbarn erbrachten Leistungen den Status eines Kanons, der wiederum kaum hinterfragt wird und als Grundmythos ihrer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit fungiert. Die Rückwirkung lässt sich zunächst in der Geschichtsschreibung selbst feststellen, die unter dem Einfluss des Narrativs, das sie selbst hervorgeufen und mitgestaltet hat, den Sinn für Differenzierungen zu verlieren droht und beide Prozesse in eine übergeordnete, geglättete Erzählung der europäischen Integration einfließen lässt. Oder der Fokus wird auf Deutschland gerichtet, um aus dieser akteursorientierten Perspektive die verschiedenen Versöhnungsprozesse zwischen Deutschen und Anderen durchzubuchstabieren und auf Ähnlichkeiten und Unterschiede zu prüfen. Wiederum ein weiterer Effekt betrifft die politische Praxis: Die staatlichen und gesellschaftlichen Akteure, die ebenso an der Konstruktion des besagten Narrativs teilhaben, geraten dadurch unter Zugzwang: Wer „nachholt“, der unterliegt dem Zeitdruck. Wie Reinhart Koselleck in seinen Studien zur Historik zutreffend bemerkt, zielt „eine bedauerte Verzögerung [...] immer auf eine verpasste Gelegenheit, auf eine rückwärtsgewandte Wünschbarkeit, die ein beschleunigtes Aufholen ideologisch programmieren soll. Sie gehört zur politischen Programmsprache, entbehrt aber jeder analytischen Stringenz.“¹²

Eine weitere negative Nebenwirkung besteht darin, dass die praktische Übertragbarkeit des „Modells“ deutsch-französischer Versöhnung vorausgesetzt wird. Dabei geht der Blick darauf verloren, dass die Polen und die Deutschen nicht in jedem Punkt dieselben Probleme zu lösen

¹² *Ibid.*, S. 16.

hatten und haben wie die Franzosen und ihre deutschen Nachbarn. Beide Prozesse verlaufen seit der Nachkriegszeit zwar gleichzeitig, besitzen jedoch ihren jeweiligen Rhythmus – ihre Reihenfolge, Beschleunigungen, Verlangsamungen, Pausen, Auslassungen, Versäumnisse. Die Illusion des Nachholens ist mit Sicherheit auch ein wichtiger Faktor, der – abgesehen von taktischen tagespolitischen Momenten der gegenwärtigen polnischen Innenpolitik – zum nun in Deutschland oft als „verspätet“ perzipierten Wiederaufflammen polnischer Emotionen und Ansprüche auf materielle Wiedergutmachung und symbolische, geschichtspolitische Anerkennung beitragen mag. Denn die Auswirkungen des Nachholnarrativs betreffen im deutsch-polnischen Verhältnis nicht so sehr Deutschland, das ja in beiden Annäherungsprozessen involviert ist, sondern eher den polnischen Partner: Das Verlangen nach einem Dialog „auf Augenhöhe“ nährt sich auch am Eindruck, in Bezug auf Versöhnung nicht denselben Stellenwert zu besitzen wie Frankreich. Deshalb können Initiativen wie der deutsche (nicht-staatliche) Vorschlag, in Berlin ein Denkmal für die polnischen Opfer des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs zu errichten, dieser negativen Tendenz entgegenwirken, indem – im wörtlichen wie im übertragenen Sinn – Raum geschaffen wird für die Spezifik der deutsch-polnischen Beziehungen. Ein solcher Ort des Gedenkens ermöglicht auch eine gewisse Entschleunigung, die der Vervollständigung immer noch laufender bilateraler Aufarbeitungsprozesse die nötige Zeit gewähren kann. Wie auch Frieden braucht jegliche Versöhnung ihre Zeit – als Rhythmus, Dauer und *Kairos* verstanden.¹³

Zwischen Verflechtung und Eigenwert

Halten wir fest: Die vorliegenden Überlegungen stellen den Versuch dar, auf eine erzählungsimmanente normative Tendenz hinzuweisen, die sowohl in der Praxis als auch in der Analyse des deutsch-polnischen Annäherungsprozesses aufgrund des Ver-

¹³ Vgl. Christina Schües, Pascal Delhom (Hgg.), *Zeit und Frieden*, Freiburg 2016.

gleichs mit dem deutsch-französischen vernehmbar ist. Es wird somit nicht die – inhaltlich durchaus gerechtfertigte – komparatistische Herangehensweise an sich kritisiert, sondern vielmehr deren mitunter deterministische Überfrachtung, die – wie es scheint – negative Rückwirkungen hat auf den deutsch-polnischen Prozess. Das in diesem Beitrag dekonstruierte Nachholnarrativ führt dazu, vor allem in Polen den Eindruck zu wecken, beide Annäherungsprozesse seien nicht gleichwertig; zusammengefasst und leicht überpointiert ließe sich formulieren: Zwischen den deutsch-polnischen und den deutsch-französischen Beziehungen herrscht eine ähnliche Bewandnis vor wie zwischen *economy class* und *business class*.

Im Gegenteil hilft es beim Vergleich beider historischer Verläufe, den Eigenwert der deutsch-polnischen Erfahrung herauszuarbeiten und zu unterstreichen. Daher zurück zu La Fontaine: Im Schildkrötempo gelang es trotz großer Hürden – insbesondere ob der größeren historischen Last und der Ost-West-Teilung in Zeiten des Kalten Kriegs –, ein immer besser funktionierendes Verhältnis zu schaffen, in dem neben der zwischenstaatlichen Normalisierung auch Momente der zwischengesellschaftlichen und zwischenmenschlichen Versöhnung möglich waren. Der deutsch-französische Hase tat sich dabei – vor allem aufgrund seiner besseren historischen und geopolitischen Ausgangsposition – sehr viel leichter; und er verzettelte sich manchmal durch beiderseitige Anwandlungen von Selbstzufriedenheit, die dem Bewusstsein entspringen mochten, den – übrigens verdienten – Ruf einer internationalen *success story* zu genießen. Doch hier endet allerdings der Vergleich mit der Tierfabel sogleich, denn Versöhnung ist kein Wettlauf, und es gilt auch nicht, einen Prozess gegen den anderen auszuspielen, so wie während des Kalten Kriegs die „polnisch-französische Freundschaft“ vom Ostblock taktisch als konkurrierendes Motiv und diplomatisches Störmanöver im deutsch-französischen Prozess wiederholt instrumentalisiert wurde.¹⁴ Das seitens aller drei staatlichen Akteure geteilte Bewusst-

¹⁴ Vgl. Pierre-Frédéric Weber, *Timor Teutonorum: Angst vor Deutschland seit 1945. Eine europäische Emotion im Wandel*, Paderborn 2015, S. 175 f.

sein um das Vorhandensein unterschiedlicher, doch gleichwertiger Versöhnungsmuster ist letzten Endes eine Grundlage nicht nur für parallel verlaufende bilaterale Kontakte, sondern ebenso für einen gut funktionierenden Trilateralismus. Und auch davon hängt es ab, ob das einst verheißungsvolle, doch immer noch wenig dynamische Weimarer Dreieck – sei es als Hase oder als Schildkröte – schließlich ins Laufen kommt.

ONDREJ MATEJKA

DEUTSCH-POLNISCHE VERSÖHNUNG AUS TSCHECHISCHER SICHT

Auch wenn die deutsch-polnische Versöhnung als höchst bedeutender Prozess gilt, muss man sich damit abfinden, dass er in Tschechien weitestgehend unbekannt ist. Die Versöhnung zwischen Deutschen und Polen ist im Bewusstsein der tschechischen Gesellschaft nicht präsent, mit Ausnahme einiger weniger Historiker. Aus diesem Grund ist es praktisch unmöglich darüber zu berichten, wie die deutsch-polnische Versöhnung aus tschechischer Perspektive betrachtet wird. Warum ist das so?

Die Situation ist gewiss ein wenig verwunderlich, denn aus geografischer Perspektive besteht eine klare Nähe. Auch die Bemühungen um Versöhnung mit den Deutschen verliefen in Polen und Tschechien mehr oder weniger zeitgleich. Der wohl wichtigste Grund liegt somit vermutlich vor allem darin, dass das deutsch-polnische bzw. das deutsch-tschechische Zusammenleben jeweils eine sehr lange Geschichte haben und unabhängig voneinander, von einer eigenen Dynamik angetrieben verliefen. Sicher kommt noch ein generell geringes Interesse an der Geschichte des Nachbarn hinzu, welches leider die Frucht einer nationalistischen bzw. in heutigen Tagen ethnozentrischen historischen Bildung ist.

Deutsche und Tschechen bzw. ihre deutsch- oder tschechisch sprechenden Vorfahren teilten sich seit dem frühen Mittelalter ein Gebiet, das sich mit Ausnahme kleiner Veränderungen bis heute innerhalb der gleichen Grenzen befindet. Im 19. Jahrhundert, als die modernen Nationalstaaten entstanden, kam es in Böhmen zu der Entstehung eines beinahe idealtypischen Nationalitätenkonflikts. Sowohl die Tschechen als auch die Deutschen kämpften um das Recht auf Anerkennung ihrer jeweiligen Nation. Dabei ging es um Sprachregelungen, Schulen, Gebirgsvereine, Sportvereine. Kurz gesagt, es kam in allen denkbaren Bereichen des menschlichen Daseins seit der Konstituierung der modernen Nationen in der Mitte Europas tagtäglich zu Kämpfen zwischen Deutschen und Tschechen. Diese Kämpfe dauerten unter verschiedensten Bedingungen an und wurden sowohl zu Zeiten der habsburgischen Monarchie als auch der tschechoslowakischen Republik geführt. Auch wenn die jeweils schwächere Seite, d. h. die Tschechen in Österreich und später die Deutschen in der Tschechoslowakei, Erfolge erzielten, um die sie andere Nationen in Mitteleuropa beneiden konnten, hörte der Konflikt nie wirklich auf. Er entflammte vor allem in den Momenten, als es im Land aus irgendwelchen Gründen schwierig wurde. Im Rahmen des Zweiten Weltkriegs kam es schließlich zum Höhepunkt des Konflikts, der zu einem definitiven Bruch in der Beziehung beider Nationen führte. Das Zusammenleben der Deutschen und Tschechen mündete in einer Katastrophe.

So eigen wie der Weg in die Katastrophe, so musste – anders konnte es wohl kaum kommen – auch der Weg in Richtung Überwindung der Katastrophe aus eigenem Ansporn gefunden sowie aus eigenen Kräften bewältigt werden. Die Beschäftigung mit dieser Geschichte, die zur Überwindung der deutsch-tschechischen Katastrophe führte, d. h. mit diesem Weg, den man als Versöhnung bezeichnet, kann als Gelegenheit genutzt werden, um aus tschechischer Perspektive auf die deutsch-polnische Versöhnung zu blicken. Sosehr sich beide Prozesse ähneln, so fallen einem ebenfalls gewisse Unterschiede ins Auge. Die letzteren sollen im Folgenden mithilfe einiger Anmerkungen angeführt werden.

1.

Bereits im Hinblick auf die Anfänge des polnischen bzw. tschechischen Weges zur Versöhnung mit den Deutschen findet man einen signifikanten Unterschied. Wo man auf der polnischen Seite mitsamt traditionsreicher Überlieferung den berühmten Brief der polnischen an die deutschen Bischöfe verortet, findet man im tschechischen Fall einen Historiker und zwei seiner intellektuellen Freunde. Der Historiker namens Ján Mlynárik war seit dem Jahr 1968 mit Berufsverbot belastet, gehörte als Unterzeichner der Charta 77 zu den Dissidentenkreisen und suchte in den 1970er Jahren, so wie es damals hunderttausende Tschechen taten, ein Ferienhaus. Wie so viele andere, suchte auch er ein Haus in den Niederen Sudeten, weil gerade dort die vielen verlassenen Ortschaften eine gute Gelegenheit dafür boten. Als er nach langem Suchen eine halb verfallene Hütte mitten im Isergebirge fand, entdeckte er gleichzeitig ein neues Thema für sich als Historiker. 1978 verfasste er unter dem Pseudonym Danubius in der Pariser Exilzeitschrift „Svědectví“ einen Text mit dem Titel: „Thesen zur Aussiedlung der Sudeten- und Karpatendeutschen aus der Tschechoslowakei 1945–1947“. In seinem Text formulierte er die Meinung, dass die Vertreibung der Deutschen nach dem Krieg aus vielen Gründen ein fataler Fehler war, zu dem sich die Tschechen an erster Stelle von Rache haben verleiten lassen. So verhalf die deutsche Aussiedlung den Kommunisten an die Macht, zerstörte einen wesentlichen Teil der böhmischen wirtschaftlichen sowie kulturellen Leistungsfähigkeit und war nicht zuletzt den drei Millionen ehemaligen Mitbürgern gegenüber ungerecht. Auf dieser Grundlage forderte Mlynárik zur Versöhnung mit den Sudetendeutschen auf. Der Inhalt des Aufsatzes stand im krassen Gegensatz zu dem, wie die Tschechen nach dem Krieg auf die Vertreibung der Deutschen blickten, angefangen mit der Bezeichnung „Vertreibung“ im Gegensatz zum gängigen Terminus „Abschiebung“ (tsch.: „odsun“) bis hin zum Aufruf zur Versöhnung mit Menschen, die durchweg für Faschisten gehalten wurden. Der Text entflamte eine lange wie auch schwierige Debatte, die vor allem an der Schnittstelle der 1970er und 1980er Jahre geführt wurde.

Leider erreichte sie lediglich die sehr begrenzten Kreise der Opposition, u. a. da sie auf den Seiten von Exilzeitschriften geführt wurde. Die breite Öffentlichkeit erfuhr zu dem Zeitpunkt noch nichts von der Debatte – dazu kam es erst nach 1989.

Der Unterschied zwischen dem polnischen und tschechischen Weg zur Versöhnung liegt jedoch nicht nur in der unterschiedlichen Form ihrer Anfänge. Es handelt sich ebenfalls um unterschiedliche Ausgangspunkte. Der einleitende Moment im Versöhnungsprozess war im tschechischen Fall beispielsweise keine Geste, die aus einer christlichen und kirchlichen Tradition erwachsen ist. In Tschechien stand anfangs das Einsehen eines Verlustes – in kultureller, gesellschaftlicher, politischer, menschlicher Hinsicht – und das Bekenntnis zur Schuld daran. Es wundert nicht, dass Ján Mlynárik diesem Verlust in den Sudeten direkt begegnet war, da er dort selbst dreißig Jahre nach dem Krieg nahezu greifbar war. Sein Text handelte zwar auch von anderen Themen, doch bildeten der Verlust und die Schuld an dem Verlust den Ausgangspunkt seiner Reflexion. Das Einsehen des Verlusts, den die Vertreibung der Deutschen für das Land und seine Bewohner bedeutete, war und ist bis heute der ausschlaggebende Moment, von dem aus viele Menschen anfangen, die Vertreibung der Deutschen mit neuen Augen zu betrachten und neu zu reflektieren. Auch in Polen wurde die Zerstörung des deutschen Kulturgutes auf den „wiedergewonnen Gebieten“ reflektiert. Gleichzeitig gelten diese Gebiete in Polen bis heute als die wirtschaftlich besser entwickelten Regionen, im Gegensatz zu den eher ländlichen Regionen im Osten des heutigen Polen. Polen als Land machte mit der Einverleibung der westlichen Gebiete wirtschaftlich gesehen einen klaren Gewinn. Die Reflexion des Verlustes und der damit verbundenen Schuld spielte im tschechischen Fall deshalb eine so gewichtige Rolle, da Tschechien durch die Aussiedlung der Deutschen zu einem sichtlich ärmerem und stärker verwildertem Land wurde.

Zu erklären ist dies wohl durch den spezifischen Charakter der deutsch-tschechischen Katastrophe während des Krieges, wie auch während der Nachkriegszeit. Dabei handelt es sich um den Bruch einer Form des Zusammenlebens, welches über sehr lange Zeit auf einem Gebiet mit jahrhundertlang gleichbleibenden Grenzen statt-

gefunden hatte. Deutsche und Tschechen in diesem Kontext als Nachbarn zu bezeichnen, würde die Realität dieser Zeit kaum treffend bezeichnen. Sie waren keine Nachbarn über nationale Grenzen hinweg, denn sie lebten gemeinsam in einer Stadt, in einer Straße, unter einem Dach. Sicher gab es solch eine enge Nachbarschaft im deutsch-polnischen Kontext in einigen Regionen ebenfalls, doch war sie für das deutsch-tschechische Zusammenleben prägend. Die Zwangsumsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei traf das Land sehr stark und sichtbar. Auf einmal fehlte es an Bewohnern in einem großen Teil der böhmischen Länder. Die sogenannten Sudeten wurden zwar nach besiedelt, doch dies reichte bei Weitem nicht dazu aus, die einstigen Bewohner zu ersetzen. Die Anzahl der Bewohner sank um mehrere Dutzend Prozent und so gab es Landkreise, in denen die Bewohnerzahl nach 1947 nur noch 30 % des Niveaus der Vorkriegszeit entsprach. Leere, Zerstörung und Verfall waren für jeden sichtbar und wie eine Art „Phantomschmerz“ auch spürbar. Es dauerte jedoch lange, bis man daraus ein öffentliches Thema machte. Mehr als 400 Ortschaften hörten auf zu existieren. Dies ist einer der Unterschiede im Vergleich zur polnischen Situation, wo Bewohner aus den ehemaligen Ostgebieten, den sogenannten „Kresy“, die neuen westlichen Gebiete Polens zwar auch bei Weitem nicht ausreichend aber zumindest im gewissen Umfang besiedeln konnten. Der Verlust war im polnischen Fall ebenfalls Thema, doch handelte es sich um einen anderen Verlust. So wurden in erster Linie die an die Sowjetunion abgetretenen Gebiete als Verlust wahrgenommen. Die neuen Gebiete im Westen wurden dagegen, zumindest offiziell, als „wiedergewonnen“ bezeichnet. Verluste am deutschsprachigen kulturellen Erbe wurden erst später Thema.

2.

Ein weiterer Unterschied, den man zwischen dem tschechischen und polnischen Weg zur Versöhnung wahrnehmen kann, geht von der etwas größeren historischen Nähe der Deutschen und Tschechen

aus. Nach 1989 wurden in vielen Orten des einstigen Sudetenlandes sehr schwierige Debatten bzgl. der Opfer der Vertreibung geführt. Die Deutschen aus der Tschechoslowakei waren nicht geflüchtet. Sie waren von den Tschechen „eigenhändig“, Waggon für Waggon, vertrieben worden. Postoloprty/Postelberg, Dobronín/Dobrenz, Ústí nad Labem/Aussig, Nový Bor/Haida, Brno/Brünn – die sind nur einige der Ortschaften, in denen es in den ersten Monaten nach Kriegsende zu Gewalt von Tschechen gegenüber Deutschen kam. Manchmal ging es lediglich um einige Tote, manchmal um Dutzende, in Ausnahmefällen um Hunderte. Die Debatten oder, besser gesagt, die verbalen Kämpfe dauerten meistens Jahre, häufig mehr als zehn, und deren Ergebnisse sind in den meisten Fällen heute öffentlich sichtbar: Es gibt ein Denkmal, eine Gedenktafel oder regelmäßige Gedenkveranstaltungen. Für die tschechische Gesellschaft war es zugleich neu und schwierig, sich mit der Rolle der Täter abzufinden.

Sicher spielte dieses Problem auch auf dem polnischen Weg zur Versöhnung mit den Deutschen eine wichtige Rolle. Die fundamentale Rolle spielte es jedoch nicht. Im tschechischen Fall, wie bereits oben angedeutet, handelte es sich um eine Erfahrung, die in Form lokaler Brennpunkte landesweit durchlebt wurde. All diese Orte waren und sind immer noch Ausgangspunkt eines langsamen Identitätswandels, durch den die Tschechen in ihrem Selbstbild an Unschuld verlieren. Mit anderen Worten: Das, was die Polen in Bezug auf ihre Beteiligung an den Ausschreitungen gegenüber Juden erleben (z. B. im Fall vom Massaker von Jedwabne), erleben die Tschechen in Bezug auf die tschechischen Gewaltakte gegenüber Deutschen.

3.

Auf den letzten größeren Unterschied stößt man immer wieder: die deutsch-polnische Versöhnung beruht eindeutig und offen auf christlichen Werten.

Neben dem bereits genannten Brief der polnischen Bischöfe war es auch die Versöhnungsmesse in Krzyżowa/Kreisau im Novem-

ber 1989, durch welche dies nicht nur unmissverständlich symbolisiert, sondern auch inhaltlich bestimmend wurde. Die nach wie vor starke Rolle der Kirche in Deutschland und Polen bildet einen natürlichen Hintergrund dafür. Dagegen war die Position der Kirche in der tschechischen Gesellschaft im ganzen 20. Jahrhundert vergleichsweise schwach. Die kommunistische Diktatur mit ihren harten Repressionen gegenüber der Kirche stellte schließlich den letzten Grund dafür dar, dass die Kirche kaum eine zentrale Rolle in wichtigen gesellschaftlichen Fragen spielen konnte bzw. bis heute spielen kann.

Generell kann man auch im Fall der deutsch-tschechischen Versöhnung behaupten, sie erwachse aus christlich geprägten Werten. Man konnte sich allerdings nicht genauso direkt wie im deutsch-polnischen Fall auf die Kraft der christlichen Symbole und der durch sie vermittelten Werte, wie z. B. der Nächstenliebe oder des Aufrufs zur Versöhnung mit Feinden, berufen. Im gewissen Sinne ersetzen andere Autoritäten die moralische Kraft der christlichen Symbole. In den 1990er Jahren spielte in der deutsch-tschechischen Versöhnung beispielsweise Václav Havel, ein öffentlicher Intellektueller mit glaubwürdigem Lebensweg, die Rolle einer moralisch herausfordernden Autorität. Jedoch hielt seine Wirkungskraft – wie so häufig bei weltlichen Autoritäten – nicht ewig. Václav Havel verlor auch durch seine Aufforderung zur deutsch-tschechischen Versöhnung für viele an Glaubwürdigkeit. Eine wichtige symbolische Rolle spielte sicher auch die „Deutsch-Tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung“ von 1997. Sosehr es sich dabei um ein bahnbrechendes Dokument handelt, welches den Erfolg der deutsch-tschechischen Versöhnung maßgeblich bestimmt hat, ist es letztlich vor allem ein Produkt der diplomatischen Kunst. Hinweise auf eine moralisch begründete innere Verwandlung des Menschen, die im christlichen Sinne die Voraussetzung einer Versöhnung ist, beinhaltet diese Erklärung kaum.

In diesem Sinne kann man den Vergleich ziehen, dass christliche Werte und größer gefasste Denkkonzepte, die sich auf christliche Werte beziehen, in der deutsch-tschechischen Versöhnung im Gegen-

satz zu der deutsch-polnischen nicht in Form von direkten Aussagen präsent sind. Die Geschichte der deutsch-tschechischen Versöhnung weist zwar ebenfalls auf transzendente Werte hin, wobei diese erst mühsam und immer wieder neu formuliert werden müssen, ohne Unterstützung in einer christlichen Gedankenwelt zu finden. Dies mag den Vorteil haben, dass man in Tschechien das Formulieren von Werten im Kontext einer gegenwärtigen, säkularisierten Gesellschaft stetig üben bzw. erfinden muss. Um jedoch die Erfahrung der deutsch-tschechischen Versöhnung eingehend zu reflektieren und sie zu einem tief verinnerlichten Prinzip zu machen, wäre es sehr dienlich, direkt an jahrhundertlang entwickeltes christliches Gedankengut anknüpfen zu können.

4.

Ein Unterschied ergibt sich noch aus der Tatsache, dass Polen als das Opfer der deutschen Gewalt galt und weiterhin gilt. Die ehemaligen Konzentrationslager auf polnischem Gebiet dienen als die wichtigsten Erinnerungsorte der Nazi-Verbrechen überhaupt. Diesen kommt eine spezielle Aufmerksamkeit zu, die sich mit nichts in Tschechien vergleichen lässt. Polen zog von daher viele deutsche Initiativen an, die ohne Bezug auf die ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete Versöhnung mit den Polen anstrebten. Der Verein Aktion Sühnezeichen beispielsweise, welcher eine wichtige Rolle in dem Aufbau der deutsch-polnischen Beziehungen vor 1989 spielte, war in der Tschechoslowakei nicht präsent.

Die deutsch-polnische Versöhnung war daher von besonderem Interesse für diejenigen in Deutschland, denen es um eine kritische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen ging. Polen galt vor allem nach 1989 eine besondere Aufmerksamkeit aus den Kreisen der politischen und gesellschaftlichen Elite in Deutschland. Die deutsch-polnische Versöhnung war so gesehen eine Art vornehme Pflicht. Solch einen Stellenwert erreichte der Prozess der deutsch-tschechischen Annäherung nie.

5.

Zuletzt – der Vollständigkeit wegen – noch eine Anmerkung: Es gibt trotz alledem letztendlich doch eine direkte Verbindung zwischen den Prozessen der deutsch-polnischen und der deutsch-tschechischen Versöhnung. Die tschechische Diplomatie hat nach der schon erwähnten „Deutsch-tschechischen Erklärung“ in bewusster Anlehnung an die Situation der deutsch-polnischen Beziehungen die Absicht verfolgt, die deutsch-tschechischen Beziehungen nicht politisieren zu lassen, damit keine öffentlichen Schäden entstünden. Die Strategie war soweit erfolgreich. Streit um das Zentrum gegen Vertreibung von Erika Steinbach oder um Reparationszahlungen für den Zweiten Weltkrieg gab es in Tschechien nicht. Und es wäre inzwischen auch kaum vorstellbar, dass solch ein Streit ausbrechen könnte. Seit 2002 waren die deutsch-tschechischen Beziehungen bzw. die deutsch-tschechische Geschichte nur begrenzt Thema der tschechischen Innenpolitik. In der Zwischenzeit konnten dank dessen viele Erfolge im Sinne einer offenen kritischen Auseinandersetzung mit der schwierigen deutsch-tschechischen Vergangenheit erzielt werden. Gerade zu dieser Zeit wurden beispielsweise die oben beschriebenen Konflikte um die Errichtung eines Denkmals für die Vertreibungsoffer ausgetragen. Diese Strategie hatte allerdings auch Nachteile, mit denen wir uns bis heute beschäftigen. Tschechien ist schlecht „vernetzt“ und ist beispielsweise kein Mitglied des internationalen Netzwerks ENRS (European Network Remembrance and Solidarity), das seinerzeit als eine deutsch-polnische Reaktion auf die Debatte bzgl. des Zentrums gegen Vertreibung entstand.

Abschließend

Es wäre sicher wünschenswert, wenn die Erfahrungen mit Prozessen in Europa (gleich, ob zwischen Deutschen und Polen, Deutschen und Tschechen, Deutschen und Franzosen oder anderen Nationen), welche die Bezeichnung „Versöhnung“ verdienen, unter-

einander besser bekannt wären. Die Versöhnung zweier Nationen mit einer Konfliktgeschichte könnte so auf einfachere Weise Teil einer gemeinsamen europäischen Werteordnung werden und damit zu einer dauerhaften Herausforderung für wahre Europäer werden. Die gegenseitige Unkenntnis der Versöhnungsprozesse in Europa betrachtend, muss momentan jedoch befürchtet werden, dass die jeweiligen Prozesse nach und nach in Vergessenheit geraten werden. Damit wird aus der Versöhnung lediglich ein rein utilitaristischer Prozess, der seinerzeit akute internationale politische Konflikte zu lösen half. Aber auch nichts mehr als das. Die Chance auf einen dauerhaften Wandel der Gesellschaft, die die Erfahrung der Versöhnung miterlebt hat und diese von daher auch in anderen Kontexten mit einfließen lassen könnte, wird vertan. Versöhnung als Prinzip, welches lebendig bleiben soll, muss nämlich ständig, mühsam und von Neuem reflektiert und formuliert werden. Versöhnung kann nicht als abgeschlossen gelten. Dazu könnte sicherlich auch die gegenseitige Kenntnis beitragen.

OLGA BARBASIEWICZ

DIE DEUTSCH-POLNISCHE ANNÄHERUNG ALS VORBILD FÜR DIE JAPANISCH- KOREANISCHEN BEZIEHUNGEN

Die Annäherung zwischen Deutschland und Polen wird häufig im Kontext der Beständigkeit des Aussöhnungsprozesses dieser beiden europäischen Nachbarn dargestellt.¹ Trotz seiner Besonderheit kann dieser Prozess Ländern, in denen die Erinnerung an die Vergangenheit immer noch die wichtigste Rolle in den bilateralen Beziehungen spielt, als Vorbild für Aussöhnung dienen. Japan und die Republik Korea sind solche Nachbarn.

Eine vergleichende Perspektive in diesen beiden Fällen – des deutsch-polnischen und des japanisch-koreanischen Prozesses – anzuwenden, scheint im Hinblick auf die Untersuchung des Einflusses der Geschichtspolitik in den internationalen Beziehungen richtig zu sein. Dabei gilt es zunächst, einige übereinstimmende Merkmale festzustel-

¹ Als Beispiel lassen sich folgende Publikationen anführen: *Pojednanie i polityka. Polsko-niemieckie inicjatywy pojednania w latach sześćdziesiątych XX wieku a polityka odprężenia*, red. F. Boll, W. J. Wysocki, K. Ziemer, współpraca T. Roth, Warszawa 2010; J. Turek, *Europeanisation of Reconciliation: Polish-German Lessons for Asian States?*, [in:] O. Barbasiewicz, *Postwar Reconciliation in Central Europe and East Asia*, Berlin 2018, S. 19-52.

len. Polen wie auch Korea² sind Staaten, die noch vor dem Zweiten Weltkrieg von ihren Nachbarn besetzt wurden. Etwas verkürzt lässt sich sagen, dass ein Teil der polnischen Gebiete über 123 Jahre hinweg von Preußen (und später in der Nachfolge vom Deutschen Reich) besetzt war bis zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens im Jahr 1918, bevor das Land in den Jahren 1939 bis 1945 – diesmal durch Hitlerdeutschland – erneut unter Besatzung geriet. Korea wiederum stand seit Ende des 19. Jahrhunderts unter dem starken Einfluss Japans und wurde dem japanischen Staatsgebiet in den Jahren 1910 bis 1945 einverleibt. Die Zeit des Zweiten Weltkrieges wird deshalb in beiden Ländern nicht nur mit Kriegsverlusten und einer brutalen Besatzungsmacht in Verbindung gebracht, sondern die Erinnerung an den Verlust der Souveränität an den jeweiligen Nachbarn ist zusätzlich sehr lebendig (insbesondere im ostasiatischen Fall). Eine weitere Gemeinsamkeit zwischen Polen und Korea bildet das ausgeprägte Bewusstsein für verlorenes Territorium. In der polnischen gesellschaftlichen Erinnerung betrifft dies die von der Sowjetunion geraubten Ostgebiete. In Korea hingegen ist in diesem Zusammenhang das Bewusstsein für die Aufteilung des Landes in zwei Teile im Jahr 1953 überaus lebendig. Die Koreanische Halbinsel wird insoweit von Forschern zuweilen mit Deutschland verglichen, das nach dem Krieg unter dem Einfluss der Mächte des Kalten Krieges stand. Bei Kil J. Yi heißt es hierzu: „Die Koreanische Halbinsel (...) war praktisch das Berlin Asiens. Japan spielte dabei eine Rolle, die der Westdeutschlands in Europa ähnlich war, [und zwar] die des größten und wohlhabendsten Bollwerks gegen die kommunistische Macht in der Region.“³ Dieses Zitat zeigt, wie nützlich es im Rahmen einer vertieften Analyse der regionalen Lage in Zeiten des Kalten Krieges ist, europäische und asiatische Beispiele gegenüberzustellen.

Was die hier zu vergleichenden Staaten verbindet, sind Partnerschaften, in denen trotz historischer Animositäten zurzeit sowohl Polen und Deutschland als auch Japan und Korea engagiert sind. Sie sind in

² Im Rahmen dieses Beitrages versteht die Autorin unter der Formulierung Korea die Koreanische Halbinsel bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges sowie Südkorea (Republik Korea) nach 1945.

³ Kil J Yi, *In Search of a Panacea: Japan-Korea Rapprochement and America's 'Far Eastern Problems'*, „Pacific Historical Review“ 2002, Nr. 4(71), S. 633.

Bündnissen und Organisationen gemäß des Prinzips der Gleichberechtigung aktiv, obwohl die Beziehungen vielfach – unter Verweis auf die Benachteiligung des jeweils schwächeren Partners – als lediglich scheinbar gleichberechtigt wahrgenommen werden.⁴ Polen und Deutschland sind sowohl in einem die regionale Sicherheit garantierenden Bündnis, sprich der NATO, als auch in einer supranationalen Organisation – der Europäischen Union – organisiert. Als Garant der Sicherheit in Ostasien fungieren hingegen die Vereinigten Staaten, die mit Japan und der Republik Korea ein trilaterales Bündnis bilden, wobei sie zugleich den Bündnismitgliedern ein wirtschaftlicher und politischer Partner sind. Führt man sich angesichts dessen die Situation in Europa vor Augen, so wäre es trotz der bedeutenden Rolle der Europäischen Union bei der Gestaltung enger Beziehungen zwischen den europäischen Ländern nicht richtig zu behaupten, nur internationale (sowie supranationale) Institutionen trügen zu einer Annäherung zwischen Polen und Deutschland bei. Dem ist so, weil die Annäherung aufgrund der realen Vorteile, die sie der polnischen und deutschen Gesellschaft bringt, voranschreitet, selbst wenn die EU zusätzliche Ebenen der regionale Integration schafft.⁵

Die vorstehend skizzierten Ähnlichkeiten haben zur Folge, dass das Beispiel der deutsch-polnischen Beziehungen trotz einiger Vorbehalte einen Bezugspunkt bietet für die japanisch-koreanischen Beziehungen. Diese beruhen bis zum heutigen Tage auf dem Grundlagenvertrag von 1965. Der territoriale Konflikt⁶ allerdings ist hier immer noch lebendig, und Forderungen nach Kriegsentschädigung⁷ werden immer wieder laut.

⁴ Mit dem Thema befasst sich u.a. Victor D. Cha in dem Artikel *Abandonment, Entrapment, and Neoclassical Realism in Asia: The United States, Japan, and Korea*, „International Studies Quarterly“ 2000, Nr. 2(44), S. 261-291.

⁵ Mehr dazu: L. Gardner Feldman, *Germany's Foreign Policy of Reconciliation. From Enmity to Amity*, Plymouth 2012, S. 12-17.

⁶ Beim Streit um Takeshima bzw. Dokdo handelt es sich um einen andauernden diplomatischen Konflikt zwischen Japan und der Republik Korea um zwei im Japanischen Meer gelegene Inseln.

⁷ Hauptstreitpunkt ist die Entschädigung für die sog. „Trostfrauen“, d. h. solcher Koreanerinnen (in Ostasien bezieht sich der Begriff auch auf Vertreterinnen anderer Nationen, u. a. Philippinerinnen, Chinesinnen oder Niederländerinnen), die für Soldaten der japanischen Armee während des Zweiten Weltkrieges zwangsprostituiert wurden.

Als weiteres Argument dafür, die japanisch-koreanischen und deutsch-polnischen Beziehungen miteinander zu vergleichen, kann auch die Tatsache gelten, dass seitens der koreanischen öffentlichen Meinung sowie der Politiker vor Ort Bundeskanzler Willy Brandt als überaus wichtige Persönlichkeit angesehen wird. Brandt gilt gleichsam als Symbol der Aussöhnung und zugleich des Verweises auf das europäische Beispiel. Sein *Kniefall* wird dabei nicht nur genannt als Vorbild für eine ideale Abbitte, auch seine *Ostpolitik* stellt für die Koreaner einen Bezugspunkt dar, wenn es um die Frage nach der Wiedervereinigungspolitik des Staates geht.

Historische Konflikte zwischen Korea und Japan

Mit Blick auf den Charakter der vorliegenden Publikation erscheint es sinnvoll, zunächst zu erläutern, was zwischen Korea und Japan in der Vergangenheit vorgefallen ist und welche Dinge sich bis zum heutigen Tage auf deren bilaterale Beziehungen auswirken.

Japan übte einen realen Einfluss auf die koreanische Politik bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts aus.⁸ Seit 1874 drängte Tokio die koreanische Regierung immer wieder dazu, sich nach dem Vorbild Japans gegenüber dem Westen zu öffnen und die Periode der Abhängigkeit von China zu beenden. Da Korea dies ablehnte, beschloss Japan, radikale Schritte zu unternehmen, und provozierte die Koreaner, eine chinesische Stellung zu beschließen (der sog. „Ganghwa-Zwischenfall“). Die Japaner drohten daraufhin mit Intervention und zwangen den koreanischen Hof zur Annahme eines für sie ungünstigen Vertrages.⁹

Ein weiteres Ereignis, das für die koreanisch-japanischen Beziehungen ausschlaggebend werden sollte, war die Einnahme der gesamten Koreanischen Halbinsel durch Japan während des Krieges, den es gegen Russland in den Jahren 1904 bis 1905 führte. Die Kore-

⁸ J. Tubielewicz, *Historia Japonii*, Warszawa 1984, S. 356.

⁹ J. P. Rurarz, *Historia Korei*, Kapitel VII: *Korea w czasach dynastii Yi*, Warszawa, 2004, E-Book.

aner wurden in dieser Zeit gezwungen, eine Reihe unvorteilhafter Abkommen zu unterzeichnen, im Zuge derer sich der Einfluss Japans auf die koreanische Politik und das Wirtschaftsleben vor Ort deutlich vergrößerte. Nach dem verlorenen Krieg erklärte sich das Zarenreich kraft des Vertrages von Portsmouth¹⁰ damit einverstanden, die Unabhängigkeit Koreas – unter Wahrung besonderer politischer, militärischer und wirtschaftlicher Interessen Japans in diesem Staat – anzuerkennen. Und im Juli 1905 wurde diese Dominanz Japans in Korea auch seitens der Vereinigten Staaten anerkannt.

Schließlich wurde am 22. August 1910 der Japanisch-Koreanische Annexions-Vertrag unterzeichnet, in dessen Folge Korea Teil des japanischen Staatsgebietes wurde.

Die japanische Vorherrschaft dauerte faktisch die gesamte erste Hälfte des 20. Jahrhunderts über an. Ein Nebeneffekt der japanischen Besatzung bestand, wie es bei Joanna Rurarz heißt, in „einer Beschleunigung des Reifeprozesses der koreanischen Gesellschaft – hin zur Wiedererlangung des nationalen Bewusstseins, des Gefühls der Zugehörigkeit zu einem eigenständigen Volk mit Recht auf Selbstbestimmung“¹¹. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass die japanische Besatzung der Koreanischen Halbinsel in erster Linie zur Ausbeutung dort vorhandener natürlicher Rohstoffe diente, wodurch es der japanischen Wirtschaft möglich wurde, sich nach der – durch die Kriegshandlungen gegen China und anschließend gegen Russland bedingten – Zeit der Deflation zu erholen. Und zusätzlich zogen infolge dieser Politik schließlich auch viele Koreaner (aus ökonomischen Gründen oder zwangsweise) auf die japanische Insel um.

Was darüber hinaus einen besonderen Fall fehlender Erinnerung an die koreanischen Opfer des Zweiten Weltkrieges ausmacht, ist der Atomangriff auf Hiroshima vom 6. August 1945. Diese Stadt war während des Krieges ein bedeutender Rüstungsstandort. Und viele Arbeiter stammten aus Korea. Durch den Bombenangriff erlitten 50.000 Arbeiter Verletzungen und rund 30.000 Menschen kamen ums

¹⁰ *Nichiro kōwa jōyaku*, online abrufbar unter: <http://worldjpn.grips.ac.jp/documents/texts/pw/19050905.T1J.html>, (letzter Zugriff: 06.11.2018).

¹¹ J. P. Rurarz, *op. cit.*

Leben.¹² Das mit dem Abwurf der Atombombe auf Japan verbundene Narrativ jedoch wurde generalisiert; demnach fühlte sich alleine Japan als die im Zuge dieses Krieges geschädigte Nation, wohingegen die Erinnerung an die koreanischen Opfer in das ganzheitliche Narrativ der Ereignisse vom August 1945 „hineingezwängt“ wurde. Und dieses Thema hat bis heute keinen Eingang in bilaterale Gespräche zwischen Korea und Japan gefunden. Ein Grund hierfür ist u. a. darin zu sehen, dass es unter den Opfern Menschen gab, deren Erwähnung den Mythos vom Zwangsarbeiter zerstören könnte. Denn unter den Toten befand sich auch Prinz Yi, ein Mitglied des koreanischen Kaiserhauses, der freiwillig in der japanischen Armee im Rang eines Oberstleutnants diente. Eine öffentliche Opferdebatte, in der zugleich das Bild u. a. von Mitgliedern der kaiserlichen Familie in Erinnerung gerufen würde, die sich sehr schnell japanisieren ließen, fügt sich somit nicht ein in die Erinnerungspolitik der koreanischen Regierung.

Einen Hauptstreitpunkt mit Japan bildet daher die Frage der sogenannten Trostfrauen, d. h. solcher Zwangsprostituierten, die unter Koreanerinnen in den 1930er und 1940er Jahren angeworben wurden. Obwohl diese Problematik in japanischsprachigen Publikationen bereits während der 1970er Jahre¹³ allmählich sichtbar wurde, wurde sie in der öffentlichen Diskussion (darunter auf Regierungsebene) erst Anfang der 1990er thematisiert. Hierzu kam es infolge der Demokratisierung Koreas sowie aufgrund der Tatsache, dass sich ein erstes Opfer zu Wort meldete: Im Jahr 1991 legte Kim Hak-sun ein persönliches Zeugnis ab bezüglich der Zeit, in der sie japanischen Soldaten als Sexsklavine zu dienen gezwungen war.¹⁴ In einem diesbezüglich vom Sondergesandten der Vereinten

¹² T. Ichitani, *Town of Evening Calm, Country of Cherry Blossoms. The Renarration of Hiroshima Memories*, „Journal of Narrative Theory“ 2010, Nr. 3(40), S. 382.

¹³ Publikation u. a. von K. Senda, *Jūgun-ianfu* [Trostfrauen für die Armee], San'ichi Shisho, Tōkyō 1978.

¹⁴ Die koreanischen Sexsklavinnen schwiegen nicht zuletzt wegen der konfuzianistischen gesellschaftlichen Werte, von denen sich die koreanische Gesellschaft leiten ließ. Sich zu ihrer Vergangenheit zu bekennen, hätte dazu geführt, dass sie für immer als Unreine aus der familiären bzw. lokalen Gemeinschaft ausgeschlossen worden wären.

Nationen für Japan und die Koreanische Halbinsel vorgestellten Bericht wurde zugleich die Position der südkoreanischen Regierung dargelegt, wonach eine öffentliche Abbitte gegenüber den „Trostfrauen“ erwartet werde, um den Frauen, die Opfer der japanischen Armee geworden waren, ihre Ehre wiederzugeben.¹⁵ Vorgeschlagen wurde darin zugleich, eine Abbitte in Briefform zu leisten, die persönlich seitens des japanischen Premiers an die geschädigte Seite gerichtet sein sollte. Wie sich später erwies, waren derartige Forderungen allerdings nicht ausreichend.

Abbitte als ein unübertreffliches Vorbild

Der Begriff apologia bezieht sich im Griechischen auf einen der Redekunst entstammenden Terminus, der sowohl eine Verteidigungsrede gegen Vorwürfe als auch ein Lob für eine Person, ein Werk oder eine Einrichtung bedeuten kann.¹⁶ Im alltäglichen Gebrauch wird dieser Begriff wiederum auch als Rechtfertigung oder Entschuldigung übersetzt. *Apologia* umfasst somit sowohl Verdrängung, Verneinung, Rechtfertigung als auch Reuebekenntnis. Bei der Analyse der Erinnerungspolitik und der Aktivitäten einzelner Akteure beziehe ich *apologia* auf Abbitten, die von Forschern der Sozialwissenschaften als Selbstkasteiung¹⁷ bzw. *mea culpa*¹⁸ verstanden werden und die Jane W. Yamazaki als echte Abbitte charakterisiert.¹⁹

¹⁵ *Report of the Special Rapporteur on violence against women, its causes and consequences, Ms. Radhika Coomaraswamy, in accordance with Commission on Human Rights resolution 1994/45. Report on the mission to the Democratic People's Republic of Korea, the Republic of Korea and Japan on the issue of military sexual slavery in wartime*, Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, E/CN.4/1996/53/Add.1, 4. Januar 1995, online abrufbar unter: <http://hrlibrary.umn.edu/commission/country52/53-add1.htm> (letzter Zugriff: 19.01.2019).

¹⁶ *Apologia*, Słownik Języka Polskiego, Onlineversion unter: <https://sjp.pl/apologia> (letzter Zugriff: 19.11.2018).

¹⁷ W. L. Benoit, *Sears' repair of its auto service image: Image restoration discourse in the corporate sector*, „Communication Studies“, Nr. 46/1-2, S. 89-105.

¹⁸ Diesem Problem widmet seine gesamte Arbeit N. Tavuchis, *Mea Culpa: A Sociology of Apology and Reconciliation*, Stanford 1991.

¹⁹ J. W. Yamazaki, *Japanese Apologies for World War II*, New York 2006, S. 2.

In Japan wurde die Frage einer Entschuldigung für in der Vergangenheit begangene Verbrechen bis ins 19. Jahrhundert hinein nicht aufgegriffen – bis ins Jahr 1872, als der amerikanische Beamte, Major A. G. Warfield, der für das japanische Kolonialministerium auf Hokkaidō arbeitete, sich betrank und ein von ihm bewohntes Haus verwüstete.²⁰ Um sich vor dem Aufruhr lokaler Einwohner zu schützen, wurde der Major seitens der Behörden der Vereinigten Staaten angewiesen, eine schriftliche Entschuldigung an die japanische Regierung zu übermitteln. Diese Maßnahme könnte als die erste Entschuldigung eines Einzelnen gegenüber einem ganzen Volk angesehen werden, die entstandene Wogen glättete und damit zur ersten Entschuldigung gegenüber einem ganzen Staat wurde. Was aber eine Entschuldigung Japans für den Zweiten Weltkrieg anbelangt, so kann von einer solchen erst seit Mitte der 1980er Jahre – vierzig Jahre nach dem Akt der Kapitulation – die Rede sein.

Allgemein formuliert kann eine Entschuldigung dazu dienen, das Image eines jeweiligen Landes oder Akteurs wiederherzustellen. Damit sie Wirksamkeit entfalten kann, gilt es, eine sogenannte „Selbstkasteiung“ vorzunehmen, was – nach William L. Benoit – Verantwortung für unglückliche Ereignisse zu übernehmen bedeutet und sich für diese zu entschuldigen.²¹ Zur Selbstkasteiung werden zugleich – um an dieser Stelle an die Forschungen von Kenneth Burke anzuknüpfen – das Schuldbekennnis und die Bitte um Vergebung gezählt.²²

Vorreiter der Abbitte als eines gesellschaftlichen Rituals war Erving Goffman, der sie für eine Strategie zur Wiedergutmachung hielt. Dabei betonte er aber, dass sie nur dann erfolgreich sei, wenn die den Fehler einräumende Partei ihre eigene Position gleichsam in zwei Teile aufsplittet: einen Teil, der der Verfehlung geschuldet sei, und einen, der sich von der Tat distanzieren und die Argumente sowie die Erwartungen der geschädigten Partei aufgreife.²³ Damit

²⁰ A. Dudden, *Troubled Apologies among Japan, Korea and the United States*, New York 2008, S. 31.

²¹ W. L. Benoit, *op. cit.*, S. 92.

²² K. Burke, *Rhetoric of religion*, Berkeley 1970.

²³ E. Goffman, *Relations in Public*, New York 1971, S. 113.

die Abbitte als wirksam anerkannt werde, sei auch, wie er zusätzlich anmerkte, ein Kommentar der geschädigten Partei notwendig, dass die Beendigung des Konfliktes mit der Annahme der Entschuldigung eintrete. Diese Voraussetzung wird aber seitens der allermeisten Gesellschaften nicht erfüllt, darunter auch nicht von Japan und Korea, die trotz offizieller Dokumente, in denen diese Frage als geregelt bezeichnet wird, immer wieder auf die historischen Streitigkeiten zurückkommen.²⁴

Obwohl Nicolas Tavuchis in diesem Zusammenhang auf eine emotionale Mäßigung aufmerksam macht sowie darauf, dass die Gültigkeit einer Entschuldigung nach sich wiederholenden Taten beurteilt werden sollte,²⁵ weist Jane Yamazaki, die zu japanischen Abbitten gegenüber Korea forscht, auf den Kniefall Willy Brandts vor dem Warschauer Ghetto-Ehrenmal – als die suggestivste Abbitte – hin. Bedenkt man, dass der westdeutsche Kanzler von koreanischen Medien bemüht wird, scheint diese Einschätzung überaus interessant zu sein.

Willy Brandt als Vorbild für einen sich für Verbrechen entschuldigenden Vertreter eines einstigen Aggressorstaates

Im Jahr 2016 nahm der Außenminister Koreas, Yun Byung-se²⁶, Bezug auf die Geste Willy Brands, und er tat dies direkt. Bei einer Rede im Auditions- und Inspektionsrat sagte er: „So wie Willy Brandt in Warschau auf die Knie fiel, um auf diese Weise Abbitte für die Verbrechen zu leisten, so dränge ich den Premier Japans, Abe Shinzō, dazu, sogenannte »auf Sensibilität verweisende Maßnahmen« zu

²⁴ Als Beispiel dafür kann gelten die 1998 verabschiedete *Japanisch-Südkoreanische Erklärung. Neue Partnerschaft zwischen Japan und der Republik Korea mit Blick auf das 21. Jahrhundert* sein. Mehr dazu in: *Japan-Republic of Korea Joint Declaration. A New Japan-Republic of Korea Partnership towards the Twenty-first Century*, MOFA Japan, online abrufbar unter: <https://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/korea/joint9810.html>, (letzter Zugriff: 19.11.2018).

²⁵ N. Tavuchis, *oop. cit.*, S. 108-109.

²⁶ Yun Byung-se (1953-) Außenminister der Republik Korea bis zum 31. Mai 2017.

ergreifen.“²⁷ Abgegeben wurde diese Erklärung in Beantwortung einer Bemerkung des japanischen Premiers, er habe nicht die Absicht, einen Entschuldigungsbrief an die koreanischen „Trostfrauen“ zu schicken. In seiner Äußerung fuhr Minister Yun daraufhin fort: „In Anknüpfung an sensible Fragen, in *Überschreitung* der Erwartungen des geschädigten Staates, kann dieses nach eigener Einschätzung Maßnahmen aufzeigen, die als diejenigen betrachtet werden, die auf Sensibilität verweisen. Ein solches Vorbild ist der Kniefall Willy Brandts in Polen. Der Akt von Kanzler Brandt stellte eine positive Botschaft an die Welt dar. Warum sollte somit Japan keine solchen Maßnahmen ergreifen, die auf Sensibilität verweisen?“²⁸ Ein Bericht *über diese* Ansprache erschien in der japanischsprachigen Fassung der südkoreanischen konservativen Zeitung „Chosun Ilbo“.

Doch der koreanische Minister war nicht der Erste, der sich auf den deutschen Kanzler berief. Im Jahr 2010 stellte Kim Tae-ick, ein Journalist von „Chosun Ilbo“, anlässlich des 65. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in einem Artikel der Zeitung die Frage, ob die japanische Entschuldigung eines Tages schließlich angemessen sein werde. In seiner Polemik knüpfte er nicht nur an den deutschen Kanzler und die Ereignisse in Polen von 1970 an, sondern auch an den emotionalen Aspekt, indem er auf die Umstände des *Kniefalls* hinwies: „Das Bild Brandts, vor dem Denkmal kniend an diesem kalten verregneten Tag ohne Regenschirm, unter Tränen die begangenen Verbrechen seines eigenen Landes bedauernd, wurde live übertragen und bewegte die Herzen der Polen. Der polnische Ministerpräsident umarmte Brandt in seinem Wagen und schluchzte. Selbst Marek Edelman, der gegen die NS-Deutschen gekämpft und den Warschauer Aufstand 1944 angeführt

²⁷ *Seidoku shushō wa hizamazuki shazai Nihon ni sochi motomeru = Kankoku gaishō* [Der koreanische Außenminister: Ich erwarte von Japan eine Entschuldigung auf Knien, wie die vom westdeutschen Kanzler], „Chosun Ilbo“, 13.10.2016, online abrufbar unter: http://www.chosunonline.com/site/data/html_dir/2016/10/13/2016101302528.html (letzter Zugriff: 30.11.2018).

²⁸ *Seidoku shushō wa hizamazuki shazai Nihon ni sochi motomeru = Kankoku gaishō* [Der koreanische Außenminister: Ich erwarte von Japan eine Entschuldigung auf Knien, wie die vom westdeutschen Kanzler], „Chosun Ilbo“, 13.10.2016, online abrufbar unter: http://www.chosunonline.com/site/data/html_dir/2016/10/13/2016101302528.html (letzter Zugriff: 30.11.2018).

hatte, lobte das Vorgehen Brandts. Nach der Entschuldigung von Brandt erwachte Deutschland zu neuem Leben, und das polnische Volk baute zu dessen Ehren einen nach ihm benannten Platz.“²⁹ Diese idealistische Vision der geleisteten Abbitte, auf die sich das koreanische Volk bezieht, ist voller verdrehter Fakten – angefangen bei der Darstellung von Marek Edelman als dem Anführer des Warschauer Aufstandes und nicht des Aufstandes im Warschauer Ghetto, bis hin zum Bekanntheitsgrad der Geste und der Werbung für den deutschen Kanzler im kommunistischen Polen. Nichtsdestoweniger zeigt der Artikel, welche Rolle bei der Aussöhnung zwischen Japan und Korea der deutsch-polnischen Annäherung zugeschrieben wird und was für eine Auswirkung sie hat.

Am 29. Mai 2012 schaltete Prof. Seo Kyoung-duk von der Sungshin Women's University in der „New York Times“ eine Anzeige, die Willy Brandt kniend in Warschau mit der Überschrift: „Do you remember?“ zeigte. Gesponsert wurde sie vom südkoreanischen Sänger Kim Jang-hoon. Grund für die Aktion war, wie der Ideengeber erklärte, „der Wunsch, zu unterstreichen, dass Japan eine Lehre aus dem Mut ziehen muss, den Deutschland gezeigt hat.“³⁰ Ein Jahr später gab derselbe Wissenschaftler in der Onlineausgabe des „Wall Street Journal“ eine Anzeige auf, in der er die Entschuldigungen der deutschen Kanzler und der japanischen Premiers verglich. Dabei stellte er fest, dass deutsche Spitzenpolitiker – angefangen bei Brandt – sich unablässig für die Vergangenheit ihres Volkes entschuldigten.³¹ Im Kontrast dazu stellte er japanische Politiker vor, die nicht fähig seien, sich wie Deutsche zu verhalten.

Am 20. August 2012, d. h. kurz nach dem Jahrestag der Wiedererlangung der koreanischen Unabhängigkeit von der japanischen Besatzung, wurde in „Chosun Ilbo“ ein Text veröffentlicht mit dem Titel: „Wir ver-

²⁹ K. Tae-ick, *Is Japan's Apology Finally Going to Be Enough?*, „Chosun Ilbo“, 20.07.2010, online abrufbar unter: http://english.chosun.com/site/data/html_dir/2010/07/20/2010072000927.html (letzter Zugriff: 30.11.2018).

³⁰ *NY Times Ad Calls on Japan to Repent Over Comfort Women*, „Chosun Ilbo“, 31.05.2012, online abrufbar unter: http://english.chosun.com/site/data/html_dir/2012/05/31/2012053101177.html (letzter Zugriff: 30.11.2018).

³¹ *Professor slams Japanese politicians in online ad*, „The Korean Herald“, 12.08.2013, online abrufbar unter: http://www.koreaherald.com/view.php?u-d=20130812000770&ACE_SEARCH=1 (letzter Zugriff: 03.02.2019).

langen eine Entschuldigung vom Kaiser. Wo steckt der Fehler?“³² Darin wurde deutlich formuliert, wie das Kaiserhaus vorgehen *müsse*: „Um Frieden zu erreichen, auf den sich das japanische Kaiserhaus beruft, gilt es zunächst einmal, Schuld zu bekennen und den Mut aufzubringen, die damit verbundene Kritik anzunehmen. Der damalige Kanzler Westdeutschlands entschuldigte sich im Dezember 1970, wobei er vor dem Denkmal der jüdischen Opfer auf die Knie fiel. Japan sollte sich auch dieses Ereignis in Erinnerung rufen. Der Kaiser ist doch nicht heilig und unantastbar.“³³ Kurz davor, im Januar 2012, erschien in „The Korean Herald“ ein Artikel mit dem Titel: „Improving Korea-Japan relations is possible: look at the Germany-Poland example.“ Verwiesen wurden darin sowohl auf die Politik Westdeutschlands gegenüber Polen als auch auf *Ähnlichkeiten zwischen Polen und Korea*.³⁴ In Anknüpfung an die Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen Japan und der Republik Korea wurde an die Rolle Deutschlands bei der deutsch-polnischen Annäherung erinnert. Es wurde unterstrichen, dass der erste Schritt, den die Regierenden der Bundesrepublik taten, darin bestand, guten Willen – durch die Anerkennung der gemeinsamen Grenze an Oder und Neiße – zu zeigen, und damit auf jegliche Territorialansprüche zu verzichten und den Warschauer Vertrag im Jahr 1970 zu unterzeichnen. Auf diese Weise wurde auf die schwierigen japanisch-koreanischen Beziehungen Bezug genommen, bei denen der territoriale Streit zwischen Japan und Korea um die Liancourt-Felsen („Takeshima“ im Japanischen bzw. „Dokdo“ im Koreanischen) ein wichtiges Problem darstellt. Ohne eine Lösung dieser Frage könnten sich – so der Verfas-

³² *Ten'nō e no shazai yōkyū, nani ga machigatte iru no ka*, [Wir verlangen eine Entschuldigung vom Kaiser. Wo steckt der Fehler?], „Chosun Ilbo“, 20.10.2012, online abrufbar unter: http://www.chosunonline.com/site/data/html_dir/2012/08/20/2012082000968.html (letzter Zugriff: 30.11.2018).

³³ *Ten'nō e no shazai yōkyū, nani ga machigatte iru no ka*, [Wir verlangen eine Entschuldigung vom Kaiser. Wo steckt der Fehler?], „Chosun Ilbo“, 20.10.2012, online abrufbar unter: http://www.chosunonline.com/site/data/html_dir/2012/08/20/2012082000968.html (letzter Zugriff: 30.11.2018).

³⁴ Y. Kun-ha, *Improving Korea-Japan relations is possible: look at the Germany-Poland example*, „The Korean Herald“, 8.01.2012, online abrufbar unter: http://www.koreaherald.com/view.php?ud=20120108000269&ACE_SEARCH=1 (letzter Zugriff: 03.02.2019).

ser des Artikels – die Beziehungen nicht weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang kam der Autor auch auf die Bedeutung von Gesten zu sprechen, wobei er die von Willy Brandt gemachte besonders hervorhob, die „mehr als tausend Worte“³⁵ wert gewesen sei.

Der Gestalt Willy Brandts bedient man sich auch dann, wenn es darum geht, für einen Dialog mit Nordkorea zu werben. Im Jahr 2015 führten Journalisten der „JoongAng Ilbo“ und ihrer englischsprachigen Ausgabe „Korea JoongAng Daily“ ein Interview mit Bundespräsident Joachim Gauck bei seinem Besuch auf der Halbinsel im Oktober 2015. Ein Gesprächsthema betraf dabei Willy Brandt und seine *Ostpolitik*. Wie koreanische Journalisten anmerkten, könne Deutschland nach Ansicht der südkoreanischen Regierung deren Politikern in Fragen der Politik gegenüber Nordkorea Ratschläge geben. Bundespräsident Gauck betonte jedoch, dass „sich die historische, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage Deutschlands vor 1989 von der im heutigen Korea sehr unterschieden“ habe, und weiter: „Dies bedeutet, dass unsere Erfahrungen in Deutschland auf Ihr Land nur in gewissem Maße anzuwenden sind.“³⁶

Auch als Journalisten vom „The Korean Herald“ auf Fehler der japanischen Seite beim Bekunden von Reue hinwiesen, machten sie unabhängig davon auf die „Lektion im Sich-Entschuldigen“ aufmerksam, die sich die Japaner von den Deutschen erteilen lassen müssten, wobei sie besonders die Rolle der Geste von Willy Brandt unterstrichen.³⁷

Und das Thema *Kniefall* kehrte gleichfalls Ende des Jahres 2015 zurück, als zwischen der japanischen und koreanischen Seite eine Übereinkunft getroffen wurde über Entschädigungszahlungen an die „Trostfrauen“. Die südkoreanische Presse kommentierte deren

³⁵ *Ibidem*.

³⁶ Interview of the Korean daily newspaper „JoongAng Ilbo“ and its English-language edition „Korea JoongAng Daily“ with Joachim Gauck, President of the Federal Republic of Germany, online abrufbar unter: https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2015/10/151012-Interview-JoongAngIlbo-englisch.pdf?__blob=publicationFile (letzter Zugriff: 03.02.2019), S. 2.

³⁷ Kim Hoo-ran, *German lesson on history*, „The Korean Herald“, 12.03.2015, online abrufbar unter: http://www.koreaherald.com/view.php?ud=20150312000824&ACE_SEARCH=1 (letzter Zugriff: 03.02.2019).

Form (die in telefonischen Absprachen zwischen dem japanischen Premier Abe und der koreanischen Präsidentin Park bestand) mit den folgenden Worten: „Ein Vergleich zwischen dem Privattelefonat Abes und der Symbolik, die der Kniefall des westdeutschen Kanzlers Willy Brandt vor dem Warschauer Ghetto-Denkmal in sich trägt, lässt sich schwer vermeiden.“³⁸

An demselben Tag noch führte „The Korean Herald“ ein Interview mit dem polnischen Botschafter in Seoul, Krzysztof Majka. Bei dem Gespräch ging es u. a. um die Aussöhnung mit Deutschland nach dem Krieg. Der polnische Botschafter betonte dabei Folgendes: „Wahre Aussöhnung muss nicht auf hoher politischer Ebene stattfinden. Sie kann aus echten Menschenherzen kommen und sich von unten nach oben ausbreiten. (...) Die Zivilgesellschaft, religiöse Gruppen, akademische Institutionen und Nichtregierungsorganisationen, die sich mit der Revision der Geschichte befassen, müssen einander begegnen. Man kann nicht bewirken, dass alle glücklich werden. Wichtig sind Engagement und Problembewusstsein.“³⁹ In dem erwähnten Artikel wurden ferner ausführlich Fakten aus der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen der Nachkriegszeit dargestellt, wobei auch die Rolle Kreisaus bei der Aussöhnung hervorgehoben wurde.

Das oben genannte Gespräch war zugleich das Ergebnis einer Konferenz vom Juni 2015, zu der Vertreter der polnischen, deutschen, französischen und britischen Seite zu einer vom Asian Institute for Policy Studies veranstalteten Debatte über die europäische Erfahrung bei Integration und Aussöhnung geladen waren. Majka verwies bei dem Gespräch auf den Unterschied zwischen Konfuzianismus und Christentum, wobei er zugleich Bezug nahm auf gemeinsame Werte, wie etwa den Respekt für die Menschheit, der zur Aussöhnung führen müsse.

³⁸ L. Hyun-joo, *Watershed apology for heinous wartime crime*, „The Korean Herald“, 03.01.2016, online abrufbar unter: http://www.koreaherald.com/view.php?u-d=20160103000278&ACE_SEARCH=1 (letzter Zugriff: 03.02.2019).

³⁹ *Poland shares reconciliation, democratization lessons*, „The Korean Herald“, 3.01.2016, online abrufbar unter: http://www.koreaherald.com/view.php?u-d=20160103000329&ACE_SEARCH=1 (letzter Zugriff: 03.02.2019).

Fazit

Fragen betreffend das historische Gedächtnis spielen in den japanisch-koreanischen Beziehungen eine wichtige Rolle. Ihre Bedeutung lässt sich an den Ergebnissen von Meinungsumfragen sowohl in Japan als auch in Südkorea erkennen. Wie aus dem Bericht „*Dai rokkai Nikkan kyōdō Yoron chōsa. Nikkan Yoron Hikaku kekka*“⁴⁰, der im Auftrag des japanischen Genron NPO und des koreanischen East Asia Institute erstellt wurde, hervorgeht, überwiegen in beiden Völkern schlechte Meinungen gegenüber dem Nachbarn. Obgleich im Jahr 2018 in Japan die Zahl der Menschen, die sich dazu bekannten, ein schlechtes Bild von den Koreanern zu haben, von 48,6 Prozent im Jahr 2017 auf 46,3 Prozent zurückging, ist die Zahl derjenigen Befragten, die keine Meinung gegenüber dem Nachbarn zu haben bekunden, gestiegen (von 24,5% auf 30,8%) – bei einem gleichzeitigen Rückgang des Anteils positiver Meinungen (von 26,9% auf 22,9%). Die Koreaner hingegen haben von den Japanern einen besseren Eindruck; der Anteil negativer Antworten sank hier von 56,1 Prozent auf 50,6 Prozent, wobei die Anzahl derjenigen, die eine positive Meinung zu Japan bekunden, gleichzeitig angestiegen ist (um 1,5% auf inzwischen 28,3%). Anhand der genannten Ergebnisse lässt sich somit zusammengefasst für die japanisch-koreanischen Beziehungen feststellen: Negative Gefühle gegenüber den Nachbarn werden von der Hälfte der Bürger geäußert.

Betrachtet man die Antworten etwas detaillierter, so verweisen die Japaner am häufigsten darauf, ihre negative Meinung gegenüber dem Nachbarn liege begründet in der Geschichte sowie in der kritischen Haltung der Südkoreaner gegenüber ihrem Land. Dahingehend äußerten sich im Jahr 2018 immer noch 69,3 Prozent aller Japaner (obwohl dieser Anteil gegenüber 76,5% im Jahr 2017 niedriger

⁴⁰ *Dai rokkai Nikkan kyōdō Yoronchōsa. Nikkan Yoron Hikaku kekka* [Sechste japanisch-koreanische Meinungsumfrage. Ergebnisse eines Vergleichs der japanisch-koreanischen öffentlichen Meinung], The Genron NPO, East Asia Institute, 2018, online abrufbar unter: <http://www.genron-npo.net/world/archives/6941.html> (letzter Zugriff: 30.08.2018).

ausfiel). Demgegenüber stellten wiederum 70 Prozent der Koreaner fest, die Japaner hätten bisher zu ihren Taten während der Besetzung der Koreanischen Halbinsel nur in unzureichendem Maße Stellung genommen, weshalb sie diesem Staat gegenüber keine positive Meinung vertreten könnten.

Möchte man die Ergebnisse dieser Untersuchung zu den Beziehungen in Ostasien vergleichen mit Verhältnissen in Europa, so bietet es sich an, Bezug zu nehmen auf die Studie „Deutsche und Polen. Geteilte Vergangenheit, gemeinsame Zukunft? Ergebnisse des deutsch-polnischen Barometers 2018“⁴¹. Zu erkennen ist auf dieser Basis, dass Deutsche und Polen im Gegensatz zu Japanern und Koreanern gewillt sind, eher auf die Gegenwart und die Zukunft denn auf die Ereignisse der Vergangenheit zu blicken. Anders als bei den Koreanern überwiegen seitens der Polen Gefühle der Sympathie für ihren westlichen Nachbarn (im Jahr 2018 bekundeten dies 56% der Befragten). Auf deutscher Seite ist hingegen ein weniger positives Meinungsbild auszumachen. Die Sympathiewerte dort gegenüber den Polen liegen seit Beginn des 21. Jahrhunderts auf einem Niveau von rund 30 Prozent. Die Erhebungen zeigen demnach ein ähnliches Ergebnis, als die Einstellung der Befragten auf Seiten des Nachfolgestaates des einstigen Aggressorstaates gegenüber dem einstigen Opferstaat niedriger ausfallen. Und es fällt auch auf, dass der Anteil an Antworten, die Sympathie für den Nachbarn zum Ausdruck bringen, nicht den Wert von 30 Prozent überschreitet – weder in Asien noch in Europa. Hingegen ein deutlicher Unterschied ist zu erkennen auf Seiten der Bürger jener Staaten, die einstmals Opfer von Kriegshandlungen durch den Nachbarn wurden. Denn diesbezüglich bildet die Polen ein vergleichsweise überaus positives Beispiel, das von der Kraft der Annäherung zwischen Staaten mit schwieriger Vergangenheit zeugt. So gaben unter polnischen Bürgern im Jahr 2018 fast 60 Prozent der Befragten eine positive Einstellung gegenüber

⁴¹ *Polacy i Niemcy. Dzieląca przeszłość, wspólna przyszłość? Wyniki Barometru Polska-Niemcy 2018*, online abrufbar unter: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=5cac453a-0d37-63ff-0dfe-648679597c56&groupId=252038 (letzter Zugriff: 03.02.2019).

den Deutschen an. Vergleicht man diese Antworten der Polen mit denen der Koreaner, so fällt der Anteil an Sympathiebekundungen für den Nachbarn, mit dem man in einer gemeinsamen, aber tragischen Vergangenheit verbunden ist, in Asien nur halb so groß aus. Schaut man sich aber wiederum die in den vorstehenden Berichten vorgestellten Untersuchungsergebnisse in breiterer Perspektive an, so ist zugleich ein praktisch stetiger Anstieg des Anteils an Sympathiewerten gegenüber Japan und Deutschland auszumachen; zuvor lag dieser im Falle Koreas im Jahr 2013 noch bei gerade einmal 12,2 Prozent der Befragten, im Falle Polens zum schlechtesten Zeitpunkt bei lediglich 30 Prozent. Doch unter den Polen, so lässt sich abschließend festhalten, ist (ungeachtet der Tatsache, wann die jeweilige Erhebung durchgeführt wurde) das Gefühl der Sympathie gegenüber dem einstigen Aggressor mindestens doppelt so stark ausgeprägt wie in den Reihen der Koreaner.

Viele Ereignisse lassen sich anführen, die auf eine Ähnlichkeit der Geschichte Polens und Südkoreas hindeuten. Dennoch sind es im Vergleich alleine Polen und Deutschland, die angesichts ihrer auf Aussöhnung abzielenden Bemühungen starke Fortschritte verzeichnen. Die Vergangenheit stellt für diese Nachbarn keine Frage dar, die die Beziehungen der beiden Staaten dominiert. Im asiatischen Fall ist es hingegen gerade die Geschichte, die als der Hauptfaktor in den bilateralen Beziehungen angesehen wird und sich auf diese entsprechend negativ auswirkt; selbst wenn Korea und Japan in einer Region liegen, in der die Bedrohungslage angesichts undemokratischer Länder in unmittelbarer Umgebung wesentlich größer und ernster ist als im Falle Europas.

Überaus interessant ist es ferner, dass die Koreaner gegenüber den Japanern die Geste des deutschen Bundeskanzlers als Beispiel dafür anführen, wie Abbitte zu leisten ist. Sich auf Willy Brandts symbolische Geste zu berufen, ohne gleichzeitig eine tiefgreifende Analyse der deutsch-polnischen Beziehungen während der Nachkriegszeit durchgeführt zu haben, hindert aber die beiden asiatischen Staaten daran, eine Lehre zu ziehen aus den Beziehungen zwischen den beiden europäischen Nachbarländern. Das Fehlen eines breiteren

Bewusstseins für die Rolle, die der symbolträchtige Kniefall von Bundeskanzler Brandt in Ostasien spielt, macht es zugleich aber auch sowohl den Polen wie den Deutschen unmöglich, ihre eigenen Erfahrungen im Zuge der bilateralen Aussöhnung in die aktuellen Beziehungen zu Japan und Südkorea als eine Art *soft power* einzubringen.

Es lohnt sich daher, weiter darüber nachzudenken, wie der Fall der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland zur Verbesserung der Lage in Ostasien genutzt werden kann. Ebenso sinnvoll erscheint es, sich Gedanken darüber zu machen, ob sich die koreanische Einschätzung der deutsch-polnischen Aussöhnung als eine neue Perspektive nutzen ließe, aus der heraus die deutsch-polnischen Beziehungen anders betrachtet werden könnten als bisher.

GREGOR FEINDT

SYMBOLISCHE VERSÖHNUNG UND IHRE ERINNERUNG: DIE MESSE IN KREISAU ALS ERGEBNIS UND IMPULS DEUTSCH- POLNISCHER VERSÖHNUNG¹

Die Versöhnungsmesse am 12. November 1989 in Kreisau gilt heute als zentraler Moment der deutsch-polnischen Beziehungen, der Friedensgruß zwischen Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki als ein symbolischer Meilenstein der deutsch-polnischen Versöhnung. Für Kreisau selbst, den Ort und das internationale Netzwerk von Enthusiasten, das im Jahr 1989 hier eine internationale Begegnungsstätte plante, war die Versöhnungsmesse ebenso wegweisend, denn mit ihr war Kreisau „kein Nischenprojekt mehr, sondern ein politisches Prestigejekt“.² Dabei kann die Messe auf dem Gelände des ehemaligen Guts der Fami-

¹ Die Belege in diesem Aufsatz dokumentieren vor allem Zitate. Weitere Literaturangaben finden sich in einem früheren Beitrag: Piotr Burgoński/Gregor Feindt/Bernhard Knorn, Versöhnung symbolisch kommuniziert. Die Messe in Kreisau am 12. November 1989, in: Urszula Pekala/Irene Dingel (Hrsg.), Ringen um Versöhnung. Religion und Politik im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen 1945–2010, Göttingen 2018, S. 49–91.

² Annemarie Franke, Das neue Kreisau. Die Entstehungsgeschichte der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung 1989–1998, Augsburg 2017, S. 171.

lie von Moltke nicht losgelöst betrachtet werden von anderen, politischen und zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen der deutsch-polnischen Beziehungen. Sie baute auf älteren Ergebnissen der Versöhnung zwischen Deutschen und Polen auf und verband diese mit der symbolischen Aussöhnung mit ehemaligen Kriegsgegnern, wie sie in der bundesdeutschen Politik vor allem mit Frankreich eingeübt worden war. Zugleich war sie überschattet von der Öffnung der Berliner Mauer nur drei Tage zuvor und ereignete sich mitten während der politischen Transformation Polens, Mittel- und Osteuropas.

Dieser Aufsatz diskutiert die Messe als Ereignis und symbolische Versöhnung und reflektiert dabei besonders den Erwartungshorizont der Beteiligten, d. h. die Frage, was diese für dringlich, umsetzbar und wünschenswert hielten, als Helmut Kohl im November 1989 Polen besuchte. Die Messe selbst und der Friedensgruß waren während der Messe keineswegs eindeutig oder in ihrer Bedeutung vorherbestimmt. Versöhnung war fraglos ein zentrales Anliegen der Organisatoren wie auch der Beteiligten der Messe, aber erst durch die zeitgenössische Deutung, die einsetzende Erinnerung und die Wiederholung solcher Deutungen wurde die Messe zu einem dauerhaften Symbol der Versöhnung. Zur Verdeutlichung dessen führe ich zunächst in die Vorgeschichte und den Ablauf der Versöhnungsmesse ein, um dann ihre ersten Deutungen zu diskutieren.

Helmut Kohl in Polen

Als Helmut Kohl am 9. November 1989 zu einem Staatsbesuch nach Polen aufbrach, war dies in vielerlei Hinsicht eine ungewöhnliche und komplizierte Reise. Sie wurde bereits am ersten Abend nur noch komplizierter, als in Berlin die Mauer geöffnet wurde. Ursprünglich hatte Kohl zum 1. September 1989, d. h. zum 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen, nach Warschau reisen sollen; stattdessen kam er zwei Monate später. Er besuchte nun als erster Regierungschef eines NATO- und EG-Mitgliedstaates das sich demokratisierende Polen und dessen ersten nichtkommunistischen Premierminister

Tadeusz Mazowiecki. Auch mit seiner Reiseroute betrat Kohl Neuland, denn er steuerte nicht nur die üblichen großen Städte und das ehemalige deutsche Vernichtungslager Auschwitz an, sondern auch die ehemals deutschen Ostgebiete. Neben Wirtschaftshilfen für Polen ging es vor allem um deutsch-polnische Themen: Die polnische Seite hoffte auf ein klares und uneingeschränktes Bekenntnis zur polnischen Westgrenze an Oder und Neiße, wohingegen Kohl ein Zeichen zur Unterstützung der deutschen Minderheit in Polen setzen wollte.

Zentral für Kohls Unterstützung der deutschen Minderheit war seine geplante Teilnahme an einer deutschsprachigen Messe auf dem Annaberg in Oberschlesien, einem traditionellen Wallfahrtsort. Der Bischof von Oppeln, Alfons Nossol, feierte seit Juni 1989 dort mit deutschsprachigen Gläubigen die heilige Messe wieder in deutscher Sprache und hatte den Bundeskanzler während eines Deutschlandbesuchs spontan persönlich dazu eingeladen. Ein solcher Besuch war jedoch höchst problematisch. Denn zum einen hatte die polnische Öffentlichkeit erst kurz zuvor von der Existenz der großen deutschen Minderheit erfahren, die die kommunistische Regierung zuvor über Jahrzehnte hinweg geleugnet und lediglich als Autochthone bezeichnete hatte. Und zum anderen war der Annaberg neben seiner religiösen Bedeutung ein Ort deutsch-polnischer Kämpfe nach dem Ersten Weltkrieg und in der Folge Schauplatz nationalistischer Propaganda gewesen, von deutscher, nationalsozialistischer wie von polnischer, kommunistischer Seite. Kurzfristig fiel die Wahl auf Kreisau/Krzyżowa, das ehemalige Gut der Familie von Moltke, auf dem der Kreisauer Kreis sich zu drei Haupttagungen getroffen hatte, und das 1989 zum Landwirtschaftskombinat Świdnica gehört. Auch wenn es nicht bis ins letzte Details zu rekonstruieren ist, darf angenommen werden, dass der polnische Premierminister Tadeusz Mazowiecki die Idee einer gemeinsamen Messe in Kreisau entwickelte und sein Berater Mieczysław Pszon sie hinter den Kulissen dem Bundeskanzleramt nahelegte. Damit änderte sich auch der Akzent der Messe, denn Krzyżowa war zu diesem Zeitpunkt in Polen nahezu unbekannt und nur wenigen Intellektuellen – wie dem ehemaligen katholischen Publizisten Mazowiecki – als Ort einer deutschen Widerstandsgruppe vertraut.

Mit der Entscheidung für Kreisau am 4. November, das heißt nur fünf Tage vor Kohls Eintreffen, wurde der Staatsbesuch des deutschen Bundeskanzlers in Polen für das internationale Netzwerk der Kreisaubegeisterten³ relevant. Bereits im Juni 1989 hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der internationalen Konferenz „Christ in der Gegenwart“ in Breslau/Wrocław den Regierungen vorgeschlagen, „eine internationale Begegnungsstätte der jungen Generation“⁴ in Kreisau einzurichten. In den folgenden Monaten bereiteten sie den Kauf des Gebäudekomplexes vor, führten Hintergrundgespräche auf Regierungsebene und warben in der Öffentlichkeit für das Projekt, ohne aber zu abschließenden Ergebnissen zu gelangen. Nun waren es besonders der polnische Teil dieses Netzwerkes, der Breslauer Klub der katholischen Intelligenz (KIK) und besonders der junge Bauingenieur Michał Czapliński, der in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Pfarrer, Bolesław Kałuza, die Messe vorbereiten konnte. Innerhalb von nicht einmal einer Woche wurden die Fläche zwischen den Wirtschaftsgebäuden und dem Schloss ausgebessert, die Gebäude entweder notdürftig gestrichen oder verhüllt und eine Bühne mit Altar errichtet. Parallel dazu bemühte sich der KIK, ebenso wie die gerade erst gegründete Kreisau-Initiative in Berlin, im Vorfeld der Messe Informationen über Kreisau und die Pläne einer Begegnungsstätte in der Presse zu verbreiten.

Als am Abend des 9. November in Berlin die Mauer geöffnet wurde, saßen Tadeusz Mazowiecki und Helmut Kohl in Warschau bei einem Staatsbankett zu Ehren des deutschen Gastes, der erst am Nachmittag in Polen eingetroffen war. Schnell war klar, dass Kohl kurzfristig seinen Aufenthalt in Polen würde unterbrechen müssen. Gerade weil die Konsequenzen der Grenzöffnung unklar waren, wollte der Bundeskanzler nach Berlin reisen, um vor dem Brandenburger Tor zu sprechen. Noch während die polnische Regierung befürchtete, der Bundeskanzler könne den Besuch nun ganz abbrechen, kehrte er am Abend des 11. November nach Warschau zurück, um anschließend rechtzeitig nach Kreisau weiterzureisen. Die heik-

³ Zu diesem Netzwerk siehe ausführlicher: Franke a.a.O.

⁴ Zit. nach Franke, a.a.O., S. 138.

len Aspekte seines Besuchs, allen voran die Grenzfrage, hatten nun an Aktualität gewonnen. Mit dem Fall der Mauer schien die Wiedervereinigung Deutschlands möglich.

Die Messe am 12. November 1989⁵

Am gleichen Abend des 11. November zog dichter Nebel auf. Ein Flug von Warschau nach Breslau war unmöglich geworden und dennoch bestanden die Regierungschefs auf ihrer Reise nach Kreisau. Mazowiecki wählte den Zug und Kohl reiste sechs Stunden in einer Buskolonne durch die Nacht. Mit dem Ortswechsel vom Annaberg nach Kreisau war aus dem Zeichen der Verbundenheit des Bundeskanzlers mit der deutschen Minderheit in Polen eine deutsch-polnische Messe geworden. Bereits zuvor hatte Nossol die Messe als „Versöhnungsmesse“ bezeichnet, ohne dieses Ziel genauer zu definieren. Als deutsch-polnische Messe, die im Liedheft als „msza pojednania“ bzw. „Eucharistiefeier um Aussöhnung“ betitelt war, war dieser Kontext eindeutig. Deutsche und Polen sollten hier gemeinsam erscheinen, mussten gleichzeitig aber in ihren jeweiligen Rollen erkennbar sein. Bischof Nossol leitete die Messe zweisprachig, und neben den beiden Regierungschefs waren auch die weiteren Geistlichen paritätisch am Altar versammelt. Sogar zum evangelischen Bischof Hans-Georg Binder wurde mit dem Schweidnitzer Pfarrer Waldemar Pytel ein polnisches evangelisches Pendant eingeladen. Und auch die Texte und Fürbitten während der Messe entsprachen einer solchen deutsch-polnischen Parität, auf Seiten der deutschen Sprecher zudem einer konfessionellen Parität.

In dieses Muster symbolischer Repräsentation mussten sich auch die sieben- bis zehntausend Gottesdienstteilnehmer einfügen, eine unerwartet große Gottesdienstgemeinde. Sie kamen zum Teil aus der direkten Umgebung, oder im Falle der deutschen Minderheit von weiter her, zumeist aus Oberschlesien, einige sogar aus Nordpolen. Den Schlesiern fiel dabei offensichtlich die deutsche Rolle zu, die vie-

⁵ Ausführlicher zur Versöhnungsmesse und der symbolischen Kommunikation, Burgoński u.a., a.a.O.

le von ihnen selbstbewusst annahmen. Sie brachten deutschsprachige Plakate mit, trugen mit ihren Forderungen nach Schulen und Gottesdiensten zur politischen Dimension der Messe bei und jubelten dem Bundeskanzler zu. Das bekannte Plakat „Helmut, Du bist auch unser Kanzler“ drückte dies am deutlichsten aus und sorgte bei vielen polnischen Beobachtern für gemischte Gefühle. Drei Tage nach dem Mauerfall, ohne eine eindeutige Aussage Kohls zur Oder-Neiße-Grenze und bei der nun offenen Deutschlandfrage, konnte eine solche Bekundung der Zugehörigkeit zu Deutschland auf polnischem Boden als Bedrohung erscheinen. Gleichzeitig waren die Schlesier mit Sorgen nach Kreisau gekommen, an einen Ort, den sie zunächst auf der Landkarte suchen musste und mit dem sie wenig verbanden. Gerade erst waren sie als Minderheit öffentlich in Erscheinung getreten und konnten nun noch nicht absehen, wie frei sie sich äußern konnten und was sie in der neuen politischen Realität Polens fordern konnten.

Was Versöhnung konkret heißen konnte, führte Bischof Nossol in seiner Predigt aus. Er entwickelte den Gedanken theologisch aus der Versöhnung des Menschen mit Gott und leitete daraus die Aussöhnung⁶ von Menschen untereinander ab. Die Messe in Kreisau war so eine „Gnadenstunde“, in der göttliches Versöhnungshandeln an und mit den Menschen wirksam werden sollte. Nossol wendete diese Differenzierung ins Konkrete und rief die Anwesenden explizit zu Versöhnung und zu gegenseitiger Vergebung auf. Dabei berief er sich auf religiöse Autoritäten, zitierte Papst Johannes Paul II. und den Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder von 1965 („Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“). Zudem reihte besonders Nossol den Kreisauer Kreis und Helmuth James von Moltkes Abschiedsbrief, wie auch deutsch-polnische Jugendbegegnungen in diese Vorbilder der Versöhnung ein. Nossol spannte einen dezidiert religiösen und gesellschaftlichen Bogen, ohne den konkre-

⁶ In seiner Predigt unterschied Nossol mündlich auf Deutsch zwischen „Versöhnung“ und „Aussöhnung“, was in den gedruckten Fassungen nicht mehr nachvollziehbar ist. Dort wird allgemein der Begriff „Versöhnung“ verwendet. Vgl. Burgoński u.a., a.a.O., S. 70.

ten politischen Rahmen der Messe zu erwähnen, und bezog Kreisau und die Pläne einer Jugendbegegnungsstätte implizit mit ein.

Die eigentliche symbolische Handlung der Versöhnung war jedoch der Friedensgruß zwischen Kohl und Mazowiecki, dem beide Regierungschefs in einer Umarmung Ausdruck verliehen. Diese Geste hatte mehrere Ebenen, die nicht voneinander zu trennen sind: Als religiöse Handlung wurde nach der Aufforderung „Gebt einander ein Zeichen des Friedens und der Versöhnung“ der Wunsch „Der Friede sei mit Dir“ weitergegeben. Zugleich kommunizierte diese Geste zweier Regierungschefs die politische Handlung der Annäherung und Aussöhnung zwischen ehemaligen Kriegsgegnern. Beide Regierungschefs waren bekennende Katholiken und Christdemokraten, mit dem Ritus vertraut, und doch erweiterten sie ihn noch. Bereits kurz vor dem Friedensgruß richteten sich die Fernsehkameras auf die beiden Politiker, die zunächst den Friedensgruß mit Bischof Nossol austauschten. Kohl bedeutete Mazowiecki einige Schritte nach vorne zu machen, um besser sichtbar zu sein. Dann reichten sie sich die Hände, umarmten einander, drückten sich auf jeder Wangenseite einmal und schüttelten sich zum Abschluss die Hände, bevor sie auf ihre Plätze zurückkehrten. Die Gottesdienstgemeinde applaudierte und bestätigte damit die Dramaturgie der Geste.

Für die Anwesenden, die zahlreichen Fernsehzuschauer in beiden Ländern und die später berichtende Presse war offenkundig, dass Kohl und Mazowiecki im Friedensgruß als Repräsentanten ihrer Staaten handelten. Kohl hatte während seiner Amtszeit immer wieder auf die symbolische Wirkung von Bildern vertraut und Versöhnungsgesten initiiert. 1984 hatte er François Mitterrand in Verdun die Hand gereicht. Ein Jahr später versuchte Kohl eine ähnliche Geste mit Ronald Reagan in Bitburg, die aber von der Kontroverse über den Ort, einem Soldatenfriedhof, auf dem auch Angehörige der Waffen-SS begraben sind, überschattet wurde. In Kreisau jedoch hatte überhaupt erst der Konflikt über den Ort des Geschehens eine solche Geste ermöglicht.⁷ Bereits

⁷ Annemarie Franke/Dominik Kretschmann, Der Friedensgruß von Kreisau 1989. Eine Geste als Versprechen, in: Corinne Defrance/Ulrich Pfeil (Hrsg.), Verständigung und Versöhnung nach dem „Zivilisationsbruch“? Deutschland in Europa nach 1945, Bonn 2016, S. 137-156, hier S. 145.

in seinem kurzen Grußwort am Ende der Messe beschrieb Kohl den Friedensgruß auch als „Gruß der Versöhnung“ und berichtete von den gegenseitigen Segensworten für die jeweiligen Länder, die er und Mazowiecki dabei aussprachen. Der in seinem Politikstil deutlich nüchterner Mazowiecki sprach lediglich über die während der Messe erfahrene zwischenmenschliche Brüderlichkeit. Im Moment des Friedensgrußes selbst schien es – so die Wochenzeitung *Die Zeit* – fast so, als gewähre er Kohl die Geste – und zudem relativierte er sie später als bloßen Teil der Liturgie.⁸ In der Rückschau bestritt er sogar die politische Dimension und verwahrte sich auch vor einer nachträglichen politischen Vereinnahmung.⁹ Noch am selben Tag kommentierte der polnische Journalist Janusz Reiter, mit der Messe habe man Kohl „in die kirchliche Ornamentik“ eingebaut, ihn folglich gleichsam politisch eingeehgt.¹⁰ Die Deutung, Einordnung und Perspektivierung des Friedensgrußes war so von Beginn an kontrovers.

Für die Rezeption dieser Geste war die mediale Vermittlung des Geschehnisses entscheidend; im Fernsehen, in den Zeitungen und in längerer Wirkung auch in der bildlichen Überlieferung. Westdeutsche, polnische und internationale Zeitungen schilderten zwar eher sachlich die „symbolträchtige Umarmung“¹¹, ordneten sie aber ein als „Versöhnungsgeste“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Rzeczpospolita*, *Trybuna Ludu*), „Friedenszeichen“ (*Gazeta Wyborcza*) oder gar „Friedenskuss“ (*Le Monde*) – andere wie die *taz* übernahmen sogar Nossols Worte vom „Wunder der Versöhnung“. Verbunden wurde dies in vielen, aber längst nicht in allen Zeitungen, mit einem Bild der Umarmung, zumeist mit einem Bild der Agentur AP, das Kohl und Mazowiecki vor der Statue der Hl. Hedwig zeigt.¹² Dabei

⁸ Gerhard Spörl, „Zweimal Warschau und zurück. Wie Helmut Kohl seine merkwürdige Reise nach Polen absolvierte“, in: *Die Zeit* vom 17.11.1989, S. 9.

⁹ Franke, a.a.O., Fn 17.

¹⁰ Axel Hacke, „Am Abgrund der Geschichte entlang“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 15.11.1989, S. 3.

¹¹ Stefan Dietrich, „Unter Schwarz-Rot-Gold und »Solidaritäts«-Abzeichen eine symbolträchtige Umarmung der Regierungschefs“, in: *FAZ* vom 13.11.1989, S. 2.

¹² Bernt Conrad, „Einen Freund gefunden“, in: *Die Welt* vom 15.11.1989, S. 2.; Spörl, *Zweimal Warschau*; Klaus Bachmann, „Kohl deutschelt – Klein jennigert“, in: *taz* vom 14.11.1989, S. 6 (jeweils dasselbe AP-Bild); Michał Kołodziejczyk, „Spotkanie

war gerade die Auswahl des Bildes entscheidend für die öffentliche Wirkung der Versöhnungsgeste und damit für die spätere Deutung der Versöhnungsmesse. Das in den Berichten verwendete Bild zeigt Kohl und Mazowiecki trotz des Größenunterschieds als gleichberechtigte Partner und damit Versöhnung als gegenseitigen Prozess. Andere Bilder, die in den folgenden Jahren häufiger verwendet wurden, zeigen die Umarmung aus einer Perspektive hinter Kohl und suggerieren eine Umarmung zwischen einem übermächtigen deutschen Bundeskanzler und einem deutlich kleineren polnischen Ministerpräsidenten.

Diese spätere Bildauswahl knüpft an eine andere, spezifisch bundesdeutsche Rezeption dieses Versöhnungshandelns an, die sich mit dem Vorwurf des „Versöhnungsimperialismus“ zusammenfassen lässt, den Antje Vollmer vorbrachte.¹³ Die gewohnt Kohl-kritische *taz* beschrieb die Umarmung zudem als „Versöhnung der Marke Kohl: gönnerhaft, fast zudringlich umarmt er den polnischen Ministerpräsidenten“¹⁴ und auch die *Süddeutsche Zeitung* unterstellte Kohl, in Kreisau habe er sich „wie der Hausherr gebärdet“¹⁵. Diese Kritik an Kohl als unglaublichem und übergriffigem Akteur ist nur vor dem Hintergrund der späten 1980er Jahre und Kohls Geschichtspolitik zu verstehen: Trat er in Polen als deutscher Gast mit Versöhnungsbereitschaft auf, so stand er innenpolitisch eben nicht für eine intensive Aufarbeitung. Auch diesen Aspekt kommentierte die *taz*: „Mit ‚dräsigem‘ Wohlgefallen lässt er sich von den Schlesiern feiern und erwähnt die Tradition des Ortes

H. Kohla z W. Jaruzelskim“, in: *Słowo Powszechnie* vom 13.11.1989, S. 1, 6, hier S. 1; Jürgen Wahl, „Gemeinsam wohnen im europäischen Haus“, in: *Rheinischer Merkur* vom 17.11.1989, S. 8; Jürgen Leinemann, „Helmut Kohl als Symbol“, in: *Der Spiegel* vom 20.11.1989, S. 130–133, hier, S. 130. In polnischen Zeitungen erscheinen auch andere Bilder, z. B. Kohl und Mazowiecki im Gespräch: „Msza w intencji pokoju i pojednania z udziałem premiera PRL i kanclerza RFN“, in: *Gazeta Robotnicza* vom 13.11.1989, S. 1f., hier S. 1; „Szefowie rządów Polski i RFN wykonali gest pojednania“, in: *Trybuna Wałbrzyska* vom 14.11.1989, S. 1f., 10, hier S. 2.

¹³ Gerd Nowakowski, „Wandel im Osten – aber ohne die CDU“, in: *taz* vom 09.11.1989, S. 4.

¹⁴ Charlotte Wiedemann, „Vergangenheit darf uns nicht erdrücken“, in: *taz* vom 15.11.1989, S. 7.

¹⁵ Udo Bergdoll, „Kohl fehlen die Worte“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 14.11.1989.

[Kreisau] mit keiner Silbe“¹⁶. Seine konsequente Offenhaltung der deutschen Frage und die Nähe zu den Vertriebenenverbänden machten ihn für linke oder liberale Kommentare, aber auch für viele Akteure der zivilgesellschaftlichen Annäherung zwischen Deutschen und Polen zu einem fragwürdigen Repräsentanten und zu einem noch schwierigeren Ansprechpartner in Bezug auf deutsch-polnische Themen. So war die bundesdeutsche Bewertung von Kohls Staatsbesuch auch in anderen Zeitungen durchweg kritisch.

In einem Interview mit der *Gazeta Wyborcza* schilderte Kohl ausführlicher und biografisch seine Motivation zur Versöhnung mit Polen, und bestätigte zugleich die Kritik an ihm. Er verwies auf die deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges und zugleich auf den Verlust der Heimat, den Millionen Deutsche erlitten hatten. Kohl summierte hier Geschichte auf, ohne sie zu bewerten oder explizit um Vergebung zu bitten; stattdessen entwickelte er vorrangig eine positive Perspektive aus der gemeinsamen Geschichte. In der Versöhnung mit Frankreich, die mittlerweile zu einer Freundschaft zwischen beiden Ländern mit einem „dichten Netz persönlicher Kontakte“ gewachsen sei, erkannte er ein konkretes Vorbild für die Versöhnung mit Polen und verglich seine eigene Rolle mit der Konrad Adenauers.¹⁷ Damit wiederholte Kohl auch in der polnischen Öffentlichkeit ein aus deutschen Diskussionen bekanntes Argumentationsmuster, nämlich die Bestätigung von Bekanntem bei gleichzeitiger Adressierung unterschiedlicher Gruppen, ohne dabei eine dezidierte Selbstpositionierung vorzunehmen. In der *Süddeutschen Zeitung* wurde eine solche Haltung gerade angesichts des historischen Moments des Mauerfalls als Sprachlosigkeit kritisiert. Und in der *taz* hieß es: „Gerade heute könnte er mit dem richtigen Wort zu richtigen Zeit Berge von Misstrauen versetzen.“¹⁸

In Polen waren die Reaktion verhaltener, auch weil von Kohl zwar weitreichende Aussagen zur Westgrenze erhofft, aber kaum erwar-

¹⁶ Wiedemann, Vergangenheit darf uns nicht erdrücken, a.a.O.

¹⁷ Janusz Reiter, „Wywiad z Helmutem Kohlem“, in: *Gazeta Wyborcza* vom 09.11.1989, S. 6.

¹⁸ Bergdoll, Kohl fehlen die Worte.

tet worden waren. So begann die *Gazeta Wyborcza* ihren Bericht über das „Friedenszeichen“ durchaus treffend mit der Feststellung, die Feldmesse in Kreisau habe „besonders für die Deutschen eine symbolische Bedeutung“¹⁹ gehabt, um dann vergleichsweise nüchtern über das Geschehen zu berichten. Ähnlich handhabte es auch die Parteizeitung *Trybuna Ludu*. Nur die kommunistische Jugendzeitung *Sztandar Młodych* überraschte mit einem Vergleich des Friedensgrußes von Kreisau mit dem Kniefall Willy Brandts, was allein schon deswegen bemerkenswert schien, da dieser aufgrund der kommunistischen Zensur in Polen relativ unbekannt geblieben war.²⁰

Impulse der Versöhnungsmesse

Die Wahrnehmungen und Bewertungen der Versöhnungsmesse waren ungleich, ja teils sogar widersprüchlich. Dabei war es weniger der Friedensgruß der beiden Regierungschefs, der Diskussionen hervorrief, als seine Umstände und Implikationen, die teils emotional und kontrovers kommentiert wurden. Bei all dem ist offensichtlich, dass Helmut Kohl bereits am 12. November 1989 die Messe zu einem historischen Ereignis erklärte, damit aber weitestgehend alleine blieb. Erst mit der Zeit wurde die Versöhnungsmesse zu einem Meilenstein und Wegweiser der deutsch-polnischen Beziehungen – ihr Erfolg ist somit einer der Deutung und Aneignung.

Der langfristige Stellenwert der Versöhnungsmesse ist zunächst den während des Staatsbesuchs angedeuteten und gemachten, vor allem aber eingehaltenen Versprechen geschuldet.²¹ Auch wenn die Bundesregierung im November 1989 die polnische Westgrenze nicht explizit anerkannte, folgte eine solche Anerkennung im Zwei-plus-Vier-Vertrag und im deutsch-polnischen Grenzvertrag ein Jahr später. Wichtiger noch, diese Anerkennung wurde durch den Nachbarschaftsvertrag und eine lebendige Kooperation und umfangrei-

¹⁹ Kl, Znak pokoju, in: *Gazeta Wyborcza* vom 13.11.1989, S. 1.

²⁰ Zitiert nach Klaus Bachmann, *Kohl deutschelt*, a.a.O.

²¹ Franke/ Kretschmann, a.a.O., S. 146.

che Wirtschaftshilfe Anfang der 1990er Jahre mit Leben gefüllt. Es entstand eine leistungsfähige „deutsch-polnische Interessengemeinschaft“, wie es der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski formulierte, die Polen tatsächlich Europa annäherte. Oftmals wurde eine solche Kooperation als Versöhnung gerahmt, ohne dass es hier um eine explizite Aufarbeitung von Schuld und Vergangenheit ging. So kritisierte der Journalist Klaus Bachmann diese überbordende Semantik 1994 als „Versöhnungskitsch“, der dann vorliege, „wenn jede normale politische Handlung zwischen zwei Nachbarstaaten nicht mehr als normale Handlung, sondern als Versöhnung gilt.“²² Doch diese ernüchternde Kritik tat den gleichzeitig erreichten zivilgesellschaftlichen Errungenschaft Unrecht, und die Verallgemeinerung der Versöhnung trug zweifelsohne dazu dabei, die Versöhnungsmesse als Ausgangspunkt der deutsch-polnischen Versöhnung ab 1989 zu etablieren.

Die Messe in Kreisau baute auf der zivilgesellschaftlichen, besonders der kirchlichen Versöhnung der vorherigen Jahre auf und verschränkte Zivilgesellschaft und Politik, ohne dies explizit und öffentlich zu machen. Helmut Kohl handelte hier eindeutig als Politiker. Der ehemalige katholische Publizist und Solidarność-Berater Mazowiecki hingegen hatte sich jahrzehntelang für die Annäherung zwischen beiden Ländern eingesetzt und brachte diese Erfahrung ein. Dass parallel zur Messe Polen und Deutsche zusammen mit anderen Europäern eine Begegnungsstätte in Kreisau planten, blieb in der Berichterstattung über die Versöhnungsmesse ein Nischenthema. Nach der Messe erreichte die Initiative ihr Ziel, gerade aufgrund dieser Verschränkung von Politik und Zivilgesellschaft. Die Regierungschefs erklärten ihre Unterstützung und stellten aus den umgewandelten deutschen Krediten die Mittel für die Renovierung der Gutsanlage zur Verfügung. In den folgenden Jahren baute die neugegründete Stiftung Kreisau als zivilgesellschaftliche Initiative das „neue Kreisau“ auf und ermöglichte damit erst die langfristige Wirkung des Friedensgrußes. Denn dieser fand nicht nur einen wirtschaftlichen

²² Klaus Bachmann, „Die Versöhnung muß von Polen ausgehen“, in: taz vom 5.8.1994.

und politischen Wiederhall, sondern hatte am Ort des Geschehens eine deutsch-polnische Begegnungsstätte (mit-)ermöglicht.

Somit verdeutlicht die Versöhnungsmesse in Kreisau – als historisches Ereignis und als immer wieder erzählte Erinnerung – eine doppelte Geschichte, dass nämlich die Versöhnungsmesse nicht nur ein politisches Ereignis war, sondern heute auch ein zivilgesellschaftliches Vermächtnis der deutsch-polnischen Verständigung hervorgebracht hat. An dieser zweiten Geschichte der Versöhnungsmesse, d. h. der Erfüllung des Versprechens des Friedensgrußes und seiner affirmativen Erinnerung, waren die Stiftung Kreisau sowie Bürgerinnen und Bürger aus Polen, aus den beiden deutschen Staaten, aber auch aus anderen europäischen Ländern zentral beteiligt. Erst das Engagement all dieser Menschen und der Erfolg der Begegnungsstätte in Kreisau hat das anmaßende und zögerliche Versprechen des Friedensgrußes mit Leben erfüllt und zu einem ausgleichenden Symbol deutsch-polnischer Versöhnung werden lassen. Natürlich bleibt kritisch anzumerken, dass nicht jeder dieser Aspekte mit der gleichen Intensivität bzw. auch nicht gleichermaßen kontinuierlich zu jeder Zeit umgesetzt werden konnte – auch nicht in Kreisau. Mit Blick auf den 30. Jahrestag der Messe im Jahr 2019 aber ist es dennoch wichtig, an diese zivilgesellschaftlichen Aktiven zu erinnern. Aus der Perspektive der Stiftung Kreisau ist es sogar notwendig, selbstbewusst und lautstark an diese Akteure und ihr Erbe zu erinnern. Der Friedensgruß vom 12. November war eine symbolische Geste zweier Politiker. Und zu einer wirklichen Geste der Versöhnung wurde sie durch die Zivilgesellschaften. Seit 1989 und bis heute wurde und wird diese Intention der Versöhnungsmesse fortgesetzt und aktualisiert durch die zahlreichen Jugendliche aus Deutschland, Polen und Europa, die sich in Kreisau begegnen.

ANNEMARIE FRANKE

EUROPA DENKEN UND DEUTSCH-POLNISCH HANDELN – DIE VORGESCHICHTE DER STIFTUNG KREISAU FÜR EUROPÄISCHE VERSTÄNDIGUNG

Kreisau in Niederschlesien heißt seit 1945 Krzyżowa. Während des Zweiten Weltkrieges traf sich in diesem Dorf auf dem Gutshof von Helmuth und Freya von Moltke die Widerstandsgruppe „Kreisauer Kreis“. Graf Helmuth James von Moltke und sieben weitere enge Freunde aus dem Kreisauer Kreis wurden von der nationalsozialistischen Justiz zum Tode verurteilt und hingerichtet. Nach Ende des Krieges mussten die deutschen Bewohner/innen ihre Häuser und Höfe verlassen. Ebenso wenig freiwillig kamen die meisten Neusiedler in das fremde Dorf Krzyżowa. Das frühere Hofgut der Familie von Moltke wurde im sozialistischen Polen zum staatlichen Landwirtschaftsbetrieb. Die traumatische Erfahrung des Krieges, der deutschen Besatzung in Polen sowie von Flucht und Vertreibung während und nach dem Krieg führten über Jahrzehnte hinweg zu einer Sprach- und Beziehungslosigkeit im Verhältnis zwischen Deutschen und Polen. Lediglich einzelne Personen in beiden Ländern bemühten sich sehr früh nach Ende des Zweiten Weltkrie-

ges um Kontakte, Dialog und Beziehungsaufbau. Sie sind nicht hoch genug zu schätzen als Pioniere der deutsch-polnischen Versöhnung. Ich möchte daher an einem Beispiel zeigen, wie die Überlebenden des „Kreisauer Kreises“ sich in den Nachkriegsjahrzehnten für eine Annäherung an Polen und damit verbunden für eine öffentliche Nutzung des Gutshauses im polnischen Krzyżowa einsetzten.

Die Widerstandsgruppe hatte sich in den Jahren 1942 und 1943 im Wohnhaus der Familie von Moltke – dem sogenannten Berghaus in Kreisau – zu getarnten Beratungen über eine Neuordnung Deutschlands nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur getroffen. Das Ergebnis dieser Beratungen war unter anderem ein Europäischer Verfassungsentwurf. Und zudem findet sich unabhängig von diesem konkreten Dokument in allen Grundlagentexten der „Kreisauer“ die Überzeugung, dass eine zukünftige Friedensordnung in Europa nicht von starken Nationalstaaten getragen werden könne, sondern das Aufgeben von Souveränitätsrechten verlangt werden müsse. Ebenso wichtig für das Selbstverständnis des Kreises war die vollständige Übernahme der Verantwortung für den verbrecherischen Krieg des nationalsozialistischen Deutschland. Ein Schlüsseldokument in diesem Zusammenhang sind die Überlegungen zur „Bestrafung von Rechtsschändern“, zu lesen wie ein gedanklicher Vorgriff auf die späteren Verfahren gegen NS-Verbrecher wegen ihrer Verbrechen gegen die Menschlichkeit.¹

Das Vermächtnis des Widerstands versuchten Überlebende und Anhänger/innen in unterschiedlichen Formen und Institutionen weiterzutragen. Seit den 1950er-Jahren förderte die Evangelische Kirche in Berlin-West die politische Bildung und Seelsorge für Arbeiter/innen in Betrieben und im Handwerk. Harald Poelchau, verantwortlich für das neue Sozial- und Industriepfarramt der Kirche, gründete 1957 gemeinsam mit dem jüngeren Pfarrer Franz von Hammerstein die Evangelische Berufsschularbeit. Damit waren zwei durch die Erfahrung des Widerstands gegen

¹ Vgl. hierzu das Dossier: Kreisauer Kreis. Dokumente aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus, hrsg. von Roman Bleistein, Frankfurt/Main 1987, S. 302-310.

den Nationalsozialismus geprägte Theologen fortan damit beschäftigt, bei jungen Menschen aus der Arbeiterschaft ein Bewusstsein für gesellschaftliche und politische Fragen zu wecken und sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu begleiten. Harald Poelchau (1903-1972) war Seelsorger im Gefängnis Berlin-Tegel in den Jahren 1933 bis 1945 gewesen und hatte hunderte von politisch Verfolgten und Verurteilten vor der Hinrichtung begleitet, darunter auch Helmuth James von Moltke und seine Freunde im Widerstand. Franz von Hammerstein (1921-2011) war der Sohn von Kurt von Hammerstein-Equord, dem General der Reichswehr und Chef der Heeresleitung, der Hitler nach 1933 seine Mitarbeit verweigerte. Franz, der jüngste Sohn von sieben Geschwistern, wurde Opfer der Sippenhaft nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944, an dem seine Brüder aktiv beteiligt gewesen waren. Poelchau und von Hammerstein war es gleichermaßen ein Anliegen, Lehren aus der Diktatur des Nationalsozialismus zu ziehen, indem sie eine verantwortungsvolle und politisch kritische junge Generation förderten. Der Raum für diese Arbeit entstand in den 1960er-Jahren in Form einer neuen Einrichtung im Süden der Stadt, einer Begegnungsstätte mit dem Namen „Haus Kreisau“. Warum dieser Name?

Vor allem das gemeinsame Suchen, Denken und Handeln einer sehr verschiedenen Gruppe von Menschen (Kreisauer Kreis) soll durch diesen Namen unterstrichen werden. Die verschiedenen Bereiche menschlicher Verantwortung – sozial, politisch, christlich – fallen bei ihnen nicht auseinander, sondern bilden eine Einheit.

Der Name sollte Programm werden: im Widerstehen gegen Unrecht und Tyrannei, im Eintreten für Menschlichkeit und Toleranz und in der Orientierung auf ein vereinigtes und friedliches Europa.²

Anlässlich des Jahrestages „25 Jahre Kriegsende“ sendete Franz von Hammerstein im Mai 1970 eine Broschüre über das neue

² Vgl. dazu die Darstellung zur Geschichte auf der Seite der Einrichtung: http://hauskreisau.de/ueber_uns/#_geschichte (letzter Zugriff: 03.01.2019).

„Haus Kreisau“ in Berlin an das Auswärtige Amt in Bonn, verbunden mit dem Hinweis und der Aufforderung, zu erwägen, ob nicht das Schloss und Gut Kreisau in Polen der richtige Ort wäre für eine Begegnungsstätte zur Förderung der deutsch-polnischen Verständigung.³ Franz von Hammerstein war inzwischen (in den Jahren 1968 bis 1975) Generalsekretär der Aktion Sühnezeichen, die er vor der Teilung Berlins gemeinsam mit Lothar Kreyszig 1958 gegründet hatte.⁴ Die Bundesrepublik unterhielt zu diesem Zeitpunkt keine diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik Polen. Allerdings versprach die neue Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt dies betreffend Veränderungen und in diesem Kontext ist die Anregung von Franz von Hammerstein und seinen Freunden zu sehen.

Die Broschüre aus dem Jahr 1968 stellt zunächst das Haus vor und erklärt, warum es den Namen „Kreisau“ trägt. Franz von Hammerstein hatte in Zusammenarbeit mit Freya von Moltke und Harald Poelchau die Redaktion des Heftes übernommen, das mehr noch als die Institution und die Programmangebote vor allem die Mitglieder des „Kreisauer Kreises“ vorstellt, die dem Namen des Hauses, wie es wörtlich heißt, „seine Bedeutung gegeben haben.“⁵ Auf Seite 4 des Heftes ist das Foto eines Straßenschildes „Krzyzowa 3 [km]“ abgebildet, das jemand bei einem Besuch in Polen aufgenommen haben muss. Im erläuternden Text wird im Zuge dessen dann kurz der „Kreisauer Kreis“ vorgestellt, um abschließend Helmuth James von Moltkes Haltung zu Polen zu referieren:

Nach allem, was seit 1939 in Polen geschehen war, bestand im Kreisauer Kreis Klarheit darüber, dass Deutschland dort viel gutzumachen hatte.

³ Briefwechsel von Hammerstein – Duckwitz vom 14.05. und 21.05.1970, Archiv der Stiftung Kreisau, Koll. A. Cordes.

⁴ Nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 teilte sich die Organisation auf in die Aktion Sühnezeichen West und die Aktion Sühnezeichen DDR. Vgl. zur Geschichte der Organisation: Gabriele Kammerer, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste – Aber man kann es einfach tun, Göttingen 2008.

⁵ Siehe hierzu das Vorwort im Heft „Kreisau. Haus der Berufsschul- und Industriejugend Berlin-Kladow.“ Datiert 20.02.1968 (Archiv der Stiftung Kreisau).

Wiederholt hatte Moltke mit anderen über die ‚Wiedergutmachung‘ an den Polen gesprochen. Gerade unter diesem Gesichtspunkt war ihm die Grenze Deutschlands auch gar nicht so wichtig.⁶

Diese Äußerung zur Grenze in Verbindung mit dem abgebildeten polnischen Ortsschild „Krzyżowa“ war zu diesem Zeitpunkt hochpolitisch. Die Bundesrepublik erkannte die Oder-Neiße-Linie nicht als Westgrenze Polens an und erklärte damit auch den Verlust der deutschen Ostgebiete nicht für endgültig. Die Antwort des Auswärtigen Amtes auf das Schreiben von Hammersteins wurde entsprechend nüchtern verfasst. Staatssekretär Duckwitz erklärte, das Gutshaus Kreisau stehe nicht „unter bundesdeutscher Verfügung“ und insofern müsse die Initiative von Polen ausgehen.⁷

Die Anfrage an das Auswärtige Amt blieb somit nicht ohne Antwort, doch zunächst ohne Folgen auf diplomatischer Ebene. Allerdings verfolgte Franz von Hammerstein in seinen verschiedenen Tätigkeitsfeldern das Thema Kreisau weiter. Sowohl als Generalsekretär der Aktion Sühnezeichen West wie auch später als Leiter der Evangelischen Akademie in Berlin-West (in den Jahren von 1978 bis 1986). In beiden Funktionen verschrieb er sich dem Aufbau von Beziehungen nach Polen und dem Anregen von Diskussionen in West-Berlin bzw. in der Bundesrepublik über das Verhältnis zu Polen. Die Eingabe an das Auswärtige Amt von 1970 beweist, dass sich lange vor 1989 verschiedene Einzelpersonen und Gruppen für das frühere Gut der Familie von Moltke und den Treffpunkt des „Kreisauer Kreises“ interessierten. Ich habe diese Zusammenhänge in meiner Doktorarbeit detailliert dargestellt und spreche dort von einem „unsichtbaren Netzwerk“, dessen einzelne Knotenpunkte sich bei konkreten Institutionen

⁶ Ebd., S. 5.

⁷ Diese Antwort gab ein Staatssekretär, der aus Protest gegen die Hallstein-Doktrin als Leiter der Ostabteilung 1961 um seine Entlassung gebeten hatte und von Willy Brandt in den aktiven Dienst des Auswärtigen Amtes zurückgeholt worden war, um gemeinsam mit ihm die neue Ostpolitik voranzubringen. Zur Person vgl.: Hans Kirchhoff: „Zum Gedenken an Georg Ferdinand Duckwitz 1904-1973“, hrsg. vom Auswärtigen Amt 2004, online unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/130930-duckwitz/257754> (letzter Zugriff: 02.03.2019).

ebenso wie bei formellen und informellen Gruppen verorten lassen.⁸ Die einzelnen Akteure haben die zukünftige Begegnungsstätte in Kreisau auf unterschiedliche Weise geistig vorbereitet: über ihre jeweils unterschiedliche Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges, den tieferen gesellschaftlichen und politischen Wurzeln des Totalitarismus im 20. Jahrhundert, der Teilung Europas und Deutschlands und dem deutsch-polnischen Verhältnis. Diese Auseinandersetzung fand an Orten statt, die eigens für den Dialog geschaffen wurden oder Freiräume ermöglichten, aus denen Dialog entstehen konnte. Dazu gehörten Zeitungsredaktionen, Bildungsstätten, kirchliche Räume, private Wohnräume, Hochschulen, Akademien, Seminare und wissenschaftliche Tagungen. Das Dorf Krzyżowa selbst gehörte insofern bereits vor 1989 dazu, als dass es für viele einen Bezugspunkt oder eine Motivation darstellte für ihr Engagement im deutsch-polnischen Dialog. Für die meisten aber, die ihre Beziehungen nach Polen in Krakau, Warschau und andernorts pflegten, wurde Krzyżowa zu einer Entdeckung des Jahres 1989. Das Interesse an Kreisau als politisch-historischem Topos ging über das deutsch-polnische Verhältnis hinaus und bezog auch Wissenschaftler aus den Niederlanden, Großbritannien und den USA mit ein. Eine weitere Verbindung in die USA und die Niederlande war eine Persönlichkeit, die nur indirekt mit der Geschichte des Kreisauer Kreises verbunden ist: Eugen Rosenstock-Huessy (1888-1973), der vor seiner Emigration 1933 an der Breslauer Universität Recht lehrte und für Helmuth James von Moltke sowie einige spätere Mitglieder des Kreisauer Kreises ein geistiger Vater wurde. Seine Schriften und politischen Ideen haben Menschen europaweit und über den Atlantik miteinander verbunden. Freya von Moltke (1911- 2010), die Witwe Helmuth James von Moltkes, lebte seit den 1960er Jahren an der Seite Rosenstock-Huessys in Vermont/USA und wurde damit zu einem zentralen Knotenpunkt des Beziehungsgeflechts.

⁸ Vgl. dazu ausführlich Kapitel 1 meiner Doktorarbeit „Ein unsichtbares Netzwerk entsteht – Orte der Erinnerung an den „Kreisauer Kreis“ und die Idee einer internationalen Begegnungsstätte in Krzyżowa vor 1989“, erschienen in der Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944, Bd. 22, Annemarie Franke, Das neue Kreisau. Zur Entstehungsgeschichte der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung 1989-1998, Augsburg 2017, S. 24-121.

Gemeinsam war diesen Akteuren die Überzeugung, dass die Antwort auf die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges Europa heißt, konkret der Aufbau friedlicher Beziehungen zwischen den Gesellschaften und den Staaten als Aufgabe für die Bürger/innen wie auch für die Regierungen. Im Falle der deutsch-polnischen Beziehungen waren die Bürger/innen häufig den Regierungen voraus und wagten den ersten Schritt.

Inwieweit konnte jedoch in den 1970er-Jahren die Rückbesinnung auf eine deutsche Widerstandsgruppe mit dem oben skizzierten Programm, die durch ihren wichtigsten Treffpunkt mit den früheren deutschen Ostgebieten in Westpolen verbunden war, für polnische Gesprächspartner überzeugend sein? War Krzyżowa mit seinem Kreisauer Erbe der richtige Ort für die deutsch-polnische Verständigung unter jungen Menschen? Welche Themen hatten Priorität im deutsch-polnischen Dialog?

Die Familie Kazimierz und Wanda Czapliński mit ihren Söhnen Michał und Krzysztof sollten sich später ab 1989 für das Projekt Jugendbegegnungsstätte Kreisau engagieren. Seit den 1960er-Jahren spielten sie in Wrocław eine wichtige Rolle für die Beziehungen sowohl zur Aktion Sühnezeichen (DDR), als auch zu den westdeutschen katholischen Initiativen wie der Pax Christi Gruppe Dortmund bzw. zum Bensberger Kreis. Der Ort Krzyżowa, 60 km von Wrocław entfernt, und die Geschichte des Kreisauer Kreises waren ihnen nicht vertraut. Sie erinnerten sich später, dass ein Besucher aus Deutschland ihnen davon erzählt haben musste. Auf einer Karte von Niederschlesien hatte sich Kazimierz Czapliński den Ort im Jahr 1971 eingekreist, versehen mit folgendem Vermerk: „Krzyżowa bei Świdnica (deutsch: Kreisau), ehemaliger Sitz von Moltke (Kreisauer Kreis – vide die Publikation über Bonhoeffer aus ZNAK), IV. 71, K. Cz.“ Den Eintrag fand er überrascht wieder, als sein Sohn zu Hause von der Idee erzählte, das Gutshaus in Krzyżowa zu kaufen, und er die Landkarte hervornahm.⁹

⁹ Für ein neues Europa oder Wie entstand die Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung, hrsg. von der Gesellschaft der Kreisau-Freunde, Wrocław 2002 (2. Auflage), S. 25 (poln.: „Ku nowej Europie czyli jak powstawała Fundacja „Krzyżowa“ dla Porozumienia Europejskiego“, pod redakcją Krystyny Tyszkowskiej, Wrocław 1997, str. 25).

Ein regelmäßiger Gast im Hause Czapliński war der katholische Sozialpädagoge Günter Särchen, der die polnischen Kontakte der Aktion Sühnezeichen aufgebaut hatte. Er begleitete die Sommerlager der Aktion, zum Beispiel Arbeitseinsätze zur Spurensicherung in ehemaligen Konzentrationslagern oder beim Bau von Kirchen oder bei der Sicherung des jüdischen Friedhofs in Breslau. Der Widerstand des Kreisauer Kreises war bei diesen Begegnungen in Polen kein Thema. So führte die berühmte Fahrrad-Pilgerfahrt der Aktion Sühnezeichen (DDR) im Sommer 1965 zwar auf dem Weg nach Oświęcim-Auschwitz durch Niederschlesien, aber zu Orten wie Groß Rosen – dem ehemaligen Konzentrationslager – und zum Kloster Grüssau, nicht aber zum Kreisauer Berghaus. Über die Aktion Sühnezeichen kam auch der spätere Bürgerrechtler Ludwig Mehlhorn als Student nach Polen und entwickelte seit den 1970er-Jahren enge Kontakte zur polnischen demokratischen Opposition. Ludwig Mehlhorn beschrieb im Rückblick seine Beziehung zu Kreisau vor 1989 wie folgt:

Trotz meiner intensiven Kontakte in Polen und des Interesses für den deutschen Widerstand waren das damals für mich zwei völlig verschiedene Sachen. Ich wusste natürlich, dass Kreisau seit dem Kriegsende in Polen liegt, aber die Geschichte der ehemaligen deutschen Ostgebiete und die niederschlesischen Dörfer interessierten mich damals überhaupt nicht.¹⁰

Er brauchte erst den Anstoß seiner polnischen Freunde im Jahr 1989, um auf seiner Landkarte Polens das niederschlesische Dorf Kreisau zu entdecken. In den folgenden Jahren sollte er sich für das Projekt der internationalen Jugendbegegnungsstätte und vor allem für die Konzeption der Gedenkstätte für Widerstand und Opposition im 20. Jahrhundert engagieren. Ebenso bezogen sich die Akteure der

¹⁰ Für ein neues Europa oder Wie entstand die Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung, hrsg. von der Gesellschaft der Kreisau-Freunde, Wrocław 2002 (2. Auflage), S. 30 (poln.: „Ku nowej Europie czyli jak powstawała Fundacja „Krzyszowa“ dla Porozumienia Europejskiego“, pod redakcją Krystyny Tyszkowskiej, Wrocław 1997, str. 29f.).

verschiedenen Initiativen zur deutsch-polnischen Versöhnung aus Westdeutschland – Pax Christi, Bensberger Kreis, Maximilian-Kolbe-Werk, Aktion Sühnezeichen West u.a. – gerade nicht auf Orte und Personen des deutschen Widerstands, sondern auf die Orte deutscher Schuld und Verbrechen im besetzten Polen. Es ging um eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der Täter und die Suche nach einer Wiedergutmachung, nach dem Ausloten von Möglichkeiten für Versöhnung und neue nachbarschaftliche Beziehungen zu Polen. Für den Versöhnungsdialog zwischen Deutschen und Polen seit den 1960er-Jahren spielte das Thema des deutschen Widerstands und konkret des „Kreisauer Kreises“ keine besondere Rolle. Das Gedenken an den deutschen bürgerlich-zivilen Widerstand war politisch und ideologisch von Partei und Staat nicht erwünscht. In der Gesellschaft und in unabhängigen Kreisen war das Thema, abgesehen von wenigen Ausnahmen, unbekannt. Die erste deutsch-polnische Jugendbegegnungsstätte wurde auf Initiative der Aktion Sühnezeichen West nach vielen Jahren des Werbens schließlich Mitte der 1980er-Jahre mit Unterstützung der polnischen und bundesdeutschen Regierung in der Stadt Oświęcim in direkter Nähe zum Konzentrationslager Auschwitz erbaut – notabene auch dank des großen Einsatzes von Franz von Hammerstein in der Anfangsphase.

Wie kam es dazu, dass dennoch ab der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre Kreisau und das Gedenken an den Kreisauer Kreis stärker in der deutsch-deutschen und polnischen Öffentlichkeit standen? Dies geschah deshalb, weil sich bereits vor 1989 die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen, sowie in vereinzelt nachweisbaren Fällen staatliche Organe der DDR mit Kreisau beschäftigten. Die westdeutsch-polnischen Beziehungen unter der Regierung Kohl-Genscher in den Jahren 1982 bis 1989 werden beschrieben als eine Zeit der Entwicklung von Stagnation hin zur Verständigung. Mit den Wahlen zum Sejm am 4. Juni 1989 und dem Sieg des Bürgerkomitees „Solidarność“ endete die Alleinherrschaft der kommunistischen Parteien im Ostblock. Tadeusz Mazowiecki wurde als erster nicht-kommunistischer Ministerpräsident in Polen seit Ende des Zweiten Weltkrieges im September 1989 mit der

Regierungsbildung beauftragt. Schließlich ist es diesem Regierungswechsel in Polen zu verdanken, dass Kreisau 1989 aus seinem Dornröschenschlaf erwachen konnte und zum Symbol der deutsch-polnischen Versöhnung wurde. Im November 1989 reiste Helmut Kohl zu einem lange geplanten und mehrtägigen Staatsbesuch nach Polen. Die für diese Tage vorgesehene Begegnung mit der deutschen Minderheit während einer deutschsprachigen Messe wurde kurzfristig und dank des diplomatischen Geschicks der polnischen Regierung unter Tadeusz Mazowiecki vom St. Annaberg in Oberschlesien nach Krzyżowa/Kreisau in Niederschlesien verlegt.¹¹ Die Umarmung von Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki als liturgisches Zeichen des Friedens während der Heiligen Messe wurde in dem Moment selbst wahrgenommen als politisches Symbol für die Versöhnung der Völker, die durch die Regierungschefs repräsentiert wurden. Das Besondere am Projekt Kreisau/Krzyżowa besteht darin, dass es hier 1989 nicht nur zu einer politischen Willenserklärung auf Regierungsebene kam, sondern sich zeitgleich eine internationale zivilgesellschaftliche Initiative zur Rettung des Gutes Kreisau und zur Umgestaltung des Ortes in ein Zentrum des europäischen Dialogs bildete. Das oben beschriebene Netzwerk von Personen und Gruppen, die sich für Kreisau und Krzyżowa in Polen interessierten, wurde dadurch in seiner Verbundenheit sichtbar. So kamen im Juni 1989 rund 30 Personen auf Einladung des Breslauer Klubs der Katholischen Intelligenz und der Aktion Sühnezeichen (DDR) zum ersten Mal in Wrocław zusammen. Zu den Teilnehmern/innen dieser Tagung vom 2. bis 4. Juni 1989 zählten auf polnischer Seite Mitglieder und Freunde des Klubs der Katholischen Intelligenz sowie Wissenschaftler und Studenten, die sich mit Fragen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus beschäftigten. Auf deutscher Seite waren es sowohl Menschen aus der DDR, der BRD und aus West-Berlin – alle hatten auf ihre Art und Weise bereits vorher entweder Kontakte nach Polen – über die Aktion Sühnezeichen West und Ost, die Partnerschaft Dortmund-Wrocław und im Falle der DDR über das Anna-Mo-

¹¹ Vgl. den Aufsatz von Gregor Feindt in diesem Band.

rawska-Seminar – oder aber einen Bezug zum „Kreisauer Kreis“ bzw. zu Eugen Rosenstock-Huessy. Aus der zuletzt genannten Motivation heraus waren einige Teilnehmer aus den Niederlanden und den USA angereist. Diese Begegnung in Breslau, die zufällig mit dem Termin der ersten halbfreien Wahlen in Polen am 4. Juni 1989 zusammenfiel, wurde zum Kairos-Moment der späteren Gründung der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung.¹² Zum Abschluss der Tagung unterzeichneten die Teilnehmer/innen einen Aufruf, den sie an das polnische Außenministerium adressierten. Sie appellierten darin an die Regierung, im Zuge der deutsch-polnischen Verhandlungen die Pläne ihrer Initiative mit zu berücksichtigen:

Mit Genugtuung begrüßen wir, dass Kreisau/Wojewodschaft Wałbrzych in die Regierungsverhandlungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland einbezogen wurde. Die Teilnehmer der Tagung erörterten die Möglichkeit, 1) in Kreisau eine internationale Begegnungsstätte für die junge Generation Europas sowie 2) ein Museum des europäischen Widerstands gegen Hitlerdeutschland zu schaffen. Ohne auf diese Weise den laufenden Verhandlungen zwischen den Regierungen vorgreifen zu wollen, möchten wir um Ihre Aufmerksamkeit für diese Anliegen bitten.¹³

Polen und Deutsche aus Ost und West, die sich 1989 in Kreisau engagierten, kannten sich bereits und sie waren miteinander „versöhnt“. Die beteiligten Polen hatten sich mit ihren deutschen Gesprächspartnern über die Frage der Schuld und der Verstrickung im Nationalsozialismus auseinandergesetzt. Die beteiligten Deut-

¹² Vgl. Annemarie Franke: Kreisau/Krzyzowa wieder entdeckt – was sollte in Kreisau aus polnischer und deutscher Perspektive 1989/90 entstehen? in: Waldemar Czachur/Annemarie Franke (Hrsg.): Kreisau/Krzyzowa – ein Ort des deutsch-polnischen Dialogs. Herausforderungen für ein europäisches Narrativ, Kreisau 2013, S. 24-29.

¹³ Archiv der Stiftung Kreisau, FK B II-14 Memoranda 1989 – Unterzeichner des Briefes: Prof. Karol Jonca, Ryszard Pollak, Krzysztof Ruchniewicz, Piotr Karasek, Janusz Witt, Prof. Ger van Roon (NL), W. Ph. Leenman (NL), Prof. Andreas Möckel (BRD), Frances B. Huessy (USA), Günter Särchen (DDR), Prof. Wolfgang Ulmann (Berlin-DDR), Jochen Köhler (Berlin-BRD), Mark Huessy (USA) (nicht alle Konferenzteilnehmer/innen haben unterschrieben).

schen wiederum hatten ihre Lektion über die Geschichte der deutschen Besetzung während des Zweiten Weltkrieges und das Ausmaß der Verbrechen an Polen gelernt. Das Thema der Vertreibung und der Grenzverschiebungen nach dem Zweiten Weltkrieg war ebenso diskutiert worden wie die polnische Erfahrung der Gebietsverluste an die Sowjetunion und die Erfahrung der Unterdrückung durch zwei totalitäre Regime.

Kreisau nach 1989 wurde folglich für diese internationale Gruppe von Menschen ein Laboratorium, um unter den neuen politischen Bedingungen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Entmachtung der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa ein gemeinsames Europa zu denken und zu gestalten. Mit dem Projekt „Europa“ waren die Gründer/innen der Stiftung Kreisau zugleich ihrer Zeit voraus. Der Großteil beider Gesellschaften hatte sehr viel nachzuholen in punkto Wissen und Emotionen im nachbarschaftlichen Verhältnis. In diesem Sinne schafft die in den 1990er-Jahren entstandene Internationale Jugendbegegnungs- und Gedenkstätte Kreisau seitdem den Raum, um sich gegenseitig kennenzulernen. Die Institution Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung bietet durch ihre umfassende Programmtätigkeit Anlässe, um an diesem Ort deutsch-polnischer Geschichte über europäische Fragen in einen Austausch zu treten. Den Pionieren der deutsch-polnischen Versöhnung sei dafür Dank.

WALDEMAR CZACHUR

KREISAU ALS ORT DES DEUTSCH-POLNISCHEN DIALOGS

Kreisau ist ein wichtiger Ort des deutsch-polnischen Dialogs. Nicht nur, weil dort am 12. November 1989 die Versöhnungsmesse stattfand. Einen wesentlichen Teil der Bedeutung von Kreisau als einem deutsch-polnischen Ort machen sowohl das beidseitige Entdecken Kreisaus, das Entdecken seines geistigen Vermächtnisses und die Stiftung selbst aus, die einen Raum des Dialogs für Jugendliche und Erwachsene vor allem aus Deutschland und Polen schafft und somit zu einem seiner relevanten Akteure geworden ist.

Aber wie ist dieses kleine, ehemals deutsche Dorf in Niederschlesien zu einem Symbol des Dialogs und der deutsch-polnischen Aussöhnung geworden?

1945 wurde das deutsche Kreisau zum polnischen Krzyżowa. Seinen neuen Einwohnern – Polen, die aus den ehemaligen Ostgebieten der Zweiten Republik gekommen waren –, waren Kreisau und seine Vergangenheit fremd. Mehr noch, die Vergangenheit dieses Ortes interessierte sie überhaupt nicht. Vor diesem Hintergrund stellt Kreisau einen Ort erzwungener deutsch-polnischer Begegnungen dar. Diese Begegnungen in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges

und kurz nach dessen Ende lösten eher Irritationen und Ängste aus, die für die spätere Politik in den beiden deutschen Staaten und im kommunistischen Polen zu einem wichtigen Treibstoff der Propaganda wurden, mit dessen Hilfe ein deutsch-polnischer Anti-Dialog geführt sowie gegenseitiges Misstrauen in vielen darauffolgenden Jahren geschürt werden sollten.

Ungeachtet dieser politischen Probleme wurden die Mauern in den Köpfen von Anfang der 1960er Jahre an von mutigen Polen und Deutschen beiderseits der Oder nach und nach ins Wanken gebracht. Dabei strebten die Beteiligten nach einer Form des Dialogs, der nicht vor Themen zurückschreckt, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft berühren. Diese mutigen Polen und Deutschen, die in Polen im Umfeld katholischer Zeitschriften wie etwa „Znak“, „Więź“ oder „Tygodnik Powszechny“ wirkten und sich um die Klubs der Katholischen Intelligenz (KIK), in der DDR um die Aktion Sühnezeichen, in Westdeutschland wiederum um Pax Christi scharten, wussten, dass sie nicht die Mehrheit ihrer Gesellschaften repräsentierten. Ihnen war vielmehr klar, dass sie entgegen der Mehrheit und entgegen der jeweils herrschenden Meinung agierten, denn die Gegensätze, die auch aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges herrührten, waren auf beiden Seiten sehr stark. Diejenigen, die diesen frühen deutsch-polnischen Dialog führten, wurden sowohl in Deutschland als auch in Polen sogar auf die eine oder andere Weise des Verrats bezichtigt. Manchmal geschah dies aus kaltem, tagespolitischen Kalkül, mitunter auch aus politischer oder moralischer Überzeugung. Um solche Anfeindungen zu ertragen, bedurfte es großen Mutes. Und dabei ist ein solcher Mut, den wir in der Stille unseres eigenen Zimmers – über ein Buch gebeugt und mit der Feder in der Hand – offenbaren, der Mut zu denken, bisweilen am schwierigsten aufzubringen.

Kreisau als Ort spielte in diesem Prozess keine Schlüsselrolle. In Kreisau kamen Ludwig Mehlhorn, Franz von Hammerstein oder Tadeusz Mazowiecki nicht zusammen. Aber indirekt setzten sie sich alle – jeder für sich – mit dem Erbe von Kreisau auseinander und standen mit diesem Ort in einem eigentümlichen Dialog, der sie in der Folge auf den deutsch-polnischen Dialog vorbereitete.

Für Tadeusz Mazowiecki, einen Publizisten und Oppositionellen, war dies möglich, weil Anna Morawska 1970 das Buch „Ein Christ im Dritten Reich“ veröffentlichte. Mit diesem Buch brachte die katholische Intellektuelle ihren Lesern die Gestalt des evangelischen Geistlichen Dietrich Bonhoeffer näher, aber zugleich auch die Mitglieder des Kreisauer Kreises. Darin stellt sie die Frage nach der moralischen Kondition des Einzelnen in einem unfrei gewordenen Staat sowie nach der Rolle der Kirche in einer Situation, in der in einem Staat die Diktatur herrscht. Wie aktuell war doch diese Frage für polnische Oppositionelle, etwa Stanisław Stomma, Jan Józef Lipski oder Władysław Bartoszewski. Denn diese suchten im kommunistischen Polen nach Mustern und Vorbildern, wie man im eigenen Land in der Opposition sein könne und nicht mehr in der Opposition gegen eine fremde Besetzung. Tadeusz Mazowiecki schrieb eine nachdenkliche Rezension zum Buch von Morawska. Dabei interessierte ihn nicht nur die Frage, warum die meisten Deutschen Hitler erlagen und ihm folgten, und andere nicht, sondern vor allem die Frage: „Welche menschlichen Möglichkeiten gibt es, und wohin können sie in bestimmten Situationen führen?“¹ Morawska und Mazowiecki zeigten den Polen, die nach einer inneren Freiheit und nach Konsequenz im Denken und Handeln suchten, auch „andere Deutsche“. Sie präsentierten Deutsche, die im Widerstand tätig gewesen waren, als potentielle Beispiele und stellten somit hohe intellektuelle, vor allem aber emotionale Anforderungen an die Polen. Sie taten dies gerade deshalb, weil ihnen bewusst war, dass nur auf diese Weise und durch diese Arbeit eine Vorbereitung auf den ethisch und geopolitisch notwendigen Dialog mit den Deutschen möglich sein würde.

Franz von Hammerstein brachte seine Erfahrung mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus gleichsam von Hause aus mit. Er selbst war von der Gestapo verfolgt worden, weil seine beiden

¹ T. Mazowiecki, *Nauczył się wierzyć wśród tęgich razów*, „Więź“ 1971, Nr. 12, S. 5-21; T. Mazowiecki, „Er hat glauben gelernt unter derben Schlägen.“ Über Dietrich Bonhoeffer, [in:] *Partei nehmen für die Hoffnung. Über Moral in der Politik*, hrsg. v. T. Mazowiecki; Geleitwort von M. Seidler; mit einem Nachwort von G. Ziegler, Freiburg 1990, S. 37-65.

Brüder an dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 beteiligt gewesen waren. 1957 gründete er zusammen mit Harald Poelchau das evangelische Bildungszentrum „Haus Kreisau“ in Berlin, um auf diese Weise die Erinnerung an den Kreisauer Kreis in einer Gesellschaft zu pflegen, die die Verschwörer gegen Hitler immer noch als Verräter bezeichnete. Er fuhr nicht nach Polen, um das inzwischen verfallende Gut der Familie von Moltke zu retten, sondern ermunterte die Deutschen zum Dialog mit dem intellektuellen Nachlass von Kreisau. Kreisau hatte für ihn dabei eine doppelte Bedeutung: Es sollte ein Spiegel des deutschen Gewissens sein und zugleich zum Handeln im Sinne der Partizipation und der Demokratie inspirieren. Sein Engagement zielte nicht darauf ab, einen Tempel des reinen Gewissens der Deutschen zu errichten; ganz im Gegenteil. Er bemühte sich um die ständige Konfrontation mit dem Übel der deutschen Vergangenheit, um gemeinsam mit Opfern deutscher Verbrechen Dialog und Aussöhnung zu suchen. Deswegen engagierte er sich für die Aktion Sühnezeichen, die zunächst eine gesamtdeutsche Organisation war. Nach dem Bau der Berliner Mauer stand er in Westdeutschland an ihrer Spitze und setzte sich intensiv für die Gründung einer Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim ein. Im Jahre 1989 schließlich wurde er einer der Gründer des Vereins Kreisau-Initiative in Berlin.

Ludwig Mehlhorn wiederum reiste als Student in der DDR zu einem Sommerlager nach Polen, das dort von der Aktion Sühnezeichen Ost, die er seit 1968 kannte, als eine von zahlreichen Maßnahmen dieserart durchgeführt wurde. Er machte sich mit der polnischen Geschichte vertraut und lernte Polnisch. Nach seinem ersten Aufenthalt in Polen schrieb er: „Die Erfahrungen in Polen haben meine Wahrnehmung der DDR insofern verschärft, indem mir klar geworden ist, wie groß das Maß an Freiheitsbeschränkung ist“.² In dieser Zeit, im Rahmen der Evangelischen Hochschulgemeinde, entdeckte er auch Dietrich Bonhoeffer. Die polnische demokratische Opposition und der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozia-

² S. Bickhardt, *In der Wahrheit leben. Text von und über Ludwig Mehlhorn*, Leipzig, 2012, S. 31.

lismus motivierten den jungen Mehlhorn dazu, oppositionelle Kreise in der DDR mit aufzubauen und einen aufrichtigen Dialog mit Polen zu beginnen. Hierzu baute er das Anna-Morawska-Seminar in Berlin auf und schuf so ein Forum für den Gedankenaustausch über drängende Fragen. Den tatsächlichen Ort Kreisau lernte er erst am 4. Juni 1989 kennen, als Leute, die sich für Kreisau engagierten, zum ersten Mal eben dort zusammenkamen. Ludwig Mehlhorn sagte dazu, dies sei für ihn ein Tag gewesen, an dem die Berliner Mauer symbolisch fiel. Es war auch ein Tag, an dem sich die intensiven Gespräche von Polen und von Deutschen über das Erbe von Kreisau in einen Dialog verwandelten über dessen Bedeutung für das sich vereinigende Europa.

Aus dieser Geschichte abzuleiten, Polen und Deutsche seien bis 1989 nicht in Kreisau zusammengekommen, entspricht nicht der Wahrheit. Die neuen Einwohner von Kreisau lernten mit der Zeit die Geschichte ihrer neuen Heimat kennen. Spätestens in den 1970er Jahren wurde ihnen klar, dass dies ein wichtiger Ort für das deutsche Selbstverständnis ist, als – zum Teil wegen des Generalfeldmarschalls, zum Teil wegen des Kreisauer Kreises – nach der Unterzeichnung des Vertrages über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der BRD immer mehr Deutsche nach Kreisau kamen. Diesen Touristen standen die Polen misstrauisch gegenüber, denn sie hatten Angst, dass sie ihre neue Heimat erneut verlieren könnten. Doch im Rahmen angstbesetzter deutsch-polnischer Anti-Begegnungen tat sich eine Person hervor, die für Kreisau eine Schlüsselbedeutung einnehmen sollte: Prof. Karol Jonca. Dieser war Rechtshistoriker an der Universität Wrocław (Breslau) und befasste sich ursprünglich mit den Kriegskonzeptionen des Generalfeldmarschalls Helmuth von Moltke. Bei seinen Forschungen stieß er aber auch auf die Schriften des Kreisauer Kreises und war von diesen tief beeindruckt. Zunächst hatte er Schwierigkeiten, im kommunistischen Polen wissenschaftlich zum deutschen Widerstand zu veröffentlichen. Im Zuge der Entspannungspolitik während der 1970er Jahre aber erschienen seine Texte schließlich in gedruckter Form. Als er nach Kreisau kam, machte sich mit dem Gebäudekomplex und

dem Familienfriedhof vertraut und war über deren Zustand bestürzt. In der Folge unternahm er gemeinsam mit dem Gemeindepfarrer von Grodziszczce, Bolesław Kałuża, zahlreiche Versuche, zu retten, was noch zu retten war.³ Zugleich interessierte sich für Kreisau auch die Familie von Moltke. Die Witwe des hingerichteten Helmuth James von Moltke war gerührt, dass sie Polen kennenlernte, die sie in ihren Bestrebungen, eine Gedenktafel für ihren Mann in Kreisau anzubringen, unterstützen wollten. Dabei ging es ihr selbst um eine Würdigung, gewissermaßen um ein symbolisches Grab, denn ein tatsächliches existiert ja nicht. Die polnischen kommunistischen Behörden erteilten jedoch keine Genehmigung. Der Dialog scheiterte an ideologischen Bedenken. Und so waren es schließlich Prof. Karol Jonca, Pfarrer Bolesław Kałuża und Freya von Moltke, die einen echten deutsch-polnischen Dialog begannen – in Kreisau und über Kreisau.

Auch der Breslauer Klub der Katholischen Intelligenz (KIK) war sich darüber im Klaren, in einer Region tätig zu sein, die von deutscher Kultur geprägt war. So wurde er auch schnell zu einer wichtigen Adresse für diejenigen Deutschen, die um einen Dialog mit Polen bemüht waren. Das KIK-Büro und das Haus der Familie Czapliński bildeten dabei einen Raum, in dem nach einer gemeinsamen Sprache gesucht wurde, mit der man die deutsch-polnische Vergangenheit und Zukunft beschreiben könnte.⁴ Die Teilnehmer dieser Begegnungen – Polen wie Deutsche – waren sich darüber klar, dass man eine gemeinsame Sprache nur dann finde, wenn man die Grenzen einseitiger Argumente überschreite, und wenn man dazu übergehe, im Gegenüber eine Dialoggemeinschaft aufzubauen.

Auf den Umbruch des Jahres 1989 waren die Menschen des deutsch-polnischen Dialogs auf beiden Seiten der Oder daher entsprechend vorbereitet. Sie waren sich zu dem Zeitpunkt, als die polnische Freiheit zur Voraussetzung wurde für die deutsche Wiedervereinigung und die deutsche Vereinigung ihrerseits zu einer

³ K. Jonca, *Denken mit Moltke. Gedanken über Kreisau und Krzyżowa*, Krzyżowa 2006.

⁴ *Für ein neues Europa oder wie entstand die Stiftung Kreisau für europäische Verständigung*, hrsg. von K. Tyszkowska, Wrocław 2002.

solchen für die polnische Freiheit, einer einzigartigen Werte- und Interessengemeinschaft bewusst.⁵ Folglich plante der KIK für Juni 1989 eine Konferenz, zu der Teilnehmer aus Polen, der DDR, der Bundesrepublik, den Niederlanden und den USA anreisen sollten – Menschen, die sich stark machten für die Rettung von Kreisau und dessen geistigen Vermächtnisses. Das Konferenzdatum fiel mit dem Termin der ersten halbfreien Wahlen zum polnischen Parlament zusammen, die endgültig die Niederlage der Kommunisten besiegelten und den Weg Polens in einem freien Europa ebneten.

Auf dieser Junikonferenz wurde Kreisau zum ersten Mal gleichsam zu einem physischen Ort, zum Gegenstand und zum Ziel des deutsch-polnischen Dialogs der Zivilgesellschaft. Kreisau wurde zu einem wichtigen Ort für Menschen aus Polen und der DDR, die den deutsch-polnischen Dialog bis ins Jahr 1989 zugleich als eine Form der oppositionellen Tätigkeit betrachteten und zusammen mit ihren Freunden und Bekannten aus der Bundesrepublik, den Niederlanden und den USA für sich in Kreisau einen Raum für kreative Arbeit sahen, mit der die Spaltungen in Europa überwunden werden sollten.

Die Versöhnungsmesse vom 12. November 1989, die auf Anregung des polnischen Regierungschefs in Kreisau stattfand, und nicht auf dem Annaberg, wie es dem deutschen Kanzler ursprünglich vorgeschwebt hatte, veränderte die Bedeutung dieses Ortes nachhaltig. Die Erinnerung an den deutschen Widerstand sollte fortan nicht mehr die einzige Inspiration für den deutsch-polnischen Dialog und seiner Ausdehnung auf das sich vereinigende Europa bilden. Der Friedensgruß, den der erste nichtkommunistische Ministerpräsident Polens und der Kanzler des sich wiedervereinigenden Deutschlands austauschten, wurde schnell zum Symbol der deutsch-polnischen Ver-

⁵ In der vom polnischen Außenminister Krzysztof Skubiszewski vorgeschlagenen Formel von der „deutsch-polnischen Werte- und Interessengemeinschaft“ fanden die Konzeption der polnischen demokratischen Opposition und das Programm der neuen nichtkommunistischen Regierung Polens ihren Ausdruck. Sie sah eine Zusammenarbeit mit Deutschland und die Akzeptanz für die Wiedervereinigung Deutschlands vor, um auf diese Weise die polnische Geopolitik zu verändern, d. h. um sich aus der sowjetischen Umzingelung – insbesondere vom Westen her – zu lösen.

söhnung – oder, entsprechend einer weniger radikalen Lesart, zum Symbol für den Beginn einer neuen Etappe im deutsch-polnischen Dialog.

Doch was war die Versöhnungsmesse eigentlich? Wer versöhnte sich in Kreisau mit wem? Inwiefern ist die symbolische Bedeutung von Kreisau als einem Ort des deutsch-polnischen Dialogs nach der Versöhnungsmesse überhaupt legitim?

Die Versöhnungsmesse in Kreisau trägt den Stempel eines ungewollten Ereignisses und dies in hohem Maße deshalb, weil es sich dabei um einen politischen Kompromiss handelte – zwischen einer Messe in deutscher Sprache für die deutsche Minderheit unter Teilnahme von Helmut Kohl auf dem Annaberg und dem Fehlen jedweden symbolischen Zeichens, vor allem für Moskau und die westlichen Verbündeten, dass Polen und Deutsche sich durchaus verständigen können. Wichtig war dieses Versöhnungszeichen sowohl für Mazowiecki, dessen Regierung politische und finanzielle Unterstützung für notwendige Reformen benötigte, als auch für Kohl, der angesichts des Falls der Berliner Mauer hoffte, sein Land wiedervereinen zu können, dafür aber Verbündete beiderseits der Grenzen eines wiedervereinten Deutschlands brauchte. Ist deshalb aber die Umarmung von Mazowiecki und Kohl lediglich als Ausdruck politischen Kalküls und mit Blick auf die internationale Politik zu bewerten?

Nein. Sowohl Kohl als auch Mazowiecki machten zuvor sehr deutlich, dass die Versöhnung zwischen den Polen und den Deutschen ein Ziel ihrer beider Regierungen sei, auch wenn beide sich den Prozess freilich anders vorstellten, denn jeder von ihnen brachte auch ein anderes Bewusstsein für politische Inszenierung mit. Kohl war Berufspolitiker und zu diesem Zeitpunkt bereits seit sieben Jahren Regierungschef in einem demokratischen Land. Mazowiecki hingegen war ein katholischer Intellektueller, der erstmalig und auch erst seit zwei Monaten eine Regierung anführte. Er unterhielt zahlreiche Kontakte zu Deutschen in Ost und West. Als Pole und Intellektueller spürte er, dass Versöhnung nottat, als Politiker aber fürchtete er sich auch vor ihr. Mazowieckis Angst vor einer politischen Versöhnung rührte daher, dass ein paar Kilometer von Kreisau entfernt noch die

größte militärische Einheit der Sowjetarmee in Polen stationiert war. Er hatte Angst vor einer symbolischen Versöhnung, weil er angesichts der so großen politischen und wirtschaftlichen Asymmetrie zwischen Polen und Deutschland wohl nicht an deren Wahrhaftigkeit glaubte. Zudem wusste Mazowiecki wenig von politischer Öffentlichkeitsarbeit. Er wollte Politik so betreiben, als gäbe es keine Medien, keine Logik medialen Handelns. Und die Kommunisten, die immer noch wichtige Positionen in der Regierung und in den Sicherheitsbehörden besetzten, wollten derweil ihrerseits ganz sicher keine Versöhnungsgeste. So drängte der Sicherheitsdienst (SB), der noch dem kommunistischen Innenminister Czesław Kiszczak unterstellt war, bis zum letzten Moment Bischof Nossol, diesen Teil der Eucharistie auszulassen. Doch der Bischof lehnte dies entschieden ab. Und so wird heute, in der Rückschau, nicht zuletzt an diesen Umständen deutlich, dass viele Zeitgenossen damals nicht verstanden oder nicht verstehen wollten, was die Geste von Kohl und Mazowiecki in Kreisau bedeuten sollte.⁶

Bei der Versöhnungsmesse anwesend waren neben einer Handvoll Prominenter, die hauptsächlich aus Deutschland mit der Delegation von Kanzler Kohl angereist waren, und einigen wenigen bekannten Persönlichkeiten aus Polen, vornehmlich Vertreter der deutschen Minderheit, die voller Befürchtungen nach Kreisau gekommen waren. Mit dem Ort verband sie nichts. Er war ihnen fremd; anders als der Annaberg. Und so wollten die nach Kreisau angereisten Vertreter der deutschen Minderheit Kohl ihre Enttäuschung darüber zeigen, dass er sich nicht um sie kümmere. Gleichzeitig wollten sie dem polnischen Ministerpräsidenten die Bitte vorbringen, ihre Bedürfnisse anzuerkennen. Mit wem sollten sich also die Vertreter der Minderheit, die voller Befürchtungen und Forderungen in Kreisau zugegen waren, versöhnen? Mit den Polen aus Kreisau, Świdnica (Schweidnitz) oder Grodziszczce (Gräditz)? Und mit wem sollten sich die Polen versöhnen, auch diejenigen vom Breslauer Klub der Katholischen Intelligenz, die sich seit den 1970er Jahren intensiv für

⁶ A. Franke, *Das neue Kreisau. Die Entstehungsgeschichte der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung 1989-1998*. Augsburg 2017.

eine deutsch-polnische Annäherung einsetzten, die wiederum den Angelegenheiten der Minderheit keine weiterreichende Bedeutung beimaßen?

„Die Versöhnung fand vor dem Altar statt, aber nicht auf dem Platz“⁷, fasste es später Bernard Gaida, ein Vertreter der deutschen Minderheit, zusammen. „Ich hatte das Gefühl, dass da etwas Wichtiges geschah. Der Händedruck der beiden Regierungschefs. Was waren das für Emotionen“⁸, erinnert sich Ewa Unger, die spätere Vorsitzende der Rates der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung. Die mit der Geste einhergehenden Emotionen waren stark und hingen sehr vom Engagement für den Dialog ab. Selbst wenn wir aus heutiger Sicht zu der Einschätzung gelangen, dass in Kreisau der polnische Idealist Mazowiecki und der deutsche Realpolitiker Kohl einen Friedensgruß austauschten, so wäre es doch ein weit gehendes Missverständnis, diese Geste und deren politische und gesellschaftliche Funktion infrage zu stellen. Warum? Weil es eine den Wert jeglicher zivilgesellschaftlicher Aktivitäten in Polen, in der Bundesrepublik und in der DDR missachten würde, die auf Aussöhnung ausgerichtet waren. Sie wurden von mutigen Polen und Deutschen unternommen, die mit ihrem Tun nach und nach die Einstellung ihrer Landsleute gegenüber den Nachbarn veränderten und dadurch auch indirekt die Versöhnungsmesse in Kreisau möglich machten.

Ministerpräsident Mazowiecki dachte in ethischen und politischen Kategorien, als er sich für Kreisau, den Ort des deutschen Widerstandes, als Ort für die Versöhnungsmesse entschied. Auf diese Weise wollte er unterstreichen, mit welchen Deutschen er sich eine Versöhnung wünscht und in welchem Europa er das freie Polen und das wiedervereinigte Deutschland sieht.⁹ Es ging um ein auf festen

⁷ A.M. Pędziwol, *Rocznica mszy w Krzyżowej. Czy będzie dorocznym Dniem Pojednania?*, für die „Deutsche Welle“, Beitrag vom 12.11.2018, online abrufbar unter: <https://www.dw.com/pl/rocznica-mszy-w-krzyzowej-czy-bedzie-dorocznym-dniem-pojednania/a-46261580> (letzter Zugriff: 14.03.2019).

⁸ Ewa Unger für die Nachrichtensendung „Panorama“, TVP2, vom 20.11.2014.

⁹ W. Czachur, R. Formuszewicz, *Kreisau/Krzyżowa – über die Notwendigkeit, das Symbol der deutsch-polnischen Versöhnung in Kreisau wiederherzustellen*, in: *Kreisau/Krzyżowa – ein Ort des deutsch-polnischen Dialogs. Herausforderungen für ein europäisches Narrativ*, hrsg. v. W. Czachur, A. Franke, Krzyżowa 2013, S. 37-44.

christlichen Fundamenten fußendes Europa, ein demokratisches und freies Europa, ein Europa, von dem die Mitglieder des Kreisauer Kreises und die polnische demokratische Opposition träumten. Kohl sah in Kreisau, und in den „anderen Deutschen“, eine Hoffnung darauf, dass die Last der Geschichte überwunden und die Frage der nicht verarbeiteten gemeinsamen tragischen Vergangenheit ein für alle Mal abgeschlossen war.

Trotz fundamentaler Unterschiede in den Handlungsmotiven der beiden Politiker steht Kreisau für die deutsch-polnische politische Annäherung, denn mit der Bewusstwerdung der Unterschiede fängt der Dialog als Voraussetzung für Versöhnung und Partnerschaft an. In Kreisau nahm der politische Dialog eines neuen, sich langsam von der kommunistischen Herrschaft befreienden Polens und eines sich wiedervereinigenden Deutschlands seinen Anfang. Ein schwieriger und mühsamer Dialog, der aber auch verschiedene Standpunkte und Interessen miteinander vereinte und damit auf Partnerschaft zielte. Die Versöhnungsmesse vom 12. November 1989 hatte eine wegweisende Bedeutung für die Bereinigung der deutsch-polnischen Emotionen. Zudem wurde sie an einem Ort gehalten, an dem der Dialog über die weltanschaulichen Unterschiede hinweg bereits eine Tradition hatte.¹⁰ Und der Gottesdienst machte Polen und Deutschen auch klar, dass Feindschaft und Kälte an einem solchen Ort überwunden werden können.¹¹

So steht die Versöhnungsmesse in Kreisau für den politischen Willen, den deutsch-polnischen Dialog ohne Einschränkungen und für jeden zu öffnen. Der Friedensgruß von Kreisau sagt uns auch, dass Polen und Deutsche darüber, was sie trennt und verbindet – wie auch über die Zukunft Europas – ins Gespräche kommen wollen, konnten

¹⁰ T. Skonieczny, R. Żurek, *Mut und Verantwortung: 75. Jahrestag des ersten Treffens des Kreisauer Kreises, „Dialog“* 120/2017.

¹¹ W. Czachur, *Die Versöhnungsmesse in Kreisau – Resultat eines faulen Kompromisses in der deutsch-polnischen Geschichtspolitik?*, in: *Jenseits der Jubiläen. Geschichtspolitik im deutsch-polnischen Alltag*, hrsg. v. K. Ziemer, J. Andrychowicz-Skrzeba, Warszawa 2017, S. 332-350; P. Burgoński, G. Feindt, B. Knorn, *Versöhnung symbolisch kommuniziert: Die Messe in Kreisau am 12. November 1989*, in: *Ringgen um Versöhnung. Religion und Politik im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen 1945–2010*, hrsg. v. I. Dingel, U. Pękala, Mainz, S. 49–91.

und auch sollen. Die Autoren Żurek und Olschowski haben recht, wenn sie Folgendes anmerken: „Die Kreisauer Versöhnungsmesse ist ein Zeichen für die Bewältigung des ‚Fatalismus der Feindschaft‘, der das Fundament des geeinten Europas bildete. Gleichzeitig ist sie ein Zeugnis dafür, dass die Wende größtenteils normalen Menschen zu verdanken ist. Der deutsch-polnische Aussöhnungsprozess, den lange Zeit kleine, aber fest entschlossene Gruppen getragen haben, zeigt uns den Sinn und die Wirksamkeit der Aktivitäten von Zivilgesellschaften. Ohne sie gäbe es keine Europäische Union, und das ist die zweite Botschaft der Versöhnungsmesse.“¹²

Ein Symbol der Stärke und Entschlossenheit, zugleich aber auch ein lebendiges und sichtbares Zeichen des zivilgesellschaftlichen deutsch-polnischen Dialogs, ist die im Jahr 1990 entstandene Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung. Als unabhängige Nichtregierungsorganisation mit dem Schwerpunkt der Bildungsarbeit knüpft sie seitdem zugleich an das Vermächtnis des deutschen Widerstandes wie auch die deutsch-polnische Versöhnung an. Die in Kreisau stattfindenden Treffen von Jugendlichen, vor allem aus Polen und Deutschland, sowie die zahlreichen Programme im Bereich historischer, politischer und interkultureller Bildung, die sich an verschiedene Zielgruppen richten, sind auch eine wichtige Plattform für den deutsch-polnischen Dialog. Diese Arbeit wird aber auch von mehreren anderen, ebenso wichtigen Bildungseinrichtungen geleistet. Worin besteht somit die Besonderheit von Kreisau als einem Ort des deutsch-polnischen Dialogs in pädagogischer Hinsicht? Kreisau ist ein Ort authentischer Begegnungen, die die Strahlkraft des Dialogs deutlich machen: drei Tagungen des Kreisauer Kreises und die deutsch-polnische Versöhnungsmesse. Die intellektuelle Spannung zwischen diesen beiden sehr intimen Erfahrungen schafft für Polen und Deutsche einzigartige Bedingungen, nicht nur für die Besonder-

¹² R. Żurek, B. Olschowsky, *Kreisau als Ort der Erinnerung an den deutsch-polnischen gesellschaftlichen Dialog in der Zeit vor 1989 sowie an die Versöhnungsmesse vom November 1989*, in: *Kreisau/Krzyżowa – ein Ort des deutsch-polnischen Dialogs. Herausforderungen für ein europäisches Narrativ*, hrsg. v. A. Franke, W. Czachur, Krzyżowa 2013, S. 50.

heit des deutsch-polnischen Dialogs und seine zahlreichen Schwierigkeiten, sondern auch – in einem tieferen Sinne – für die Frage, warum die europäische Verständigung so ein schwieriger Prozess ist. In Kreisau findet, oft unbewusst, bei zahlreichen internationalen Jugendbegegnungen ein ständiger Dialog über das vielfältige Erbe statt. Sie sind weder für die Teilnehmer des Jugendaustauschs noch für Kreisau selbst von untergeordneter Bedeutung.

Denkt man über die Bedeutung des heutigen Kreisau nach, so ist die Berücksichtigung kritischer Stimmen sinnvoll: Kreisau sei ein kleines Licht in der dunklen deutschen Geschichte und der Mythos der deutsch-polnischen Versöhnung solle dabei nur Deutschland reinwaschen. Wozu sollten wir, die Polen, nun also eben dieses klitzekleine Kapitel ihrer Geschichte lancieren? Selbstverständlich wäre es uns lieber, wenn die Deutschen mehr über Polen und die Geschichte der Polen unter der deutschen oder der sowjetischen Besatzung wüssten, denn das liegt auch in ihrem Interesse. Und gerade bei der Geschichtsvermittlung spielt Kreisau eine große Rolle – eben als Ort des deutsch-polnischen Dialogs. Wenn wir die Geschichte von Kreisau im breiten Kontext erzählen und dabei keine Berührungsängste haben, finden wir genug Platz für die Geschichte des deutschen Widerstands sowie der polnischen demokratischen Opposition und des Polnischen Untergrundstaates aus den Zeiten des Zweiten Weltkrieges. Erheben wir Kreisau hingegen zum Aushängeschild deutscher Anständigkeit bzw. eines ruhigen deutschen Gewissens, so berauben wir uns der Möglichkeit, einen echten und aufrichtigen Dialog über den Krieg und die deutschen Verbrechen zu führen. Es ist ein Thema, über das aufgeschlossene Polen und Deutsche seit Mitte der 1960er Jahre sprechen und auch immer wieder sprechen werden, und zwar nicht deshalb, weil die Polen auf diese Weise etwas gegen ihre Komplexe tun wollten. Diese Denkweise ist falsch und verschließt die Dialogbereitschaft auf beiden Seiten. Zu bedenken gilt es stattdessen: Die Folgen des Krieges sind in Polen nach wie vor spürbar und in der Erinnerung von Familien stets lebendig. Eben deshalb sind die allgemeine Ignoranz und das Unverständnis unter den Deutschen (vereinfacht gesagt: der Nachfahren der Täter) heute

für die Nachkommen der Opfer so schmerzhaft. Diese unterschiedlichen Erfahrungen und auch Geschichtsbilder bedürfen immer noch eines Raumes für Dialog, den Kreisau bildet und weiterhin auf Jahre hinaus bilden sollte.

In diesem Sinne weist Kreisau als ein Symbol für Versöhnung eine andere Logik auf als Symbole der deutsch-französischen Versöhnung, etwa Reims oder Verdun. Der Friedensgruß, den Ministerpräsident Mazowiecki und Bundeskanzler Kohl austauschten, bildete keine Prämisse dafür, den vom polnischen und deutschen Leid geprägten Ort, des Ortes, an dem deutsch-polnische Wunden heilen, neu zu bewerten und hier eine Umwertung vorzunehmen. Mazowiecki hatte mit seinen Ängsten vor einem derartigen Symbol Recht. Für eine solche Geste war es womöglich zu früh. Erst 2014 umarmten sich auf der Westerplatte die Präsidenten Polens und Deutschlands, Bronisław Komorowski und Joachim Gauck. Zuvor hatten sich am 1. September 1999 bei den offiziellen Feierlichkeiten anlässlich des Jahrestages des deutschen Überfalls auf Polen Władysław Stopiński, einer der Verteidiger der Westerplatte, und Martin Menzel, der als Richtkanonier auf der „Schleswig-Holstein“ Dienst tat, zum Zeichen der Versöhnung die Hände gereicht.

Kreisau bleibt in diesem Sinne als Ort des deutsch-polnischen Dialogs ein ständiger Appell und sein symbolischer Friedensgruß kann als Versprechen gedeutet werden¹³ – ein Versprechen zum Dialog über das Vermächtnis des Kreisauer Kreises, die demokratische Opposition in den Ländern Mittel- und Osteuropas und das Vermächtnis der deutsch-polnischen Versöhnung.

Auf der deutsch-polnischen Erinnerungskarte gibt es keinen Ort, an dem das individuelle Sinnieren über Mut und Versöhnung, zugleich aber auch eine Diskussion über die Zukunft und die Vergangenheit der deutsch-polnischen Beziehungen in dem von verschiedenen Herausforderungen geplagten Europa so einzigartig und bedeutend wären wie in Kreisau.

¹³ A. Franke, D. Kretschmann, *Der Friedensgruß von Kreisau 1989. Eine Geste als Versprechen*, in: *Verständigung und Versöhnung nach dem „Zivilisationsbruch“?*, hrsg. v. C. Defrance, U. Pfeil, Bonn 2016, S. 137-155.

Deshalb besteht die Bedeutung von Kreisau als einem Ort des deutsch-polnischen Dialogs nicht nur darin, dass sie die Geste des Friedensgrußes von Ministerpräsident Mazowiecki und Bundeskanzler Kohl sowie die Geschichte der deutsch-polnischen Versöhnung als ein in gewissem Maße bereits erfülltes Anliegen würdigt und die Erinnerung daran wachhält. In Kreisau wird uns zudem bewusst, dass Versöhnung darin besteht, immer wieder nach einer gemeinsamen Sprache zu suchen, um damit über die schwierige Vergangenheit zu sprechen und dort nach Verständigung zu suchen, wenn es Politikern daran mangelt, und immer wieder Menschen zusammenzubringen, die Grenzen überwinden und in eine Dialoggemeinschaft treten mit scheinbar Fremden. Kreisau muss als ein Symbol für die deutsch-polnische Versöhnung ein lebendiger Ort der Diskussion bleiben. Von solchen gibt es immer weniger, und es zeigt sich, dass Versöhnung nach wie vor eine große und aktuelle Notwendigkeit darstellt – in individueller, religiöser, politischer und kultureller Dimension.

**DOROTA GIERSZEWSKI, ALEKSANDRA MATYKIEWICZ-
-WŁODARSKA**

DIE TÄTIGKEIT BINATIONALER VEREINE IM RAHMEN DER DEUTSCH-POLNISCHEN AUSSÖHNUNG

Blickt man zurück auf die vergangenen Jahrzehnte in den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, so lässt sich einleitend Folgendes feststellen: Den Anlass zur Gründung deutsch-polnischer Vereine bildeten häufig persönliche Kontakte einzelner Bürger diesseits und jenseits der Oder, ein Interesse, ja mitunter gar eine Faszination für die jeweils andere Kultur, aber zuweilen auch ein moralischer Imperativ – der Wille zu Wiedergutmachung und Hilfeleistung. Die Folgen der Aktivitäten in diversen Vereinen reichten dabei weit über die vorläufigen Vereinsziele hinaus. In den 1970er Jahren stellten sie zunächst eine Plattform für erste Kontakte und gemeinsame Maßnahmen dar, im Laufe der Zeit aber trugen sie dann dazu bei, einander kennenzulernen, beiderseitige Stereotype zu überwinden, über begründete Ressentiments hinauszugehen, einen Dialog aufzubauen und deutsch-polnische Aussöhnung zu stiften. Das Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, die Ergebnisse einer Analyse der Tätigkeit binationaler Vereine zu präsentieren und deren Rolle im Prozess der grenzüberschreitenden Aussöhnung herauszuarbeiten.

Binationale Vereine werden vorliegend als deutsch-polnische und polnisch-deutsche Vereine, sprich Organisationen verstanden, die sich der Aufgabe verschrieben haben, die Kontakte zwischen den beiden Völkern zu entwickeln, dem gegenseitigen Kennenlernen der verschiedenen Milieus zu dienen und das Wissen über die Sprache, die Literatur und die Kultur sowie die gegenwärtigen und historischen Probleme des jeweiligen Landes zu verbreiten. Es handelt sich dabei um organisierte gesellschaftliche Gruppen dauerhaften Charakters, deren Mitglieder freiwillig und selbstverwalterisch danach streben, selbst gesteckte Ziele zu erreichen. Und den Gegenstand der Untersuchungen bilden interkulturelle Beziehungen am Beispiel nachbarschaftlicher deutsch-polnischer Beziehungen.¹ Dass dies wichtig ist, zeigt sich beispielsweise anhand heutzutage schwerlich hinnehmbarer Behauptung wie der nachfolgenden, dass der „Prozess der Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen nahezu von Beginn an steckengeblieben ist und außer rituellen Versöhnungsgesten (...) in dieser Materie nichts wirklich Relevantes geschehen ist.“² Derartige Äußerungen oder Einschätzungen stoßen bei Menschen, die die Geschichte der gegenseitigen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland über Jahrzehnte verfolgt haben und die in der Wirklichkeit der gegenseitigen Verhältnisse zahlreiche fortschreitende Veränderungen zum Besseren erkennen, sicherlich auf Widerspruch. Doch hinter dem Wortlaut dieser zuvor zitierten Einschätzung des Publizisten Andrzej Więckowski steckt gewiss der Gedanke, dass wir nach wie vor mit einer Verfestigung und Vertiefung von Differenzen und nicht mit einer Vertiefung der gegenseitigen Verständigung und der guten Nachbarschaft zu tun haben, wenngleich es inzwischen in Polen immer mehr Vereine gibt, die sich mit den deutsch-polnischen Beziehungen befassen.

Untersucht wurden im Rahmen der durchgeführten Analyse daher im vorstehend erläuterten Sinne die folgende Vereine bzw. Organisationen: die Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. (DPG BRD), die Deutsch-Polnische Gesellschaft

¹ D. Barwińska, *Edukacja międzykulturowa w dwunarodowych stowarzyszeniach w świetle badań w Polsce i w Niemczech*, Płock 2007.

² A. Więckowski, *Wypowiedzieć wojnę Niemcom*, Kraków 2001, S. 25.

Berlin e.V. (DPG Berlin), die Gemeinschaft für studentischen Austausch in Mittel- und Osteuropa e.V. (GFPS e.V.), die Edith-Stein-Gesellschaft (TES), das Kolpingwerk Polen sowie WIR e.V., der Verein zur Förderung der Deutsch-Polnischen Literatur.

Eingedenk dessen, dass gutnachbarschaftliche Verbindungen nicht nur von Politikern, sondern auch von einfachen Bürgern, d. h. Mitgliedern der Gesellschaft, geschaffen werden und die räumliche Nähe zwischen Polen und Deutschland den – beabsichtigten und nicht beabsichtigten – sozialen Kontakten förderlich ist, kann man zu folgendem Schluss kommen: Die Entwicklungsprozesse nachbarschaftlicher Beziehungen lassen sich am besten vor dem Hintergrund derartiger interkultureller Kontakte, die mittels deutsch-polnischer und polnisch-deutscher Vereine erfolgen, erkennen. Daher widmete sich die Untersuchung binationalen Vereinen. Und die zentrale Fragestellung wurde wie folgt formuliert: Wie erfolgt interkulturelle Bildung im Rahmen der Vereinstätigkeit? Zugrunde gelegt wurden dabei unabhängige Variablen wie die Nationalität, das Alter, das Geschlecht, der Tätigkeitsbereich des binationalen Vereins. Zu den wichtigsten abhängigen Variablen der vorliegenden Studie zählten hingegen die Mitwirkung in binationalen Vereinen, die Umsetzung von Vereinszielen sowie Maßnahmen zur Förderung von Toleranz und Pluralität, die Vorbeugung von Vorurteilen und Stereotypen sowie der Erwerb interkultureller Kompetenzen. Durchgeführt wurde die Untersuchung im Rahmen eines diagnostischen Erhebungsverfahrens. Auf diese Weise gelang es, Wissen zusammenzutragen zur Dynamik gesellschaftlicher Phänomene, zu Meinungen und Anschauungen von Vertretern binationaler Vereine sowie zur Intensivierung bestimmter Erscheinungen und zu deren Entwicklungsrichtungen. Angewandt wurden folgende Untersuchungsmethoden: Beobachtung, Dokumentenanalyse, Interviews und Umfragen. Die Untersuchung wurde vor Ort durchgeführt, bei sieben Vereinen, die den Charakter binationaler Organisationen aufwiesen. Und mit Blick auf das Alter der befragten Mitglieder ist festzuhalten: Unter ihnen gab es sowohl sehr junge Menschen, ab dem 18. Lebensjahr, als auch Ältere. Die meisten Befragten kamen aus einer Personengruppe, die man den sogenannten jungen Erwachsenen (18-35 Jahre) zurech-

net. Umfragedaten wurden aber auch erhoben bei Menschen mittleren Alters (35-60 Jahre) und bei älteren Personen (60-75 Jahre).

Um die Bedeutung der Tätigkeit deutsch-polnischer Vereine richtig einschätzen zu können, gilt es sich ins Bewusstsein zu rufen, wie die Beziehungen zwischen den Behörden der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg sowie das gegenseitige Bild von Polen und Deutschen aussahen. Die Beziehungen waren durch die tragischen Erfahrungen des Krieges belastet und in erheblichem Maße dadurch bestimmt, dass sich die beiden Länder nach dessen Ende auf getrennten Seiten des sogenannten Eisernen Vorhangs – als Bestandteile zweier sich feindlich gegenüberstehender politisch-militärischer Blöcke – wiederfanden. Der Angriffskrieg von 1939, der Terror und die Verbrechen der Besatzungszeit sowie das Bestreben der Nationalsozialisten, die Führungsschichten zu eliminieren und sich das polnische Volk zu unterwerfen, hatten sich tief in das Gedächtnis der Polen eingebrannt. Die kommunistische Propaganda schürte – wie man es heute benennen muss und wovor die Autoren vorliegend auch nicht zurückschrecken – gekonnt das Gefühl des Hasses gegenüber den Deutschen. Und einher damit ging, dass die These von der Erzfeindschaft zwischen beiden Völkern und von den – in der Geschichte wie in der Gegenwart – divergierenden, nicht miteinander zu vereinbarenden Interessen der beiden Staaten sowie von der Macht Deutschlands, die ihre Blüte nur auf Kosten Polens erleben konnte und eben 1945 gebrochen wurde, lanciert wurde. Interessanterweise lebten nach dieser propagandistischen Darstellung alle bösen Deutschen – verkappte Hitleristen, Revanchisten und Kriegshetzer – in der BRD; die DDR hingegen war ausschließlich von Mitgliedern und später von ideellen Erben des antifaschistischen Widerstandes bewohnt.

Das Hauptproblem in den deutsch-polnischen Nachkriegsbeziehungen stellte sodann die Grenze zwischen den beiden Staaten dar. Auf der Potsdamer Konferenz³ war beschloss worden, Polen wegen der

³ Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der USA (H. Truman), Großbritanniens (W. Churchill, wurde von C. Attlee abgelöst) und der UdSSR (J. Stalin) fand in Potsdam vom 17.07. bis 02.08.1945 statt.

vom nationalsozialistischen Deutschland angerichteten Zerstörungen und Leiden sowie wegen der im Osten an die Sowjetunion verlorengegangenen Gebiete territorial zu entschädigen. Polen erhielt somit im Westen Gebiete, die bis nach Swinemünde, an die Linie der Oder und der Lausitzer Neiße, reichten sowie einen kleinen Teil von Ostpreußen. Und ebenso wurde vereinbart, dass aus den unter polnische Verwaltung gestellten Gebieten die dort lebenden Deutschen auf humanitäre Weise ausgesiedelt werden sollten. Die Westgrenze Polens sollte im Rahmen des künftigen Friedensvertrages endgültig festgelegt werden. Doch diese Absprachen bildeten den Nährboden für einen – mehrere Jahrzehnte anhaltenden – Konflikt um die Oder-Neiße-Grenze, insofern die westdeutsche Seite die angenommene Lösung für eine vorübergehende Regelung hielt und erwartete, dass diese Frage erst im Zuge eines künftig abzuschließenden Friedensvertrages bindend geregelt werde. Nach der Einschätzung der polnischen Seite war dagegen die Entscheidung, die Grenze zu verschieben, definitiv, und die Angliederung und Bewirtschaftung der sogenannten Wiedergewonnenen Gebiete wurden zur polnischen Staatsräson erhoben. Es sei hinzugefügt, dass dies wohl die einzige Frage war, bezüglich der die kommunistischen Machthaber sich einer echten und vollen Unterstützung der polnischen Bevölkerung erfreuen konnten. Der Konflikt wurde dann jahrelang gekonnt von der Sowjetunion ausgespielt, die die Position Polens unterstützte und der einzige Garant der polnischen Grenze an Oder und Neiße zu sein schien.⁴

Die Polen zugesprochenen Gebiete wurden mehrheitlich von der deutschen Bevölkerung bewohnt, die es nun auszusiedeln galt. Die erste Welle spontaner Fluchtbewegungen deutscher Zivilisten vor der anrückenden Roten Armee, die mit größtem Risiko und den meisten Todesopfern verbunden war, begann im Winter 1944/45. Die zweite Migrationswelle – die sogenannten wilden Vertreibungen – fand gegen Ende des Krieges und unmittelbar nach dessen Beendigung statt und wurde gleichsam von unten, von den Militärbehörden bzw. von der sich in den eroberten Gebieten etablierenden Zivilverwaltung durchgeführt.

⁴ Die in ihrer Außenpolitik nicht souveräne DDR teilte selbstverständlich die Position der Sowjetunion, ähnlich wie die anderen Ostblockländer.

Die letzte Etappe umfasste dann geplante Aussiedelungen, die kraft der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens umgesetzt wurden, bei denen es sich nach Auffassung der polnischen Seite um einen humanitären Bevölkerungstransfer handelte und die von der deutschen Seite als Vertreibungen bezeichnet wurden. Letztlich flüchteten aus allen Gebieten, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg verloren hatte, acht bis zwölf Millionen Menschen bzw. sie wurden ausgesiedelt; die entschiedene Mehrheit von ihnen wanderte in die westlichen Besatzungszonen Deutschlands aus. In den ersten Nachkriegsjahren hatte jeder fünfte Bürger der Bundesrepublik Deutschland Flucht- bzw. Vertreibungserfahrungen, mitunter sehr traumatische. Auf der polnischen Seite hingegen herrschte unterdessen die Überzeugung vor, die Schuld für die Opfer unter den Menschen auf der Flucht vor der heranziehenden Front trügen die Nationalsozialisten, die der Zivilbevölkerung die Evakuierung untersagt und diese im letzten Augenblick ihrem Schicksal überlassen hätten; der in den darauffolgenden Jahren erfolgende Bevölkerungstransfer sei wiederum humanitär organisiert worden und die Polen hätten sich in dieser Hinsicht nichts vorzuwerfen. Alles zusammen – die Grenzverschiebung und der Bevölkerungstransfer – seien wiederum eine Konsequenz des von Deutschland angezettelten und verlorenen Krieges, etwaige Leiden auf deutscher Seite stünden im Übrigen im völligen Missverhältnis zu dem den anderen Völkern, darunter natürlich den Polen, angetanen Unrecht. Diese Frage belastete die gegenseitigen deutsch-polnischen Beziehungen, zumal sie auf beiden Seiten zu tagespolitischen Zwecken ausgenutzt wurde.⁵

In den ersten Nachkriegsjahren ging in Deutschland kaum jemand davon aus, dass die Spaltung des Landes, wie sie durch die Teilung in die östliche und in die westlichen Besatzungszonen eingetreten war, von Dauer und der in Potsdam beschlossene Verlust eines solch riesigen Territoriums unumkehrbar sein würden.⁶ Besonders schwierig

⁵ *Przeprosić za wypędzenie? O wysiedleniu Niemców po II wojnie światowej*, pod red. K. Bachmann, J. J. Kranz, Kraków 1997.

⁶ Kraft der Potsdamer Abkommen verlor Deutschland 23 Prozent seines Staatsgebietes von 1937, darunter 21 Prozent zugunsten Polens (J. Krasuski, *Historia Niemiec*, Wrocław, Warszawa, Kraków 2004, S. 495).

sich damit abzufinden war es für Menschen, die infolge der Grenzverschiebung ihre Heimat im Osten hatten verlassen müssen. Die aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten Vertriebenen bzw. Ausgesiedelten, die aus denselben Gegenden kamen, begannen sich in Vereinen, Landsmannschaften genannt, zu organisieren, die in einem gemeinsamen Bund der Vertriebenen tätig waren. Wie sich herausstellte, war die Tätigkeit in den Landsmannschaften nicht nur eine Möglichkeit, alte Verbindungen aufrechtzuerhalten oder Traditionen zu pflegen; für viele bildete sie auch eine Plattform für politische Aktivitäten. Wie bereits erwähnt, stammten 20 Prozent der Bundesbürger aus Gebieten, die Deutschland nach dem Krieg verloren hatte. Obwohl sich nicht alle von ihnen mit den Forderungen der Landsmannschaften identifizierten⁷, stellte das Milieu der Vertriebenen eine politische Kraft dar, die man kaum unterschätzen durfte.⁸ Betrachtet man dies unter dem Blickwinkel der späteren Ereignisse, so vergisst man häufig, dass die Sozialdemokraten, deren Vorsitzender Kurt Schumacher in Culm/Chełmno geboren war, diejenigen waren, die bis Ende der 1950er Jahre entschiedener eine Grenzrevision forderten, und dass diese Frage von den Christdemokraten nicht so dezidiert aufgeworfen wurde. Deren Vorsitzender, Konrad Adenauer, konnte Preußen nicht leiden, hielt es streng genommen nicht für deutsch und verzweifelte nicht an der Tatsache, dass Deutschland diesen Teil verloren hatte. Sein Wunsch war es, die Bundesrepublik Deutschland möglichst stark im Westen zu verankern durch ein Bündnis mit Frankreich und durch die Beteiligung an sich herausbildenden wirtschaftlichen und politisch-militärischen Gemeinschaften. Im Laufe der Zeit aber wurde die CDU/CSU zum politischen Repräsentanten der Vertriebenenkreise. Und in den Reihen der SPD

⁷ Die Hauptlosung der Vertriebenenkreise *Recht auf die Heimat* war allgemein gefasst und konnte – je nach Absicht – unterschiedlich gedeutet werden. So konnte damit sowohl das Recht gemeint sein, eine Heimat zu haben oder in die Heimat zurückzukehren (und vor einer solchen Bedeutung hatten die Polen Angst), als auch das Recht, mit der ehemaligen Heimat gefühlsmäßig verbunden zu sein (was keine Kontroversen hervorrief).

⁸ Dieses Milieu versuchte sogar, eine eigene politische Partei ins Leben zu rufen – der 1950 gegründete Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten holte bei den Bundestagswahlen 1953 sechs Prozent der Stimmen, vier Jahre später schaffte er es nicht, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen.

stießen dagegen die Anschauungen auf ein immer größeres Verständnis, die Oder-Neiße-Grenze sei endgültig, die Teilung des Landes und der Verlust eines erheblichen Teils des Territoriums eine unwiderrufliche Konsequenz der Politik des nationalsozialistischen Deutschland – und gar nach Ansicht mancher Leute sei all dies eine Strafe für den ausgelösten Krieg und eine Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden. So war es die sozialdemokratische Regierung unter Willy Brandt, die 1969 das Vertriebenenministerium auflöste und den Prozess der Normalisierung der Beziehungen mit Ländern des Ostblocks begann. Eine Folge dieser neuen Ostpolitik Brandts war die Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen, geschlossen in Warschau am 7. Dezember 1970⁹, in dem die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen festgeschrieben wurde.¹⁰ Beim Besuch in Warschau war auch eine Kranzniederlegung durch den Bundeskanzler vor dem Warschauer Ghetto-Ehrenmal vorgesehen. Willy Brandt fiel im Anschluss daran spontan vor dem Denkmal auf die Knie. Die über das diplomatische Protokoll hinausreichende Geste wurde weltweit breit kommentiert und wurde zum Symbol des Wandels in der Politik der Bundesrepublik Deutschland.

Die antideutsche Stimmung in der polnischen Bevölkerung und deren volle Unterstützung für die neuen Grenzen wurden von den kommunistischen Machthabern auch als Vorwand zum Kampf gegen die katholische Kirche ausgenutzt. In den in Potsdam Polen zugesprochenen Gebieten ernannte der Primas von Polen, Kardinal August

⁹ Ab dem 6. Juli 1950 galt der in Görlitz zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR geschlossene Vertrag über die Markierung der „festgelegten und bestehenden“ Grenze zwischen Polen und Deutschland gemäß den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, was nahelegen sollte, dass das Land das gesamte Deutschland repräsentiert. Derartige Garantien schienen aber selbst für die kommunistischen Machthaber nicht ausreichend zu sein.

¹⁰ Der Vertrag wurde vom Bundestag erst zwei Jahre später ratifiziert. Zugleich wurde eine Resolution angenommen, der zufolge der Vertrag nur im Namen der Bundesrepublik Deutschland und nicht im Namen des eventuell in Zukunft wiedervereinigten Deutschlands geschlossen wurde, was abermals Zweifel darüber weckte, ob die Angelegenheit endgültig geregelt ist (J. Krasuski, *Polska – Niemcy. Stosunki polityczne od zarania po czasy najnowsze*, Wrocław 2009, S. 342).

Hlond, im August 1945 mit Einverständnis des Vatikans apostolische Administratoren. Im Januar 1951 ließ die polnische Regierung die gewählten Administratoren entlassen und an deren Stelle Kapitularvikare ernennen, was die definitive Eingliederung dieser Gebiete in die polnischen Kirchenstrukturen unterstreichen sollte. Der neue Primas von Polen, Stefan Wyszyński, war gezwungen, diese Wahl zu bestätigen. 1956 übernahmen die ehemaligen apostolischen Administratoren, nunmehr als Titularbischöfe, die neuen, auf den sogenannten Wiedererworbenen Gebieten geschaffenen Diözesen.¹¹ Zu einem rücksichtslosen Angriff gegen die katholische Kirche wurde auch der Brief der polnischen Bischöfe an die deutschen Amtsbrüder ausgenutzt. Der polnische Episkopat hatte im November 1965 einen Brief an den westdeutschen Episkopat mit einer Ladung zur Teilnahme an der Tausendjahrfeier der Christianisierung Polens¹² gerichtet. Der Brief, in dem die tausend Jahre der gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichte umrissen wurden, die auch – entgegen der offiziellen Propaganda – lange Perioden friedlichen Miteinanders und Mitwirkens umfasste, enthielt einen Aufruf zur gegenseitigen Aussöhnung. Obgleich die polnischen Bischöfe darin erklärten, dass der Fortbestand der Grenze an Oder und Neiße eine Frage der polnischen Staatsräson sei, drang – wofür die kommunistische Propaganda sorgte – ins allgemeine Bewusstsein in erster Linie der Auszug „Wir vergeben und bitten um Vergebung“¹³. Eine entschiedene Mehrheit der Polen verstand den evangelischen Charakter dieser Ges-

¹¹ Die neue administrative Aufteilung in den Kirchenstrukturen wurde erst 1972 von Papst Paul VI. durchgeführt.

¹² Allein schon diese Feierlichkeiten lösten einen Konflikt mit den kommunistischen Machthabern aus, die zu derselben Zeit das tausendjährige Bestehen des polnischen Staates feiern wollten.

¹³ Der entsprechende Auszug lautete: „In diesem allerchristlichsten und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung. Und wenn Sie, deutsche Bischöfe und Konzilsväter, unsere ausgestreckten Hände brüderlich erfassen, dann erst können wir wohl mit ruhigem Gewissen in Polen auf ganz christliche Art unser Millennium feiern“ (dt. Fassung online abrufbar unter: <https://www.domradio.de/themen/weltkirche/2015-11-18/wortlaut-des-briefwechsels-der-deutschen-und-der-polnischen-bischoefe> (letzter Zugriff: 02.04.2019), poln. Fassung online unter: https://opoka.org.pl/biblioteka/W/WE/kep/oredzie-niem_18111965.html (letzter Zugriff: 30.01.2019).

te nicht, nahm sie nicht im Kontext des stattfindenden Vatikanischen Konzils wahr, und war vor allen Dingen nicht der Ansicht, die Polen müssten die Deutschen um Vergebung für irgendetwas bitten.

Ferner stellte ein weiteres Problem in den gegenseitigen deutsch-polnischen Beziehungen zudem die Frage der Kriegsentschädigungen dar. Wie in Potsdam vereinbart, sollte Polen Entschädigungen von Deutschland aus dem der Sowjetunion zuerkannten Anteil erhalten, was in einem entsprechenden Abkommen vom August 1945 zwischen Polen und der UdSSR geregelt wurde. Eine Quelle von Entschädigungen, die konsequent eingefordert wurden – und von denen ein Teil Polen zufiel –, bildeten für die Sowjetunion vor allem die von ihr eingenommenen Gebiete Ostdeutschlands. Kurz nachdem in der sowjetischen Besatzungszone die Deutsche Demokratische Republik entstanden war – ein völlig fremdbestimmtes Land, das nur dank der Unterstützung durch die UdSSR existierte –, zwang die Sowjetunion Polen (im Jahr 1953) dazu, auf weitere Entschädigungen zu verzichten. Die Bundesrepublik Deutschland fühlte sich umso weniger verpflichtet, Polen irgendwelche Kriegsentschädigungen zu zahlen, wobei sie des Öfteren argumentierte, die Wiedergewonnenen Gebiete seien eine Form einer derartigen Entschädigung gewesen. Auf die Entschädigungsfrage kam 1973 der neue Erste Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), Edward Gierek, zurück und forderte dabei von Deutschland, die „Rechnung für die Leiden“, die dem polnischen Volk angetan wurden, zu begleichen. Eine Form, diese Rechnung zu bezahlen, bildete die Summe von einer Milliarde Dollar (2,3 Milliarden Mark), die Bundeskanzler Helmut Schmidt Polen 1975 zuzuerkennen beschloss.¹⁴

Wider Erwarten wurde die Frage der deutschen Minderheit in Polen durch die in Potsdam getroffenen Absprachen und die nach dem Krieg dauernden Aussiedelungen nicht gelöst. Nach dem Krieg

¹⁴ Davon sollten 1,3 Mrd. Mark die Kosten von Renten und Altersrenten decken, die von polnischen Institutionen an Personen gezahlt wurden, die einst in deutschen Einrichtungen versichert waren; 1 Mrd. Mark war wiederum als Kredit gedacht, der vom polnischen Staat innerhalb von 20 Jahren zurückgezahlt werden sollte (E. Cziomer, *Historia Niemiec współczesnych 1945-2005*, Warszawa 2006, S. 337).

verließen, wie es schien, alle Personen, die sich zur deutschen Nationalität bekannten und die es auch wollten, Polen. Am längsten, manchmal sogar einige Jahre lang, mussten auf eine Ausreiseerlaubnis Fachleute warten, die in den neu an Polen angeschlossenen Gebieten schwer zu ersetzen waren (z. B. Ärzte). Vor Ort blieben sogenannte Autochthone – Kaschuben oder Schlesier, ferner Menschen, die ihre nationale Identität nicht genau bestimmten, sowie diejenigen, die in den unsicheren Nachkriegszeiten lieber verbergen wollten, dass sie Deutsche waren, weil sie sich davor fürchteten, vor Ort Repressionen ausgesetzt zu werden, aber auch nicht in das durch den Krieg ruinierte, unter Besatzung stehende Deutschland ausreisen wollten. Diese Menschen glaubten, sie könnten sich irgendwie im neuen Polen zurechtfinden, was sich aber als schwierig erwies – so wurden sie sehr argwöhnisch behandelt, zuweilen geradezu schikaniert, sowohl von ihren neuen Nachbarn als auch von den Behörden. Im Laufe der Jahre, als es klar wurde, dass das Leben in Westdeutschland leichter und die wirtschaftliche Lage besser sein würden als in Polen, entschlossen sich viele von ihnen, doch noch auszuwandern. Die erste Ausreisewelle dieser Art fand in den Jahren 1955 bis 1959 auf der Grundlage eines Abkommens des polnischen und deutschen Roten Kreuzes statt, und in den folgenden Jahren wurden individuelle Ausreisegenehmigungen im Rahmen von Familienzusammenführungen erteilt. Bis 1969 reisten so rund 400.000 Personen aus. Mit der Ausreise weiterer erklärte sich Edward Gierek einverstanden – im Gegenzug für Polen gewährte Kredite. Und zwischen 1970 und 1973 emigrierten somit weitere 50.000 Personen. Aus Polen auszuwandern, war für Personen, die sich als Deutsche fühlten – zuweilen aber sich nur als solche ausgaben – nicht einfach; die Erledigung aller Formalitäten konnte sogar zwei Jahre dauern. Im Allgemeinen warf man den Ausreisenden vor, sich vor allem von wirtschaftlichen Gründen leiten zu lassen, obwohl dies für viele – auch für Polen – die einzige Chance sein konnte, das kommunistische Land zu verlassen.

Die sozialdemokratischen Bundesregierungen unter Willy Brandt und Helmut Schmidt pflegten gute Beziehungen mit den kommunistischen Machthabern in Polen, ohne – anders als beispielweise Frank-

reich oder die USA – die in Polen entstehende Opposition zu unterstützen, und nahmen die Verhängung des Kriegsrechts in Polen sogar mit Verständnis auf. Diese Haltung stand im Kontrast zur spontanen Reaktion der Westdeutschen, die sich im großen Stil dafür einsetzten, den Polen, insbesondere während des Kriegszustands, zu helfen. Privatleute, Vereine, Gemeinden und Kirchen versandten Pakete nach Polen mit allernötigsten Artikeln, organisierten aber auch Transporte mit humanitärer Hilfe. Schätzungen zufolge wurden von den Deutschen dreißig Millionen sogenannter Solidaritätspakete nach Polen im Gesamtwert von rund einer Milliarde Mark verschickt. Für viele Polen stellte ein solches Paket, das sie – von ihnen persönlich nicht bekannten Leuten – zugeschickt bekamen, den ersten Kontakt mit echten Deutschen dar. Und die gen Polen gerichtete humanitäre Hilfe trug folglich enorm dazu bei, negative Stereotype gegenüber den Deutschen zu überwinden.¹⁵

Es hatte den Anschein, dass die Veränderungen, die 1989 in Polen und im gesamten Ostblock eintraten, zu einer Wende in den deutsch-polnischen Beziehungen führen würden. Dies gelang aber nicht sofort. Kanzler Helmut Kohl besuchte Polen im November 1989, und während seines mehrtägigen Besuchs nahm er u. a. zusammen mit dem ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki an der symbolträchtigen Versöhnungsmesse auf dem ehemaligen Anwesen der Familie von Moltke in Kreisau teil. Die Perspektive einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten führte jedoch leider dazu, dass das Thema eines abzuschließenden Friedensvertrages mit Deutschland und damit – für manche Kreise – auch das der endgültigen Regelung der deutschen Grenze zurückkehrte. Bundeskanzler Helmut Kohl schien in dieser Sache eine Geisel der Vertriebenenkreise zu sein¹⁶ – zwar versprach er keine Grenzrevision, sagte aber auch nicht eindeutig zu, dass diese Frage

¹⁵ Siehe online unter: <https://dzieje.pl/historia-w-kinie/paczki-solidarnosci> (letzter Zugriff: 30.01.2019).

¹⁶ Helmut Kohl kehrte u. a. zu der Gepflogenheit zurück, als Kanzler auf dem alljährlich von den Vertriebenen veranstalteten *Tag der Heimat* aufzutreten, was weder Willy Brandt noch Helmut Schmidt taten.

definitiv abgeschlossen sei, was auf polnischer Seite längst in den Hintergrund getretene Befürchtungen weckte. Die Lage entspannte sich durch die am 21. Juni 1990 angenommenen gleichlautenden Resolutionen des Bundestages und der Volkskammer der DDR, in denen es hieß, die Grenze zwischen Deutschland und Polen verlaufe so, wie es im Görlitzer Abkommen von 1950 festgelegt war. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Republik Polen wurden in der Folge dann jedoch auch endgültig mit zwei Verträgen – über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze¹⁷ sowie über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit¹⁸ – geregelt.

Bedenkt man, wie schwierig die deutsch-polnischen Beziehungen im genannten Zeitraum waren, so lässt sich nachvollziehen, dass spontane, von unten ergriffene Initiativen zur Zusammenarbeit – und um solche handelte es sich bei der Gründung und Tätigkeit binationaler Vereine – etwas Außergewöhnliches waren. Vereine, die für die Freundschaft mit Polen eintraten, entstanden in Deutschland allmählich Anfang der 1970er Jahre. Ihren Ursprung hatten sie in der Suche nach Wegen, sich für eine Aussöhnung mit Polen einzusetzen. Mit ihren Aktivitäten wollten die Vereine dazu beitragen, eine Art Normalität in den deutsch-polnischen Beziehungen aufzubauen. Das Thema der Akzeptanz für andere Kulturen elektrisierte schon immer die öffentliche Meinung. Der Annäherungsprozess von Kulturen hängt aber regelmäßig nicht nur davon ab, ob Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen miteinander in Kontakt stehen können. Erforderlich sind auch entsprechende Voraussetzungen, um sich näher kennenzulernen. Solche Voraussetzungen schafften und schafften binationale Vereine.

Zu den im Rahmen der vorgenommenen Analyse untersuchten Vereinen gehört an chronologisch erster Stelle die Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. (DPG BRD). Der Ver-

¹⁷ Unterzeichnet am 14. November 1990 in Warschau von den Außenministern H.-D. Genscher und K. Skubiszewski.

¹⁸ Unterzeichnet am 17. Juni 1991 in Bonn von Bundeskanzler H. Kohl und Ministerpräsident J. K. Bielecki.

ein wurde am 27. Juni 1950 ins Leben gerufen.¹⁹ Ziel der Organisation war es von Beginn an, Völker durch Verständigung und Versöhnung miteinander zusammenzuführen. Die Suche nach Verständigung mit den Polen als Ziel deutscher Bestrebungen konnte damals seltsam anmuten, insbesondere vor dem Hintergrund des zu Ende gegangenen Krieges, in dessen Folge innerhalb des polnischen Staates Gebiete lagen, die einst zu Deutschland gehörten. Darüber hinaus war Polen Teil des kommunistischen Blocks, was von Deutschen mit Zurückhaltung wahrgenommen wurde. Doch trotz dieser, wie es schien, damals ungünstigen politischen Gegebenheiten, bekundete der Verein den Wunsch, danach zu streben, Brücken der Verständigung nach bzw. zu den Polen zu bauen. Dieser Auftrag stellte eine Absage dar an die über zweihundert Jahre lang praktizierte deutsch-preußische Politik gegenüber dem östlichen Nachbarn. Die in der Politik der Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zu Polen in den 1970er Jahren eingetretenen Veränderungen trugen in großem Maße dazu bei, dass auf Verständigung abzielende Maßnahmen eine Blütezeit erleben konnten.

Der zweite Verein – gemäß dem Gründungsdatum in Deutschland – ist die Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin e.V. (DPG Berlin). Die Gründe für deren Entstehung im Jahr 1973 sind im Wesentlichen mit den vorstehend genannten identisch. Politische Umwälzungen, die sich in Polen im Jahr 1980 vollzogen, führten zu Veränderungen in der DPG Berlin. Die Verhängung des Kriegsrechts löste wiederum eine Welle bisher ungekannter Hilfsbereitschaft unter Mitgliedern und Freunden des Vereins aus. So wurden damals Geld- und Sachspenden gesammelt, die dann polnische Krankenhäuser und soziale Organisationen erreichten.

Einen anderen Tätigkeitscharakter als vorstehend dargestellt wies – obwohl die Gründe für deren Entstehung durchaus ähnlich waren – von Anfang an die Gemeinschaft für studentischen Austausch in Mittel- und Osteuropa e.V. auf, die auch unter der Kurzfassung ihres Namens GFPS e.V. bekannt ist und die als studentische Organisation in ihren Reihen viele junge Menschen versammelt. Diese Organi-

¹⁹ F. Jagemann, *Anstößige Politik, Vier Jahrzehnte deutsch-polnischen Bemühens*. Bielefeld 1988, S. 7.

sation entstand 1984 in Freiburg im Breisgau. Freiburger Studenten und Studentinnen machten sich 1983 Gedanken darüber, wie man polnischen Kommilitoninnen und Kommilitonen ein Studium in Deutschland ermöglichen könnte. Aufgrund des Eisernen Vorhangs gab es keine offiziellen Kontakte, und die innenpolitische Lage in Polen zwei Jahre nach der Verhängung des Kriegsrechts ließ keine Hoffnungen auf eine baldige Veränderung aufkommen. Unter diesen Umständen keimte die Idee, unter Umgehung des offiziellen Weges zunächst einmal einem polnischen Studenten mithilfe privater Spenden die Möglichkeit zu bieten, ein Studium in Freiburg aufzunehmen. Die Idee stieß in Universitätskreisen auf Zustimmung, so dass ein erster polnischer Student an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg studieren konnte. In den darauffolgenden Jahren weitete der Verein seine Tätigkeit dann auf andere Universitätsstädte aus.

Auch im Kreise binationaler Vereine zu finden ist die Edith-Stein-Gesellschaft (Towarzystwo im. Edyty Stein, TES). Unter den polnisch-deutschen Gesellschaften nimmt sie eine besondere Stellung ein – aufgrund ihrer symbolischen Verbindungen mit der Geschichte des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Vergangenheit. Die Breslauer Gesellschaft wählte Edith Stein (1891-1942) zu ihrer Patronin, eine herausragende deutsche Philosophin, eine Jüdin aus Breslau, die sich in ihrem Leben davon leiten ließ, sich für die Vertiefung des Dialogs und der Verständigung zwischen den Völkern einzusetzen. Die Anfänge der Edith-Stein-Gesellschaft gehen auf das Jahr 1968 zurück, als in Breslau eine ihr gewidmete wissenschaftliche Sitzung veranstaltet wurde.²⁰ Erst Ende 1989 aber, als sich die politische Lage änderte, konnte die TES schließlich als Verein eingetragen werden.²¹ Und die TES hat inzwischen auch eine Partnerorganisation in Deutschland – die 1992 ins Leben gerufene Edith-Stein-Gesellschaft Deutschland e.V.

Orientiert man sich an der Entstehungszeit der deutsch-polnischen Organisationen, so folgt als nächste das Kolpingwerk Polen. Hierbei

²⁰ *Dom przy Nowowiejskiej. Wywiad ze S. Kowalewskim. „Odra”, 1990, Nr. 10.*

²¹ Beschluss des Gerichts in Breslau vom 19.12.1989, Aktenzeichen: I NS Rej. St. 19/89.

handelt es sich, ähnlich wie bei der Edith-Stein-Gesellschaft, um einen im Geist der Soziallehre der Kirche aktiven Verein. Entstanden ist dieser im Jahr 1990, d. h. kurz nachdem die Breslauer Gesellschaft ins Leben gerufen worden war, und seine Entstehungsgeschichte ähnelt im Wesentlichen der Geschichte der Edith-Stein-Gesellschaft. Die Tätigkeit autonomer Vereine – der Kolping-Familien – wird zurzeit von dem in Krakau ansässigen Zentralverband des Kolpingwerks koordiniert. Die Familien stellen dabei die kleinsten Organisationseinheiten dar, die sich rund um Pfarrgemeinden oder Seelsorgezentren versammeln. Aus einem nicht allzu großen Verband ist so eine große, weltweite Organisation entstanden, die derzeit rund 5.000 Vereine in über 50 Ländern zählt.

Ein weiterer Verein im Rahmen dieser Untersuchung ist die 1993 entstandene GFPS Polska, die Polnisch-Deutsche Vereinigung für Akademischen Austausch (Polsko-Niemieckie Stowarzyszenie Wymiany Akademickiej). Die Idee, die den Gründern der Polnisch-Deutschen Vereinigung für Wissenschaft und Kultur (Polsko-Niemieckie Stowarzyszenie Naukowo-Kulturalne) vorschwebte, war die Schaffung einer Partnerorganisation, die eng mit der GFPS e.V. zusammenarbeiten würde – sowohl bei Austausch-Stipendien als auch im wissenschaftlich-kulturellen Bereich. Die Ebene, auf der die Organisation aktiv werden konnte, bildete die Überwindung tief verwurzelter Stereotype und Vorurteile gegenüber Deutschen und Polen sowie der Abneigung, die meist auf die Furcht vor dem „Unbekannten“ zurückzuführen war.

Ferner schließlich findet sich unter den vorliegend ausgewählten Vereinen – um sozusagen ein Gegengewicht zu schaffen – auch eine relativ junge, erst Mitte der 1990er Jahre in Deutschland entstandene Organisation. Hinsichtlich ihrer Entstehungsgeschichte unterscheidet sie sich vollkommen von den zuvor vorgestellten binationalen Vereinen, die vor allem darauf ausgerichtet sind, Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern zu stiften. Die Rede ist hier von der Deutsch-Polnischen Literaturgesellschaft „WIR e.V.“. Gegründet wurde sie im Jahr 1994, ihren Sitz hat sie in Berlin.²² Die Idee, diese

²² Datum der Eintragung ins Vereinsregister, Registernummer 152 18 NZ.

Gesellschaft ins Leben zu rufen, entstand im Kreise einiger Schriftstellerinnen und Informatiker, die ein kleines Buch über polnischsprachige, in Berlin lebende und wirkende Autoren herausgeben wollten.

Generell sei an dieser Stelle einmal ausdrücklich angemerkt, dass binationale Vereine, die in Deutschland vor einigen Jahrzehnten gegründet wurden, ihre Tätigkeiten lange in einer gänzlich anderen politischen Wirklichkeit ausüben gezwungen waren. Das Ziel der nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages 1970 gegründeten Vereine war es, in erster Linie die Bestimmungen dieses Vertrages zur Normalisierung gegenseitiger Beziehungen und zur Herbeiführung von Versöhnung und Verständigung in die Tat umzusetzen. Heute dienen binationale Vereine einer gegenseitigen, vielschichtigen Zusammenarbeit in einem gemeinsamen Europa sowie dem Kulturaustausch zwischen beiden Ländern. Was die Entstehungsgeschichte deutsch-polnischer Vereine angeht, so sind über die vergangenen Jahrzehnte hinweg keine bedeutenden Unterschiede erkennbar. Die meisten Organisationen entstanden zwecks der Verwirklichung der Idee, den Dialog zu vertiefen und auszuweiten, für gegenseitige Toleranz einzutreten sowie die Wissenschaft und die Kultur beider Länder zu fördern.

Die meisten der untersuchten Vereine sprechen sich dafür aus, ihre Ziele durch die Förderung von Austausch und von weit gefasster Zusammenarbeit, sowohl im wissenschaftlichen und kulturellen als auch im wirtschaftlichen Bereich, umzusetzen. In den Vereinen werden Maßnahmen ergriffen, die darauf abzielen, einander näher kennenzulernen – hierbei geht es konkret um das gegenseitige Kennenlernen der Menschen, der Sprache und der Kultur. Mit dem Kennenlernen sind auch die Ausweitung und die Vertiefung des geführten Dialogs, die Stärkung des Vertrauens und der Aufbau beiderseitiger Toleranz und Versöhnung verbunden. Wichtig ist den Mitgliedern zudem, dass alle Probleme, die aus historischen Erfahrungen erwachsen sind, überwunden werden, damit sie die gegenwärtigen Beziehungen nicht mehr belasten. Nur auf diese Weise werde es möglich sein, tragfähige Grundlagen für die Zukunft zu

schaffen, um sich dann ohne Ressentiments einander anzunähern. Es sei betont, dass binationale Vereine ihrer Natur nach darauf ausgerichtet sind, nicht nur am Ort ihrer Eintragung tätig zu sein. Ihre Initiativen setzen sie auch außerhalb ihrer Grenzen um. Die Reichweite ihrer Aktivitäten bleibt auch nicht nur auf den Kreis der Vereinsmitglieder beschränkt, sondern geht weit über diesen Rahmen hinaus, wobei dies ausdrücklich auch Sympathisanten sowie Personen umfasst, die mit den Strukturen des jeweiligen Vereins in keiner Weise verbunden sind.

Im Rahmen der Untersuchung wurden die Mitglieder auch nach den Motiven ihres Beitritts zum jeweiligen Verein befragt. Inhaltlich lassen sich hier zweierlei Gründe ausmachen – persönliche und gruppenorientierte Motive. Zu den persönlichen Beweggründen gehören: Neugier, Interesse, Affinität, das Sammeln neuer Erfahrungen, der Wunsch, neue Bekanntschaften zu knüpfen, sowie die Hoffnung, sich persönlich entfalten zu können. Zur zweiten Gruppe – den Gruppenmotiven – zählt hingegen Folgendes: Vereinsideen, der Wille, anderen zu helfen, der Wunsch nach einer Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen oder schlicht der Umstand, durch andere Mitglieder zum Beitritt überredet worden zu sein. Bemerkenswert ist dabei, dass in über 38 Prozent aller Fälle die Befragten die Faszination für die Teilhabe an einem Verein dazu motiviert hat, diesem beizutreten. Und eine Identifizierung mit den satzungsgemäßen Grundsätzen und dem Programm der jeweiligen Organisation ist wesentlich häufiger unter Deutschen (bei diesen in mehr als der Hälfte aller Fälle) als unter Polen (hier bei etwas über einem Viertel aller Befragten) festzustellen.

Binationale Vereine dienen vor allem ihren Mitgliedern – insofern sie eine Plattform bieten, individuelle Bedürfnisse zu befriedigen und ferner auch einen Raum schaffen, in dem wichtige Aufgaben des sozialen Umfelds erfüllt werden. Sie stellen somit gewissermaßen eine Brücke dar zwischen den Bedürfnissen des Einzelnen und allgemeingesellschaftlichen Belangen. Polen stellten nahezu einhellig (zu über 98%) fest, dass mit der Tätigkeit in einem Verein die Möglichkeit einhergehe, direkte Kontakte mit den Nachbarn zu unterhalten

und mit diesen zusammenzuarbeiten. Deutsche hingegen erwarten sich von der Mitwirkung in einem Verein ganz überwiegend (zu über 89%) eine Intensivierung der interkulturellen Zusammenarbeit sowie eine Erleichterung der Kontaktaufnahme und der Integration innerhalb des deutsch-polnischen Umfelds. Insoweit sind die von den Befragten artikulierten Erwartungen an einen Verein, wie festzustellen ist, sehr weit gefasst. Dies betrifft Aspekte, die mit dem eigenen Privatleben zu tun haben, etwa den Wunsch, neue Menschen kennenzulernen und Kontakte für die Zukunft aufzubauen, die eigene Persönlichkeit zu entfalten und sich fortzubilden, sowie die Möglichkeit, sich selbst zu verwirklichen und Verständigung zwischen den Völkern zu stiften.

Ausgehend von der These, wonach die Zusammenarbeit zwischen Gruppen die gegenseitigen Beziehungen verbessert, wurden im Rahmen der Untersuchungen die Folgen einer Integration in Vereinen analysiert. Festhalten lässt sich diesbezüglich, dass knapp drei Viertel der befragten Polen und zwei Drittel der befragten Deutschen einräumen, die Tätigkeit in einem Verein habe die Entstehung neuer Freundschaften maßgeblich beeinflusst. Deutsche Vereinsmitglieder (zu 73%) knüpfen dabei etwas häufiger Freundschaften zu Menschen aus dem Nachbarland als polnische Mitglieder (zu 63%). Ferner ist das nähere Kennenlernen der Kultur des Nachbarlandes zugleich auch mit der Entwicklung einer toleranten Haltung gegenüber den Nachbarn verbunden. Davon zeugen die Aussagen von Befragten. Diese bekennen, im Zuge des Kennenlernens eine andere Kultur entdeckt zu haben, und dass eine Verständigung trotz vieler bestehender Unterschiede möglich sei. Darüber hinaus haben die Untersuchungen ergeben, dass in Folge des Einflusses der Vereinsmitgliedschaft und -tätigkeit bei über 46 Prozent der Befragten eine Änderung der Einstellung gegenüber Vertretern einer anderen Nation erkennbar ist. Spricht man von der integrativen Rolle von Vereinen, so lohnt es sich darauf hinzuweisen, dass solche Aspekte wie interkulturelle Zusammenarbeit, das Stiften von Verständigung zwischen den Völkern sowie die Erweiterung des Wissens bezüglich des Nachbarlandes, die in direktem Zusammenhang stehen mit der Integration, korre-

spondieren mit den seitens der Mitglieder geäußerten Erwartungen an die Vereine. Diese Erwartungen werden für gewöhnlich in der Anfangsphase, unmittelbar im Kontext des Beitritts zur jeweiligen Organisation artikuliert. Und im Zuge der Tätigkeit im Verein werden sie sodann größtenteils verwirklicht.

Anhand der Ergebnisse lässt sich abschließend wie folgt resümieren: Binationale Vereine spielen eine bedeutende Rolle im Bereich der interkulturellen Bildung und beeinflussen erheblich den Aufbau nachbarschaftlicher Beziehungen in zivilgesellschaftlicher Hinsicht. Die durch sie vermittelte Bildung ist umfassend. Vereine erlauben ihren Mitgliedern, spontan in eine Gruppe hineinzuwachsen. Und sie bieten die Möglichkeit, Wissen über die in der Kultur des Nachbarn geltenden Normen, Werte, Verhaltensmuster, Überzeugungen und Sitten zu erwerben, weshalb sie einen wesentlichen Beitrag leisten zur so genannten Inkulturation.

Karl W. Deutsch stützte sich in den 1950er Jahren bezüglich des Begriffs der Integration auf die folgende Grundannahme: Je enger die die Gesellschaften miteinander verbindenden sozialen Bande sind, desto leichter sei es, erwachsende Konflikte friedlich und in Zusammenarbeit zu lösen, weil dann gemeinsame Interessen vorherrschen.²³ Im Sinne dieser These lässt sich annehmen, dass ein näheres Kennenlernen und ein Sich-Ähnlich-Sein wesentliche Werte darstellen, die ein gegenseitiges grenzüberschreitendes Interesse wecken. Dadurch steigen wiederum die Chancen, dass mehr gemeinsame Vorhaben verwirklicht werden, und somit gerade auch solche, die in den Kontext der Zusammenarbeit von Vereinen fallen. Und hinzu kommt, dass das Entstehen bzw. das Vorhandensein von tiefergreifenden Problemen in den deutsch-polnischen Beziehungen es Vereinen erlaubt, als ein Forum zu fungieren, in dessen Rahmen die Nachbarn auf der Grundlage eines gewachsenen gegenseitigen Vertrauens einander begegnen und die sie umtreibenden Fragen diskutieren können. Obwohl es heute viele andere Möglichkeiten und Räume für den Kontakt, den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen

²³ W. Eberwein, J. Reiter, *Die deutsch-polnischen Beziehungen. Eine Interessen- und Wertegemeinschaft?*, Berlin 1999, S. 7.

Polen und Deutschen gibt, bilden binationale Vereine – mit ihrer Tradition, ihren Errungenschaften und ihrer langjährigen Erfahrung – immer noch eine wichtige Form, in der Zivilgesellschaft gemeinsam funktionieren kann. Ihre Aktivitäten dienen daher – entgegen der hoffentlich nur vorübergehend veränderten Ausrichtung der polnischen Außenpolitik und trotz aller inzwischen wiederkehrenden antideutschen Ressentiments – nach wie vor der deutsch-polnischen Aussöhnung.

EWA FIUK

ZAUNGÄSTE – POLNISCHE UND DEUTSCHE KINEMATOGRAPHIE NACH 1989 IM GEGENSEITIGEN KONTEXT UND DIALOG

„Nachbarschaft verpflichtet“¹, so beschreibt Prof. Hubert Orłowski, der Herausgeber der Reihe „Poznańska Biblioteka Niemiecka“, in aller Kürze den Sinn der deutsch-polnischen Beziehungen und die Notwendigkeit, einander auf gesellschaftlichem und kulturellem Gebiet kennenzulernen. Diese Worte seien gleichsam als Motto dem vorliegenden Beitrag vorangestellt, verpflichtet doch auch die filmische Nachbarschaft zur gegenseitigen Erkundung. Filme liefern einerseits Bilder der uns umgebenden Welt, andererseits stimulieren sie unsere Vorstellungskraft, regen dazu an, die Wirklichkeit auf eigene Weise zu deuten, und beeinflussen so deren Rezeption. Mitunter ist dies die Wirklichkeit eines Nachbarlandes und seiner Einwohner.

¹ B. Maciejewska, *Rozmowa z prof. Hubertem Orłowskim*. Interview vom 25.10.2002, online abrufbar unter: <http://wroclaw.wyborcza.pl/wroclaw/1,35762,1085020.html> (letzter Zugriff: 14.01.2019).

Zaungäste

Im Jahr 2008 entstand ein Dokumentarfilm mit dem Titel *Zaungäste – zza plotu*, eine deutsch-polnische Koproduktion unter der Regie von Leszek Dawid und Matl Findel. Künstlerische Paten hierfür waren Kazimierz Karabasz und Reinhard Hauff, berühmte und geschätzte Pädagogen, legendäre Schöpfer des polnischen und deutschen Kinos.² In fünfundzwanzig Episoden, bei denen es sich im Grunde um Genreszenen handelt, zeigen die Filmemacher das Alltagsleben von Polen und Deutschen – aus der Außenperspektive. Dawid war dabei für Episoden zuständig, die in Deutschland angesiedelt sind, Findel dagegen für diejenigen, die in Polen spielen.

Der Film verdeutlicht Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Polen und Deutschen, das Konzept aller Szenen hingegen ist identisch. Eine unbewegliche Kamera, die in bestimmter, nicht allzu großer Entfernung von den gefilmten Personen aufgestellt ist, beobachtet deren Verhalten. Während der je zweieinhalbminütigen Episoden gibt es keine Schnitte und keine Perspektivenwechsel (Blickpunkte und Blickwinkel), aus denen die Kamera das Geschehen registriert. Der Zuschauer erlebt den Alltag, wie er sich auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze abspielt. Und die Art der Präsentation, die hier von den beiden Regisseuren zugrunde gelegt wurde, grenzt ans Stereotyphafte. Dennoch ist es schwierig zu beurteilen, ob sie ihrem Wesen nach das Ergebnis von Entscheidungen ist, die von den Filmemachern bei der Umsetzung der Filmarbeiten bewusst getroffen wurden, oder vielmehr von bestimmten Interpretationen des Zuschauers, die sich in der Rezeption offenbaren. Und es handelt sich auch – um es noch ein wenig anders zu formulieren – um die Frage, ob Dawid und Findel die Situationen einzeln ausgewählt und sorgfältig gefilmt haben, die ihre Sicht auf die Gesellschaft und die Kultur des jeweiligen Nachbarlandes bezeugen sollen. Oder haben sie stattdessen zufällige Szenen aufgezeichnet, die sich gerade an den

² Zur Filmanalyse siehe E. Fiuk, *Przenikania, analogie, inspiracje – współczesny film polski i niemiecki*, [in:] *W drodze do sąsiada. Polsko-niemieckie spotkania filmowe*, pod red. A. Dębskiego, A. Gwoździa, Wrocław 2013, S. 193-221.

von ihnen besuchten Orten ereigneten, so dass erst der Betrachter aus diesen Bildern – unter Nutzung seines gesamten kognitiven Apparates und seiner vorfilmischen Erfahrung – Bedeutungen verallgemeinernder Art konstruiert.

Das Deutschlandbild, das Dawid im Film festgehalten hat, ist geprägt von Nachdenklichkeit, Wohlstand, Individualisierung, Ordnung, Stabilität und der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Die polnischen Realitäten bei Findel sind ganz und gar anders gefärbt. Was sie auszeichnet sind Gemeinschaftsgefühl, traditionelle Sitten und katholische Moral sowie eine eigentümliche zivilisatorische Rückständigkeit. Der Zuschauer, der sowohl Polen als auch Deutschland kennt, wird mühelos den Schauplatz der meisten Szenen identifizieren können. Doch es gibt im Film freilich auch solche Episoden, deren nationale Einordnung Schwierigkeiten bereitet – was polnisch ist, scheint hier deutsch zu sein, und umgekehrt. Es ist schwer einzuschätzen, ob dies ein beabsichtigter Effekt ist; doch die darin liegende Paradoxität deutet auf etwas hin, was aus Sicht der deutsch-polnischen Verständigung wesentlich wichtiger zu sein scheint, und zwar auf die Tatsache, dass unsere persönlichen Veranlagungen und erworbenen Neigungen die Wahrnehmung bedingen und somit zu falschen Präfigurationen führen. Denn der mit einer statischen Kamera – ausschließlich unter Verwendung von diegetischem Licht und Ton – gedrehte Film, bei dem die Erzähl- und Inszenierungselemente auf das nötige Minimum beschränkt sind, lassen den Zuschauer mit seinen Sympathien und Antipathien, seinen Vorurteilen und Projektionen allein zurück und zwingen ihn so dazu, die eigene wie die fremde Kultur und die Subjektivierung der eigenen Wahrnehmung zu reflektieren.

Deutsch-polnische Filmkontakte vor 1989 im Überblick

Bis zum Fall der Berliner Mauer standen die deutsch-polnischen Filmkontakte im Zeichen zweier geopolitischer Ordnungen: Filmemacher aus der Volksrepublik Polen unterhielten Kontakte zu Fil-

memachern und Produzenten aus der Bundesrepublik und der DDR und arbeiteten mit ihnen zusammen, wobei die Kooperation zwischen Polen und Deutschen aus dem Westen intensiver ausfiel als die vergleichbare Zusammenarbeit mit Künstlern aus dem Osten.³ Das Kapital und die künstlerische Freiheit, die eine Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik garantierte, übten auf polnische Regisseure wahrscheinlich eine stärkere Anziehungskraft aus als die sozialistischen Bande mit der DDR.

Die erste westdeutsch-polnische Kooperation war *Der achte Wochentag* (*Ósmy dzień tygodnia*) von Aleksander Ford, der 1958 nach der gleichnamigen Erzählung von Marek Hłasko gedreht wurde. Koproduziert wurde der Film auf deutscher Seite von der Firma CCC-Filmkunst. Ihr Gründer war Artur Brauner, ein deutscher Produzent polnischer Herkunft, der 1918 in Lodsch geboren wurde und sich nach Ende des Krieges in Berlin niederließ und eben dort 1946 eine Filmproduktionsfirma gründete. In den Hauptrollen waren hier die deutsche Schauspielerinnen Sonja Ziemann (die spätere Ehefrau von Hłasko) und der damals aufsteigende Star des polnischen Kinos, Zbigniew Cybulski, zu sehen. In den 1980er Jahren arbeiteten mit Brauners Firma auch Andrzej Wajda (1983 anlässlich des deutsch-französischen Films *Eine Liebe in Deutschland/Miłość w Niemczech*), sowie Agnieszka Holland (diese zweimal, 1984 bei *Bittere Ernte* (*Gorzkie żniwa*) und 1989 bei *Hilferjunge Salomon/Europa, Europa*) zusammen. Welchen Rang die beiden zuletzt genannten Produktionen hatten, kann man daran sehen, dass Erstere für einen Oscar nominiert und Letztere als deutscher Kandidat für diesen Preis auserkoren war.⁴ Zudem produzierte Artur Brauner im Jahr 1993 den Film *Der Dautenträger* (*Tragarz puchu*) von Janusz Kijowski.

³ Mehr zu diesem Thema siehe in M. Wach, *Polsko-niemieckie koprodukcje w latach 1956-2010 na tle dystrybucji i recepcji polskich filmów w Niemczech*, [in:] *Polska i Niemcy. Filmowe granice i sąsiedztwa*, pod red. K. Klejsy, Wrocław 2012, S. 85-108.

⁴ M. Wach schreibt dazu: „(...) knüpfte man große Hoffnung an ihn, solange der deutsche Oscar-Ausschuss seine Kandidatur nicht zurückzog, nach einer kontroversen Erklärung des Drehbuch-Co-Autors, Paul Hengge, der sich von der endgültigen Filmfassung distanziert hatte, wobei er behauptete, sie rechtfertige den Nationalsozialismus. Der tief gekränkte Brauner leitete nach dessen Auftritt eine öffentliche Debatte ein.“ Siehe M. Wach, *op. cit.*, S. 98.

Eine deutsche Produzentin, die während der 1980er und Anfang der 1990er Jahre ebenfalls die Zusammenarbeit mit polnischen Regisseuren schätzte, war Regina Ziegler. Margarete Wach betont: „Die Krise der polnischen Filmindustrie in den 1980er Jahren war ein guter Katalysator für Koproduktionsinitiativen. (...)“ Regina Ziegler gelang es innerhalb kurzer Zeit, sich durch Produktionen mit renommierten polnischen Regisseuren einen Namen zu machen. Hierzu zählen insbesondere die folgenden Filme bekannter Regisseure: Wajda – *Schuld und Sühne (Zbrodnia i kara)* (1986), *Korczak (Korczak)* (1990), *Der Ring mit dem gekrönten Adler (Pierścionek z orłem w koronie)* (1993)⁵ sowie Zanussi – *Die Unerreichbare (Niedostępna)* (1982), *A Year of the Quiet Sun (Rok spokojnego słońca)* (1984), *Erloschene Zeiten (Wygaste czasy)* (1987), *Liebesfesseln (Stan posiadania)* (1989), *Das lange Gespräch mit dem Vogel (Długa rozmowa z ptakiem)* (1990). Auch bei Volker Schlöndorffs *Blechtrummel (Blaszany bębenek)*, im 1979 der Gewinner der Goldene Palme in Cannes, im Jahr 1980 ausgezeichnet mit dem Oscar für den besten fremdsprachigen Film, handelte es sich formal gesehen um eine deutsch-polnische Koproduktion, wobei sich der polnische Anteil, wie es bei Margarete Wach heißt, „lediglich beschränkte auf Dienstleistungen, die Zurverfügungstellung von Drehorte und die Beteiligung einiger polnischer Schauspieler, allen voran Daniel Olbrychski⁶. „Es lässt sich somit konstatieren, dass beide Seiten bis 1990 von der eingetretenen Situation profitierten. Polnische Filmemacher, die internationale Koproduktion realisierten, an denen Partner aus dem Westen beteiligt waren, genossen nämlich eine größere kreative Freiheit – so konnten sie teilweise oder (wie im Falle der deutschen Zanussi-Filme) gänzlich der Kontrolle des als Sponsor und Monopolist fungierenden Staatsapparates entkommen“⁷, merkt die

⁵ Andrzej Wajda realisierte ferner in Zusammenarbeit mit der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt ZDF 1972 den Film *Pilatus und andere (Pilat i inni)*, dessen Drehbuch auf den Motiven des Romans „*Der Meister und Margarita*“ von Michail Bulgakow basierte.

⁶ M. Wach, op.cit. S. 98-99. Wach weist auch darauf hin, dass Olbrychski neben dem in DDR-Filmen spielenden Leon Niemczyk der bei deutschen Regisseuren und Produzenten beliebteste polnische Schauspieler war.

⁷ M. Wach, *Polscy i niemieccy twórcy filmowi w drodze do sąsiada*, [in:] *W drodze do sąsiada...*, S. 180.

deutsche Filmwissenschaftlerin an anderer Stelle an. Und auch die politische Lage trug zur Vertiefung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Filmbereich bei. So war es nach der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1970 einfacher, unterschiedliche Vorhaben mit oder unter Beteiligung des Nachbarn umzusetzen.

Mit Blick auf Regisseure, die in den 1970er und 1980er Jahren Kontakte zur Filmbranche in der Bundesrepublik unterhielten, ist neben Holland, Wajda und Zanussi auch Krzysztof Kieślowski zu nennen. Der Regisseur, dessen Name anfangs – worauf Wach hinweist – eher im cinephilen Milieu und in Expertenkreisen ein Begriff war, wurde erst allmählich, gegen Ende des vorletzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts, einem breiteren Kreis von Rezipienten bekannt, als in Deutschland *Dekalog* (*Dekalog*) (1988) ausgestrahlt wurde, der eine wahre Begeisterung unter deutschen Kritikern auslöste.⁸ Dank der Zusammenarbeit des Polnischen Fernsehens mit dem Westberliner Medienkonzern SFB (Sender Freies Berlin) gelang es Kieślowski, Kinoversionen von zwei Teilen dieser Filmreihe – *Ein kurzer Film über das Töten* (*Krótki film o zabijaniu*) (1987) sowie *Ein kurzer Film über die Liebe* (*Krótki film o miłości*) (1988) – zu drehen. Etwa zu derselben Zeit leitete der Regisseur in Westberlin ein Filmseminar, das u. a. Andres Veiel, heute ein geschätzter deutscher Filmemacher, besuchte, der in vielen Interviews die Bedeutung der damaligen Kontakte zu diesem polnischen Regisseur hervorhebt.

In den 1960er, 1970er und 1980er Jahren bildeten die westdeutschen Filmfestivals in Berlin und Mannheim, auf denen polnische Regisseure wichtige Preise gewannen, ein vorzügliches Schaufenster für das polnische Kino. Zu den Preisträgern dieser Festivals gehörten u. a. Jerzy Kawalerowicz (Silberner Bär in Berlin 1978 für *Tod des Präsidenten*/*Śmierć prezydenta*), Wojciech Marczewski (Silberner Bär 1988 für *Schauer*/*Dreszcze*) sowie Krzysztof Kieślowski (Hauptpreis beim Mannheimer Filmfestival 1975 für *Das Personal*/*Personel*). Und auch im Programm der Kurzfilmtage Oberhausen nahm bereits seit dem

⁸ Mehr zu diesem Thema siehe M. Wach, *Polsko-niemieckie koprodukcje...*, S. 96-97.

Ende der 1950er Jahre das polnische Filmschaffen einen besonderen Raum ein. Eben dort wurde 1988 eine umfassende Filmretrospektive der Lodscher Filmhochschule anlässlich ihres vierzigjährigen Bestehens veranstaltet. In Oberhausen wurden Roman Polański, Andrzej Kondratiuk, Kazimierz Karabasz, Andrzej Munk, Marcel Łoziński, Zbigniew Rybczyński und Piotr Dumala ausgezeichnet. Es sei aber darauf hingewiesen, dass es sich hierbei nicht um eine vollständige Liste der Gewinner handelt.

Das westdeutsche Fernsehen hatte ebenfalls keinen unbedeutenden Anteil an der Verbreitung polnischer Filme. Bei Wach heißt es hierzu: „Das Interesse an dem politischen Umbruch in der Volksrepublik Polen gegen Ende der 1970er Jahre und an den dramatischen Ereignissen zur Jahreswende 1980/1981 war in Westdeutschland sehr groß. Es dürfte somit nicht verwundern, dass Werke des Kinos der moralischen Unruhe im westdeutschen Fernsehen gezeigt wurden, dass sie bei der Tages- und Fachpresse auf Wohlwollen und Interesse stießen, und dass man sie später bei Filmretrospektiven, die im Rahmen vieler Festivals veranstaltet wurden, und in Themenreihen in kommunalen Kinos sehen konnte.“⁹

Ein interessantes und geradezu bemerkenswertes Phänomen der deutsch-polnischen Filmbeziehungen stellen weiter die Tätigkeiten polnischer Kameraleute in Deutschland dar. Infolge der antisemitischen Hetze im März 1968 wanderten Jerzy Lipman und Kurt Weber, Bildregisseure bei Filmen von Andrzej Munk, Roman Polański und Andrzej Wajda (so Lipman) sowie Kazimierz Kutz, Tadeusz Konwicki und Stanisław Różewicz (so Weber) in die Bundesrepublik aus. Jenseits der Westgrenze arbeiteten die beiden auch mit bekannten und anerkannten Filmemachern – etwa Bernhard Wicki, Helmut Dietl, Michael Haneke oder Dieter Wedel – zusammen oder weihten – wie Kurt Weber – deutsche Studenten in die Kunst der Kameraführung und Bildgestaltung ein. Als akademischer Lehrer in Deutschland war auch Sławomir Idziak, Bildregisseur bei Filmen von Hark Bohm und Detlev Buck, tätig. Mit Anbruch des neuen Jahrhunderts

⁹ M. Wach, *Polsko-niemieckie koprodukcje...*, S. 95.

und dem Aufkommen einer neuen Generation von Filmemachern wurden in der Bundesrepublik ferner die Namen von Jolanta Dylewska, Kamerafrau bei Filmen von Niko von Glasow und Dozentin an der Filmhochschule in Ludwigsburg, sowie von Bogumił Godfrejów, einem festen Mitarbeiter des in Deutschland sehr beliebten Regisseurs Hans-Christian Schmid, bekannt.¹⁰

Die ostdeutsch-polnischen Filmkontakte entwickelten sich unterdessen gänzlich anders, oder um es direkt zu sagen, abgesehen von ein paar ruhmreichen Ausnahmen gar nicht. In ostdeutschen Kinos bekam man überaus selten polnische Filme zu sehen, wenngleich es einige wenige im Programm gab. „Der Vertrieb polnischer Filme in Deutschland wurde von den komplizierten zwischenstaatlichen Beziehungen überschattet. Sicherlich aufgrund der Anspielungen auf Adenauer – „einen Kreuzritter“ und „Revanchisten“ – kam das monumentale Epos von Aleksander Ford, *Die Kreuzritter (Krzyżacy)* (1966), in die DDR-Kinos, das (womöglich aus ähnlichen Gründen) in den westdeutschen Kinos nicht ausgestrahlt wurde“¹¹, wie es bei Wach heißt. Darüber hinaus entstanden in der gesamten Geschichte der DDR und der Volksrepublik Polen gerade einmal vier Koproduktionen: 1959 *Der schweigende Stern (Milcząca gwiazda)* von Kurt Maetzig, 1960 *Begegnung im Zwielicht (Spotkania w mroku)* von Wanda Jakubowska, 1970 *Signale – Ein Weltraumabenteuer (Sygnały MMXX)* von Gottfried Kolditz und 1972 *Copernicus (Kopernik)* von Ewa Patelska und Czesław Petelski.

Ein DDR-Film, der teilweise die bilateralen Filmbeziehungen zum Ausdruck bringt, vor allem aber davon zeugt, dass sich Filmemacher von Polen und von der polnischen Kultur inspirieren ließen, ist *Die Schlüssel (Klucze)* (1972) von Egon Günther. Doch bei diesem handelte es sich nicht um eine übliche Koproduktion, denn der Film wurde gleichwohl nahezu vollständig in Polen realisiert; und an der Arbeit daran war das Filmstudio Zespół Iluzjon beteiligt.¹² Der in tra-

¹⁰ Mehr zum Wirken polnischer Kameraleute in Deutschland siehe in M. Wach, *Polscy i niemieccy twórcy filmowi...*, S. 175-178.

¹¹ M. Wach, *Polsko-niemieckie koprodukcje...*, S. 89.

¹² Zur Filmproduktion siehe A. Gwóźdź, *Klucze do kluczy (rozmowa z Egonem Güntherem)*, [in:] *W drodze do sąsiada...*, S. 465-472.

gikomischer Konvention gedrehte Film erzählt vom Aufenthalt eines jungen deutschen Paares aus Ostberlin in Krakau. Andrzej Gwóźdź schreibt hierzu Folgendes: „Über *Die Schlüssel* ließe sich viel Gutes schreiben – es ist nämlich ein besonderer, ein einzigartiger, interessanter, kluger und stets frischer Film. (...) Es ist auch eine scharfsinnige Abhandlung über die schwierige Nachbarschaft (...)“¹³ Über das im Film vermittelte Polenbild heißt es dann weiter: „(...) es ist ein Bild von Polen als einem durch sein historisch-kulturelles Äußeres freundlichen, zugleich aber durch das Angebot der Gegenwart reizvollen Land: die Krakauer Straße ist beispielsweise voller Plakate, die interessante Veranstaltungen ankündigen, von denen die Ostdeutschen bei sich nur hätten träumen können. In einem Konzertsaal tritt Czesław Niemen auf, und gleichzeitig zu einem die Landstraße entlang sausen Käfer tauchen Jokeys auf, wie ein Zitat aus einer englischen Landschaft. (...) Zur Erinnerung: dies war Anfang der siebziger Jahre; das erste Jahrzehnt seit der Errichtung der Mauer in Berlin ging gerade zu Ende. Das Misstrauen gegenüber dem Nachbarn blieb bestehen, und trotz der Öffnung der Grenze an Oder und Neiße wurden wir keineswegs bessere Nachbarn. Die Schlüssel zu unserer guten Nachbarschaft blieben auf der Leinwand.“¹⁴ Diese Worte des Filmkenners beschreiben auf vorzügliche Art nicht nur die ostdeutsch-polnischen Filmbeziehungen, sondern – wie es scheint – auch die damaligen ostdeutsch-polnischen Beziehungen insgesamt.

Nach der Wende

Die Entwicklung der deutsch-polnischen Filmbeziehungen trat nach der gesellschaftlich-politischen Wende von 1989/90, die Veränderungen auch im Bereich der Kinematographie einläutete, in eine neue Phase ein. Durch die Wiedervereinigung Deutschlands wurden zwei Produktionsstrukturen und Filmtraditionen vereinigt

¹³ A. Gwóźdź, *My u nich – oni u nas, czyli dobrosąsiedztwo w „Opętaniu” Stanisława Lenartowicza i „Kluczach” Egona Günthera*, [in:] *W drodze do sąsiada...*, S. 109.

¹⁴ *Ibidem*, S. 112-114.

– die ost- und die westdeutschen. In Polen entstanden infolge der Systemveränderungen nicht nur neue Voraussetzungen für die Filmproduktion, sondern es kamen auch neue plotartige und ästhetische Inspirationen zum Vorschein, die mit den Veränderungen der außerfilmischen Wirklichkeit zu tun hatten. Ein überaus wichtiges Ereignis, das der Logik der Transformation entsprach, war der Beitritt Polens zur Europäischen Union im Jahre 2004. Im Grunde machte eben erst die Konsolidierung der neuen geopolitischen Ordnung in Europa eine multidimensionale Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen, auch auf dem Gebiet des Films, möglich. Antagonismen, von denen die Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik sowie der Volksrepublik Polen und der DDR beherrscht waren, vor allem die bis Anfang der 1990er Jahre bestehenden Einschränkungen im Bereich der räumlichen Personenmobilität sowie des Kulturtransfers, erschwerten die gegenseitige Inspiration und den Dialog.

Zu Beginn der 1990er Jahre kamen in Deutschland allmählich Dokumentarfilme auf, die mit ethnographischer Ader gemacht wurden und die das Interesse der dortigen Filmemacher an Polen und an den grenznahen Gebieten zum Ausdruck brachten. Hierzu gehören u. a.: *Grenzland. Eine Reise (Podróż przez pogranicze)* (1992) von Andreas Vogt, *Schlesien (Śląsk)* (1994) von Viola Stephan, *Zwischen Deutschland und Polen (Między Niemcami i Polską)* (1996) oder *Zeitsprung (Skok czasowy)* (1999) von Benjamin Geissler. Auf polnischer Seite sucht man vergeblich nach derartigen Dokumenten betreffend den westlichen Nachbarn. Trotz günstiger politisch-wirtschaftlicher Voraussetzungen, die – ohne den im Laufe der Zeit kleiner werdenden „historischen Ballast“ – einer Zusammenarbeit und Verständigung immer förderlicher wurden, war die Zahl deutsch-polnischer Koproduktionen während des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts ebenfalls nicht allzu beeindruckend. In verschiedenen Zusammenstellungen lassen sich unterschiedliche Angaben hierzu finden, was darauf zurückzuführen ist, dass der Begriff „Koproduktion“ nicht einheitlich verstanden wird. Andrzej Dębski, der sich in seiner Analyse auf mehrere Quellen bezieht,

nennt siebzehn Titel, wobei er, wie er betont, abendfüllende Filme berücksichtigt, bei denen Polen oder Deutschland Mehrheitsproduzent waren. Neben den im vorliegenden Beitrag bereits erwähnten Filmen von Kijowski und Wajda finden sich auf dieser Liste Titel wie: *Der Fremde muss fliegen – Berlin Breslauer Platz (Obcy musi fruwać)* (1993) von Wiesław Saniewski, *Lieber reich und schön (Lepiej być piękną i bogatą)* (1993) von Filip Bajon, *Unser fremdes Kind (Cudze szczęście)* (1997) von Mirosław Bork, *Die Farbe des Lebens (Brat naszego Boga)* (1997) von Krzysztof Zanussi und *Bastard (Bandyta)* (1997) von Maciej Dejczer (auf polnischer Seite) sowie *Polski crash (Polski Crash)* (1993) von Kaspar Heidelberg, *Auf Wiedersehen Amerika (Żegnaj, Ameryko!)* (1994) von Jan Schütte und *Der Unhold (Król Olch)* (1996) von Volker Schlöndorff (auf deutscher Seite).¹⁵

Ein hervorragendes Schaufenster für das polnische Kino in der Bundesrepublik bildete während der 1990er Jahre das 1991 ins Leben gerufene Festival des osteuropäischen Films in Cottbus. Ein häufiger Gast dort war damals Jan Jakub Kolski, der 1993 die höchste Auszeichnung für *Janico, der Wassermann (Jańcio Wodnik)* (1993) erhielt. Durchaus anders verhielt es sich mit den Prestigefestivals, wie z. B. der Berlinale. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts standen polnische Filme überaus selten auf dem Programm dieser Veranstaltung, ganz zu schweigen davon, dass sie Preise gewonnen hätten. Eine Ausnahme von dieser Regel waren diesbezüglich u. a. *Wojaczek (Wojaczek)* (1999) von Lech Majewski, der in einer Sektion außer Konkurrenz gezeigt wurde, oder *Drei Farben. Weiß (Trzy kolory. Białe)* (1994) von Krzysztof Kiesłowski – Silberner Bär für Regie. Im darauffolgenden Jahrzehnt wurden in Berlin folgende Filme vorgestellt: *Der Tag eines Spinners (Dzień świra)* (2002) von Marek Koterski, *Edi (Edi)* (2002) von Piotr Trzaskalski, *Stranger (Ono)* (2004) von Małgorzata Szumowska, *The Perfect Afternoon (Doskonałe popołudnie)* (2005) von Przemysław Wojcieszek; ferner ein paar Filme von Jan Jakub Kolski sowie von Andrzej Wajda.

¹⁵ A. Dębski, *Obraz Polski i Polaków w filmie niemieckim oraz Niemiec i Niemców w filmie polskim po 1945 roku*. Beitrag online abrufbar unter: <http://www.polska-niemcy-interakcje.pl/articles/show/36> (letzter Zugriff: 09.02.2019).

2006 erhielt Wajda den Goldenen Ehrenbären für sein Lebenswerk und drei Jahre später den Alfred-Bauer-Preis für den Film *Der Kalamus (Tatarak)* (2009).

Bis heute, im Laufe des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts, hat sich diese Tendenz, wie es scheint, fortgesetzt. Polnische Filme sind zwar auf der Berlinale präsent, die Präsenz ist aber nicht zufriedenstellend. 2013 gewann Katarzyna Rosłaniec den Gläsernen Bären, einen Jugendfilmpreis, für *Baby Blues (Bejbi blues)* (2013), drei Jahre später dann Tomasz Wasilewski den Silbernen Bären für das Drehbuch zum Film *United States of Love (Zjednoczone Stany Miłości)* (2016). Einen besonderen Platz unter den polnischen Filmemachern nimmt hingegen Małgorzata Szumowska ein, die dreimalige Preisträgerin des Festivals in der deutschen Hauptstadt. 2013 gewann die Regisseurin den Teddy-Preis für *In the Name of ... (W imię...)* (2013), den besten Film rund um die LGBT-Problematik. Zwei Jahre später erhielt sie den Silbernen Bären für die Regie von *Body (Ciało)* (2015). Und wiederum zwei Jahre danach gewann sie den Großen Preis der Jury für *Mug (Twarz)* (2017). Zudem war Szumowska im Jahr 2016 auch noch Mitglied der Berliner Jury.

Verglichen damit allerdings sind auf Festivals in Polen deutsche Filme in noch bescheidenerem Maße vertreten. Produktionen aus Deutschland wurden bislang präsentiert auf dem Internationalen Filmfestival in Warschau (Gewinner der Publikumsabstimmung 2006 war *Das Leben der Anderen (Życie na podsłuchu)* (2006) von Florian Henckel von Donnersmarck), beim Lebuser Filmsommer in Łagów, auf dem Film and Art Festival Two Riversides, beim Krakauer Filmfestival (2002 war Werner Herzog Preisträger des Smok Smoków (Drache der Drachen), einem Preis, der für das Lebenswerk verliehen wird) sowie beim International Festival of Independent Cinema Off Camera in Krakau (2014 ging hier der Publikumspreis an *Feuchtgebiete (Wilgotne miejsca)* (2013) von David Wnendt). Im Rahmen des Filmmusikfestivals in Krakau dagegen war seit dessen Gründung im Jahr 2008 Tom Tykwer inzwischen dreimal zu Gast.

Anfang des neuen Jahrhunderts wurde in der deutschen Kinetographie „eine für die Sicht von jungen Filmemachern charakte-

ristische *Ostverlagerung*¹⁶ erkennbar. Dieses Interesse war vor allem auf dem Gebiet des Spielfilms zu sehen, obwohl es auch Dokumentarfilme zur allgemeinen polnischen Thematik gab.

Während der Nullerjahre wurde „das polnische Motiv“ zweimal von Hans Christan Schmid aufgegriffen. Im Film *Lichter* (*Światła*) von 2003, der u. a. mit August Diehl gedreht wurde, erzählt der Regisseur die Geschichte mehrerer Personen, die im Grenzgebiet (in Frankfurt an der Oder und Słubice) leben und mit der neuen, nach der Wende von 1989/90 etablierten Ordnung hadern. Die Dokumentation *Die wundersame Welt der Waschkraft* (*Cudowny świat pralni*¹⁷) von 2009 thematisiert ähnliche, traurige Folgen der Systemtransformation am Beispiel des Lebens dreier Polinnen, die in einer polnischen Wäscherei angestellt sind, in der die Bettwäsche exklusiver Berliner Hotels gewaschen wird. 2002 realisierte ferner Michael Gutmann den Film *Herz im Kopf* (*Z miłością nie wygrasz*), in dem Alicja Bachle- da-Curuś spielt und der von der Liebe einer jungen, in Deutschland als Haushilfe beschäftigten Polin und eines deutschen Teenagers handelt. Zwei Jahre später wiederum fand die Premiere von *Nachbarinnen* (*Sąsiadki*) (2004) von Franziska Meletzky statt, in dem es um eine unerwartete Beziehung einer deutschen Beamtin, gespielt von Dagmar Menzel, zu einer von der Polizei gesuchten Polin geht. Im darauffolgenden Jahr entstand der in Wałbrzych mit polnischer

¹⁶ M. Wach, *Polscy i niemieccy twórcy filmowi...*, S. 190. Wach unternimmt keinen Versuch, dieses Phänomen zu erklären. Es kann, wie ich denke, mit dem Generationswechsel sowie mit dem Wandel in der gegenseitigen Wahrnehmung der Polen und der Deutschen nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union, also mit anderen Worten mit der Öffnung einer neuen Generation von Filmemachern gegenüber dem nahen, aber ebenso wenig vertrauten Nachbarn im Osten zu tun haben. Einen Beleg für diese These können die Worte von Lars Jessen, dem Regisseur von *Hochzeitpolka* (*Weselna polka*), liefern. Leider spiegeln sie übrigens auch den tatsächlichen Stand der deutsch-polnischen Beziehungen wieder. Nach den Gründen gefragt, warum die Filmhandlung in Polen spielt, antwortete er: „Wir haben uns deshalb für Polen entschieden, weil die Deutschen wenig darüber wissen. Einwohner des westlichen Teils Deutschlands wissen viel über Amerika, über die Niederlande, über Polen dagegen fast nichts.“ Siehe E. Fiuk, *Wciąż jesteście uwikłani w historię, czyli nie tylko o „Weselnej polce“ (rozmowa z reżyserem)*, [in:] *W drodze do sąsiada...*, S. 483-484.

¹⁷ Einige Quellen, darunter Filmweb, nennen diesbezüglich den Titel „Wspaniały świat pralni“.

Besetzung (Mirosław Baka, Adrianna Biedrzyńska, Robert Gonera, Jan Wieczorkowski) gedrehte Kammerspielfilm *Molly's Way (Droga Molly)* (2005), in dem eine junge Irin im westlichen Polen einen Polen sucht, den Traum ihrer schlaflosen Nächte.

Inspirationen durch Polen wiederum, insbesondere durch die polnische Geschichte, kamen in bisher ungekannter Intensität zum Vorschein bei *Strajk – Die Heldin von Danzig (Strajk)*, gedreht im Jahr 2006 von Volker Schlöndorff. Der Anna Walentynowicz gewidmete Film wurde in Deutschland recht gut aufgenommen, in Polen hingegen stieß er in vielen Kreisen auf Kritik, vor allem auch seitens Walentynowicz selbst, die die Autoren der Geschichtsfälschung beschuldigte.¹⁸ Das ist eigentlich schade, denn – abgesehen vom ästhetischen Wert des Films – nutzte Schlöndorff schlicht die ausgezeichnete Gelegenheit, vom polnischen Beitrag am geopolitischen Wandel in Europa gegen Ende des 20. Jahrhunderts zu erzählen, für dessen Würdigung verschiedene Gruppen in der Heimat der „Solidarność“ so sehr geworben hatten und immer noch werben.

Motive der gemeinsamen, deutsch-polnischen Geschichte wurden unterdessen im Jahr 2007 von Robert Thalheim im Film *Am Ende kommen Touristen (A na koniec przyszli turyści)* aufgegriffen. Die Geschichte eines jungen Deutschen, der seinen Wehrersatzdienst in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz ableistet, wird darin vom Lied „Dziwny jest ten świat“ von Czesław Niemen eindrucksvoll untermalt. Und dieser kluge, unterhaltsame und unpräzise Film stellt vor dem Hintergrund deutscher Filmhandlungen, die sich mit der Thematik des Zweiten Weltkriegs befassen, in gewissem Sinne eine Ausnahme dar, weil er auf die polnischen Opfer des Nationalsozialismus aufmerksam macht.

In einer etwas anderen Weise erzählt demgegenüber der Regisseur Lars Jessen in *Hochzeitpolka (Weselna polka)* (2010) von den deutsch-polnischen Beziehungen. Ihn interessiert darin die Komödien-Dimension von Kulturunterschieden zwischen beiden Ländern.

¹⁸ Siehe Anna Walentynowicz niezadowolona z filmu Schlöndorffa, Artikel online abrufbar auf der Internetplattform der Zeitung „Gazeta Wyborcza“ unter: <http://wyborcza.pl/1,75410,3576736.html> (letzter Zugriff: 05.02.2019).

Die Abenteuer zweier Verliebter – einer Polin (Katarzyna Maciąg) und eines Deutschen (Christian Ulmen) – werden hier vielleicht nicht allzu raffiniert, aber auf durchaus charmante Art und Weise gezeigt. Interessant ist dabei, dass selbst in einer Komödie, deren Handlung in der heutigen Zeit in der polnischen Provinz spielt und die nichts mit Geschichte, schon gar nicht mit der Geschichte des Zweiten Weltkriegs, zu tun hat, Bezug genommen wird auf ein schon ikonographisches Bild der deutsch-polnischen Beziehungen. Gemeint ist die Geste von Willy Brandt vor dem Denkmal der Helden des Warschauer Ghettos in Warschau am 7. Dezember 1970. Der berühmte Kniefall des deutschen Kanzlers wird in dem Film von Jessen in Form eines Pastiches vom Hauptprotagonisten beim Besuch eines polnischen Friedhofs wiederholt. Der Regisseur erklärte die Idee hinter dieser Szene so: „(...) der Kniefall von Willy Brandt in Warschau trug als ein bedeutendes Symbol seiner Ostpolitik sowie der damals eingeleiteten Wende in erheblichem Maße dazu bei, dass Polen und Deutschland 1989 in eine neue Phase der Zusammenarbeit eintraten. (...) Für einen Regisseur, der eine Komödie macht, wird ein solches Motiv zu einem Muster. Die Szene hat Pathos, das hervorragend von Brandt aufgegriffen wurde. Was will man denn mehr? Dies zu parodieren war ein gefundenes Fressen.“¹⁹

Weitere Inspirationen durch Polen sind auch in Filmen der „Berliner Schule“ und in ihr verwandten Werken zu sehen. In Filmen, die dieser künstlerischen – im Zeichen des Autorenkinos stehenden – Strömung zugerechnet werden, bleibt die Rolle Polens aber meist auf den Schauplatz beschränkt. Das Land fungiert somit einfach als fremder Raum, ohne dabei eine besonders dramaturgische Rolle zu spielen, ohne einen schlüssigen Handlungsstrang oder ein Motiv darzustellen, das im Rahmen des Plots wesentlichen Sinn implizieren würde. Was polnisch ist, ist bei *Milchwald (Zaginieni)* (2002, Regie: Christoph Hochhäusler), *Klassenfahrt (Szkolna wycieczka)* (2002, Regie: Henner Winckler), *Unterwegs (Po drodze)* (2004, Regie: Jan Krüger) oder bei *Whatever Happens Next* (2018, Regie: Julian Pörksen) weder

¹⁹ E. Fiuk, *Wciąż jesteśmy uwikłani w historię...*, S. 488.

historisch noch politisch oder gesellschaftlich geprägt, sondern dient als ästhetische Komponente.

Ein Regisseur, der sich gerne nicht so sehr von Polen, sondern vielmehr vom polnischen Filmschaffen, genauer gesagt vom Werk Krzysztof Kieślowskis, inspirieren ließ, ist Tom Tykwer. Augenfällig wurde dies erstmals gegen Ende der 1990er Jahre, als er das Drehbuch zu *Lola rennt* (*Biegnij Lola, biegnij*) (1998) schrieb, in dem er das Erzählschema von *Zufall möglicherweise* (*Przypadek*) (1981) mit dessen Dreiteilung der Handlung und dem sich ändernden Ausgang der Geschichte des Protagonisten verwendete, sowie schließlich ein weiteres Mal, als er zu Beginn der Nullerjahre den Film *Heaven* (*Niebo*) (2002) nach einem Drehbuch von Kieślowski und Piesiewicz drehte.

Doch das Interesse der Deutschen an ihrem östlichen Nachbarn blieb und bleibt bis heute leider so gut wie unerwidert. Es ist, so denke ich, nicht übertrieben zu behaupten, dass polnische Filmemacher an ihrem Nachbarland hauptsächlich nur dann Gefallen finden, wenn Koproduktionen größere Möglichkeiten versprechen. An der Weichsel ansässige Regisseure gehen gerne solche Allianzen ein, denn deutsches Kapital bietet eine Garantie dafür, dass ein Filmprojekt erfolgreich umgesetzt wird. Andrzej Dębski führt in seiner Jahre 2000 bis 2011 umfassenden Zusammenstellung neunzehn Titel auf, unter denen sich nicht weniger als zwölf polnische Namen (manche von ihnen tauchen zweimal auf) finden, aber nur vier deutsche (sowie ein russischer). Zu den polnischen Filmen, die während der Nullerjahre in Koproduktion mit Deutschland entstanden, zählen u. a.: *Weiser* (*Weiser*) (2000) von Wojciech Marczewski, *Julies Reise* (*Julia wraca do domu*) (2002) und *In Darkness* (*W ciemności*) (2011) von Agnieszka Holland, *Leben in mir* (*Ono*) (2004) und *33 Szenen aus dem Leben* (*33 sceny z życia*) (2008) von Małgorzata Szumowska sowie *Unkenrufe – Zeit der Versöhnung* (*Wróżby kumaka*) (2005) und *Ich, Tomek* (*Świnki*) (2009) von Robert Gliński. Auf deutscher Seite erschienen neben den bereits erwähnten Filmen *Strajk* von Schlöndorff und *Hochzeitspolka* (*Weselna polka*) von Jessen zudem *Wholetrain* (*Grafficiarze*) (2006) von Florian Gaag und *Wintertochter* (*Zimowy ojciec*) (2010) von Johannes Schmid.

Einen besonderen Fall unter den deutsch-polnischen Koproduktionen aus dieser Zeit stellt *Rabbit à la Berlin (Królik po berlińsku)* (2009) von Bartek Konopka dar. Der Regisseur bedient sich darin der Poetik einer Naturdokumentation und erzählt in Form einer Parabel vom Leben der Kaninchen im einst zwischen den beiden Teilen der Berliner Mauer gelegenen Todesstreifen. Konopka und Piotr Rosołowski, der Co-Autor des Drehbuchs, anthropomorphisieren dabei die Tierfiguren und berichten somit im übertragenen Sinne gleichsam vom Leben der Einwohner Ostberlins zu Zeiten, in denen die Mauer noch stand bzw. die dann nach deren Fall anbrachen, und – in weiterem Verständnis – von den Bürgern aller Länder des ehemaligen Ostblocks. Der Film weckte nicht nur allgemeines Interesse – so gewann er mehrere wichtige Auszeichnungen in Polen und im Ausland, darunter die Nominierung für den Oscar in der Kategorie Bester Dokumentar-Kurzfilm –, sondern brachte auch das aufrichtige Interesse eines polnischen Filmemachers an deutscher Geschichte zum Ausdruck, was beispiellos ist.

Zukünftig als belebende Kraft für deutsch-polnische Filmkontakte kann sich der seit 2015 tätige Deutsch-Polnische Filmfonds (DPFF/PNFF) erweisen, über den die Entwicklung gemeinsamer Projekte und/oder Koproduktionen gefördert wird. Diese Einrichtung, bei der es sich um eine Nachfolgeorganisation des deutsch-polnischen Fonds zur Förderung von Filmprojekten handelt, der seit 2005 bestand, wird gebildet vom Polnischen Institut für Filmkunst (PISF), von der Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, von der Mitteldeutschen Medienförderung GmbH und von der Filmförderungsanstalt. In den Jahren 2015 bis 2017 erhielten dank dieser Initiative fünfzehn Projekte und Produktionen eine Förderung, wobei die Zahl der polnischen und deutschen Filmemacher, die diese Hilfe in Anspruch nahmen, gleich hoch war.²⁰ Auf die endgültigen Ergebnisse der Fondstätigkeit wird man zwar noch warten müssen; mit dessen Entstehung wurde aber zweifellos ein neues Kapitel in den deutsch-polnischen Filmkontakten aufgeschlagen.

²⁰ Die Angaben wurden der folgenden Internetseite entnommen: <https://www.pisf.pl/dotacje/polsko-niemiecki-fundusz-filmowy> (letzter Zugriff: 19.01.2019).

Was das Bild von Polen und der Polen in deutschen und das Bild Deutschlands und der Deutschen in polnischen Filmen (darunter auch in Koproduktionen) anbelangt, so ist eine gewisse Veränderung hinsichtlich der Art und Weise auszumachen, wie der jeweils andere betrachtet wird. Betonten die Regisseure von Filmen, die während des letzten Jahrzehnts des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts entstanden, noch die kulturellen (und zivilisatorischen) Unterschiede zwischen beiden Ländern und ihren Gesellschaften – etwa Gliński in *Unkenrufen – Zeit der Versöhnung* (*Wróżby kumaka*) oder Gutmann in *Herzen im Kopf* (*Z miłością nie wygrasz*) –, so begannen mit Ende der Nullerjahre diese Grenzen allmählich zu verschwimmen. Die Polen aus der Sicht der Deutschen und die Deutschen in den Augen der Polen sind nicht mehr unbedingt negativ charakterisierte Andere oder Fremde, sondern einfach andere Menschen, Europäer, die einer anderen Nationalität angehören und eine andere Sprache sprechen. Mit einer derart gegenseitigen Sicht wird der Zuschauer beispielsweise in *Am Ende kommen Touristen* (*A na koniec przyszli turyści*) von Thalheim und in *Beyond words* (*Pomiędzy słowami*) von Urszula Antoniak konfrontiert. Die Abenteuer der Protagonisten, ihre Motivation, ihre Wahl und ihre Entscheidungen sind nicht so sehr auf die Zugehörigkeit zu einer „besseren“ oder „schlechteren“ Welt zurückzuführen, sondern vielmehr auf die sich aus ihrem Alter und ihrer Persönlichkeit ergebenden Dilemmata (wie bei Thalheim) oder auf Konflikte ihrer inneren Natur (wie bei Antoniak). Gewiss, auch hier werden – ähnlich wie in vielen früheren Filmen, die die Dichotomie und die Heterogenität polnischer und deutscher Erfahrungen unterstreichen –, Fragen nach der Identität und dem Stellenwert historischer Erfahrungen gestellt; die Regisseure aber entschärfen die „Bombe“ gegenseitiger Vorurteile sachte und zugleich konsequent, wobei sie – bewusst oder unbewusst – alte Stereotype dekonstruieren.

Solche Veränderungen sind sicherlich eine Folge der inzwischen verstrichenen Zeit und einer sich vergrößernden Distanz zu den Kriegereignissen sowie zur späteren geopolitischen Trennung in West und Ost, die im Bestehen des Eisernen Vorhangs ihren Ausdruck fand. Gliński (Jahrgang 1952) und Gutmann (1956) repräsentieren

tieren schlichtweg eine ganz andere Generation als Antoniak (1968) und Thalheim (1974), nicht nur im Sinne des Kinos, für das sie stehen, sondern auch, oder vielleicht vor allem, im Sinne der – bewussten oder unbewussten – Beteiligung am Prozess der deutsch-polnischen Verständigung.

Darüber hinaus weckt die Frage der Stereotype im Zuge der Reflexion über die deutsch-polnischen Kontakte besonderes Interesse. Über das Stereotyp des Deutschen in polnischen Filmproduktionen schreibt Eugeniusz Cezary Król Folgendes: „Zahlenmäßig betrifft über ein Fünftel der polnischen Spielfilme, die in den Jahren 1946 bis 2005 gedreht wurden, in unterschiedlicher Form die deutsch-polnischen Beziehungen (...). Dabei überwiegen deutlich Filme, die direkt oder indirekt (als Reminiszenz) mit dem Zweiten Weltkrieg in Zusammenhang stehen (...). Nach den Regeln der Propaganda wurde [zu Zeiten der Volksrepublik Polen – Anm. der Autorin] das typische Bild eines deutschen Feindes – eines Massenmörders, eines fanatischen Anhängers des Nationalsozialismus, eines aggressiven, wortbrüchigen, heuchlerischen, arglistigen, lüsternen, lärmenden, dämlichen und Alkohol missbräuchlich konsumierenden Individuums (...) – entworfen. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass ein solch hoher Anteil von Spielfilmen zu deutscher Thematik zumindest in gewissem Maße illusorisch ist. In vielen Filmen bleibt das deutsche Motiv im Hintergrund, es stellt lediglich ein dramaturgisches Ornament dar (...). Es muss auch hinzugefügt werden, dass die vorstehend beschriebene Bildformel des deutschen Feindes nach 1989 immer mehr an Bedeutung verliert.“²¹ Das stereotype Polenbild in deutschen Filmen wiederum wird von Andrzej Dębski charakterisiert, der in den Strategien deutscher Filmemacher sichtbare Veränderungen gegenüber der Zeit vor 1989, als der Pole ausschließlich mit Trunksucht, Kriminalität, gegebenenfalls mit Lebensunbeholfenheit in Verbindung gebracht wurde, zu erkennen glaubt: „Es lässt sich beobachten, dass sie den Versuch unternehmen, sie zu

²¹ E. C. Król, *Obraz Niemca w polskim filmie fabularnym w latach 1946-2005. Przyczynek do dyskusji nad heterostereotypem narodowym w relacjach polsko-niemieckich*, [in:] *Polska i Niemcy. Filmowe granice...*, S. 227-229.

revidieren, und ein bewährtes Mittel, schematische Bilder zu stören, besteht darin, die Rollen zu tauschen. In der *Hochzeitspolka* (*Weselna polka*) sind es die Deutschen, die ein Auto stehlen und zur polnischen Hochzeit eigenen Schnaps mitbringen. In der *Wintertochter* (*Zimowy ojciec*) und in *Polska Love Serenade* reisen die deutschen Protagonisten in schrottreifen Autos. Und in dem zuletzt genannten Film versucht sogar eine Deutsche, ihr ausgedientes Auto in Polen loszuwerden und so Geld von der Versicherung zu erschleichen, wodurch sie mit dem stereotypen Bild der deutschen Redlichkeit (als eine der Varianten von »Ordnung muss sein«) bricht.²² Dębski bemerkt aber auch die nach wie vor in deutschen Filmen präsente Gegenüberstellung einer zivilisatorisch entwickelten Bundesrepublik und eines rückständigen Polens, in dem häufig wirtschaftliche Probleme und ein unreflektierter Katholizismus in den Vordergrund gerückt werden.²³

Ein interessantes Phänomen, das ebenfalls mit Generationsveränderungen zusammenhängt, ist daneben die Transkulturalität des deutschen Kinos, die sich im künstlerischen Schaffen von in Polen geborenen, aber seit vielen Jahren in Deutschland lebenden und dort kreativ wirkenden Regisseurinnen und Regisseuren manifestiert. Die Erscheinungsformen der deutschen Kinematographie bzw. der – um es breiter zu fassen – audiovisuellen Kunst wird heute von Stanisław Mucha (Jahrgang 1970), Jakob Ziemnicki (1975), Monika Wojtyłło (1977) und Alexandra Wesolowski (1985) als Autoren von Spielfilmen, Kurz- und Langspielfilmen, Dokumenten sowie Videoinstallationen mitgeprägt, wobei diese in ihren Werken mitunter auch sogenannte polnische Motive aufgreifen. Alle diese Künstler, mit Ausnahme von Stanisław Mucha, wanderten im Kindesalter aus Polen aus und erhielten ihre Bildung und erlernten ihren Beruf bereits in Deutschland. Alle diese Künstler sind auch Absolventen renommierter Filmschulen – der Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf (Mucha, Wojtyłło), der Hochschule für Fernsehen und Film München (Wesolowski) und der Filmakademie Baden-Württemberg in Ludwigsburg (Ziemnicki).

²² A. Dębski, *op. cit.*

²³ *Ibidem.*

Folgende Filme scheinen in diesem Zusammenhang – und im Sinne des Themas des vorliegenden Beitrags – am interessantesten: *Polska Love Serenade* (2008) von Monika Wojtyłło, *Polnische Ostern (Polska Wielkanoc)* (2011) von Jakob Ziemnicki und *Impreza – Das Fest* (2017) von Aleksandra Wesolowski. Alle diese Filme spielen jeweils mit einem ähnlichen Motiv, durch das die Handlung in Gang gesetzt wird: Im ersten und zweiten Fall machen sich Deutsche, im letzten Fall eine in Deutschland aufgewachsene Polin (die Regisseurin selbst) am Vorabend von für die Polen wichtigen Feiertagen nach Polen auf. Bei Wojtyłło reisen Anna und Max – Vertreter der jungen Generation – am Heiligabend in die polnische Provinz. Die ebenso amüsanten wie von Absurdität und Magie gefärbten Situationen, in die das deutsche Paar hineingerät, bieten der Regisseurin Gelegenheit, stereotype Eigenschaften – sowohl von Polen als auch von Deutschen – zu zeigen und sich über diese lustig zu machen. Ziemnicki erzählt – ebenfalls im Genre der Komödie – von der Reise eines älteren Deutschen und seinem Aufenthalt in Tschenschau während der Osterzeit. Dessen Wunsch besteht darin, seine Enkelin zurückzugewinnen, die nach dem Tod ihrer Mutter – seiner Tochter – mit dem Vater nach Polen gegangen war. Und schließlich Wesolowski wiederum bedient sich der Form des Dokumentarfilms und erforscht auf diese Weise das kollektive Gedächtnis und die kollektive Psyche der Polen. Dabei zeigt sie deren mit Komplexen unterfütterter Stolz und deren Verbundenheit mit konservativen Werten. Die Regisseurin fährt nach Polen zu einer Feier anlässlich des 50. Jahrestags der Hochzeit ihrer Großeltern. Sie beobachtet die Festvorbereitungen, führt Interviews mit Familienmitgliedern, die mehrere Generationen repräsentieren, und versucht so, eine Antwort auf die Frage nach den Gründen für die gesellschaftlich-politischen Verhältnisse zu geben, die im heutigen Polen, d. h. seit dem Sieg der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) bei den Parlamentswahlen im Jahr 2015, vorherrschen. In den Plots tauchen polnische Stereotype auf: Wodka und Gurken, unreflektierter Katholizismus, zivilisatorische Rückständigkeit, kriminelle Machenschaften. Das ist interessant, zeigt es doch, dass das Operieren mit Stereotypen nicht mit der Nationalität zusammenhängt.

Diese Wahrnehmungsart des Anderen kann sowohl einen Deutschen als auch einen in Deutschland lebenden Polen auszeichnen, der das Land seiner Vorfahren aus gewisser Entfernung beobachtet und der sich dem Land nicht selten über die Erinnerungen anderer, Vertreter einer älteren Generation, z. B. der Eltern, die im Erwachsenenalter ausgewandert sind, annähert. Diese Art, Polen zu betrachten, kommentiert Wojtyła wie folgt: „[Ich] wurde gefragt, warum ich nicht eine Geschichte über das moderne und schöne Polen erzählen will. Warum trinken in meinem Film alle Polen Wodka, essen Wurst und saure Gurken? Ich konnte darauf nur so antworten: Weil es halt so ist, und eben deswegen liebe ich dieses Land!“²⁴

Während Wojtyła und Ziemnicki, wie viele deutsche Regisseure, die über Polen erzählen, die Ereignisse in der Provinz bzw. in einer Kleinstadt verorten, macht sich Wesolowski nach Warschau auf und hört dort, im großstädtischen Milieu, im Kreise gebildeter und gut situierter Menschen, wie von den Pflichten eines wahren Polen geredet wird, seinem besonderen Status unter den europäischen Völkern sowie von dem Übel, das der Ökologie und der sogenannten Genderideologie entspringt. Einerseits kommt in dem Film selbst kein stereotypes Bild von Polen und den Polen vor (Armut, zivilisatorische Rückständigkeit, illegale Geschäfte, Alkoholkonsum spielen hier keine Rolle), andererseits lässt die Betrachtung des Films den Zuschauer mit ähnlichen Eindrücken bezüglich der Neigungen der Polen (etwa zu Katholizismus, Konservatismus, Rückständigkeit) zurück, wie dies bei vielen deutschen Filmen mit polnischen Motiven der Fall ist.

Zum Schluss lohnt es sich noch, auf einen weiteren wichtigen Aspekt der deutsch-polnischen Filmbeziehungen, namentlich den Kinoumlauf deutscher Filme in Polen und polnischer Filme in Deutschland aufmerksam zu machen. Denn bereits seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bildete der Verleih die Achillesferse deutsch-polnischer Kontakte auf dem Gebiet des Films. Wie problematisch es ist, Nachbarfilme in die Kinos zu bringen, macht alleine der Versuch deutlich, nach solchen im Kinoprogramm zu suchen, obwohl nach

²⁴ Der Autorenkommentar zum Film ist online abrufbar unter: <https://www.jpberlin.de/m.wojtyllo/polski/Re%C5%BCyseria.html> (letzter Zugriff: 20.01.2019).

Polen deutlich mehr deutsche Filme den Weg finden als umgekehrt.²⁵ Berücksichtigt man den Zeitraum ab dem Jahr 2000, so gehörten zu den bundesdeutschen Filmen, die in polnischen Kinos am liebsten gesehen wurden, Literaturverfilmungen (beispielsweise *Das Parfüm* (*Pachnidło*) von Tom Tykwer aus dem Jahre 2006 – 505.374 Zuschauer), Filme, die die Kriegsthematik aufgreifen (etwa *Der Untergang* (*Upadek*) aus dem Jahre 2004 von Oliver Hirschbiegel – 290.576 Zuschauer), Animationsfilme (wie z. B. *Die Konferenz der Tiere* (*Safari 3D*) aus dem Jahre 2010 und *Urmel aus dem Eis* (*Wyspa Dinozaura*) aus dem Jahre 2006 von Reinhard Klooss und Holger Tappe) sowie Komödien (wie etwa *Sieben Zwerge* (*7 krasnoludków – historia prawdziwa*) aus dem Jahre 2004 von Sven Unterwaldt – 242.105 Zuschauer).²⁶ All dies sind Filme, die nicht so sehr von Deutschland und den Deutschen erzählen, sondern vielmehr auf Werte einer Metaebene Bezug nehmen (die Beliebtheit des Romans von Patrick Süskind in Polen, der von Tykwer verfilmt wurde, das Interesse an der Thematik des Zweiten Weltkriegs, das eskapistische Potential von Komödien als Filmgattung) oder, wie Arkadiusz Lewicki in seinem Kommentar zu den von ihm selbst zusammengetragenen Daten schreibt: „Die vorstehende Zusammenstellung legt nahe, dass wir nur diejenigen deutschen Filme mögen, die nicht »allzu« deutsch sind.“²⁷

Was wiederum polnische Filme anbelangt, die am liebsten in den deutschen Kinos gesehen wurden, so nennt Lewicki gerade einmal vier Titel: *Kleine Tricks* (*Sztuczki*) (2007) von Andrzej Jakimowski – 27.660 Zuschauer, *Bastard – Willkommen in Paradies* (*Bandyta*) (1997) von Maciej Dejczer – 17.787 Zuschauer, *Die Mühle und das Kreuz* (*Młyn*

²⁵ Die Tatsache, dass in Deutschland deutlich mehr Filme entstehen als in Polen, scheint in diesem Zusammenhang wichtig zu sein. Aus der Zusammenstellung von Arkadiusz Lewicki geht hervor, dass die Filmproduktion des westlichen Nachbarn im Zeitraum 1990 bis 2010 die Produktion vor Ort jedes Jahr um ein Drittel oder gar die Hälfte überstieg. Siehe A. Lewicki, *Przemysł filmowy w Polsce i w Niemczech*, Artikel online abrufbar unter: <http://www.polska-niemcy-interakcje.pl/articles/show/63> (letzter Zugriff: 09.02.2019).

²⁶ A. Lewicki, *op. cit.* Der Autor nennt 56 Titel aus den Jahren 1996 bis 2011; im vorliegenden Beitrag beschränke ich mich auf diejenigen, die über 200.000 Zuschauer in die Kinos lockten.

²⁷ *Ibidem.*

i krzyż) (2011) von Lech Majewski – 17.217 Zuschauer und *Das Massaker von Katyn (Katyń)* (2006) von Andrzej Wajda – 3.198 Zuschauer.²⁸

Zusammengefasst lässt sich sagen: es gibt viele Motive und Ebenen der Verständigung im Rahmen der deutsch-polnischen Kinobeziehungen. Um ihre Natur und Dynamik zu verstehen und – in einer breiteren Perspektive – eine Verständigung (und ein Verständnis) im Rahmen allgemein gefasster bilateraler Beziehungen zwischen Polen und Deutschland zu erreichen, gilt es sowohl den Kulturtransfer, der mit einem Film einhergeht, als auch das gegenseitige Bild – die filmische Imagologie, d. h. die Vorstellung vom Anderen vor dem Hintergrund der eigenen kulturellen Veranlagungen und der historischen Erfahrungen – zu berücksichtigen. Dabei ist die am meisten benutzte, klischeehafteste und zugleich freundlichste Art der Darstellung der deutsch-polnischen Aussöhnung, die sich im Bereich der Imagologie finden lässt und in Filmen zu den deutsch-polnischen Beziehungen sichtbar wird, sicher das Motiv der Liebe zwischen einem Deutschen und einer Polin. Und dieses Motiv kommt in polnischen Filmen (etwa in *Unkenrufe – Zeit der Versöhnung (Wróżby kumaka)*), noch häufiger aber in deutschen Filmen (beispielsweise in *Herz im Kopf (Z miłością nie wygrasz)*, in *Am Ende kommen Touristen (A na koniec przyszli turyści)*, in *Hochzeitspolka (Weselna polka)*) vor – und nahezu ausschließlich in dieser Konstellation, der eines deutschen Mannes und einer polnischen Frau.²⁹ Sollte die deutsch-polnische Aussöhnung symbolisch in dem romantischen Gefühl, das ein Liebespaar miteinander verbindet, zum Ausdruck kommen, dann ist dies gut. Doch nicht jede Liebe endet freilich glücklich. Deshalb gilt es, sich um sie zu kümmern, wie gleichfalls um die bilateralen Beziehungen – denn Nachbarschaft verpflichtet.

²⁸ *Ibidem*. Zur Rezeption von *Katyn* siehe: M. Saryusz-Wolska, „*Katyń*“ – *niemiecka recepcja filmu Andrzeja Wajdy*, [in:] *W drodze do sąsiada...*, S. 329-344.

²⁹ *Brücken der Liebe (Dwie miłości)* aus dem Jahre 2002 von Mirosław Bork ist der wohl einzige Film, in dem das Motiv der Liebe zwischen einer Deutschen und einem Polen vorkommt.

ROBERT ŽUREK

„WIR GEWÄHREN VERGEBUNG UND BITTEN UM VERGEBUNG“: DIE ROLLE DER KATHOLISCHEN UND EVANGELISCHEN KIRCHE IM PROZESS DER DEUTSCH-POLNISCHEN AUSSÖHNUNG

Einleitung

Der Prozess der deutsch-polnischen Aussöhnung, obgleich er immer noch nicht abgeschlossen und nach wie vor reich an Spannungen und Enttäuschungen ist, ist ein großer Erfolg von Polen und Deutschen, die trotz der sie trennenden, schier unvorstellbaren Feindschaft in der Lage waren, einen Weg zu finden hin zu Zusammenarbeit und Partnerschaft. Auf diesen Erfolg haben jahrzehntelang viele Menschen aus unterschiedlichsten Milieus hingearbeitet; und eine besondere Rolle spielten dabei die Religionsgemeinschaften – die evangelische und die römisch-katholische Kirche¹.

¹ Unter Kirche versteht der Autor im vorliegenden Beitrag die Hierarchie, die Geistlichkeit und diejenigen Laien, die im kirchlichen Raum oder in kirchennahen Kreisen aktiv gewesen sind (z. B. Journalisten von Periodika, die sich bewusst als

Ihr Beitrag zur Annäherung der beiden Völker ist umso bemerkenswerter, als er unter den sehr schwierigen Bedingungen des geteilten Nachkriegseuropas erbracht wurde. Zudem waren in der Volksrepublik Polen und in der DDR die Handlungsmöglichkeiten der Kirchen erheblich eingeschränkt – nicht nur durch die antidemokratische, sondern auch durch die kirchenfeindliche Politik der regierenden Kommunisten. Vor eine besondere Herausforderung sahen sich dabei die Kirchen in Polen gestellt, einem Land, in dem die kommunistischen Machthaber die Angst der Bevölkerung vor deutschem „Revanchismus“ schürten, so dass der Aufbau guter Beziehungen zu Kirchenkreisen in der Bundesrepublik Deutschland die polnischen Kirchenmilieus dem Vorwurf des Landesverrats und den damit zusammenhängenden Repressionen aussetzte.

Schaut man eingedenk dessen zurück auf die Rolle der beiden Kirchen im Prozess der deutsch-polnischen Aussöhnung, ist es sinnvoll, zunächst einen chronologischen Überblick zu geben. Erst vor diesem Hintergrund sieht man sich in die Lage versetzt, sich ein vollständigeres Bild der Entwicklung machen zu können – und damit Schlussfolgerungen zu ziehen, die dieser Teil der Geschichte der deutsch-polnischen Annäherung uns nahelegt.

CHRONOLOGISCHER ÜBERBLICK

Feindschaft (1945-1955)

Die ersten Nachkriegsjahre standen für Katholiken und Protestanten in Polen und Deutschland im Zeichen gegenseitiger Vorwürfe und Enttäuschungen, die hauptsächlich aus einer unterschiedlichen Wahrnehmung des Zweiten Weltkrieges und dessen Folgen resultierten.

katholisch, evangelisch bzw. christlich bezeichneten) oder als Hauptantriebskraft ihrer Tätigkeit die christliche Ethik und den christlichen Glauben angeben.

Um die Narration dabei nicht zu verkomplizieren, bedient sich der Autor im Text des Ausdrucks „polnische und/oder deutsche Kirche“ bzw. „polnische und/oder deutsche Kirchen“. Es gilt aber nicht zu vergessen, dass es sich bei dieser Formulierung um eine gezielte Vereinfachung handelt.

In Polen enthielten Briefe aus dem Bereich der Seelsorge und Dokumente von Kirchenoberen, aber auch Artikel in der katholischen und evangelischen Presse in sehr hoher Zahl Aussagen, die das unermessliche Leid, das die Polen infolge der Maßnahmen der Deutschen erlitten hatten, betonten und Wiedergutmachung dafür verlangten. Polnische Katholiken und Protestanten sprachen sich entschieden dafür aus, die Grenze an der Oder und der Lausitzer Neiße als endgültig zu betrachten, und waren der Meinung, die Bereitschaft, diese als solche anzuerkennen, sei der Prüfstein, an dem der gute Wille der deutschen Kirchen zu messen sei. Analog hierzu stellten deutsche Berichte und Dokumente dieser Zeit das Leid der Deutschen in den Mittelpunkt, wobei insbesondere über diejenigen berichtet wurde, die aus den 1945 von Polen übernommenen Gebieten ausgesiedelt wurden. Und auch hier wurde das den Deutschen angetane Unrecht verurteilt und ebenfalls eine Wiedergutmachung, u. a. in Form einer Revision der Grenze, gefordert.

Diametral anders wurde auch die eigene Haltung während des Krieges und unmittelbar danach wahrgenommen. In polnischen Kirchenquellen ist die Überzeugung deutlich erkennbar, deutsche Katholiken und Protestanten hätten sich durch ihre Mittäterschaft – oder zumindest dadurch, dass sie sich den Verbrechen nicht widersetzt hätten – schuldig gemacht. Untersucht man hingegen deutsche Quellen, insbesondere auf katholischer Seite, so ergibt sich ein anderes Bild. Darin werden die dortigen Kirchen dargestellt als heldenhafte Gegner und Opfer des Nationalsozialismus. Nur in vereinzelten Fällen stößt man auf Selbstkritik. Und es erweist sich in diesen Texten die Kritik an Mitgliedern der polnischen Kirchen, vor allem der katholischen, angesichts des „Raubes“ deutscher Gebiete östlich von Oder und Neiße sowie der Aussiedelung der deutschen Einwohner als allgemein verbreitet.

Als ernsthaftes Problem, das die gegenseitigen Beziehungen – jedenfalls auf katholischer Seite – zusätzlich belastete, stellte sich der Status der katholischen Kirchenstrukturen in den 1945 an Polen gefallen Gebieten dar. Nur dem Vatikan stand in diesem Zusammenhang das Recht zu, diese Strukturen aus dem Geltungsbereich

der Jurisdiktion der deutschen Kirche herauszulösen und sie in den Besitzstand der polnischen Kirche einzugliedern. Nicht zuletzt wegen des heftigen Widerstandes des deutschen Episkopats hielt sich der Papst mit dieser Entscheidung jedoch zurück und berief sich dabei auf das Fehlen eines Friedensvertrages, der über die Zukunft dieser Gebiete entscheiden würde. In dieser Situation baute die Führung der polnischen Kirche eine vorläufige Kirchenverwaltung auf, wodurch das Problem aber nicht gelöst wurde; denn eine derartige Struktur erschwerte die seelsorgerische Arbeit unter den durch den Krieg und die Zwangsmigration traumatisierten polnischen Katholiken und lieferte zudem den polnischen Kommunisten einen Vorwand, die Kirche wegen ihrer „antipolnischen“ Politik anzugreifen.

Erste Öffnung (1955-1965)

Die ersten Breschen in die Mauer der Feindschaft wurden allmählich ab Mitte der 1950er Jahre geschlagen, wobei der einsetzende Aussöhnungsprozess durch eine größere Dynamik auf evangelischer Seite geprägt war. Zwischen polnischen und deutschen Protestanten wurden erste Kontakte noch in den 1950er Jahren geknüpft und in deutschen evangelischen Medien erschienen Texte, die Polen positiver darstellten und antipolnische Stereotype und Vorurteile negierten. Unterdessen trug finanzielle Unterstützung aus Deutschland in erheblichem Maße zum Wiederaufbau und zur Einweihung (im Jahr 1958) der während des Krieges zerstörten Warschauer Kirche der Heiligen Dreifaltigkeit bei. Und noch im selben Jahr bestätigte die deutsche Synode die – wie die späteren Jahre zeigen sollten – wegweisende Initiative der Aktion Sühnezeichen, deren Ziel darin bestehen sollte, Maßnahmen zur Versöhnung mit Völkern zu ergreifen, die unter deutsche Besatzung geraten waren, d. h. vor allem mit Polen, der Sowjetunion und Israel.

Auf katholischer Seite hingegen passierte weniger – was aber nicht heißen soll, dass dort Stillstand herrschte. Die stalinistische kirchenfeindliche Offensive in Polen, insbesondere die mutige Haltung der

polnischen Kirche gegenüber den Verfolgungen, bewog einen Teil der deutschen Katholiken dazu, die Art und Weise, wie polnische Katholiken wahrgenommen wurden, zu ändern. So fand sich fortan in der deutschen Kirchenpresse nicht länger nur die Sicht auf die Polen als Chauvinisten, die unschuldige Deutsche vertrieben, sondern auch deren Darstellung als Verteidiger gemeinsamer Werte. Ferner wurden in westdeutschen Kirchen Gebetstreffen veranstaltet für die „schweigende“ Kirche im Osten. Und das internationale, in hohem Maße in Kreisen deutscher Katholiken wirkende Hilfswerk „Kirche in Not“ ging allmählich dazu über, seine Unterstützung, die bis dahin vor allem deutschen Opfern von Zwangsmigrationen der Nachkriegszeit zugutegekommen war, umzuleiten in Richtung verfolgter Kirchen hinter dem Eisernen Vorhang, somit in erster Linie zugunsten der Kirche in Polen.

Doch die Lage wurde durch all diese Initiativen nicht grundlegend verändert. Zwischen den Mitgliedern der polnischen und der deutschen Kirchen herrschte weiterhin Feindschaft. Eben deshalb unternahm Anfang der 1960er Jahre eine Gruppe von Vertretern der beiden deutschen Kirchen, denen die Idee der Aussöhnung am Herzen lag, den Versuch, ihre Glaubensgenossen dazu zu bewegen, eine konziliantere Haltung einzunehmen.

Im Jahr 1960 rief der damalige katholische Bischof von Berlin, Julius Döpfner, dazu auf, von der Forderung nach einer Revision der Grenze Abstand zu nehmen und nach Wegen der Versöhnung mit Polen zu suchen. Mit ähnlichen Appellen traten ein Jahr später bedeutende evangelische Theologen, Aktivisten und Wissenschaftler auf und unterzeichneten dabei das sog. „Memorandum der Acht“. Die gesellschaftlichen Reaktionen fielen in beiden Fällen meist negativ aus. Und insbesondere Döpfner wurde als Vertreter der Kirchenhierarchie zum Objekt harscher Kritik und sah sich fortan dem Vorwurf des Landesverrats ausgesetzt.

Aber die vorstehend genannten Aufrufe trugen gleichzeitig dazu bei, nach Versöhnung strebende Kreise stärker zu mobilisieren. Zu den aktivsten unter diesen gehörte auf katholischer Seite die deutsche Sektion der internationalen pazifistischen Bewegung Pax Chris-

ti, und auf evangelischer Seite die bereits erwähnte Aktion Sühnezeichen. Beide Milieus organisierten unabhängig voneinander in den Jahren 1964 und 1965 Bußwallfahrten nach Oświęcim/Auschwitz, denen im weiteren Verlauf des Aussöhnungsprozesses eine Schlüsselbedeutung zukam.² Denn die von Trauer und Reue getragene Haltung der Teilnehmer motivierte ihrerseits die polnischen Kirchenmilieus, die sich bis dahin skeptisch gezeigt hatten aufgrund der Haltung der deutschen Seite – die ihre eigenen Verdienste sowie das eigene Leid herausstellt und sich nicht interessiert zeigte hatte an der Sicht der Polen.

Schlüsselinitiativen (das Jahr 1965)

1965 schalteten sich in den Aussöhnungsprozess, bis dahin getragen von wenigen, eher marginalen Kirchenkreisen, in corpore die Oberen der beiden Religionsgemeinschaften ein. So veröffentlichte die Führung der evangelischen Kirche in Deutschland im Oktober ein umfangreiches Dokument, genannt die „Ostdenkschrift“, in dem sie Argumente vorbrachte, die für die Anerkennung der Grenze an Oder und Neiße sprachen. Das Dokument löste entschiedene Proteste seitens national-konservativer Protestanten aus, in Zuge dessen manche sich sogar dazu entschlossen, aus der Kirche auszutreten. Zugleich beflügelte es aber die Befürworter der Aussöhnung und regte viele bislang gleichgültig oder skeptisch eingestellte Menschen zum Nachdenken an.

Wenig später, im November desselben Jahres, wurde diese Initiative seitens der polnischen katholischen Bischöfe aufgenommen. Dies war ein Novum, denn bis dahin hatten sich Vertreter der polnischen Kirchen in den Kontakten zu Deutschland eher reaktiv verhalten. Doch nun wandten sich die katholischen Hierarchen angesichts der bevorstehenden Tausendjahrfeier der Christianisierung Polens mit

² Es sei darauf hingewiesen, dass die Wallfahrt der Aktion Sühnezeichen, das Werk einer ostdeutschen Organisation, die erste und eine der wenigen ökumenischen Initiativen zur deutsch-polnischen Aussöhnung war.

einer besonderen Botschaft an ihre deutschen Amtsbrüder, obgleich diese de facto auch an die deutsche und polnische Bevölkerung gerichtet war. Inhaltlich ging es dabei in der Hauptsache um die Geschichte, die sie in Opposition zur kommunistischen Propaganda schilderten. So widersprachen die Bischöfe der Darstellung, wonach Polen und Deutsche durch eine tausendjährige Feindschaft getrennt seien und die Deutschen für die Polen immer eine tödliche Gefahr gebildet hätten. Sie betonten den positiven Beitrag des westlichen Nachbarn für die Entwicklung Polens und die langen Jahrhunderte einer friedlichen Nachbarschaft. Anders als die Kommunisten, die die Deutschen in Gute („die brüderliche“ DDR) und Böse („die revan-chistische“ BRD) unterschieden, betrachteten die Bischöfe die westlichen Nachbarn als ein Volk. Und anders als die Kommunisten, die stets an die deutschen Verbrechen erinnerten und die Unschuld der Polen unterstrichen, riefen sie beide Seiten dazu auf, ihr Gewissen zu erforschen. Folglich schlossen sie den Brief mit den Worten: „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“

Sich den verdrehten Inhalten der kommunistischen Propaganda zu widersetzen, bedeutete zu jener Zeit, den Machthabern der Volksrepublik Polen den Handschuh hinzuwerfen und ihnen somit öffentlich entgegenzutreten. Doch die Unterzeichner des Briefes taten dies in vollem Bewusstsein – in der Erkenntnis, eine Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen werde nicht zu erreichen sein ohne eine Bereinigung des kollektiven Gedächtnisses von der Falschheit, mit der die Feindschaft aufrechterhalten wurde und die eine Wiederherstellung des Vertrauens unmöglich machte.

Die Kommunisten mussten darauf reagieren, zumal sie rasch erkannten, dass die Aussöhnung mit den Deutschen für die polnischen Bischöfe Teil einer breiter gefassten Strategie war – mit dem Ziel, Polen „über Deutschland nach Europa und in die zivilisierte Welt“ (wie es Bolesław Kominek, der Hauptverfasser des Briefes, ausdrückte) zurückzuführen. Eben deshalb warf Władysław Gomułka, Chef der kommunistischen Partei, dem Episkopat vor, dieser „baue eine Mauer zwischen Polen und der Sowjetunion auf“. Und die Organe der Propaganda leiteten eine massive Kampagne ein, die darauf

ausgerichtet war, die Kirche in den Augen der Bevölkerung zu diskreditieren – als einer Kraft, die sich mit dem Feind verbrüdet und das Volksinteresse verrät.

Die Absichten der Kommunisten aber waren diesbezüglich keineswegs zum Scheitern verurteilt. Die Mehrheit der Bevölkerung erinnerte sich an den Krieg und die Besatzung und sah sich zudem seit Jahren den Einflüssen der antideutschen Propaganda ausgesetzt. Folgerichtig wandte sie sich gegen die revolutionäre Botschaft des Bischofsbriefes. Doch eine intensive Gegenaktion der Bischöfe, die z. T. eine Relativierung der an die Deutschen gerichteten Bitte um Vergebung beinhaltete, half den Hierarchen, gesellschaftliches Vertrauen zurückzugewinnen.

Diese Relativierung, die eine Abschwächung des christlichen Radikalismus des Bischofsbriefes bedeutete, war nicht nur auf die kirchenfeindliche Hetze der Machthaber zurückzuführen, sondern zugleich auch auf die kühle Reaktion der deutschen Bischöfe. Denn in deren Antwort fehlte nicht nur der Aufruf, die Grenze an Oder und Neiße anzuerkennen, sondern auch eine weiterführende Geste, die über reine Höflichkeit hinausgegangen wäre. Dies war die Folge der Strategie des deutschen Episkopats, der sich dazu entschlossen hatte, einen Weg kleiner, geduldiger Schritte zu beschreiten, um so langsam ein Klima des Vertrauens und der Verständigung zu schaffen. Allerdings war dies eine Vorgehensweise, die sich diametral davon unterschied, wozu sich die polnischen Bischöfe entschieden hatten. Ihre Schwäche bestand in der Überzeugung der Akteure, ein Raum für Aussöhnung lasse sich erreichen, ohne sich mit den Problemen, die in diesem Kontext das größte Hindernis darstellten, auseinanderzusetzen.

Zwischen Stillstand und Fortschritt (1966-1972)

Langfristig lässt sich die Bedeutung der Ostdenkschrift und des Bischofsbriefes für den weiteren Verlauf des Aussöhnungsprozesses kaum überschätzen. Insbesondere Letzterer erwies

sich als „wahrscheinlich das wichtigste Nachkriegsdokument in den deutsch-polnischen Beziehungen“. Kurzfristig aber bewirkten die beiden revolutionären Schriftstücke keinen Durchbruch. Die Leitung der evangelischen Kirche in Deutschland, erschüttert vom Ausmaß der durch die Denkschrift verursachten Spannungen, begann fortan, umstrittene Fragen in den deutsch-polnischen Beziehungen nur mit äußerster Vorsicht zu behandeln. Und die polnischen Bischöfe, enttäuscht von der Reaktion der Adressaten und beunruhigt durch die Gegenaktion der Kommunisten, starteten ihrerseits ebenfalls keine weiteren bedeutenden Initiativen. Beide Dokumente freilich sorgten für enorme Bewegung – nicht nur in der Kirchengemeinschaft, sondern in der gesamten Bevölkerung. Dies trug zur Intensivierung des Aussöhnungsprozesses bei und ließ die Zahl der Polen und Deutschen, die diesen unterstützten, deutlich ansteigen.

Im Jahre 1968 unterzeichneten 160 katholische Intellektuelle aus Westdeutschland, von der Haltung ihrer Bischöfe enttäuscht, das sog. „Bensberger Memorandum“, in dem der Aufruf zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze enthalten war. Ähnlich wie die früheren einschlägigen Appelle löste auch dieser sehr lebhaft, zumeist negative Reaktionen unter deutschen Katholiken aus. In Polen dagegen wurde dieses Memorandum sehr positiv aufgenommen, sah man darin doch nun eine adäquate Reaktion auf den Bischofsbrief. Die Zahl und der Rang der Unterzeichner bewirkten, dass sich die polnischen katholischen Kreise – insbesondere das einflussreiche „Znak“-Umfeld, das u. a. aus den Klubs der Katholischen Intelligenz (KIK) und Personen rund um die Redaktion der Monatszeitschriften „Znak“ und „Więź“ sowie der Wochenzeitschrift „Tygodnik Powszechny“ bestand – mit größerer Hoffnung und Entschlossenheit als bisher im Aussöhnungsprozess zu engagieren begannen.

Und auch in der Bundesrepublik Deutschland spielte das Bensberger Memorandum eine wesentliche Rolle, wobei es den Prozess der Umorientierung einer immer größeren Anzahl von Bürgern vertiefte; denn als Willy Brandt kurz darauf im Jahr 1970 den Warschauer Vertrag mit der Regierung der Volksrepublik Polen unter-

zeichnete, in dem die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Grenze anerkannte, stieß seine Entscheidung auf die Zustimmung der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung.

Ein breiter Strom (1972-1989)

Nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages (1970) und dessen Ratifizierung durch das Parlament der Bundesrepublik Deutschland (1972) intensivierten die deutschen Kirchen ihre auf Versöhnung ausgerichteten Aktivitäten; als der wichtigste Streitgegenstand entfiel, wurde es sichtlich einfacher, sich für den Prozess, der nicht mehr solch heftige Kontroversen auslöste wie bisher, stark zu machen.

Die beiden deutschen Kirchen verstärkten die materielle Hilfe für ihre Glaubensbrüder in Polen. Dadurch wurde die Entwicklung der Kircheninfrastruktur beschleunigt und die Ausbildung polnischer Theologen erleichtert. Zu einer gleichsam lawinenhaften Intensivierung der Unterstützung kam es schließlich in den Jahren des Kriegsrechts, als die polnische Bevölkerung mit den Folgen einer tiefen Wirtschaftskrise zu kämpfen hatte. Das Ausmaß der Solidarität der westlichen Nachbarn überraschte und bewegte die Polen gleichermaßen; eben zu dieser Zeit setzte in der polnischen Bevölkerung ein definitiver Wandel in der Wahrnehmung der Deutschen ein. Auf Seiten der Nachbarn wiederum trugen unterdessen die Wahl eines Polen zum Papst im Jahr 1978, vor allem die Entstehung der „Solidarność“ sowie die Verhängung des Kriegsrechts zu einem Wandel der deutschen Wahrnehmung Polens bei. Und zugleich begannen die Deutschen stärker die kulturelle und geschichtliche Nähe sowie die politische Interessengemeinschaft (mit einem Sieg über den Kommunismus als Voraussetzung für die Wiedererlangung der Freiheit Polens und die Wiedervereinigung Deutschlands) zu erkennen, als dies bisher der Fall gewesen war.

Manche Kirchenkreise hatten indes bereits früher einen Dialog über die schwierige Geschichte geführt und nach Wegen gesucht, diese zu überwinden. Auch hier kam es nun im Rahmen der neu-

en Entwicklung zu einer Intensivierung der in diesem Bereich unternommenen Aktivitäten. Zu den konsequentesten und tiefgreifendsten Initiativen gehörten in diesem Zusammenhang die Auschwitz-Seminare, die seit 1972 vom „Znak“- und „Pax Christi“-Umfeld veranstaltet wurden und die zu einer wesentlichen Annäherung der Positionen ihrer Teilnehmer hinsichtlich der Einschätzung historischer – Kontroversen auslösender – Ereignisse (etwa hinsichtlich der Zwangsmigrationen der Nachkriegszeit) führten.

Darüber hinaus wurden auch praktische Maßnahmen ergriffen, die darauf abzielten, während des Zweiten Weltkrieges entstandene Schäden wenigstens teilweise wiedergutzumachen. In einer Situation, in der die politischen Behörden der Bundesrepublik es lange Zeit nicht vermochten, eine Entscheidung darüber zu treffen, den polnischen Opfern des Krieges und der Besatzung Genüge zu tun, riefen westdeutsche katholische Organisationen 1973 als Verein das Maximilian-Kolbe-Werk ins Leben, das in den darauffolgenden Jahren ehemalige Insassen deutscher Konzentrationslager materiell unterstützte. Das aufsehenerregendste Beispiel der evangelischen Aktivitäten zur Überwindung der tragischen Vergangenheit wiederum bildeten die Bemühungen der Aktion Sühnezeichen um die Gründung einer Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim/Auschwitz, die schließlich im Jahr 1986 eröffnet wurde.

Darüber hinaus unternahmen Katholiken und Protestanten in Polen und in den beiden deutschen Staaten Schritte, mit denen die gegenseitige Wahrnehmung von Polen und Deutschen verbessert werden sollte. Eine besonders schwierige Aufgabe fiel dabei kirchennahen Journalisten und Publizisten in der Volksrepublik Polen und in der DDR zu, die mit der Notwendigkeit rangen, der kommunistischen Propaganda unter den Bedingungen fehlender Meinungsfreiheit entgegenzuwirken. Als Beispiel für eine erfolgreiche Initiative zur Bereinigung des Gedächtnisses lässt sich an dieser Stelle etwa das im Jahr 1986 von der katholischen Bibliothek von „Więź“ herausgegebene Buch mit dem Titel „Dziesięciu sprawiedliwych“ (Die zehn Gerechten) anführen. Darin publiziert wurden Erinnerungen von Polen an ihre positiven Erfahrungen mit Deutschen während des Zweiten Weltkrieges. Es stellte den

ersten Versuch dar, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, wie vielfältig doch bisweilen die Haltungen der westlichen Nachbarn während der Besatzung gewesen waren, um damit denjenigen unter ihnen gerecht zu werden, die Mitgefühl gezeigt hatten. Da für diese Publikation in der beliebten Wochenzeitschrift „Gość Niedzielny“ Werbung gemacht wurde, erreichte diese Botschaft so eine zahlenmäßig große Gruppe polnischer Katholiken.

Zugleich kam es auch zu einer Intensivierung von Begegnungen auf verschiedenen Ebenen. Ein sichtbares Zeichen für die immer größere Nähe war die aktive Beteiligung von Gästen aus dem jeweiligen Nachbarland bei wichtigen Kirchenveranstaltungen, etwa dem Evangelischen Kirchentag oder dem Katholikentag und in Polen bei Wallfahrten zur Schwarzen Madonna von Tschenschau oder zur Muttergottes von Piekary Śląskie. Einen besonders spektakulären Charakter hatte auch die Reise der polnischen Kardinäle Stefan Wyszyński und Karol Wojtyła durch die Bundesrepublik im Herbst 1978, nur wenige Wochen vor der Wahl Wojtyłas zum Papst. Die polnischen Kardinäle wurden dabei enthusiastisch von Scharen versammelter deutscher Katholiken begrüßt. Und das Leitthema der Gespräche war nicht mehr die Vergangenheit, sondern die gemeinsame Sorge um die Zukunft Europas.

Der Durchbruch (1989)

Obwohl der Aussöhnungsprozess immer weiter voranschritt, war er nicht frei von Spannungen und Momenten des Stillstands. Die Grenzfrage blieb ein Problem, auch wenn diese nicht mehr so brennend war wie vor 1970; die Bundesrepublik erkannte die Grenze zwar an, betonte aber zugleich, dass die Entscheidung für die künftige Regierung eines wiedervereinigten Deutschlands nicht bindend sein werde. Vertreter der polnischen Kirchen brachten daher vielfach ihre Enttäuschung zum Ausdruck ob der allzu geringen Sensibilität der Deutschen gegenüber den polnischen Befürchtungen rund um eine mögliche Grenzrevision. Und Streit gab es ferner um die Rechte (auch die religiösen) der

deutschen Minderheit in Polen, deren Existenz von den kommunistischen Staatsbehörden, aber auch seitens der katholischen Geistlichkeit, die sich vor einem Konflikt mit diesen fürchtete, nicht zur Kenntnis genommen wurde (Doch angemerkt sei: Dieses Problem hatte in der evangelischen Kirche nur eine geringere praktische Bedeutung, denn die entschiedene Mehrheit der Protestanten deutscher Nationalität war aus Polen in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg ausgewandert).

Das Jahr 1989 schließlich brachte eine radikale Veränderung der politischen Rahmenbedingungen mit sich. Die Erosion des Ostblocks, die sich in der Demokratisierung Polens manifestierte, bot neue Chancen, schuf aber auch neue Herausforderungen für den deutsch-polnischen Dialog. In dieser Situation unternahmen Vertreter des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken und des „Znak“-Milieus den Versuch, Wegweiser zu erarbeiten, die Polen und Deutschen dabei helfen sollten, den richtigen Kurs einzuschlagen. Dieser sollte sie zu einer reifen Partnerschaft hinführen und würde es ihnen erlauben, potentielle Konflikte zu umgehen. In diesem Sinne unterzeichneten sie zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges eine gemeinsame Erklärung, in der sie eine einhellige Einschätzung der Vergangenheit gaben und einen Vorschlag unterbreiteten, wie deren tragische Folgen überwunden werden könnten. Sie sprachen sich darin aus für die endgültige Anerkennung der Grenze an Oder und Neiße sowie für die Wiedervereinigung Deutschlands und die Zusicherung von nationalen Minderheiten zustehenden Rechten. Vor allen Dingen aber riefen sie Polen und Deutsche dazu auf, eine gemeinsame europäische Zukunft aufzubauen, deren Schlüsselement in einer Vertiefung der europäischen Integration – unter Beteiligung Polens – bestehen sollte. Darüber hinaus enthielt die Erklärung eine Reihe ausformulierter Vorschläge, wie man die deutsch-polnische Zusammenarbeit enger gestalten könnte, was Bestimmungen späterer bilateraler Regierungsabkommen vorgriff.

Und wenig später, am 12. November, fand in Kreisau ein Gottesdienst unter Teilnahme des ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Polens seit Ende des Zweiten Weltkrieges, Tadeusz Mazowiecki, und dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl statt, bei dem sich die beiden Politiker zum Zeichen des Friedens und der Aussöhnung umarm-

ten. Kurz zuvor wäre es für beide Regierungschefs noch unmöglich gewesen, die Problematik der Aussöhnung aufzugreifen – noch dazu während eines Gottesdienstes und unter Heranziehung christlicher Symbolik. Nun war es Tatsache geworden und zugleich auch die logische Konsequenz des bisherigen Verlaufs des Aussöhnungsprozesses, der in hohem Maße von den Kirchen getragen wurde.

Diese Geste, die an der Schwelle zu einer neuen Ära vollzogen wurde, war gleichsam ein Zeichen für die Übernahme der Verantwortung für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen Polen und Deutschen durch die politischen Behörden beider Staaten. Die Prozesse der Demokratisierung Polens und der Wiedervereinigung Deutschlands schufen eine Chance, Probleme, die größte Spannungen in den gegenseitigen Beziehungen hervorriefen, endgültig zu lösen. Internationale Abkommen durch ein nunmehr freies Polen und ein wiedervereinigtes Deutschland bildeten zugleich wesentlich günstigere Rahmenbedingungen für weitere Versöhnungsaktivitäten. Und dass diese auch heute nötig sind, machen uns die ein ums andere Mal auftretenden, nicht selten historisch bedingten Spannungen in den gegenseitigen Beziehungen bewusst.

Fazit

Vor dem Hintergrund des dargestellten historischen Abrisses kommt den Antworten auf die nachfolgend aufgeführten Fragen eine Schlüsselbedeutung zu: Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus diesem Prozess für uns – die heutigen Europäer, die eine Kultur des Dialogs und der Verständigung schaffen wollen in Zeiten sich zunehmend polarisierender Gesellschaften und der von einer Krise erfassten Europäischen Union – ziehen. Können die von den Kirchen unter anderen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen unternommenen Schritte für uns eine Inspiration sein – und wenn ja, wie kann diese aussehen?

1. Der Prozess der deutsch-polnischen Aussöhnung war für Europa zweifellos von entscheidender Bedeutung. So wie es ohne die

deutsch-französische Aussöhnung die Europäische Union nicht gäbe, so gäbe es auch ohne die deutsch-polnische Aussöhnung kein vereinigt, nahezu den gesamten Kontinent umfassendes Europa. Während aber die deutsch-französische Aussöhnung von den politischen, intellektuellen und religiösen Eliten der Bundesrepublik und Frankreichs initiiert und bei offenen Grenzen umgesetzt wurde, als ein Vorhaben zweier einander mit gegenseitigem Respekt begegnender Bevölkerungen, wurde die deutsch-polnische Aussöhnung, zumindest bis ins Jahr 1989, bei geschlossenen Grenzen entgegen den politischen Eliten und gegen einen beträchtlichen Teil der intellektuellen und religiösen Eliten verwirklicht. Unter diesen Umständen ist der Erfolg des Aussöhnungsprozesses als eine außergewöhnliche Leistung zu bewerten, die beweist, dass man selbst unter extrem ungünstigen Bedingungen sehr viel erreichen kann.

2. Bevor die Aussöhnung zu einem eigenständigen Wert wurde, der von breiten Gesellschaftsgruppen geteilt wurde, beteiligten sich an den auf sie ausgerichteten Initiativen aktiv vornehmlich Einzelpersonen sowie elitäre, aber doch gleichzeitig marginale Kirchengruppen und -kreise. Diese sahen sich in der Lage, entgegen der sie umgebenden Mehrheit wichtige Herausforderungen zu erkennen und sich diesen – ebenfalls entgegen der Mehrheit – zu stellen, wobei sie einen enormen Mut und eine ebensolche Entschlossenheit an den Tag legten. Ein selbständiges, kritisches Denken, persönlicher Mut, das Eintreten für Werte, zu denen man sich (notfalls auch entgegen der Mehrheit) bekennt, und schließlich die Bereitschaft, die Konsequenzen einer solchen Haltung zu tragen – all dies haben uns als Inspiration die ersten evangelischen und katholischen Protagonisten der Aussöhnung hinterlassen.
3. Der politische Prozess mit wesentlichen Folgen nicht nur für Polen, sondern auch für ganz Europa, begann mit einzelnen, von unten ergriffenen Initiativen. Im Laufe der Zeit gelang es den einsamen „Pionieren“ der Aussöhnung, Nachahmer zu finden und Verbündete mitzureißen, bis schließlich eine kritische

Masse entstand, die imstande war, politische Veränderungen herbeizuführen. Erst im Anschluss daran engagierten sich die politischen Eliten, allerdings nur in der demokratischen Bundesrepublik – denn die polnischen und die ostdeutschen Kommunisten stellten bis zum Schluss ein ernstzunehmendes Hindernis dar. Es ist dies somit gleichsam eine Lektion über den Sinn und die Wirksamkeit zivilgesellschaftlicher Aktivitäten. Geht die Zivilgesellschaft mit Geduld, Entschlossenheit und mittels einer langfristigen Vision vor, so kann sie durchaus eine Zustimmung der Mehrheit für anfangs unbeliebte Ziele erzeugen und letzten Endes die politischen Eliten dazu bringen, diese zu verwirklichen.

4. Die christlichen Protagonisten der Aussöhnung handelten unter dem Einfluss der christlichen Ethik, deren Maßstab das Gebot der Nächsten- und der Feindesliebe ist. Interessanterweise schienen – trotz eindeutiger Weisungen der christlichen Ethik – der Zustand der Feindschaft und der fehlenden Aussöhnung in den ersten Nachkriegsjahrzehnten weder die Führungen der Kirchen noch die überwiegende Mehrheit ihrer Mitglieder zu stören. Den Erfolg der Aussöhnung haben wir somit Menschen und Kreisen zu verdanken, die die ethischen Verpflichtungen ihrer Gemeinschaften sehr ernst nahmen.
5. Eine weitere, sehr wichtige Antriebskraft im Kontext der Aktivitäten der christlichen Brückenbauer (oder zumindest Teile dieser Akteure) waren die politisch-nationalen Interessen, die Sorge um das Wohl des eigenen Staates und des eigenen Volkes (die Deutschen rechneten damit, im Zuge der Aussöhnung mit Polen ihr Land wiederzuvereinigen zu können; die Polen wiederum versprachen sich von der Aussöhnung mit den Deutschen, sich aus der sowjetischen Dominanz befreien zu können). Folglich ist es sehr gut, wenn hehre Ethik mit pragmatischem Denken einhergeht. Es ist richtig, wenn moralische Prämissen mit politischem Denken sowie Idealismus mit Realismus zusammenfallen. Ohne eine solche, entsprechend ausgewogene Mischung scheint es schwierig, mit der Idee der Aussöhnung breitere

Gesellschaftsgruppen zu erreichen. Aktivitäten, die begründeten nationalen oder politischen Interessen nicht Rechnung tragen (z. B. die Wiedergutmachung für erfahrenes Unrecht), bleiben zudem nur scheinbar folgenlos. Denn in längerer Perspektive können sie dazu führen, den Aussöhnungsprozess als eine Entwicklung, die eine Seite begünstigt und die andere benachteiligt, infrage zu stellen.

6. Nicht zuletzt bleibt festzuhalten, dass die auf Aussöhnung abzielenden Aktivitäten der Kirchen aufgrund der supranationalen Struktur, die die Begegnung und den Dialog selbst in der extremen Wirklichkeit des Kalten Krieges erleichterte, wirksam waren. Polnische und katholische Katholiken und Protestanten verfügten ferner – ungeachtet aller nationalen Unterschiede und Sprachbarrieren – über einen gewissen gemeinsamen Wertekanon und über Kulturcodes, die es ihnen erleichterten, miteinander zu kommunizieren und zu einer Verständigung zu finden. Setzt man sich für Aussöhnung ein, so lohnt es sich, sich auf diese Werte sowie auf Elemente der Kultur und der Geschichte zu berufen, die sowohl die Kommunikation optimieren als auch eine gemeinsame Zone der Nähe und des Vertrauens auszubauen ermöglichen.

Zum Schluss ein weiteres Fazit, das schon ein wenig über den Inhalt des vorliegenden Beitrages hinausgeht. Im Jahr 1989, als bereits günstigere Voraussetzungen für den Aussöhnungsprozess gegeben waren, fuhren die Kirchen ihr Engagement zurück. Statt die Gelegenheit zu nutzen, den Raum für Verständigung und Zusammenarbeit zu erweitern, nahmen sie sich nunmehr anderer Probleme ihrer Gesellschaften an. Als dann die deutsch-polnischen Beziehungen von Krisen erschüttert wurden, etwa von der Kontroverse um Erika Steinbach und ihr Zentrum gegen Vertreibungen, waren die Kirchen bereits inhaltlich, organisatorisch und personell allzu weit von der Problematik der deutsch-polnischen Beziehungen entfernt, um noch erfolgreich zur Deeskalation des Streites beitragen zu können. Es wird somit deutlich, dass es Prozesse gibt – und hierzu gehört nicht

nur der Prozess der deutsch-polnischen Aussöhnung, sondern auch der der europäischen Integration –, die eines dauerhaften, sehr langfristigen Engagements bedürfen. So sehr sich der Beitrag der Kirchen zur deutsch-polnischen Annäherung während der Nachkriegsjahre nicht infrage stellen lässt, zeigen doch die heutigen Ereignisse – national wie international – eindeutig, dass es für die Kirchen ungemein schwierig wäre, gegenwärtig wieder als Avantgarde der Aussöhnung zu fungieren. Stattdessen hat es den Anschein, dass heute diese Rolle in den deutsch-polnischen Beziehungen von Organisationen der Zivilgesellschaft ausgefüllt wird. Doch viele von diesen haben christliche Wurzeln.

DIE AUTOREN

Olga Barbasiewicz

Dr., Politologin. Wiss. Mitarbeiterin am Institut für den Nahen und Fernen Osten der Jagiellonen-Universität in Krakau.

Waldemar Czachur

Dr. habil., Germanist. Wiss. Mitarbeiter am Institut für Germanistik der Universität Warschau. Vorsitzender des Rates der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung.

Gregor Feindt

Dr., Historiker. Wiss. Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Europäische Geschichte in Mainz. Mitglied der Gedenkstätten- und Europäische Akademiekommision der Stiftung Kreisau.

Ewa Fiuk

Dr., Filmwissenschaftlerin und Germanistin. Angestellt an der Polnischen Akademie der Wissenschaften (Institut für Kunst). Mitglied u.a. der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in Krakau. Initiatorin und Organisatorin des Filmzyklus „Bilder der Geschichte“, der ausgewählte deutsche Filme über wichtige Ereignisse in der Geschichte Deutschlands und Europas präsentierte.

Annemarie Franke

Dr., Historikerin. Deutsche Vertreterin im Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität. Leiterin der Gedenkstätte der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung in den Jahren 2001-2012. Mitglied des Aufsichtsrates der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung.

Dorota Gierszewski

Dr. habil., Pädagogin. Wiss. Mitarbeiterin am Institut für Pädagogik der Jagiellonen-Universität in Krakau. Mitglied des Vorstands der Internationaler Bund Polska Stiftung.

Łukasz Kamiński

Dr., Historiker. Wiss. Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Breslau. Präsident des Instituts für Nationales Gedenken in den Jahren 2011-2016, Präsident der Plattform für Europäisches Gedächtnis und Gewissen sowie Präsident und Gründer des Instituts Paweł Włodkovic.

Agnieszka Łada

Dr., Politologin. Direktorin des Europa Programms und Analystin am Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau. Autorin von Meinungsumfragen im Rahmen des Projekts „Deutsch-Polnisches Barometer“. Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung.

Ondrej Matejka

Historiker und Politologe. Stellvertretender Direktor des Tschechischen Instituts für das Studium totalitärer Regime (Ústavu pro studium totalitních režimů). Mitglied der Gedenkstätten- und Europäische Akademiekommision der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung.

Aleksandra Matykiewicz-Włodarska

Dr., Politologin. Wiss. Mitarbeiterin am Institut für Europastudien der Jagiellonen-Universität in Krakau.

Lech M. Nijakowski

Dr. habil., Soziologe. Wiss. Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Warschau. Berater des Ausschusses für Nationale und Ethnische Minderheiten beim Sejm RP.

Urszula Pękala

Dr., Theologin. Wiss. Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG) in Mainz. In den Jahren 2014-2016 Koordinatorin des deutsch-polnischen Forschungsnetzwerks „Ringen um Versöhnung. Wechselwirkungen von Religion und Politik im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen 1945-2010“.

Krzysztof Ruchniewicz

Prof. Dr. habil., Historiker. Leiter des Lehrstuhls für Geschichte am Historischen Institut der Universität Breslau, Direktor des Willy Brandt Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Breslau.

Tomasz Skonieczny

Dr., Historiker. Stellvertretender Leiter der Europäischen Akademie der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung. Mitglied der Gesellschaft für Interdisziplinäre Studien an der Päpstlichen Theologischen Fakultät in Breslau.

Pierre-Frédéric Weber

Dr. habil., Historiker. Wiss. Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Universität Stettin. Mitglied der Gedenkstätten- und Europäische Akademiekommission der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung.

Robert Żurek

Dr., Historiker und Theologe. Geschäftsführender Vorstand der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung. Ehemaliger stellvertretender Direktor des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften und ehemaliger Leiter der Breslauer Abteilung des Instituts für Nationales Gedenken.

